



HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher,
Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann,
Hanns Jürgen Küsters und Matthias Stickler

31. Jahrgang
2024

BÖHLAU

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

31. Jahrgang 2024

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters und

Prof. Dr. Matthias Stickler

Redaktion: Dr. Christopher Beckmann, Markus Lingen, Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

D-53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2024 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)

Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schönigh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.

Das Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz BY-NC-ND International 4.0 (»Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung«) unter dem DOI <https://doi.org/10.7788/9783412531935> abzurufen. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz erlaubten Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

ISSN: 2194-4040

ISBN: 978-3-412-53193-5

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice

Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,

Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: r.haeusler@brocom.de. Preise und weitere

Informationen unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

E-Mail: info@boehlau-verlag.com

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	5
Zur Entstehung der Sonderedition „Deutsche Einheit“ aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90	
<i>Oliver Salten</i>	35
„Wir kommen“: Der Landtagswahlkampf der CDU Hessen 1970	
<i>Jan Schönfelder</i>	101
Der „Fall Schnur“ – Wie die West-CDU 1990 ihren „Allianz“-Partner dominierte	
<i>Andreas Grau</i>	155
„... eine neue politische Kultur“ oder Beschädigung des Parlamentaris- mus? Die Union und die Kunst am Beispiel der Reichstagsverhüllung von Christo	
<i>Eckhard Jesse</i>	167
Der Streit um die streitbare Demokratie und den Verfassungsschutz	

VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

DIE CDU UND DAS AMT DES BUNDESPRÄSIDENTEN

<i>Philip Rosin</i>	183
Ein Stück Machtwechsel: Die Niederlage der Unionsparteien bei der Bundespräsidentenwahl 1969	
<i>Andreas Grau</i>	195
Karl Carstens (1914–1992) – ein Staatsdiener, kein Parteipolitiker	
<i>Michael Borchard</i>	207
Ein „Weckruf“ an Regierende und Regierte: Roman Herzog und die „Ruck“-Rede	

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen 219

Mitarbeiter dieses Bandes 231

AUFSÄTZE

Zur Entstehung der Sonderedition „Deutsche Einheit“ aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90

Hanns Jürgen Küsters

„Ein Kanzler schreibt Geschichte“, so lautet die Schlagzeile des Artikels auf der Titelseite der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 4. Juni 1998.¹ Bundeskanzler Helmut Kohl steht wenige Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September unter Dauerbeschuss. Er tritt ein sechstes Mal als Kanzlerkandidat von CDU und CSU an und ist nicht gewillt, einem Nachfolger aus den eigenen Reihen Platz zu machen. „Helmut Kohl ist dabei, Geschichte zu schreiben. Seine Geschichte. Denn Geschichte ist ja nichts Objektives, sie ist gedeutete Vergangenheit“, behauptet der Verfasser Gunter Hofmann. Die Schlussfolgerung scheint einleuchtend: „Wer erfolgreich Geschichte schreibt, prägt das Urteil.“ In Verdrehung der tatsächlichen Rechtslage wird behauptet, mit der Publikation des Dokumentenbandes „Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“² würden bereits jetzt Akten über den Prozess der Wiedervereinigung zugänglich gemacht, „die alle laut Archivgesetz erst nach einer Sperrfrist von dreißig Jahren veröffentlicht werden“ dürften. Kohl, so heißt es weiter, rufe „sich als ‚Kanzler der Einheit‘ in Erinnerung, im Wahljahr, so ein Zufall“.

Doch das Ausmaß der Kritik ist noch nicht erschöpft. „Zeitlicher Abstand, wie ihn die Geschichtsschreibung braucht, oder auch bloß selbstkritische Distanz zur eigenen Politik ist von der vorzeitigen Aktenveröffentlichung ebenso wenig zu erwarten. Und auch nicht die Anerkennung, daß der Erfolg – die Einheit – viele Väter hatte. Geschichtsschreibung ist Deutungsmacht ist Macht.“ Davon verstehe der Kanzler etwas. Anschließend schwingt sich der Autor des Artikels zum Verteidiger des Staates auf. Politik werde „damit privatisiert“, indem man Archive öffne und wieder schließe, „alles nach dem Willen des Herrn“. Im Grunde sei es ein Skandal, da damit „ein gemeinsames Verständnis für intakte Institutionen, ihre Spielregeln und Gesetze“ infrage gestellt würde. Die 30-Jahre-Sperrfrist-Regelung schütze „den Raum der Politik“, in dem vertrauensvolle Verhandlungen stattfinden könnten, „gerade damit sie sich nicht ins Geheimdiplomatische, Vordemokratische zurückzieht“. Zur Unterstreichung folgt der

1 Gunter Hofmann: Ein Kanzler schreibt Geschichte, in: Die Zeit vom 4. Juni 1998.

2 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann. München 1998.

Verweis auf das Bundesarchivgesetz: „Archive sind nicht Privatsache, sie sind, das Gedächtnis des Staates“³. Sie dienen „nicht länger der Abstützung von Herrschafts- und Besitzansprüchen“. Aber sei das nicht der Zweck der Veröffentlichung? Das ausgewählte Archivmaterial, „im Auftrag des Innenministeriums“ zusammengestellt⁴, sei letztlich „Teil einer Inszenierung“⁵.

Eine solche Kritik scheint auf den ersten Blick vollauf berechtigt und fundiert. Bei näherer Betrachtung stellen sich jedoch zahlreiche Fragen. Erstens, entscheidet eine Regierung nicht tagtäglich darüber, welche Informationen sie herausgibt und verbreitet sehen will? Sie bestimmt damit, welches regierungsinterne Wissen kommuniziert wird und was für eine längere Zeit der Öffentlichkeit verborgen bleiben soll. Zweitens, jede Regierung kann selbst darüber befinden, zu welchem Zeitpunkt Schriftstücke der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Der Schutz durch die 30-Jahres-Sperrfrist ist mehr ein Kontrollinstrument in einer freiheitlich-parlamentarischen Demokratie, spätestens nach Ablauf dieser Frist das Regierungshandeln überprüfen zu können. Drittens, die Forderung nach einem zeitlichen Abstand, den die Geschichtsschreibung benötige, scheint angesichts von journalistischen Aktivitäten, die sich gern mit dem Adjektiv investigativ schmücken, geradezu zynisch. Zumal deren Tagesgeschäft darin besteht, möglichst sofort nicht zur Veröffentlichung vorgesehene Informationen zu erheischen und für deren Verbreitung zu sorgen. Whistleblower besitzen heute beinahe Heiligenstatus in der Medienwelt. Und dennoch bleibt der Vorwurf, Kohl habe mit dieser Aktenveröffentlichung Geschichtspolitik betrieben.

Nicht zufällig entsteht der Neologismus „Geschichtspolitik“ in den 1980er Jahren während der Kanzlerschaft Kohls.⁴ Im Zusammenhang mit dem sogenannten Historikerstreit prägt der Historiker Christian Meier den Begriff neu,⁵ dessen adjektivische Verwendung „geschichtspolitisch“ bereits im ersten Drittel des 20. Jahrhundert erfolgte.⁶ Edgar Wolfrum definiert 1999 den Begriff als „ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen“. Sie zielen auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit und „trachten nach legi-

3 Gunter Hofmann: Ein Kanzler schreibt Geschichte, in: Die Zeit vom 4. Juni 1998.

4 Zur Genese und Definition des Begriffs Stefan Troebst: Geschichtspolitik. Politikfeld, Analyserahmen, Streitobjekt, in: Etienne François u. a.: (Hg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich. Göttingen 2013, S. 15–34, hier 17–21.

5 Christian Meier: Eröffnungsrede zur 36. Versammlung deutscher Historiker in Trier, 8. Oktober 1986, in: Rudolf Augstein u. a. (Hg.): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München/Zürich 1987, S. 204–214, hier 204.

6 Harald Schmid: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie „Geschichtspolitik“, in: Ders. (Hg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie in Praxis. Göttingen 2009, S. 53–75.

timierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden u. a. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung“. Politische Eliten versuchten, behauptet Wolfrum, „Traditionen zu schöpfen, Erinnerungen zu gestalten und Identitäten zu konstruieren“. Sie bedienten sich dabei unter anderem „verschiedener Erinnerungsstrategien“ und „polarisierender Diskurse, kurz, sie betreiben Geschichtspolitik mit der Demokratie und prägen damit gleichermaßen nachhaltig die politische wie auch die Geschichtskultur“.⁷

Letztlich geht es um die öffentliche Konstruktion von Geschichts- und Identitätsbildern, die Schaffung und Widerlegung von Narrativen im Sinne von Wahrheiten. Dabei insinuiert Geschichtspolitik eine parteiische Deutung von historischen Ereignissen oder Zusammenhängen, verbunden mit der Absicht, damit die Erinnerungskultur und Ansicht einer breiten Öffentlichkeit zu prägen, um spezifische politische Ziele zu erreichen.

Über den Historiker Helmut Kohl auf dem Kanzlerstuhl und seine Geschichtspolitik existieren verschiedenste Untersuchungen.⁸ Vor allem die beiden Museumsprojekte – das in Bonn gegründete Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und das in Berlin, der alten Reichshauptstadt, eröffnete Deutsche Historische Museum – dienten Kritikern als Beispiel für die gezielte Einflussnahme Helmut Kohls auf die Erinnerungskultur der Deutschen im Sinne der CDU.⁹ Sein Geschichtsbewusstsein steht außer Frage. Auch die Förderung von Forschungsprojekten durch die Bundesregierung stellt an sich keine Besonderheit dar. Betrifft das Sujet des Erkenntnisgewinns allerdings das eigene Regierungshandeln, kann daraus schnell ein Politikum werden. Somit stellt sich die Frage: Wurde mit Zusammenstellung der Schriftstücke in der Sonderedition „Deutsche Einheit“ ein spezieller politischer Auftrag erteilt? Wenn ja, wie lautet er, und nach welchen Kriterien wurden die veröffentlichten Dokumente ausgewählt? Die nachfolgenden Ausführungen sollen zur Aufhellung beitragen und die Entstehungsgeschichte aus der Sicht desjenigen nachzeichnen, der die Aktenedition erstellt und bearbeitet hat.

7 Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt 1999, S. 2, 25 f.

8 Horst Möller: *Helmut Kohl – Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 27 (2020), S. 283–297.

9 Hans Walter Hütter: *Erinnerung als Programm. Der Geschichtspolitiker Helmut Kohl*, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe* 6, Juni 2008, S. 104–108. Dazu auch Janis Christian Meyer: *Geschichtspolitik unter Helmut Kohl (1982–1990)*, epubli, 7.12.2021, <https://www.epubli.com/shop/geschichtspolitik-unter-helmut-kohl-1982-1990-9783754929773> (Abruf: 28. Februar 2024).

Der Auftrag und einige Hintergründe

Im November 1994 erhält die Editionsgruppe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ im Bundesarchiv vom Bundesministerium des Innern vorab Kenntnis von dem Auftrag des Bundeskanzleramtes, eine Veröffentlichung der „Schlüsseldokumente“ zum Zustandekommen der Wiedervereinigung Deutschlands in den Jahren 1986 bis 1990 zu erstellen. Es scheint ein zeitgeschichtlich wie politisch brisantes Projekt zu sein. Sofort ist klar, dass dies ohne vorzeitigen Zugang zu amtlichen Akten, die gewöhnlich der 30-jährigen Sperrfrist unterliegen, nicht zu bewerkstelligen sein wird. Mit der Registratur des Bundeskanzleramtes ist zu klären, welche Materialien zur Verfügung gestellt werden können.

Für jeden Zeithistoriker bedeutet es eine einmalige Chance, Einblick in Akten zu nehmen, die das politische Geschehen und Entscheidungsprozesse der unmittelbaren Vergangenheit vor vier, fünf Jahren dokumentieren. Zumal es sich um Vorgänge von nationaler und europäischer Bedeutung handelt, die weltweite Beachtung fanden. Eine solche Veröffentlichung amtlicher Akten wird absehbar gravierende Auswirkungen auf die Forschung zu verschiedensten Aspekten der Wiedervereinigung haben, die bis dato noch im Dunkeln liegen: die Vorgeschichte der Friedlichen Revolution, Reaktionen und Entscheidungsprozesse innerhalb der Bundesregierung auf den Mauerfall am 9. November 1989, die Verhandlungen mit der DDR-Regierung über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990, den Einigungsvertrag und die internationalen Verhandlungen mit den vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen alliierten Mächten über den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Möglicherweise lässt sich eine Antwort darauf finden, warum es nicht zu einem Friedensvertrag kam, den die Bundesregierung seit der Regierungszeit Konrad Adenauers unablässig forderte.

Nur allgemein sickert durch, dass derzeit noch einige andere Forscher an Projekten zu Fragen der Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik arbeiten, die ebenfalls das Bundesministerium des Innern fördert. Die Idee dazu ist im Umfeld von Klaus Gotto und Werner Weidenfeld entstanden, die beide zum Kreis der Souffleure des Kanzlers zählen. Weidenfeld lehrt seit 1975 als Professor für Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und kennt Kohl aus der Zeit als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. Der wiederum schätzt ihn, lässt sich von ihm in zeitgeschichtlichen Fragen beraten und beruft ihn 1987 zum Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.¹⁰ Gotto leitete bis 1989 das Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, war als Gruppenleiter für

10 Gregor Brand: Werner Weidenfeld. Politikwissenschaftler und Politikberater aus Cochem, in: Eifel-Mosel-Zeitung vom 14. September 2016, <https://www.eifelmoselzeitung.de/redaktion/kinder-der-eifel/werner-weidenfeld-136229/#more-136229> (Abruf: 28. Februar 2024).

gesellschaftliche und politische Analysen im Bundeskanzleramt und leitet seit 1993 im Rang eines Ministerialdirektors die Inlandsabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.¹¹

Beide wollen die Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit in der Kanzlerschaft Kohls in mehreren Studien aufarbeiten lassen. Verschiedene Faktoren spielen dabei eine Rolle. Der Deutsche Bundestag hat am 14. November 1991 das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) verabschiedet. Seit dem Inkrafttreten am 29. Dezember 1991 kann jedermann – Betroffene, Wissenschaftler und Medienvertreter – weit vor Ablauf der amtlichen Sperrfrist von 30 Jahren auf Antrag gesammelte Unterlagen und Aktenbestände einsehen. Dieser Schritt soll wie einst der Umgang mit Akten aus der NS-Zeit in den 1950er Jahren dazu beitragen, das Unrechtsregime der SED aufzuarbeiten. Die Überlegung geht auf verschiedene Entwicklungen zurück. Anstoß gab der Sturm auf die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße am 15. Januar 1990. Der Runde Tisch in der DDR forderte daraufhin am 19. Februar 1990, alle elektronischen Datenträger der Staatssicherheit zu vernichten. Die Kehrtwende erfolgte durch die erste freigewählte Volkskammer, die am 24. August 1990 über einen „Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“ beriet. Im Zuge des Vereinigungsprozesses wird in den Einigungsvertrag eine Zusatzklausel eingefügt, die den Deutschen Bundestag zur Einsetzung eines „Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR“ verpflichtet.¹² Ende 1994 sind die Akten der SED und des Ministerrats der DDR mittlerweile weitgehend zugänglich. Mit dieser Aktenfreigabe steht zu befürchten, dass ein einseitiges Bild über die tatsächlichen Vorgänge, die zur Wiedervereinigung führten, erzeugt wird.

Demgegenüber spiegelt sich die Haltung der Bundesregierung bisher nur in veröffentlichten Stellungnahmen, vor allem in den vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen Dokumentationsbänden „Texte zur Deutschlandpolitik“¹³ und den vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlichten Dokumentationen „Deutschland 1989“ und „Deutschland 1990“¹⁴ wider. Diese Materialien umfassen jedoch nicht Vermerke,

11 Rita Anna Tüpper: Nachruf „Kompass für eine bessere Welt“. Zum Tode von Klaus Gotto, in: Die Politische Meinung Nr. 543, März 2017, S. 126 f.

12 Deutscher Bundestag: Vor 30 Jahren: Entscheidung für die Aufarbeitung der Stasi-Akten, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/30850627_wegmarken_einheit5-202390 (Abruf: 2. März 2024).

13 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. 7 (1989), Bd. 8a (Januar 1990–August 1990), Bd. 8b (September 1990–Dezember 1990), Bonn 1990–1991.

14 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Deutschland 1989. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, 25 Bde. Bonn 1990; Deutschland 1990. Dokumentation zu der Berichterstattung

Vorlagen, Protokolle und Korrespondenzen der Administration und der Leitungsebene des Bundeskanzleramtes und der verschiedenen Bundesministerien, die Auskunft über die Entscheidungsprozesse geben. Das betrifft insbesondere die internen Vorgänge im Bundeskanzleramt und die Gespräche, die Bundeskanzler Kohl zu jener Zeit mit in- und ausländischen Entscheidungsträgern führte.

Hinzu kommt, dass in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zwischen 1991 bis 1994 zahlreiche maßgebliche Akteure aus der Bundesrepublik, der DDR sowie aus der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Großbritannien ihre Sicht der Dinge in Form von Memoiren, Erinnerungen oder ausführlichen Zeitzeugengesprächen dargelegt und aus dem berühmten „Nähkästchen“ geplaudert haben oder in den kommenden beiden Jahren derlei Publikationen in Vorbereitung sind. Das Tableau ist beträchtlich.

Aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschreiben die Bundesminister Wolfgang Schäuble,¹⁵ Rudolf Seiters,¹⁶ Theo Waigel,¹⁷ Friedrich Zimmermann,¹⁸ Hans Klein,¹⁹ Hans-Dietrich Genscher,²⁰ sowie die Beamten des Auswärtigen Amtes Frank Elbe und Frank Kiessler,²¹ des Bundeskanzleramtes Horst Teltschik²² und des Bundesverteidigungsministeriums Jörg Schönbohm²³ sowie Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Walter Momper²⁴ ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Die SED-Sicht vor und nach dem Mauerfall schildern Egon Krenz,²⁵

über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, 99 Bde. Bonn 1993; Dokumentation zum 3. Oktober 1990. Reden zur Deutschen Einheit. Bonn 1990; Die Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990. Verträge und Erklärungen. Bonn 1990; Helmut Kohl: Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Bonn 1990.

- 15 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Hg. und mit einem Vorwort von Dirk Koch/Klaus Wirtgen. Stuttgart 1991; Ders.: Der Einigungsvertrag – Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit, in: Bernd Guggenberger/Tine Stein (Hg.): Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Analysen – Hintergründe – Materialien. München/Wien 1991, S. 283–306.
- 16 Antonius John: Rudolf Seiters. Einsichten in Amt, Person und Ereignisse. Bonn/Berlin 1991.
- 17 Theo Waigel/Manfred Schell (Hg.): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten: Vom Mauerfall bis zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion. München 1994.
- 18 Friedrich Zimmermann: Kabinetttstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991. München/Berlin 1991.
- 19 Hans Klein: Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands. Berlin/Frankfurt a. M. 1991.
- 20 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995.
- 21 Frank Elbe/Frank Kiessler: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden–Baden 1993.
- 22 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991.
- 23 Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee. Berlin 1992.
- 24 Walter Momper: Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte. München 1991.
- 25 Egon Krenz unter Mitarbeit von Hartmut König/Gunter Rettner: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. Wien 1990; Ders.: Anmerkungen zur Öffnung der Berliner Mauer im Herbst 1989, in: Osteuropa 42 (1992), S. 365–369.

Günter Schabowski,²⁶ Hans Modrow²⁷ und Christa Luft,²⁸ während sich Lothar de Maizière²⁹ und Rainer Eppelmann³⁰ vornehmlich auf ihre Regierungszeit von April bis Oktober 1990 konzentrieren.

Das Bild der internationalen Abstimmungsprozesse zwischen dem Sommer/Herbst 1989 und dem Herbst 1990 prägen derzeit die Veröffentlichungen beteiligter Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte und deren Spitzenbeamte. Besonders Russen und Amerikaner haben offensichtlich ein großes Interesse, ihre Rolle in dieser Umbruchphase der Weltgeschichte darzulegen. Das betrifft in erster Linie den früheren sowjetischen Präsidenten und KPdSU-Chef Michail Gorbatschow, der Gesprächsaufzeichnungen mit den westlichen Führern und seine Erinnerungen³¹ veröffentlicht hat, sowie seinen ehemaligen Außenminister Eduard Schewardnadse³². Aber auch engste Mitarbeiter wie Anatoli Tschernajew³³ und Alexander Jakowlew³⁴ fühlen sich bemüßigt, ihre Ansichten zum Zustandekommen der deutschen Einheit mitzuteilen. Die Memoiren der sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Julij A. Kwizinskij³⁵ und Wjatscheslaw Kotschemassow,³⁶ verdeutlichen interne Kämpfe und Konflikte um die Deutschlandpolitik und die Gestaltung der künftigen Beziehungen zu dem wiedervereinigten Staat.³⁷

Das Bild des Verhaltens der westlichen Führungsmacht USA unter Präsident George H. W. Bush in dieser Phase wird vornehmlich durch die Darstellung von

-
- 26 Günter Schabowski: Der Absturz. Berlin 1991; Ders.: Vor fünf Jahren barst die Mauer. Erinnerungen und späte Einsichten, in: FAZ vom 8. November 1994.
- 27 Hans Modrow: Aufbruch und Ende. 2. Aufl. Hamburg 1991.
- 28 Christa Luft: Treuhandreport. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde. Berlin/Weimar 1992.
- 29 Hans-Joachim Meyer: Mit Augenmaß und Festigkeit. Erinnerung an die Rolle von Lothar de Maizière im Prozeß der deutschen Einigung, in: FAZ vom 25. Mai 1991, Beilage, Ereignisse und Gestalten.
- 30 Rainer Eppelmann: Wendewege. Briefe an die Familie. Hg. von Dietmar Herbst. Bonn/Berlin 1992.
- 31 Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit. Berlin 1993; Ders.: Erinnerungen. Berlin 1995.
- 32 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit. Reinbek bei Hamburg 1991.
- 33 Anatoli Tschernajew: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Krenl von innen. Stuttgart 1993; Anatolii Cherniaev: Gorbachev and the Reunification of Germany: Personal Recollections, in: Gabriel Gorodetsky (Hg.): Soviet Foreign Policy, 1917–1991. A Retrospective. London 1994, S. 158–169.
- 34 Lilly Marcou: Gespräch im Krenl, in: Alexander Jakowlew (Hg.): Offener Schluß. Ein Reformier zieht Bilanz. Leipzig/Weimar 1992, S. 5–19.
- 35 Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin 1993.
- 36 Wjatscheslaw Kotschemassow: Meine letzte Mission. Fakten, Erinnerungen, Überlegungen. Berlin 1994.
- 37 Ekkehard Kuhn: Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten. Bonn 1993.

Philip Zelikow und Condoleeza Rice³⁸ aus dessen Beraterstab sowie den Darstellungen vom damaligen Außenminister James A. Baker³⁹ und des seinerzeitigen amerikanischen Botschafters in Bonn, Vernon Walters,⁴⁰ bestimmt, wobei Robert D. Blackwill⁴¹ erstmals klar die Meinungsunterschiede in der Bush-Administration benennt.

Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher und ihr Mitarbeiter Georg R. Urban bestätigen die große Skepsis der Regierungschefin gegenüber Kohls Vorpreschen in der Einigungspolitik und der künftigen Macht der Deutschen in den Europäischen Gemeinschaften. Nicht nur die ansonsten stets auf Geheimhaltung bedachten Franzosen sind über die Veröffentlichungen Jacques Attali⁴² überrascht, der als langjähriger Berater von Staatspräsident François Mitterrand Aufzeichnungen über dessen Gespräche preisgibt. 1996 schiebt Mitterrand seine Betrachtungen über Deutschland nach.⁴³ Schon 1991 hat der ungarische Außenminister Guyla Horn seine Erinnerungen an die Öffnung der Grenze zu Österreich präsentiert.⁴⁴

Viele Darstellungen ausländischer Entscheidungsträger lassen den Eindruck entstehen, als sei das Zustandekommen der Wiedervereinigung vornehmlich auf die Bereitschaft der ehemaligen alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen, die Lage in Europa zu bereinigen. Somit wären die Deutschen mehr Spielball als Akteure im Prozess der nationalen Einheit gewesen. Die Friedliche Revolution, initiiert von den um Freiheit kämpfenden Menschen in der DDR und ausgelöst durch den Mauerfall am 9. November 1989, erhält einen nachgeordneten Stellenwert.

Und wo bleibt Kohls Sicht auf die Ereignisse? Um diese Lücke zu schließen, soll die „Geschichte der Deutschen Einheit“ in vier Bänden fundiert aufgearbeitet werden. Dazu sind vier Forscher auserkoren. Für die Bearbeitung der Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren unter Kohls Kanzlerschaft – sozusagen die Vorgeschichte der Wiedervereinigung – ist der gerade promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter von Weidenfeld an der Universität Mainz, Karl-Rudolf Korte, vorgesehen. Er hat seine Dissertation über „Akzentverlagerungen der

38 Philip Zelikow/Condoleeza Rice: *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*. Cambridge (Mass.)/London 1995.

39 James A. Baker III, with Thomas M. DeFrank: *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*. New York 1995.

40 Vernon A. Walters: *Die USA und die deutsche Einheit*, in: *Die Politische Meinung* Nr. 262, September 1991, S. 4–9; Ders.: *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters*. Berlin 1994.

41 Robert D. Blackwill: *Deutsche Vereinigung und amerikanische Diplomatie*, in: *Außenpolitik* 45 (1994), S. 211–225.

42 Jacques Attali: *Verbatim III 1988–1991*. Paris 1995.

43 François Mitterrand: *Über Deutschland*. Frankfurt a. M./Leipzig 1996.

44 Guyla Horn: *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*. Hamburg 1991.

deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren“ geschrieben und kann nahtlos daran anknüpfen.⁴⁵ Die wirtschafts-, währungs- und sozialpolitischen Aspekte soll Dieter Grosser behandeln, der seit 1974 als Ordinarius an der Ludwig-Maximilians-Universität München Politikwissenschaft lehrt.⁴⁶ Die Darstellung der innerdeutschen Vereinigung bleibt Wolfgang Jäger vorbehalten. Der Lehrstuhlinhaber für Wissenschaftliche Politik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg/Breisgau wird dort 1995 zum Rektor gewählt und kann wegen der zeitlichen Belastungen nur mithilfe von Michael Walter das Werk fertigstellen.⁴⁷ Den diplomatischen Verhandlungsprozess aufzuarbeiten, der zum Zwei-plus-Vertrag 1990 führt, behält sich Weidenfeld selbst vor. Doch auch er benötigt wegen seiner politischen Tätigkeit Hilfe von Peter M. Wagner und Elke Bruck.⁴⁸

Bei diesen Projekten spielt die Überlegung eine Rolle, wenn einer handverlesenen Forschergruppe exklusiver Zugang zu amtlichen Akten gewährt wird, auf deren Grundlage diese Studien anfertigen können, wird alsbald von anderen Forschern der Anspruch erhoben werden, aus Gleichheitsgründen ebenfalls Zugang zu diesen Akten zu erhalten. Das könnte über kurz oder lang dazu führen, dass die Bundesregierung die Sperrfrist für alle ihre Akten bis 1990 fallenlassen muss. Bei einer Bearbeitungsdauer von drei bis vier Jahren würde es einen Dammbbruch bedeuten, wenn bereits nach sieben oder acht Jahren die amtlichen Akten für die Öffentlichkeit zugänglich wären. Eine solche absehbare Forderung lässt sich nur abwehren, wenn zugleich einige zentrale Dokumente ediert werden. Auch lässt sich somit eine weitgehende Aktenfreigabe leichter abwehren. Diese Aufgabe der Editionsgruppe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ im Bundesarchiv zu übertragen, die sich amtlicherseits seit Mitte der 1950er Jahre mit der Deutschlandpolitik befasst, liegt nahe.

Außerdem sitzen der Chef des Politik-Ressorts bei „Bild“, Kai Dieckmann, sowie sein Redaktionskollege und Chefkorrespondent der „Welt am Sonntag“, Ralf Georg Reuth, daran, die Sicht Kohls auf den Wiedervereinigungsprozess in einem Buch zusammenzufassen. Ihnen wird Einsicht in einige Akten und

45 Karl-Rudolf Korte: *Der Standort der Deutschen: Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*. Köln 1990; Ders.: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden 1). Stuttgart 1998.

46 Dieter Grosser: *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden 2). Stuttgart 1998.

47 Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter: *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90* (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden 3). Stuttgart 1998.

48 Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck: *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90* (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden 4). Stuttgart 1998.

Gesprächsaufzeichnungen aus dem Büro des Bundeskanzlers gewährt. Auszüge fließen in die 1996 erscheinende Publikation „Helmut Kohl: ‚Ich wollte Deutschlands Einheit‘“⁴⁹ ein.

Erste Akteneinsicht und konzeptionelle Überlegungen

In ersten konzeptionellen Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Edition zentraler Aktenstücke zur Wiedervereinigung deutet sich an, dass es um „Sonderbände“, also mehrere Bände zum Thema „Die Vereinigung Deutschlands 1986–1990“, im Rahmen der bisher geplanten Reihen der *Dokumente zur Deutschlandpolitik* geht, die von 1995 an beim Oldenbourg Verlag in München erscheinen. Für die Sichtung des Aktenmaterials kommen in erster Linie die Bestände des Bundeskanzleramtes in Betracht an, eventuell auch Materialien aus den Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen, des Innern, für Wirtschaft, der Finanzen und der Justiz. Auf Materialien aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes muss wohl wegen womöglich entstehender Schwierigkeiten bei der Freigabe verzichtet werden, nicht zuletzt, weil dort eine eigene Editionsreihe besteht.

Zur Bearbeitung der Edition stehen im Bundeshaushalt für das Kalenderjahr 1995 300.000 DM zur Verfügung. Darüber hinaus sind für die Haushaltsjahre 1996 und 1997 weitere Mittel in Höhe von je DM 350.000 DM und für das Haushaltsjahr 1998 nochmals 50.000 DM veranschlagt. Aus den Mitteln sollen zwei wissenschaftliche Mitarbeiterstellen, zwei Sachbearbeiter/Sekretärinnen sowie Hilfskräfte finanziert werden. Bis Mitte April 1995 soll eine Editions-konzeption vorliegen. Die Wissenschaftliche Leitung, der Hans-Peter Schwarz und Alexander Fischer angehören, legt Wert auf die Feststellung, dass es sich bei der geplanten Edition ausschließlich um unveröffentlichte Aktenstücke handeln solle und nicht um eine Dokumentation bereits veröffentlichter Materialien. Vertreter des Bundesministeriums des Innern sagen dies zu. Zudem soll sichergestellt sein, dass die in die Edition aufzunehmenden Aktenstücke wirklich repräsentativ sind und der Öffentlichkeit einen Eindruck davon vermitteln, wie sich der Prozess der Vereinigung Deutschlands in den Akten des Bundeskanzleramtes und anderer Ministerien widerspiegelt. Durch die notwendige Deklassifizierung einzelner Schriftstücke darf nicht ein falsches Bild entstehen, das späterhin korrigiert werden muss. Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Leitung erklären sich bereit, zu gegebener Zeit die Auswahl der Dokumente anhand der im Bundeskanzleramt vorhandenen Aktenbestände zu überprüfen.

Die erste Aktendurchsicht im Bundeskanzleramt eröffnet unmittelbare Einblicke in Arbeitsabläufe der Regierungszentrale. Wichtig ist, den Aufbau und

49 Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Dieckmann/Ralf Georg Reuth. Berlin 1996.

das Ablagesystem der Registratur zu verstehen, zu dem der Leiter der Registratur Giering-Jentsch Auskunft erteilt. Bis Anfang April erfolgt die Einsicht in 843 offene, nicht klassifizierte und als Verschlussache (VS) eingestufte Akteneinheiten zur Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung aus den Jahren 1982 bis 1994. Teile dieser Akten befinden sich noch im laufenden Geschäftsgang des Bundeskanzleramtes, andere sind schon an das Zwischenarchiv der Bundesregierung in Sankt Augustin-Hangelar abgegeben worden. Zudem werden einschlägige Akteneinheiten zum Prozess der Vereinigung Deutschlands aus dem Geschäftsgang des Bundesministeriums des Innern eingesehen.

Schnell werden die wichtigen Phasen und Eckpunkte des Vereinigungsprozesses sowie einige für die Edition zu treffende Grundsatzentscheidungen erkennbar. Der Wiederherstellung der deutschen Einheit ging eine Vorphase zwischen Februar 1987 und Juli 1989 voraus. Aus Sicht der bundesdeutschen Innenpolitik war es der Beginn der zweiten vollen Legislaturperiode der Regierung Kohl. Durch Gespräche des damaligen Kanzleramtschefs Wolfgang Schäuble in Ost-Berlin über den seit 1981 angekündigten Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, in der Bundesrepublik sollte die Deutschlandpolitik intensiviert werden. Außenpolitisch fallen in diese Phase zwei Initiativen: Zum einen fordert der amerikanische Präsident Ronald Reagan während seines Berlin-Besuchs im Juni 1987 den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow auf, die Mauer niederzureißen; zum anderen erklärt sich Bundeskanzler Kohl im August 1987 zum Abbau der auf dem Territorium der Bundesrepublik stationierten Pershing IA-Raketen im Falle des Inkrafttretens und der planmäßigen Verwirklichung des INF-Abkommens bereit. Infolge des Besuchs von Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik tritt ab Herbst 1987 eine spürbare Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und eine allgemeine Klimaverbesserung in den Ost-West-Beziehungen ein.

Zwischen Juli 1989 und Januar/Februar 1990 folgt die Umbruchphase. In diesen Monaten verschärft sich die Lage in Deutschland dramatisch durch die wachsende Welle der Zuflucht suchenden Deutschen aus der DDR in Botschaften der Bundesrepublik, durch Massendemonstrationen und die Gründung von landesweiten nicht-kirchlichen Oppositionsgruppen in der DDR, die Ablösung Honeckers als SED-Generalsekretär, die Öffnung der Mauer und den Zusammenbruch des DDR-Regimes. Die Bundesregierung lässt nach Kohls Zehn-Punkte-Plan im Januar 1990 erste konkrete Überlegungen zur Vereinigung Deutschlands verlautbaren.

Daran schließt sich von Februar bis September 1990 die Verhandlungsphase an. Sie unterteilt sich in die Verhandlungen über die inneren und die äußeren Aspekte und führt zum Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten am 1. Juli 1990, den Abschluss des Einigungsvertrages am 31. August und des Zwei-plus-Vier-Vertrages am

12. September sowie zu dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990.

Abschließend folgt von Oktober 1990 bis März 1991 die Ratifizierungsphase, in der die bi- und multilateralen Vertragswerke vom Deutschen Bundestag sowie den nationalen Parlamenten der beteiligten Mächte ratifiziert werden und in Kraft treten. Im November 1990 findet zusätzlich das KSZE-Gipfeltreffen in Paris statt.

Im Wesentlichen konzentrieren sich die Vorgänge der Wiedervereinigung somit auf den Zeitraum von August 1989 bis zum 3. Oktober 1990, im völkerrechtlichen Sinne bis zur Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch alle Signatarmächte am 15. März 1991 im Auswärtigen Amt in Bonn.

Diese Erkenntnisse basieren in erster Linie auf der Auswertung von 322 Akteneinheiten aus dem laufenden Geschäftsgang des Bundeskanzleramtes, und zwar 137 Akteneinheiten offenes Schriftgut des Aktenbestands 354 00 Grundsätzliche Angelegenheiten der Wiedervereinigung Deutschlands und 207 Akteneinheiten VS-eingestuftes Schriftgut. Bei den Akten der Gruppe 33 Arbeitsstab Deutschlandpolitik handelt es sich vornehmlich um die inneren Aspekte der Vereinigung Deutschlands, bei den Akten der Abteilung 2 in Sonderheit um die äußeren Aspekte. Hauptsächlich sind Vermerke über Gespräche, aktuelle Lageeinschätzungen, Positionsbeschreibungen, Vorlagen und Ergebnisprotokolle sowie Telegramme mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Ost) und den Auslandsmissionen vorhanden. Darüber hinaus sind rund 296 Akteneinheiten des vom Bundeskanzleramt an das Bundeszwischenarchiv abgegebenen Aktenmaterials ausgewertet worden.

Der gesichtete Aktenbestand Arbeitsgruppe „Kabinettausschuss Deutsche Einheit“ im Bundesministerium des Innern umfasst zu dieser Zeit 203 Akteneinheiten. Darin befinden sich unter anderem Materialien über die Besprechungen des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder, zu den Arbeitsgruppen der beteiligten Ressorts und Schriftstücke über Detailfragen, die im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit insbesondere in der Überleitungsgesetzgebung zu regeln waren.

Es fällt auf, dass verschiedene Vorgänge bislang noch nicht in der VS-Registatur vermerkt worden sind, von denen anzunehmen ist, dass sie in Aktenstücken festgehalten wurden. Diese lassen sich auf der Grundlage einer Zusammenstellung aus Berichten in der „Frankfurter Allgemeinen“ und im Bonner „General-Anzeiger“ nachweisen. Hier finden sich zahlreiche Hinweise auf stattgefundene Gespräche und Korrespondenzen des Bundeskanzlers mit führenden inländischen Persönlichkeiten, über die mit großer Wahrscheinlichkeit Protokolle verfasst wurden, sowie Einschätzungen, Überlegungen und Direktiven, die ihm aus der Administration vorlagen. Hinzu kommen telefonische Abstimmungen und persönliche Begegnungen des Bundeskanzlers und führender Minister mit den

westlichen Verbündeten, insbesondere mit dem amerikanischen Präsidenten, der britischen Premierministerin, dem französischen Präsidenten sowie dem sowjetischen Präsidenten beziehungsweise den jeweiligen Außenministern und deren Botschaftern, über die in der Presse berichtet wurde. Außerdem fehlen Lagebeurteilungen führender Bundespolitiker und politische Strategiepapiere aus der Administration der Bundesregierung, die es mit einiger Gewissheit gibt. Welcher Art und Qualität solche Aufzeichnungen sind, ist unklar.

Aus der ersten Aktendurchsicht resultiert die Einschätzung, das durchgesehene Material eröffnet kaum neue fundamentale Erkenntnisse. Wenig Neues wird über die Vorgänge vor und nach dem Fall der Mauer, die bilateralen Absprachen der Bundesregierung mit den westlichen Partnern bekannt. Kontroversen innerhalb der Bundesregierung, vornehmlich zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt, wie sie in veröffentlichten Aufzeichnungen des Leiters der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt (Teltschik) zum Ausdruck kommen, bleiben weitgehend ausgespart. Beurteilungen über die Einwirkungen der Regierungs- und Oppositionsparteien der Bundesrepublik auf die Gründung neuer Parteien auf dem Gebiet der DDR oder die Einflussnahme bundesdeutscher Parteien auf die Wahl zur Volkskammer im März 1990 bleiben außen vor.

Die Freigabe aller einschlägig relevanten VS-eingestuften Schriftstücke ist kaum zu erwarten. Das hat der für Recht und Verwaltung im Kanzleramt zuständige Ministerialdirigent Volker Busse durchblicken lassen. Hier zeigt sich, dass innerhalb der Beamtenschaft des Kanzleramts keine sonderliche Begeisterung und Unterstützung für dieses Projekt herrscht. Man will sich ungern in die Karten schauen lassen. Gewiss spielt auch die jeweilige parteipolitische Zugehörigkeit eine Rolle, ohne dass diese nach außen hin durchscheint. Doch von vielen Beamten ist bekannt, wo sie sich im Parteienspektrum verorten. Aus alledem lautet die Schlussfolgerung: Die Edition wird nicht den Anspruch der Vollständigkeit aller wichtigen Dokumente zum Prozess der Vereinigung Deutschlands erheben können. Die zum Abdruck freizugebenden Schriftstücke müssen aber so bedeutsam sein, dass sie neue, vertiefte Einblicke in den Vereinigungsprozess bieten. Die Vorgänge werden allenfalls aus der Sicht der Arbeitsebene des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums des Innern dokumentiert, ohne Erkenntnisse über die eigentlichen politischen Entscheidungen. Der Bearbeitungszeitraum kann sich äußerstenfalls auf die Phase zwischen Februar 1987 und März 1991 erstrecken, sie muss aber mindestens den Zeitraum von Juli 1989 bis Oktober 1990 umfassen.

Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Leitung sind der Ansicht, die Sonderedition solle auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Akten weiterbearbeitet und eine erste Auswahl für den Abdruck in Betracht kommender Schriftstücke vorgenommen werden. Immerhin würden die freigegebenen Aktenstücke im Zweifelsfall mehr an Erkenntnissen liefern, als sonst erst nach Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist der Allgemeinheit zugänglich wären. Folglich werden im

nächsten halben bis dreiviertel Jahr die Akten weiterhin durchforstet, um zu sehen, welche Schriftstücke von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Unterschiedliche Interessenlagen

Für den im Juni 1995 verstorbenen Alexander Fischer wird vom Bundesinnenministerium der Bonner Historiker Klaus Hildebrand in die Wissenschaftliche Leitung berufen. Dort ist über den Leiter des zuständigen Referat SG II 5, Alexander Stute, Ministerialdirektor Manfred Speck eine wichtige Verbindungsperson zum Stab um Bundeskanzler Kohl. Im Kanzleramt ist Ministerialdirektor Michael Mertes, Leiter der Planungs- und Kulturabteilung, ein wichtiger Ansprechpartner. Fragen nach dem Verbleib von Akten lassen sich sozusagen auf diesem „Obergefreiten-Dienstweg“ erledigen.

Dieser direkte Zugang bleibt dem Präsidenten des Bundesarchivs, Friedrich P. Kahlenberg, natürlich nicht verborgen. Als Leiter einer obersten Bundesbehörde, die dem Bundesinnenministerium nachgeordnet und von dort weisungsgebunden ist, missfällt ihm das politische Vorgehen. Von Beginn an hegt er einen gewissen Argwohn, mit der Sonderedition beabsichtigten der Kanzler und das CDU-geführte Bundesinnenministerium, staatlicherseits die Geschichtsschreibung der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu beeinflussen. Hier solle einseitige Geschichtspolitik im Sinne der Glorifizierung Helmut Kohls als Kanzler der deutschen Einheit betrieben werden. Wenn allerdings das vorgesetzte Bundesinnenministerium politisch etwas durchsetzen will, vermag Kahlenberg wenig dagegen auszurichten. Zwar führt er die Dienstaufsicht über die Editionsgruppe der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“, die Fachaufsicht obliegt jedoch unverändert dem Referat SG II 5 im Bundesinnenministerium.

Anfang April 1996 liegt eine erste Auswahlliste vor, die wenige von der VS-Registrierung des Bundeskanzleramtes zwischenzeitlich herabgestufte Dokumente enthält. Wichtig ist, dass nachweisbare Vorgänge aus besagter Zusammenstellung aufgrund der Zeitungsauswertungen von 1989/90 in den bislang zugänglich gemachten Akten des Bundeskanzleramtes nicht zu finden sind. Somit stellt sich die Frage, ob man sich mit den freigegebenen Dokumenten zufriedengeben soll oder inwieweit noch hochkarätigere Materialien zur Verfügung gestellt werden können, etwa Korrespondenz oder Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staats- und Regierungschefs.

Die Wissenschaftliche Leitung meint, man werde sich notgedrungen mit dem bisher verfügbaren begnügen müssen, da diese Materialien weit vor Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist zugänglich würden. Mehr sei wohl nicht zu erwarten. Von dem Umfang der zugrunde zu legenden Dokumentenauswahl hängt maßgeblich die weitere Bearbeitung der Editionsbinden und deren Erscheinungstermin ab. Inhaltlich bedarf es vor allem der Klärung, an welchen ausgewählten Schriftstücken die einzelnen technischen Verhandlungsstränge über die Wirtschafts-

Währungs- und Sozialunion, staatsrechtliche Fragen und die Bund-Länder-Besprechungen kontinuierlich dokumentiert werden sollen. Von besonderer Bedeutung scheint die Einleitung zur Edition. Diese müsste die verschiedenen Aspekte der Dokumentenauswahl beleuchten und eine Absicherung bieten, welche politischen Vorgänge dokumentiert werden und welche nicht einbezogen werden konnten. Die Edition wäre allerdings nicht zu verantworten, wenn generell keine Schriftstücke über die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen enthalten wären. Diese könnten allerdings nur aus dem Bundeskanzleramt stammen.

Nur zu gut kennen alle Beteiligte das seit Adenauers Zeiten als Bundeskanzler und zugleich Bundesminister des Auswärtigen bestehende Spannungsverhältnis zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt, das unverändert fortbesteht. Gegebenenfalls muss das Auswärtige Amt die Dokumente aus seinem Ressort freigeben, was zu einer Konkurrenz zwischen der von Hans-Peter Schwarz als Hauptherausgeber verantworteten Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD)⁵⁰ und der geplanten Sonderedition führen würde. Das Auswärtige Amt wird nicht daran interessiert sein, wichtige Dokumente des Vereinigungsprozesses schon jetzt freizugeben und diese dem Kanzleramt zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich erscheint erst im Jahr 2015 – immerhin noch fünf Jahre vor Ablauf der 30-Jahressperrfrist – der Editionsband „Die Einheit“ mit Akten des Auswärtigen Amtes und des DDR-Außenministeriums.⁵¹ Zudem gibt es für die Öffentlichkeit ein unvollständiges Bild, wenn die Sonderedition überhaupt keine Dokumente zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen enthält und dieser Verhandlungsstrang vollkommen ausgeblendet bleibt.

Infolgedessen argumentiert Schwarz, inhaltlicher Schwerpunkt solle der Vereinigungsprozess aus der Binnensicht des Kanzleramtes sein. Zu dokumentieren seien die Sitzungen des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“, zudem die Innenminister-Konferenzen sowie die anfänglichen Überlegungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Auch müsse der Ursprung der Entscheidung, den Weg zur Vereinigung über Artikel 23 Grundgesetz zu beschreiten, eindeutig nachvollziehbar sein. Die Edition solle in der Regel bisher nicht der Öffentlichkeit zugängliche Dokumente aufnehmen. Der Fußnotenapparat zur Kommentierung könne weniger umfangreich ausfallen, wenn dafür ein differenziertes Sachregister erstellt würde. In der Einleitung solle eine Bilanz des bislang Bekannten gezogen und die durch die zugänglich gemachten Dokumente neu gewonnenen Erkenntnisse herausgearbeitet werden.

Auch Kahlenberg tendiert in diese Richtung. Bei dieser Dokumentenauswahl handele es sich nicht um eine allgemeine Edition über das Zustandekommen

50 Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen. Hg. von Hanns Jürgen Küsters. München 2018, S. 407–412.

51 Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin von Horst Möller u. a., bearb. von Heike Amos/Tim Geiger. Göttingen 2015.

der deutschen Einheit. Vielmehr sei es eine Fondsedition des Bundeskanzleramtes, in dessen Vordergrund die Beurteilung interner Entscheidungsprozesse stehe. Daher müssten auch Dokumente aus der Provenienz der DDR-Regierung Berücksichtigung finden, sofern sie den Entscheidungsprozess im Bundeskanzleramt beeinflusst hätten. Wichtig erscheint ihm, das Bund-Länder-Verhältnis zu dokumentieren.

Das alles deutet auf eine mehr konservative Herangehensweise. Man gibt sich zufrieden mit dem Freigegebenen, ordnet es ein, hat dem Wunsch des Kanzleramtes nach einer begleitenden Edition entsprochen und gut ist. Gleichwohl gilt es, Grenzen auszutesten, welche Dokumente das Kanzleramt noch bereit ist, für die Forschung freizugeben. Denn aus Gesprächen im Bundeskanzleramt wird deutlich, dass in der Registratur, die eigentlich den Überblick über alle nicht klassifizierten sowie als Verschlussachen vom Grad „Nur für den Dienstgebrauch“, über „VS-Vertraulich“, „Geheim“ bis „Streng Geheim“ eingestuftes Schriftstücke haben müsste, längst nicht alle Unterlagen aus dem Bearbeitungszeitraum eingegangen sind, die existieren müssen. Hinter vorgehaltener Hand wird signalisiert, es gebe noch eine weitere Aktenablage zur unmittelbaren Verfügung des Bundeskanzlers, die von seinem Persönlichen Büro verwaltet werde. Mit anderen Worten: Vorgänge werden in zumindest zwei unterschiedlichen Registraturen abgelegt. Die Behördenregistratur, die vornehmlich die Sachakten der Abteilungen und einige weitere der Leitungsebene führt, und eine Registratur im Umfeld des Kanzlers, zu der momentan nur Vertraute Zugang haben. Folglich wird vermutet, dass sich dort eine Reihe hochkarätiger Dokumente wie Korrespondenzen, Gesprächsaufzeichnungen und persönliche Notizen Kohls befinden.

Das Ringen um die zentralen Akten des Bundeskanzleramtes

Es beginnt ein gewisses Katz-und-Maus-Spiel mit einer Reihe offener Fragen: Wer ist bereit, sich zu engagieren, um noch weitere Dokumente freizubekommen? Womit soll man sich zufriedengeben? Und was bleibt partout noch unter Verschluss? Hinsichtlich des weiteren Prozederes besteht in der Wissenschaftlichen Leitung Übereinstimmung, zunächst mit dem Bundeskanzleramt eine Verständigung über die zur Veröffentlichung vorgesehenen Schriftstücke herzustellen. Auf dieser Grundlage soll dann die Freigabe der Dokumente beantragt und auf bestehende Lücken anhand der vorliegenden Listen hingewiesen werden, versehen mit der Bitte, diese durch weitere Dokumente aufzufüllen. Stute regt an, beim Freigabeverfahren den Rat der betroffenen Akteure zurate zu ziehen.

In den nächsten Wochen soll das weitere Prozedere geklärt werden. Daraufhin findet eine Besprechung im Kanzleramt unter Leitung des Kanzleramtschefs Friedrich Bohl mit allen Beteiligten statt. Dieser erwartet offenbar, dass in den

Auswahldokumenten die überragende Rolle des Bundeskanzlers im Vereinigungsprozess zum Ausdruck kommt. Umso erstaunter vernimmt er, dass aufgrund der bisher zugänglichen Aktenbestände anscheinend die Administration die entscheidenden Impulse zur Vereinigung gegeben habe und das Wirken des Kanzlers kaum abgebildet ist. Außerdem hinterlässt der Hinweis auf die Aufstellung von damals stattgefundenen Begegnungen, Gesprächen und Korrespondenzen, zu denen vermutlich Aufzeichnungen existieren, die aber bisher nicht in der Registratur des Kanzleramtes aufgefunden werden konnten, Wirkung. Eine Edition, in der Kohls Rolle so gut wie nicht dokumentiert wird, entspricht weder der historischen Wahrheit noch liegt eine Veröffentlichung einer solchen Dokumentation über das Handeln der nachgeordneten Bürokratie im eigentlichen Interesse des Bundeskanzleramtes. Im Ergebnis der Besprechung sagt Bohl die Prüfung der Angelegenheit zu. Doch solange keine Klärung der Dokumentenauswahl erfolgt ist, kann die Bearbeitung nicht recht voranschreiten und eine Aktenfreigabe zur Veröffentlichung erfolgen.

Es zeichnet sich lediglich ab, den Dokumentationszeitraum auf die Phase von Mai 1989 bis Oktober 1990 zu begrenzen. Die Jahre von 1987 bis Frühjahr 1989 noch einzuschließen, würde einen noch größeren Arbeitsaufwand implizieren, zumal unklar ist, welche Dokumente vielleicht doch noch vom Kanzleramt zur Verfügung gestellt werden. Dieses muss nun allmählich Farbe bekennen, was es will. Jedenfalls geht der ursprüngliche Schachzug nicht auf. Glaubte das Kanzleramt, vornehmlich die Gruppe um Weidenfeld und Gotto, bislang, man könne unliebsame Fragen von Forschern und der Öffentlichkeit nach gleichberechtigter Einsichtnahme in Dokumente, die den Autoren der Studien zugänglich gemacht wurden und die auch der Journalist Kai Dieckmann für die Darstellung des Kanzlers „Ich wollte Deutschlands Einheit“ bereits eingesehen hatte, mit dem Hinweis auf die Sonderedition parieren, so geht das Konzept aus mehreren Gründen nicht auf. Zum einen haben die Autoren andere Dokumente einsehen können, eine Abstimmung hat bisher nicht stattgefunden. Zum anderen spiegelt die Auswahl der bisher zugänglich gemachten Aktenbestände nicht die tatsächlich wichtigen Entscheidungsprozesse wider. Schließlich werden sich interessierte Forscher und Journalisten bei einer Sonderedition, die große inhaltliche Lücken aufweist, zu bohrenden Nachfragen geradezu animiert fühlen.

Jedenfalls lässt das Bundeskanzleramt erkennen, anhand der Aufstellung über die in der Presse und Literatur nachweisbaren, bislang in den Akten jedoch nicht verifizierten Vorgänge weitere hausinterne Recherchen anstellen zu wollen. Die ursprüngliche Absicht, bis Mitte August 1996 dem Bundeskanzleramt die endgültige Liste der ausgewählten Dokumente vorzulegen, ist derweil obsolet geworden. Angesichts dieser Ungewissheit wird dennoch an dem bisherigen Zeitplan festgehalten, die Bände etwa zwischen Juli 1997 und März/April 1998 zu produzieren. Allein der Bearbeitungszeitraum steht fest: Dieser soll sich auf die Zeit zwischen dem Besuch des amerikanischen Präsidenten

George H. W. Bush im Mai 1989 in der Bundesrepublik Deutschland und der KSZE-Gipfelkonferenz im November 1990 in Paris beschränken. Dem Bundeskanzleramt soll bis Mitte August 1996 eine vollständige Liste der bisher ausgewählten Dokumente mit der Bitte um Freigabe für die Bearbeitung übergeben werden. Dann ist eine Zwischenbilanz des erreichten Arbeitsstandes zu ziehen.

Bei alledem spielt im Hinterkopf selbstverständlich die aktuelle politische Lage eine Rolle. Die Regierung Kohl steht innen- und außenpolitisch unter massivem Druck. Der Einigungsprozess hat finanzielle Dimensionen erreicht, die niemand vorausahnen konnte. Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland wächst, rechtsradikale Anschläge verschärfen die Lage. Die SPD betreibt über die von ihr geführten Landesregierungen im Bundesrat eine gezielte Blockadepolitik gegenüber der Bundesregierung. Die Einführung der Europäischen Währungsunion, Kohls Lieblingsprojekt, muss wegen währungspolitischer Turbulenzen mehrfach verschoben werden. Und niemand weiß, ob bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 1998 Kohl nochmals antritt und die Wahl nach 16 Jahren Regierungszeit erneut gewinnen kann.

Erneute Dokumentenauswahl

In den nächsten Wochen und Monaten vollzieht sich im Kanzleramt ein bemerkenswerter Wandel. Mit einem Mal werden Hunderte weitere Akten zur Durchsicht zur Verfügung gestellt, die wichtige Vermerke, Gesprächsaufzeichnungen und einige Briefwechsel zur Wiedervereinigung enthalten. Infolgedessen ist es notwendig, neue Leitlinien für die Dokumentenauswahl festzulegen, diese komplett zu überarbeiten und die verbleibende Zeit von etwa einem Jahr in erster Linie für die textkritische Bearbeitung und Kommentierung zu nutzen.

Das macht von Oktober 1996 an erhebliche Umarbeitungen an der Dokumentenauswahl und die Erstellung neuer Leitlinien erforderlich, die bis Mitte November abgeschlossen sein sollen. Einvernehmen besteht, die Auswahl unter dem Blickwinkel einer Fondsedition des Bundeskanzleramtes vorzunehmen. Allerdings sind der Umfang der Edition und die Zeitplanung derzeit nicht genau abzuschätzen. Die Zeit rinnt davon, wenn der vorgesehene Publikationstermin spätestens Mitte 1998 eingehalten werden soll. Alle Beteiligten erachten es für wichtig, den Dokumenten auch eine gehaltvolle Einleitung voranzustellen. Dafür sollen die Kommentierung aufgrund des geringen zeitlichen Abstandes zu den Ereignissen und des Umstandes, dass noch nicht alle amtlichen Quellen über den Prozess der deutschen Einheit verfügbar sind, auf ein unverzichtbares Minimum reduziert und die Texte durch ein ausführliches Personen- und Sachregister erschlossen werden.

Die Mitte November 1996 vorliegenden Leitlinien für die Dokumentenauswahl sehen vor, die Edition ausschließlich auf Aktenbestände des Bun-

deskanzleramtes, vor allem aus dem Büro des Bundeskanzlers, des Chefs des Bundeskanzleramtes, der Abteilungen 1 bis 4, des Leiters des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik, der Korrespondenz mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Ost) sowie einige Dokumente aus den Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen, für Wirtschaft, der Finanzen, des Innern und der Justiz zu konzentrieren. Hinzu kommen einzelne Schriftstücke über Kontakte und Besprechungen mit den Regierungen der Bundesländer. Dazu werden in dem folgenden dreiviertel Jahr weitere 600 bis 700 Akteneinheiten gesichtet und Schriftstücke in die Auswahl einbezogen.

Ungeachtet dessen bleiben wesentliche Aktenbestände des Bundeskanzleramtes sowie anderer Ressorts und Institutionen unberücksichtigt, für die keine Freigabegenehmigung zu erreichen ist. Dazu gehören die Protokolle des Bundeskabinetts, der Kabinettsausschüsse einschließlich des Ausschusses „Deutsche Einheit“, des Bundessicherheitsrats, Materialien des Bundesnachrichtendienstes, des Auswärtigen Amtes, der Bundesministerien für Verteidigung, für Wirtschaft sowie der Finanzen. Das trifft ebenso für Akten des Deutschen Bundestags und des Bundesrats zu. Nicht einbezogen werden Akten des Ministerrats der DDR, der SED sowie Parteiarchivalien aus den Parteivorständen und -präsidien und den Parlamentsfraktionen. Gleiches bezieht sich auch auf Handakten von Entscheidungsträgern.

Im Bundeskanzleramt herrscht in der Sache unverändert Bewegung. Das macht allein die Tatsache deutlich, dass sogar noch unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen 1997 unangekündigt weitere Akten zur Durchsicht bereitgestellt werden. Darunter befinden sich zwei wichtige Schriftstücke, die in die Auswahl aufgenommen werden: die persönlichen Aufzeichnungen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für Bundeskanzler Kohl über die gemeinsamen Verhandlungen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh und Außenminister Gyula Horn zur Grenzöffnung, zur Freilassung der Botschaftsflüchtlinge in Budapest sowie über die finanziellen Zusagen und Unterstützungen der Bundesregierung für Ungarn.⁵² Am Ende wird die bisherige Dokumentenauswahl zu 80 bis 90 Prozent verworfen und durch politisch hochklassigere Dokumente ersetzt. Im November und Dezember 1996 finden mehrere Sitzungen über die endgültige Auswahl statt.⁵³ Bei den allermeisten Dokumenten besteht Einvernehmen über deren Abdruckwürdigkeit.

Zwei Probleme stehen nunmehr im Vordergrund: Wie schnell erteilt das Bundeskanzleramt die Freigabegenehmigung zur Veröffentlichung? Und: Welche anderen Ministerien und Behörden müssen ihre Genehmigungen erteilen bezie-

52 Nr. 28 Vermerk des Bundesministers Genscher über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn, Schloß Gymnich, 25. August 1989, und während des Mittagessens, 25. August 1989, beide in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 377–382.

53 Schwarz: Von Adenauer zu Merkel, S. 630.

ungsweise bis wann wird dies passieren? Der Abdruck des wichtigen Schreibens von Bush an Kohl vom 9. Februar 1990 bedarf der Rückkoppelung in Washington. Darin sagt der amerikanische Präsident unmittelbar vor dem Treffen des Bundeskanzlers mit Gorbatschow in Moskau Kohl Unterstützung zu, falls sich die Einheit schneller realisieren lasse. Er verdeutlicht aber ebenso, es nicht zuzulassen, dass sich die Sowjetunion des Viermächte-Mechanismus bedient, um ein Deutschland zu schaffen, das Moskau will, auf einem Weg, den Moskau will.⁵⁴ Das heißt im Klartext: Ein neutrales oder nach Osten orientiertes wiedervereinigtes Deutschland ist für die Vereinigten Staaten nicht akzeptabel. Damit macht Bush die Westbindung Deutschlands zur Bedingung für die Wiedervereinigung. Das stellte für Kohl nie ein Problem dar, da für ihn selbstverständlich das wiedervereinigte Deutschland zur NATO gehört.

Solche Klärungen brauchen Zeit und können zu Verzögerungen bei der Freigabe führen. So wird auch überlegt, ob sich der Abdruck einer Mitteilung des Bundesnachrichtendienstes an das Kanzleramt aus dem Herbst 1989 über den angeblichen Tod Erich Honeckers lohnt, oder eine Bitte des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Manfred Stolpe, an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, ein Fahrzeug gestellt zu bekommen. Beim BND die Freigabe zu beantragen, würde wahrscheinlich alles nur weiter hinauszögern. Daher wird auf den Freigabeantrag verzichtet. Problematisch erscheint zudem der Umgang mit jenen Textpassagen, in denen möglicherweise Persönlichkeitsrechte Dritter tangiert werden.

Schwieriges Freigabeprozedere

Bei den zu klärenden Problemen steht die Frage im Raum, wer letztlich die Verantwortung für die Veröffentlichung trägt. Das Bundeskanzleramt muss die Dokumente freigeben, zumindest den Willen dazu erklären, sonst schafft die weitere Bearbeitung nur unnötigen Mehraufwand. Sollten hier politische Bedenken bestehen, müssen diese klar und deutlich geäußert werden. Falls eine definitive Entscheidung des Kanzleramtes über die Dokumentenauswahl erst im April oder Mai 1997 erfolgt, werden sich die Fertigstellung des Manuskripts und die Drucklegung möglicherweise um ein halbes Jahr bis Ende 1998 verzögern. Soll der vorgesehene Publikationstermin Ende Mai 1998 dann dennoch eingehalten werden, ist zu erwägen, die Bände mehr oder weniger unkommentiert erscheinen zu lassen. Diese Möglichkeit verneinen alle Beteiligten. Daher stimmt man überein, dass eine Entscheidung bis Ende Februar 1997 notwendig ist.

Einstweilen wird die Bearbeitung auf der Grundlage von insgesamt 419 ausgewählten Dokumenten fortgesetzt. Zugleich erhält das Bundeskanzleramt um-

54 Nr. 170 Schreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, 9. Februar 1990, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 784 f.

gehend das zusammengestellte Manuskript in der vorliegenden Form. Derzeit geht man immer noch von zwei Bänden aus, denen auf Vorschlag des Leiters der Editionsgruppe ein Verzeichnis der Funktionsträger und ein Organigramm beigegeben werden sollen, um das Personenregister zügiger bearbeiten zu können.

In den folgenden Wochen und Monaten der Klärungsphase spitzen sich die taktischen Spielchen einiger Beteiligten zu. Im Kanzleramt werden die Dokumente zu den internationalen Entwicklungen – vornehmlich Gesprächsprotokolle, Vermerke und Schreiben – vom stellvertretenden Leiter der Abteilung 2 für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Edmund Duckwitz, durchgesehen, die anderen Dokumente von der Abteilung 5 Kommunikation von Michael Mertes koordiniert. Hierbei entscheidet sich zunächst, ob die Auswahldokumente für die Veröffentlichung infrage kommen. Von der Abteilung 2 wird erwartet, eventuelle brisante persönliche Urteile des Kanzlers in Gesprächen über andere ausländische Persönlichkeiten – meist nur halbe oder ganze kurze Sätze – aus dem Text zu eliminieren und die entsprechenden Stellen durch drei Punkte zu kennzeichnen.

Besonders schwer tut man sich mit Vermerken über Kontakte zu internationalen jüdischen Interessenvertretern in dieser Zeit und den Dokumenten, die den Gang der Beratungen über die offenen Vermögensfragen beinhalten. Dabei geht es um die Frage der Restitution angesichts der von der sowjetischen Besatzungsmacht angeordneten Zwangsenteignungen unter dem Deckmantel der Bodenreform zwischen 1945 und 1949. Die DDR-Regierung und die sowjetische Regierung bestanden 1990 darauf, dass diese Maßnahmen nicht rückgängig gemacht werden sollten. Ein in der deutschen Öffentlichkeit hoch umstrittenes Thema. Da die Regelung über die offenen Vermögensfragen in einer Vereinbarung zwischen dem damaligen Bundesjustizminister Klaus Kinkel und dem DDR-Unterhändler Günther Krause ausgehandelt worden war und später zum Bestandteil des Einigungsvertrages wurde, muss sich das Zustandekommen der Vereinbarung in der Sonderedition widerspiegeln. Wiederum muss auch bei diesem heiklen Thema ausgelotet werden, welche Dokumente das Kanzleramt bereit ist freizugeben. Die Wissenschaftliche Leitung will das Kanzleramt nicht überfordern. Denn dessen Freigabe der Dokumente zur Veröffentlichung steht unverändert aus. Immerhin hat man schon mehr erreicht als zwischenzeitlich gedacht.

Gleichzeitig türmen sich weitere Probleme auf. In vertraulichen Gesprächen wird bekannt, dass der Präsident des Bundesarchivs beim Staatssekretär des Bundesinnenministeriums in der Absicht vorstellig geworden ist, die Sonderedition zu torpedieren, zumindest jedoch keine Kabinettsprotokolle und Protokolle von Sitzungen der Kabinettsausschüsse, vor allem des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“, zu berücksichtigen. Bleiben die Akten des Auswärtigen Amtes wegen der Fondsedition aus den Beständen des Bundeskanzleramtes weitgehend unberücksichtigt und einer späteren Veröffentlichung in der Editionsreihe der

„Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ vorbehalten, so soll dies offenbar auch für die Edition der in Jahresbänden von Kahlenberg als Präsident des Bundesarchivs herausgegebenen Reihe „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ gelten.

Unterdessen wird aus dem Bundeskanzleramt der Wunsch laut, die Auswahldokumente der Sonderedition mit der Verwendung der Dokumente in den vier geplanten Monografien über die „Geschichte der Deutschen Einheit“ zu koordinieren. Offenbar steht das Kanzleramt unter Druck der Autoren, als diese erfahren, dass wichtiges Quellenmaterial in die Sonderedition fließen soll, welches sie möglicherweise nicht kennen, das aber vielleicht für ihre Darstellungen relevant sein könnte und bequemerweise berücksichtigen wollen. Das betrifft vor allen Dingen die außenpolitischen Fragen. Durch die geforderte inhaltliche Koordinierung will sich das Kanzleramt dem Dilemma entziehen. Damit wird offensichtlich, dass die Sonderedition von Anfang an nur einen legitimatorischen Charakter erfüllen sollte.

Für die Bearbeitung der Sonderedition würde das eine zusätzliche Überprüfung der in den Monografien zitierten Dokumente bedeuten und somit eine erneute Überarbeitung der Dokumentenauswahl zur Folge haben. Zudem wären womöglich Schriftstücke aufzunehmen, deren Aktenkontexte vollkommen unbekannt sind. Daher entsteht der Vorschlag, alle für die Kommentierung der Edition und in den Monografien verwendeten Schriftstücke in Aktenordnern zusammenzustellen, dann die Freigabe – sofern erforderlich – zu beantragen und diese im Bundesarchiv oder im Zwischenarchiv in Sankt Augustin-Hangelar zu deponieren. Nach Veröffentlichung der Sonderedition könnten diese Dokumente allen Wissenschaftlern und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Somit würden die gegenwärtigen Arbeiten an der Sonderedition nicht beeinträchtigt.

Die Wissenschaftliche Leitung erinnert Anfang Juni 1997 an die Vereinbarung, entsprechend dem Auftrag des Bundesinnenministeriums eine Fondsedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes vorzubereiten. Bei der Aktenauswahl sei man dem Wunsch nachgekommen, Akten des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ nicht zu berücksichtigen, obwohl deren Verwendung wünschenswert gewesen wäre. Ebenso seien Parteiakten, die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes und des Bundesnachrichtendienstes unberücksichtigt geblieben. Im Übrigen widerspreche es wissenschaftlichen Usancen, wenn Auswahlverzeichnisse der Sonderedition zeitlich parallel an Monografien arbeitenden Wissenschaftlern zugänglich gemacht werden sollten.

Latent prallen hier unterschiedliche Interessen der Professoren Grosser, Jäger und Weidenfeld sowie Schwarz und Hildebrand aufeinander. Schwarz als Hauptherausgeber der AAPD und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Institut für Zeitgeschichte will in keinen unnötigen Konflikt geraten, zumal er ein gutes kollegiales Verhältnis mit Grosser und Jäger pflegt. Hildebrand

unterstreicht, den Bearbeitern der Sonderedition seien keine hilfswissenschaftlichen Zuarbeiten für andernorts entstehende Monografien zuzumuten. Kahlenberg bekräftigt, die Sonderedition sei nur noch schwer bis zum vorgesehenen Termin im Frühjahr 1998 fertigzustellen. Eine Koordination der beiden vom Bundeskanzleramt gewünschten Projekte sei in dieser Schlussphase der Arbeiten nicht mehr leistbar. Das Bundesinnenministerium betrachtet das Sondereditionsprojekt und die in Arbeit befindlichen Studien als zwei getrennte Projekte. Sie erhielten gerade dadurch ihren objektivierenden Charakter. Die Bitte, seitens des Bundesinnenministeriums auf die Aktenfreigabe zu drängen und bis spätestens 1. Juli 1997 die schriftliche Bestätigung der Freigabe der Dokumente zu erwirken, bleibt unerhört.

Inzwischen steht die Strukturierung des geplanten Werkes. Dieses soll eine Vorbemerkung, die Darlegung der Editionsgrundsätze, eine wissenschaftliche Einführung, das Dokumentenverzeichnis, die Dokumententexte, ein Verzeichnis der Quellen und Veröffentlichungen, der Abkürzungen, eine Auflistung der Funktionsträger, einen Organisationsplan des Bundeskanzleramtes sowie ein Personenregister und ein Sachregister enthalten. Die Kommentierung soll sich im Wesentlichen auf den Nachweis der im Text erwähnten Abkommen, Protokolle, Memoranden, Erklärungen, Reden, Interviews und Presseartikel konzentrieren. Politische Ereignisse und Kontakte von Politikern bei Besuchen und Gesprächen werden nur in sachlich begründeten Ausnahmefällen mit weiterführenden Quellenverweisen versehen. Hinweise auf abgedruckte Dokumente erfolgen durch bloße Querverweise auf die entsprechende Dokumentennummer, in einzelnen Fällen auch auf sachbezogene Anmerkungen. Ansonsten gilt die Notwendigkeit einer „schlanken Kommentierung“, was immer das auch heißen mag. Die Verwendung von Faksimiles und die Frage einer Bebilderung bleibt zu prüfen, eine Entscheidung hierzu erfolgt später.

In der langwierigen Freigabeprozedur zeichnet sich immer mehr ab, dass dem Bundeskanzleramt für das vom Kanzler unterstützte Projekt die Genehmigung im wahrsten Sinne des Wortes abgerungen werden muss. Letztlich will niemand die Verantwortung für die Veröffentlichung tragen. Alles wird hin und her geschoben. Die Bedenken hinsichtlich der Folgen des angestoßenen Projekts scheinen täglich zu wachsen. Die zunächst erteilte Freigabe des Bundeskanzleramtes für ein Dokument über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit jüdischen Vertretern wird am 2. Oktober wieder zurückgezogen. Was die Dokumente zu den Offenen Vermögensfragen anbelangt, so richtet die Wissenschaftliche Leitung am 15. Juli 1997 ein Schreiben an den nunmehrigen Bundesminister des Auswärtigen, Klaus Kinkel, in seiner Eigenschaft als vormaliger Bundesjustizminister mit der Bitte, die ausgewählten Schriftstücke zu diesem Thema für die Sonderedition zur Verfügung zu stellen. Der reagiert darauf nicht und wird daraufhin vom Staatsminister im Kanzleramt, Anton Pfeifer, am Rande einer Kabinettsitzung angesprochen. Doch Kinkel lehnt die Frei-

gabe ab. Inwieweit für seine Entscheidung staatliche oder persönliche Gründe den Ausschlag geben, bleibt dahingestellt. Der Bescheid durch ein Schreiben vom 15. Oktober 1997 an die Wissenschaftliche Leitung ist abschlägig. Folglich lässt sich die Thematik nur anhand der ursprünglich im Bundeskanzleramt entstandenen Schriftstücke dokumentieren. Das alles erfordert zum vierten Mal umfangreichere Umarbeitungen des Manuskripts, die zu Verzögerungen der Fertigstellung führen.

Hinsichtlich der Freigabe der Dokumente aus Beständen des Bundeskanzleramtes und der anderen beteiligten Ressorts bittet die Wissenschaftliche Leitung, der Bundesminister des Innern möge nunmehr in seiner Eigenschaft als Herausgeber der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ an den Chef des Bundeskanzleramtes wegen der ordnungsgemäßen Freigabe der Dokumente für die Sonderedition herantreten, damit diese mit dem Erscheinen der Bände im Juni 1998 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Die Auswahl umfasst danach insgesamt 430 Dokumente mit einem Textumfang von etwa 1500 Seiten einschließlich Vorbemerkung, Einführung, Verzeichnissen und Register. Der neue Zeitplan für die Produktion sieht die Abgabe des fertigen Manuskripts bis zum 6. Januar 1998 vor. Unter der Voraussetzung einer zügigen Entscheidung der Beteiligten könnte der Verlag am 24. Februar 1998 mit der Drucklegung beginnen. Die Auslieferung des Bandes würde dann am 26. Juni 1998 erfolgen.

Das Bundesinnenministerium schlägt den Titel „Sonderedition Deutsche Einheit. Aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ vor, während die Wissenschaftliche Leitung auf dessen langfristige Wirkung abhebt, die mit dem Titel für die Öffentlichkeit einen Kaufanreiz bieten solle. Der Terminus „Sonderedition“ bedeute eine technische Relativierung und sei der Bedeutung der Dokumente nicht angemessen. Daher schlägt die Wissenschaftliche Leitung den Titel „Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ vor. Zugleich solle der Bundesminister des Innern um ein Geleitwort zu dieser Edition gebeten werden. Da es sich um eine Fondsedition handelt, wird angeregt, zusätzlich den Chef des Bundeskanzleramtes um ein Vorwort zu bitten. Außerdem solle im Band auf ein Quellen- und Literaturverzeichnis verzichtet und nur eine allgemeine Beschreibung des Archivbestandes aufgenommen werden. Inwieweit auf die beabsichtigte Zusammenstellung eines Sonderfonds zugänglicher Schriftstücke zur Deutschen Einheit im Bundesarchiv hinzuweisen sei, bleibt abzuklären. Angesichts der ausstehenden Entscheidung des Kanzleramtes über die Freigabe von Faksimiles wird weiterhin abgewartet, ob eine Bebilderung erfolgen soll.

Mitte Februar 1998 hat das Bundeskanzleramt noch nicht über die Freigabe einiger in den Anmerkungen zitierter Dokumente entschieden. Das Bundesministerium des Innern erteilt dem vorgelegten Manuskript die Freigabe für den Beginn der Produktion nur unter der Voraussetzung, dass das Bundeskanzleramt keine Einwände erhebt. Die Wissenschaftliche Leitung stellt in dem Entwurf

ihrer Vorbemerkung, die der Präsident des Bundesarchivs wegen der intensiven Projektzusammenarbeit mitunterzeichnet, unter Rückgriff auf das Ergebnis des Gesprächs bei Bundesminister Bohl im Juni 1997 die Absicht des Bundeskanzleramtes heraus, die für die Sonderedition eingesehenen Aktenstücke und jene Aktenstücke, die den parallel entstehenden Monografien zugrunde gelegt worden sind, in einem Sonderbestand im Bundesarchiv der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen. Außerdem weist die Wissenschaftliche Leitung mit Schwarz als Hauptherausgeber der AAPD darauf hin, dass die entscheidenden Akten zur Wiedervereinigung vom Auswärtigen Amt später ediert würden. Kahlenberg als Herausgeber der Edition „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ für das Bundesarchiv hat auf deren Erwähnung bestanden mit dem Hinweis, diese würden aus der Phase der Wiedervereinigung ebenfalls dort später veröffentlicht. Rivalitäten unter den Editionsreihen sind unverkennbar. Hinzu kommt, im Auswärtigen Amt wie im Bundesarchiv wird es ungern gesehen, dass nunmehr in der Editionsreihe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ politisch-historisch hochkarätige Schriftstücke veröffentlicht werden. Ganz abgesehen davon, dass Archivare sowieso der Ansicht sind, nur wer die Archivausbildung durchlaufen hat, gehört zur eigenen Klientel und ist kompetent genug, Editionsarbeit zu leisten. Wenn nun Wissenschaftler das Handwerk der Archivare erledigen, teils in viel kürzerer Zeit, ruft das Vorgehen Argwohn hervor, zumal die Editionsgruppe dem Bundesarchiv durch das Bundesinnenministerium aufgedrängt worden ist.

Die Hinweise auf die anderen Editionsreihen lassen sich als eine Art Degradierung der in der Sonderedition aufgenommenen Dokumente verstehen nach der Devise: Alles Relevante zum Wiedervereinigungsprozess wird später publiziert. Erst nach einigem Hin und Herr erklären sich die Wissenschaftliche Leitung und der Präsident des Bundesarchivs bereit, den Hinweis auf die anderen Editionsreihen zu streichen. Am Manuskript der Einleitung bestehen keine inhaltlichen Änderungswünsche. In ihrer Vorbemerkung unterstreichen die Unterzeichner, die Einleitung sei in wissenschaftlicher Unabhängigkeit verfasst worden. Auch das Bundeskanzleramt bemängelt an der Einleitung nichts. Der Oldenbourg Verlag plädiert inzwischen statt einer zweibändigen Ausgabe zu je 700–800 Seiten für einen Band mit 1666 Druckseiten.

Mediale Reaktionen

Vereinbarungsgemäß gibt das Bundesinnenministerium im März 1998 eine Pressemitteilung heraus, es werde im Juni/Juli des Jahres in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv eine Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes zur Deutschen Einheit erscheinen. Jegliche Nachfragen von Presseagenturen oder Zeitungen bleiben aus. Die Mitteilung ist anscheinend eine unter vielen Presseinformationen, die in den Redaktionsstuben schnell im Papierkorb landen.

Die politische Stimmung in Deutschland schwankt. Nach 16 Jahren Regierungszeit Helmut Kohls wünschen sich viele Wähler einen Wechsel im Bundeskanzleramt. Gleichwohl will es Kohl nochmals wissen und erneut bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 antreten. Vehement wehrt er sich gegen Vorstöße von Wolfgang Schäuble, ihn ungeachtet seiner Behinderung auf den Platz des Kanzlers zu beerben. Jeder ahnt, die Ära Kohl könnte im Herbst zu Ende gehen. Das ist ebenfalls ein maßgeblicher Grund, dafür zu sorgen, dass die Sonderedition noch rechtzeitig im Sommer erscheint. Bei einer anderen politischen Konstellation wäre dies womöglich nicht mehr gewährleistet. Hinzu kommt, dass Kohl im Mai beim Treffen des Europäischen Rats mit aller Macht trotz erheblicher währungspolitischer Probleme Griechenlands die Entscheidung zur Einführung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Wegfall der nationalen Währungen und der Einführung des Euro als gemeinsame Währung durchsetzen will.

Durch Zufall erfährt der Leiter der Hauptstadredaktion des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ in Bonn, Dirk Koch, von der geplanten Veröffentlichung der Sonderedition. Der versierte Journalist fragt in der Hoffnung nach, vielleicht interessante Informationen über das Zustandekommen der Wiedervereinigung, die Einführung der D-Mark als Währung in der DDR und die Entscheidungen über den Start in die Übergangsphase zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 zu bekommen. Nach Klärung mit dem Bundesinnenministerium bekommt er das Manuskript vertraulich zur Verfügung gestellt, wenn „Der Spiegel“ eventuell einen Vorabdruck plant. Andere Medien haben bisher nicht auf die Pressemitteilung über die Sonderedition reagiert. „Der Spiegel“ will daraus eine Titelstory machen. Am 27. April erscheint die neue Ausgabe mit der Titelseite: „Aufbruch ins Abenteuer Euro. Abschied von der Mark“. Neben dem Beitrag „Feiern für den Euro“ erscheint der Artikel „„Dunkelste Stunden“. Der Kanzler öffnet die Akten über die deutsche Einheit. Die Dokumente zeigen: Frankreich hat das schnelle Ende der Mark erzwungen“.⁵⁵

Der Bericht ist zwar mit heißer Nadel genäht worden, setzt aber eine nachhaltige These zur Wiedervereinigungspolitik von Helmut Kohl in die Welt. Der habe, um die Zustimmung des französischen Präsidenten François Mitterrand zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu erhalten, die D-Mark aufgeben. Deshalb habe der französische Präsident der Einführung der europäischen Währung zugestimmt. Zwar sei ihm die Wiedervereinigung unheimlich gewesen, aber er habe sie auch als ein Geschenk der Geschichte für Frankreich gesehen, weil sie ihm den Hebel bot, „die Vormacht der Mark zu brechen“.⁵⁶

55 „Dunkelste Stunden“. Der Kanzler öffnet die Akten über die deutsche Einheit. Die Dokumente zeigen: Frankreich hat das schnelle Ende der Mark erzwungen, in: Der Spiegel vom 27. April 1998, S. 108–112.

56 Ebd., S. 108 f.

Es ist eine historisch einseitige journalistische Deutung, die der „Spiegel“-Kohl hier anhängt. Denn es steht in dem Artikel kein Wort davon, dass der Kanzler lange vor dem Mauerfall bereit und gewillt war, die D-Mark zugunsten einer europäischen Währung aufzugeben. Auch bleibt unberücksichtigt, dass Kohl für die Aufgabe der D-Mark Frankreichs Zustimmung zu einer Politischen Union in Europa erwirken wollte. Doch war diese Option angesichts des Wiedervereinigungsprozesses damals nicht mehr durchzusetzen. Weiterhin berichtet „Der Spiegel“, dem Bundeskanzleramt seien mehr Materialien entlockt worden, als es „zunächst herausrücken“ wollte.⁵⁷

In der Morgenlage im Kanzleramt wird der „Spiegel“-Artikel mit kritischem Blick gesehen. Anscheinend wusste dort niemand recht Bescheid, dass das Magazin diese Titelstory plante. Professor Wolfgang Bergsdorf, der zum inneren Zirkel um Kohl zählt und die Abteilung Kultur und Medien im Bundesinnenministerium leitet, bittet darum, keine weiteren öffentlichen Stellungnahmen abzugeben. Dass das Bundesinnenministerium nicht ausreichend unterrichtet worden sei und seine Einwilligung nicht gegeben habe, ist leicht mit dem Hinweis auf Rückfragen bei der Weitergabe des Manuskripts zu widerlegen.

Der „Spiegel“-Artikel schlägt hohe Wellen. Plötzlich wollen alle möglichen Journalisten wissen, was es mit der anstehenden Dokumenten-Veröffentlichung auf sich hat. „Frankfurter Allgemeine“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, der „General-Anzeiger“ (Bonn), der „Kölner Stadt-Anzeiger“ ja selbst die internationale Presse wie „Le Monde“ und die „Kronen-Zeitung“ aus Österreich melden sich. Da in der nächsten Woche die Entscheidung des Europäischen Rats ansteht, widmet „Le Monde“ am 30. April der Sonderedition gleich eine ganze Seite.⁵⁸ Die „Welt am Sonntag“ ist Anfang Juni zu einem Vorabdruck bereit.⁵⁹ Einige andere wie „Die Zeit“ treten forsch auf und beschweren sich, nicht zur gleichen Zeit gleichberechtigt unterrichtet worden zu sein. Dem absurden Vorwurf lässt sich einfach mit Verweis auf die Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vor einigen Wochen entgegentreten. Die Hamburger Wochenzeitung reagiert darauf mit der bereits erwähnten Kritik.

Am 8. Juni legt „Der Spiegel“ nochmals mit dem Artikel „Helmut im Glück“ nach und versteigt sich zu der These, die Akten würden zeigen, „wie sehr Glück und Zufall dem Kanzler zu Hilfe kamen“.⁶⁰ Dass jeder Regierungsfürst außer

57 Ebd., S. 109.

58 Les archives de la réunification allemande. Helmut Kohl a ouvert ses archives pour les années 1989–1990 à des historiens. Ils publient des documents secrets sur les entretiens du chancelier avec ses interlocuteurs étrangers. Les réserves de François Mitterrand appraissent nettement, in: Le Monde vom 30. April 1998.

59 Kai Dieckmann: „Frau Thatcher lebt in der Zeit vor Churchill“, in: Welt am Sonntag vom 31. Mai 1998. Ders.: Kanzler Kohls geheime Protokolle, in: Welt am Sonntag vom 7. Juni 1998.

60 Helmut im Glück, in: Der Spiegel vom 8. Juni 1998, S. 54–56, 59–61.

Entscheidungskraft auch Fortune braucht, hat schon Niccolò Machiavelli kundgetan.⁶¹ Doch die Aufregung ebbt schnell wieder ab.

Ende Juni erscheint der Band. Bei der Buchvorstellung am 8. Juli 1998 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigt Eckart Werthebach, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, die Sonderedition: „Wissenschaft und Öffentlichkeit hätten ein großes und berechtigtes Interesse, möglichst viele und zuverlässige Informationen über die damaligen Vorgänge zu erhalten.“⁶² Auguren aus der Wissenschaft wie Wilhelm Hennis, der in der ARD-Fernsehsendung „Bericht aus Bonn“ in der Sonderedition einen Vertraulichkeitsbruch sieht und prophezeit, künftig werde „kein Verhandlungspartner eines deutschen Bundeskanzlers nach Kohl noch mit Sicherheit davon ausgehen können, daß das, was er in den Verhandlungen mit dem deutschen Kanzler vorbringt, vertraulich behandelt werden wird,“⁶³ behalten nicht Recht.

Fazit

Das Projekt „Sonderedition Deutsche Einheit“ kam zustande, weil das Bundeskanzleramt ursprünglich eine Dokumentation zur Legitimation anderer wissenschaftlicher Studien initiierte. Von denen erwartete es, dass sie in ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit die Politik des Kanzlers zwar kritisch, aber auch mit Empathie darstellen. Damit sollte einem aus dem In- und Ausland geprägten Bild entgegengewirkt werden, der Kanzler habe nicht maßgeblich auf das Zustandekommen der deutschen Einheit hingewirkt. Tatsächlich ist der Versuch, die Sonderedition dazu zu nutzen, den Unmut anderer Wissenschaftler über den privilegierten Aktenzugang einiger Forscher zu mildern, nur bedingt aufgegangen. Nicht das Bundeskanzleramt hat Dokumente ausgewählt und zur Bearbeitung für die Veröffentlichung angewiesen. Vielmehr wurden dem Kanzleramt mehr Dokumente zur Freigabe abgerungen, als es ursprünglich bereit war, offenzulegen. Daher resultierte das lange Zögern bei der Freigabe, daher resultierte der Versuch einer Koordinierung der Edition mit den vier Studien. Das führte am Ende dazu, dass mehr Schriftstücke der Forschung zur Verfügung gestellt wurden.

Von einer amtlich gesteuerten Aktenfreigabe nach vorgegebenen Kriterien und einer gezielten Geschichtspolitik zur Beeinflussung der Öffentlichkeit beider Dokumentenauswahl kann keine Rede sein. Die Auswahl, die Formulierung der Auswahlkriterien, die Form der Aufbereitung der Dokumente für die Ver-

61 Niccolò Machiavelli: *Il Principe Der Fürst*. Übersetzt und hg. von Philipp Rippel. Stuttgart 1986, S. 48–65, 190–199.

62 Der Hintergrund der deutschen Einheit, in: *Das Parlament* vom 24. Juli 1998.

63 „Die Akten der deutschen Einheit und der Wahlkampf“ (Filmbericht von Matthias Kruppa), *Fernseh-/Hörfunkspiegel Inland I*, 13.07.98 *Deutsche Einheit*, ARD/10.07.98/22.25/HS (im Besitz des Verf.).

öffentlichung, der Umfang der Kommentierung sowie die Erstellung der Einleitung oblagen allein den Bearbeitern. Interventionen hat es lediglich hinsichtlich einiger persönlicher Äußerungen des Kanzlers über andere Persönlichkeiten gegeben sowie bei Dokumenten über Gespräche mit Vertretern internationaler jüdischer Organisationen und eines Teils der Schriftstücke über das Zustandekommen der Regelung über die Offenen Vermögensfragen. Eine weitere umfangreiche Aktenbestandssichtung und deren Auswertung wären in Anbetracht der mehrfachen Umarbeitungen aufgrund der sukzessiven Aktenfreigabe zeitlich nicht zu bewerkstelligen gewesen.

Zu keinem Zeitpunkt ist den Bearbeitern von Amts wegen der Veröffentlichungstermin diktiert worden. Sie waren sich stets selbst über die Konstellation im Klaren. Wäre der Band nicht im Sommer 1998 erschienen, hätte eine SPD-geführte Bundesregierung dazu mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ihre Einwilligung erteilt. Dass die Veröffentlichung schließlich in die Phase des Bundestagswahlkampfes fiel, ergab sich aus dem Verlauf des Entstehungs- und Bearbeitungsprozesses.

Auch für die wissenschaftliche Forschung gilt angesichts des kurzen Zeitabstands zwischen dem Ereignis und der Aktenfreigabe das, was für die Politik gilt: das politisch Mögliche zu realisieren, um der Forschung vorzeitig Erkenntnisgewinne zu bescheren.

„Wir kommen“: Der Landtagswahlkampf der CDU Hessen 1970

Oliver Salten

Als Alfred Dregger am 2. Dezember 1967 in der Rheingauhalle der Winzerstadt Eltville vor die Delegierten des Landesparteitages der CDU Hessen trat, die ihn soeben mit 237 von 244 Stimmen deutlich zum neuen Landesvorsitzenden gewählt hatten,¹ machte er bereits in den ersten Sätzen seiner Antrittsrede klar, was sein Ziel war: „Sie haben mich heute zu Ihrem Landesvorsitzenden gewählt und mir gleichzeitig eine Mannschaft zur Seite gestellt, zu der ich Vertrauen habe. Dafür danke ich Ihnen. Diese Mannschaft ist jung, voller Selbstvertrauen und von dem unbedingten Willen erfüllt, die hessische CDU auf ihr Ziel zuzuführen. Dieses Ziel, meine Freunde, ist die Mehrheit. Es kann kein anderes Ziel geben. Eine Partei, die dieses Ziel aufgibt, erklärt ihren politischen Bankrott und verzichtet auf politische Führung. Das kann für uns nicht in Frage kommen.“²

Die Formulierung dieses Anspruches, den Dregger unter den Beifall der Delegierten verkündete,³ war alles andere als selbstverständlich. Seit 1946 war die SPD in Hessen an der Regierung und stellte seitdem auch den Ministerpräsidenten. Die CDU war nur von 1946 bis 1950 im Rahmen einer Großen Koalition Teil der Landesregierung gewesen.⁴ In der Folgezeit wurde Hessen unter dem seit 1950 amtierenden beliebten Ministerpräsidenten Georg August Zinn zu einem „sozialdemokratischen Modellstaat“, wie es der „Spiegel“ 1966 ausdrückte,⁵ der den Anspruch erhob, ein Gegenentwurf zur von Konrad Adenauer geprägten Bundesrepublik zu sein.⁶ Bei der Landtagswahl am 6. November 1966 war die CDU unter ihrem seit 1952 im Amt befindlichen Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Wilhelm Fay mit 26,4 Prozent sogar

-
- 1 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand CDU-Landesverband Hessen 03–020-183/5.
 - 2 Alfred Dregger: Auf neuen Wegen – CDU Hessen. Rede vom 2. Dezember 1967, ebd.
 - 3 Hessens CDU stellt Dregger an ihre Spitze, in: Wiesbadener Tageblatt vom 4. Dezember 1967.
 - 4 Hellmut Seier: Parteien und Landespolitik in Hessen 1946–1950, in: Bernd Heidenreich/Konrad Schacht (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens 3). Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 147–163.
 - 5 Zinn und Zinseszins, in: Der Spiegel vom 30. Oktober 1966. Zu Zinn vgl. Gerhard Beier: Hessen vorn. Die Biografie des Hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn. Bonn 2021.
 - 6 Walter Mühlhausen: Rotes Hessen: Gegenmodell zur Adenauer-Republik, in: Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann (Hg.): Politik und Regieren in Hessen. Wiesbaden 2016, S. 251–269; ders.: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte. Wiesbaden 2023, S. 381–445. Zum Begriff „rotes Hessen“ hingegen skeptisch Jochen Führer/Thomas Noetzel: Die Hessen als Wähler, in: Klaus Böhme/Walter Mühlhausen (Hg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Frankfurt a. M. 1995, S. 133–149, hier 136.

2,4 Prozent unter dem Ergebnis der vorherigen Landtagswahl 1962 geblieben, während die SPD ihre absolute Mehrheit hingegen leicht auf 51 Prozent ausbauen konnte.⁷ Dregger selbst sprach von einem „Getto [der] Minderheitenposition“, aus dem man ausbrechen müsse.⁸

Tatsächlich gelang es der CDU Hessen innerhalb von nur sieben Jahren die SPD zu überholen und erstmals stärkste Partei in Hessen zu werden. Dabei ist insbesondere der Landtagswahlkampf 1970 ein zentraler Angelpunkt. Man muss natürlich berücksichtigen, dass bei den Wählerentscheidungen Faktoren wie etwa persönliche Neigungen, die Beeinflussung durch landes-, bundes- und weltpolitische Ereignisse und nicht zuletzt auch die Auswirkungen des gesellschaftlichen und soziostrukturellen Wandels der 1960er Jahre – in Hessen unter anderem sichtbar an der Verringerung des Arbeiteranteils an der Zahl der Beschäftigten und der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors⁹ – eine große Rolle spielten. Allerdings sind Wahlkampfzeiten in den Worten von Thomas Mergel „eine Phase dichter politischer Kommunikation, in der nicht nur spezifische politische Ziele und Wege, sondern auch das Selbstbild des politischen Systems, der politischen Klasse und die gesellschaftlichen Konflikte sehr klar ausgedrückt und umkämpft werden“.¹⁰

Im Folgenden soll daher die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die CDU Hessen den Landtagswahlkampf 1970 organisiert hat, welche Wählergruppen man zu beeinflussen suchte, welche Werbemittel in welchem Maße genutzt wurden und wie sich die innerparteilichen Strukturen in dieser Phase nach dem „Neuanfang“ 1967 verändert haben. Auf diese Weise wird nicht nur ein Beitrag zur weiteren Erforschung der hessischen Landes- und Parteiengeschichte geliefert, sondern auch zur historischen Wahlkampfforschung, die mit Bezug auf das weite Feld der Landtags- oder Kommunalwahlkämpfe bislang so gut wie gar nicht existent ist.

-
- 7 Alfred Behr u. a.: *Wahlatlas Hessen 1946 bis 1989*. 3. Aufl. Braunschweig 1989, S. 64–67; Anita Steinseifer: „Ohne mich? Nein! Mit mir!“ – Wahlkämpfe und Wahlkampfthemen in Hessen, in: Heidenreich/Schacht (Hg.): *Hessen. Wahlen und Politik*, S. 244–289, hier 254–256.
 - 8 Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Eltville am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5.
 - 9 Gerd Hardach: *Die hessische Wirtschaft im Wandel 1945–2005*, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hg.): *Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum*. Wiesbaden 2006, S. 191–219, hier 201–203; Mühlhausen: *Hessen*, S. 454.
 - 10 Thomas Mergel: *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*. Göttingen 2010, S. 14.

1. Der Weg nach Eltville

Um die Entwicklung der innerparteilichen Dynamik und der Strukturen in der CDU Hessen zu verstehen, gilt es zunächst, sich den Weg zur Neuaufstellung auf dem Parteitag in Eltville zu vergegenwärtigen.¹¹ Wilhelm Fay (1911–1980), der als Landesvorsitzender zwar reformbereit,¹² aber bereits auf dem Landesparteitag 1966 stark unter Druck geraten und nur mit 69 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden war,¹³ sah selbst ein, dass er nicht die Verkörperung der Zukunft der CDU Hessen sein konnte. Sein Plan war, sein Amt auf dem nächsten regulären Parteitag nach den Kommunalwahlen 1968 zur Verfügung zu stellen.¹⁴ Allerdings waren die Dinge bereits in Bewegung geraten und Fays Einfluss schwand zunehmend.

Im Mittelpunkt dieses Prozesses stand Alfred Dregger. Der Jurist war seit 1956 Oberbürgermeister von Fulda, zog 1962 in den Hessischen Landtag ein und wurde 1965 Präsident des Deutschen Städtetages.¹⁵ Bei ihm vereinten sich ein ansprechendes Äußeres, was ihm den Spitznamen „schöner Alfred“ eintrug,¹⁶ rhetorisches Talent und die Fähigkeit zum Taktieren.¹⁷ Allerdings war er auch geprägt von „brennende[m] Ehrgeiz“.¹⁸ Bereits wenige Tage nach der Landtagswahl ließ er gegenüber Walther Leisler Kiep, als erfolgreicher Unternehmer aus Kronbach und Bundestagsabgeordneter seit 1965 ebenfalls einer der jüngeren Hoffnungsträger der CDU Hessen, offenbar durchblicken, dass er sich die Nachfolge Fays durchaus zutrauen würde.¹⁹ Es gab jedoch noch zwei wei-

-
- 11 Grundlegend dazu Martina Neitzke: Die CDU Hessen 1950–1967. Politikentwicklung und Organisationsstrukturen (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 29). Wiesbaden 2010, S. 228–238.
 - 12 Reinhard Frommelt: Mitregieren-Wollen und Opponieren-Müssen. Die CDU Hessen unter Wilhelm Fay 1952–1967, in: Bernd Heidenreich/Werner Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen, Köln 1995, S. 37–57, hier 54–56.
 - 13 Neitzke: CDU Hessen, S. 211 f.
 - 14 Werner Wolf: Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967–1982, in: Heidenreich/Wolf (Hg.): Weg, S. 59–95, hier 59; Neitzke: CDU Hessen, S. 229.
 - 15 Zu Dregger existiert eine recht umfangreiche biografische Literatur: Michael Schwab/Stadt Fulda (Hg.): Alfred Dregger für Fulda und Deutschland. Stationen eines charismatischen Politikers (Dokumentationen zur Stadtgeschichte 26). Petersberg 2008; Dieter Weirich: Alfred Dregger. Haltung und Herz – Eine Biografie. Frankfurt a. M. 2019; Wolfram Pyta/Nils Havemann: Alfred Dregger. Zeitpolitiker der Wiedervereinigung und Anwalt des Parlamentarismus. Wien/Köln 2023.
 - 16 Der „schöne Alfred“ bläst zum harten Wahlkampf, in: Westfalenpost vom 27. Januar 1968.
 - 17 Gesang mit Dienern, in: Der Spiegel vom 11. Dezember 1967.
 - 18 Aktenvermerk von Wilhelm Fay über ein Gespräch mit Heinz Riesenhuber am 20. April 1967, in: ACDP Bestand Wilhelm Fay 01–145-F20.
 - 19 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. November 1966, in: ACDP Bestand Walther Leisler Kiep 01–867-002/5. Kiep hielt dies für „eine ausgezeichnete Lösung“. Spätestens im Januar 1967 kochte die Gerüchteküche, vgl. Es rumort in den Parteizentralen, in: Frankfurter Neue Presse (FNP) vom 28. Januar 1967.

tere potentielle Kandidaten.²⁰ Zum einen war dies Hans Wagner, Oberstudien-
 direktor aus Heppenheim, der seit 1950 dem Hessischen Landtag angehörte und
 soeben zum neuen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt worden
 war,²¹ zum anderen der Favorit Fays, Christian Schwarz-Schilling, Geschäfts-
 führer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein in Büdingen und Vorsitzender
 des dortigen CDU-Kreisverbandes.²² Am 21. März 1967 trafen sich Dregger,
 Schwarz-Schilling und Kiep in Frankfurt am Main mit dem JU-Landesvor-
 sitzenden Heinz Riesenhuber, dem Landesvorsitzenden der hessischen CDU-
 Sozialausschüsse Otto Zink und Walter Wallmann, Richter am Landgericht
 Kassel, Kreisvorsitzender der CDU Marburg-Stadt und seit 1966 Mitglied des
 Landtages. Außerdem war auch Eckart van Hooven anwesend. Der Jurist war
 langjähriges Mitglied der Hamburger CDU gewesen und erst kürzlich in die Zent-
 rale der Deutschen Bank nach Frankfurt versetzt worden. Nach eigener Aussage
 soll er zusammen mit Kiep maßgeblich am Zustandekommen des genannten
 Kreises beteiligt gewesen sein.²³ Bei dem besagten Treffen wurde unter Aus-
 klammerung der Vorsitzfrage verabredet, dass ein Führungsteam gebildet wer-
 den solle. Man stellte die Maßgabe auf, dass sich die Teilnehmer dieses Krei-
 ses nicht an anderen „Konstellationen“ beteiligen sollten.²⁴ Bei einem weiteren
 Treffen Mitte Mai war neben Hanna Walz, die seit 1958 Mitglied des CDU-
 Landesvorstandes und des Landtages war, auch Wagner anwesend, der sich mit
 dem genannten Konzept einverstanden erklärte.²⁵ Auf dem CDU-Bundespartei-
 tag in Braunschweig einige Tage später wurde Kiep jedoch davon überrascht,
 dass Wagner entgegen der Absprache ein eigenes Team mit dem Vorsitzenden
 der hessischen CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Berthold Martin
 und dem Bundestagsabgeordneten Walter Löhr zu bilden versuchte. Daraufhin
 gab es einen schnellen Entschluss: „Dregger und Schwarz-Schilling für Vor-
 sitz, Wallmann zweiter Stellvertreter, ich Schatzmeister, alle vier verpflichtet[,]
 nicht gegeneinander zu kandidieren.“ Fay unterstützte diese Lösung und stellte
 sogar einen früheren Rücktritt des aktuellen Landesvorstandes in Aussicht.²⁶ Am
 31. Mai 1967 traf sich diese Vierergruppe erneut mit van Hooven, Riesenhuber
 und Zink. Man einigte sich darauf, dass Dregger Vorsitzender und Schwarz-
 Schilling sein Stellvertreter und Generalsekretär werden würde. Kiep kommen-

20 Rudolf Großkopf: Vier Politiker greifen nach dem Erbe Fays, in: Die Welt vom 5. Au-
 gust 1967. Vgl auch: Neitzke: CDU Hessen, S. 230.

21 Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des
 Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des
 Hessischen Landtages (1.–11. Wahlperiode), Frankfurt a. M. 1986, S. 418.

22 Ebd., S. 388.

23 Eckart van Hooven: Meistbegünstigt. Bericht eines Zeitzeugen des Jahrgangs 1925. Frank-
 furt a. M. 2002, S. 97 f.

24 Tagebucheintrag von Kiep vom 21. März 1967, in: ACDP 01-867-002/5.

25 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. Mai 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

26 Tagebucheintrag von Kiep vom 23. Mai 1967, ebd.

tierte dies mit den Worten: „Ausgezeichnete Lösung. Nur die Zeit bis zur Wahl des neuen Vorstands macht mir Sorge!“²⁷

Wagner versuchte nun, Fay als Unterstützer für seine Kandidatur zu gewinnen und schickte dafür zunächst seinen Bruder Otto Wagner vor, den Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Südhessen.²⁸ Nachdem Fay Otto Wagner in einem Gespräch am 7. Juni klar gemacht hatte, dass er an „einer zukunftssträchtigen Lösung“ interessiert sei, verdeutlichte er zwei Tage später gegenüber Hans Wagner selbst, dass dieser aus seiner Sicht kein Vertreter einer neuen Generation sei und dass, zur Vermeidung eines Bruchs innerhalb der CDU Hessen, höchstens ein Kompromiss mit Schwarz-Schilling und Wallmann als Stellvertretern oder der Einrichtung der Position eines Generalsekretärs denkbar wäre.²⁹

In der Folgezeit bemühte sich Fay offenbar weiter darum, Schwarz-Schilling als Nachfolger in Stellung zu bringen. In der zweiten Junihälfte scheint es zumindest ein Treffen zwischen beiden gegeben zu haben, auf dem diese Frage erörtert worden sein soll.³⁰ Ende Juni erklärte Fay auf einer Tagung der Kreisvorsitzenden in Wiesbaden erstmals öffentlich, dass er 1968 nicht mehr als Landesvorsitzender kandidieren wolle und betonte, gemäß den Erinnerungen von Schwarz-Schilling, dass er sich für das Amt „einen Jüngeren, und zwar einen wesentlich Jüngeren“ wünsche, was nach Lage der Dinge am ehesten auf Schwarz-Schilling bezogen werden konnte.³¹ Wagner sah sich offenbar zunehmend im Nachteil und versuchte sich über ein Gespräch mit Kiep und van Hooven am 12. Juli abzusichern, in dem er betonte, niemals andere Absprachen im Hinblick auf den Landesvorsitz getroffen zu haben und Kontakt halten wolle.³²

Während Fay es in diesem „Streit der Diadochen [...] geradezu belustigend“ fand, „zu sehen, wie sich einige Herren um dieses Amt reißen und wohl dabei absichtlich verkennen, daß dieses Amt keinen Glanz, sondern nur Mühe und Arbeit bringt“,³³ und Dregger sich mittels einiger in der Presse berichteter Aussagen des Landesgeschäftsführers der JU, wonach die überwiegende Zahl der JU-Kreisverbände Dregger favorisiere, was Riesenhuber umgehend dementierte,

27 Tagebucheintrag von Kiep vom 31. Mai 1967, ebd.

28 Schreiben von Fay an Otto Wagner vom 6. Juni 1967, in: ACDP 01-145-F20.

29 Vermerk über ein Gespräch von Fay mit Hans Wagner am 9. Juni 1967, ebd.

30 Christian Schwarz-Schilling: Der Motor der hessischen Wende. Drei Begebenheiten, in: Günter Reichert/Dieter Weirich/Werner Wolf (Hg.): Alfred Dregger. Streiter für Deutschland. Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 84–115, hier 89f. Dass Fay Schwarz-Schilling erst hier eröffnet haben soll, dass er ihn sich als seinen Nachfolger wünsche, wie dort behauptet, ist angesichts der im Vorfeld erfolgten Gespräche und der Aussage Fays beim Gespräch mit Wagner am 9. Juni, dass er „nach langem Suchen und Prüfen Herrn Schwarz-Schilling vorgeschlagen“ hätte, eher unwahrscheinlich, vgl. Vermerk über ein Gespräch von Fay mit Hans Wagner am 9. Juni 1967, in: ACDP 01-145-F20.

31 Fay kandidiert nicht mehr, in: FAZ vom 26. Juni 1967; Schwarz-Schilling: Motor, S. 90.

32 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. Juli 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

33 Schreiben von Fay an Walter George vom 27. Juli 1967, in: ACDP 01-145-F19.

ins Gespräch brachte,³⁴ schlug die Stunde von Eckart van Hooven. Er übernahm die Moderation für die Aufgabe, die Vorsitzfrage zwischen Dregger und Schwarz-Schilling zu klären und ein Team für den Landesvorstand zu bilden. Wagner und Fay blieben dabei außen vor.³⁵ Das entscheidende Treffen fand am 30. August statt. Die Schilderungen darüber gehen jedoch auseinander. Zumeist bezieht man sich auf den Erinnerungsbericht von Schwarz-Schilling. Demnach sei er an diesem Tag zu Dregger nach Fulda gefahren. Dieser habe ihm dort nach einem Abendessen offen ins Gesicht gesagt: „Herr Schwarz-Schilling, den Vorsitz, den mache ich.“ Auf Schwarz-Schillings verduztten Einwand, welche Argumente er dafür habe, habe Dregger betont: „Lieber Herr Schwarz-Schilling – ich besitze Charisma, und das ist es, was die hessische Union braucht.“ Dregger habe ihm dann angeboten, sein erster Stellvertreter zu werden und dabei besondere Aufgaben wahrzunehmen, vergleichbar der Funktion eines Generalsekretärs. Schwarz-Schilling habe zugestimmt, aber auf einer „exakte[n] Formulierung der Vollmachten“ und einer Änderung der Parteisatzung bestanden.³⁶ Van Hooven berichtet darüber etwas anders, allerdings ohne Nennung eines Datums. Man sei im Frankfurter Restaurant „Schultheiß“ zusammengekommen. Während die Verhandlung „erfrischend“ verlaufen sei, habe Kiep von Bonn aus während dieser Sitzung mehrfach vergeblich anzurufen versucht. Schließlich habe das Gespräch in der Feststellung Schwarz-Schillings kulminiert: „Ich muss das wohl machen, denn ich bin eigentlich der Intelligenteste in diesem Kreis.“ Dregger habe daraufhin erwidert: „Vollkommen richtig. Nur – ich bin derjenige, der das notwendige Charisma hat, und darauf kommt es jetzt an.“³⁷ Eine dritte Version bietet Kiep in seinem Tagebuch. Am 30. August hätten sich van Hooven, Dregger, Schwarz-Schilling und er in Frankfurt getroffen. In einer sachlichen Diskussion habe Schwarz-Schilling sich geziert, auf seine Kandidatur für den Landesvorsitz zu verzichten. Kiep schreibt dann einfach zum Ergebnis dieses Treffens: „Gesichtswahrung“.³⁸

Da Kiep seine Aufzeichnung unmittelbar nach dem Gespräch getätigt hat, dürfte kaum zu bezweifeln sein, dass das Treffen in Frankfurt im Beisein von ihm

34 Schwarz-Schilling: Motor, S. 91; Neitzke: CDU Hessen, S. 232.

35 Zum Folgenden Schwarz-Schilling: Motor, S. 92; Neitzke: CDU Hessen, S. 233.

36 Schwarz-Schilling: Motor, S. 92 f.; ders.: Kultur und Bildung. 50 spannende Jahre der hessischen Landespolitik (1967–2017), in: Roland Koch/Lucia Puttrich/Ines Claus (Hg.): Mission Bildung. 50 Jahre Schulpolitik – (k)eine Bilanz. Ein Kompendium für Landtagspräsident Norbert Kartmann. Frankfurt a. M. 2018, S. 51–141, hier 68 f. Vgl. auch Ewald Hetrodt: Nachwuchs auf dem Vormarsch, in: Die Politische Meinung Nr. 323, Oktober 1996, S. 57–62, hier 58 f.; Bernd Heptner: „Das Ziel kann nur die Mehrheit sein“. Alfred Dregger: Im Viersprung fast zur Macht, in: Schwab/Stadt Fulda (Hg.): Alfred Dregger, S. 56–64, hier 57 f.; Neitzke: CDU Hessen, S. 233; Weirich: Alfred Dregger, S. 63 f.; Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 133.

37 Van Hooven: Meistbegünstigt, S. 98.

38 Tagebucheintrag von Kiep vom 30. August 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

und van Hooven stattgefunden hat und nicht zwischen Dregger und Schwarz-Schilling in Fulda. So scheint tatsächlich das Gespräch am 30. August für die weitere Entwicklung entscheidend gewesen zu sein. Dies bestätigt auch ein Brief von Schwarz-Schilling an Dregger vom 1. September 1967, in dem er sich auf das Treffen zwei Tage zuvor bezieht und die Sondervollmachten auflistet, die er als stellvertretender Landesvorsitzender haben wolle.³⁹ Der erste Punkt lautete: „Der stellvertretende Landesvorsitzende leitet nach Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden die Geschäfte der Partei, insbesondere die Landesgeschäftsstelle, welche ihm direkt unterstellt ist.“ Für Dregger war dieser Punkt so nicht annehmbar, da er in diesem Fall Schwarz-Schilling die faktische Macht in der Partei überlassen hätte. So strich er in diesem Satz die Worte von „nach Abstimmung“ bis einschließlich „insbesondere“. Weitere Aspekte, die offenbar unstrittig waren, betrafen die Organisation und Koordination der Partei, das Recht, an allen Versammlungen und Sitzungen teilzunehmen und die Kooperation mit anderen Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle. Dregger ergänzte handschriftlich noch: „Der stellv. Lv [Landesvorsitzende, O. S.] erfüllt diese Aufgaben im Auftrage und im Einvernehmen mit dem Lv.“ Damit war die Hierarchie klargestellt. Offen waren die Fragen, was mit dem Landesvorsitz passieren solle, wenn der Landesvorsitzende ein Ministeramt in einer SPD-geführten Landesregierung übernehmen würde; ferner eine Vollmacht, in dringenden Fällen den Landesvorstand einzuberufen und der Wunsch, anstelle der Bezeichnung „Generalsekretär“ lieber „Geschäftsführender Vorsitzender“ zu verwenden, was Schwarz-Schilling eine recht umfängliche Begründung wert war, um mögliche Befürchtungen Dreggers, er wäre dann nur eine Art „Gallionsfigur“, zu zerstreuen. Bemerkenswerterweise war auch „das umgekehrte Modell“, also mit Schwarz-Schilling als Vorsitzendem, für ihn noch nicht vom Tisch, so dass er ein weiteres Treffen „in dem von uns bestimmten Kreis“ vorschlug. Dieses fand offenbar bilateral am 9. September in Fulda statt, wo man sich auf eine Neufassung der Satzung einigte. Möglicherweise war dies das Gespräch, an dessen Umstände sich Schwarz-Schilling erinnerte. Am Ende stand auf jeden Fall eine Einigung, die Dregger den Vorsitz und Schwarz-Schilling weitreichende Kompetenzen als Generalsekretär zusprach. Am 10. September wurde diese der „Gesprächsrunde“ im „Schultheiß“ verkündet, was wiederum die Nennung dieses Restaurants bei van Hooven erklären würde.⁴⁰

39 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 1. September 1967, in: ACDP Bestand Alfred Dregger 01-347-189/2.

40 Schwarz-Schilling: Motor, S. 94. Dazu würde auch passen, dass Kiep nicht bei dem Gespräch anwesend war, da er erst am Abend zuvor aus dem Urlaub zurückgekehrt war, vgl. Tagebucheinträge von Kiep vom 9. und 10. September 1967, in: ACDP 01-867-002/6. In diesem Fall hätte Kiep aber nicht aus Bonn, sondern von seinem Wohnhaus in Kronberg/Ts. aus angerufen.

Fay, der sich von der „Verschwörerrunde im Taunus“ wenig angetan zeigte,⁴¹ blieb nichts anderen übrig, als die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Wagner geriet durch die erfolgte Einigung endgültig ins Hintertreffen, obwohl er in der Presse noch im September als Favorit für den Landesvorsitz galt,⁴² und selbst Fay noch Mitte September unsicher war, ob Dregger oder Wagner als Sieger vom Platz gehen würde.⁴³ Schließlich wurde einen Tag vor der Landesausschusssitzung am 23. September in Lich in der Presse eine mögliche Einigung auf Dregger als Vorsitzenden vermeldet, wobei aber ausdrücklich auch die Möglichkeit einer Einbindung Wagners erwähnt wurde. Die Neuwahl solle noch in diesem Jahr stattfinden.⁴⁴ Als in Lich die Vertreter der Bezirksverbände für den Wahlvorbereitungsausschuss, den sogenannten „Elferrat“, gewählt wurden, waren darunter auch van Hooven und Otto Wagner, was für die notwendige Kompromissfindung durchaus hilfreich gewesen sein dürfte.⁴⁵ Kiep betonte in seinem Tagebucheintrag an diesem Tag: „Unsere Konzeption hat gute Aussicht auf Erfolg. Dregger unbestritten!“⁴⁶

Mitte November 1967 schickte Fay ein Rundschreiben an alle Kreisvorsitzenden, in dem er erklärte, dass die Neuwahl am 2. Dezember in Eltville stattfinden werde und er sich klar hinter die Kandidatur Dreggers stelle. Allein die ursprünglich geplante Verabschiedung einer neuen Satzung könne aufgrund „eine[r] Reihe von technischen Mängeln“ nicht vorgenommen werden.⁴⁷ Stattdessen werde die bestehende Satzung geändert werden, was Fay zustimmend erläuterte.⁴⁸ Am 2. Dezember fand dann schließlich der Landesparteitag in Eltville statt. Zunächst wurden mit großer Mehrheit die angesprochenen Änderungen der Satzung verabschiedet. Die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde von zwei auf fünf und die der Beisitzer von zehn

41 Schwarz-Schilling: Motor, S. 93–94.

42 Günter Zander: Hessens CDU auf der Suche nach einer „Lokomotive“, in: FR vom 7. September 1967.

43 Vermerk von Fay zur Bildung des Landesvorstandes vom 13. September 1967, in: ACDP 01-145-F20.

44 Walter Fröhder: Zwei Kandidaten zuviel für Fays Nachfolge, in: FAZ vom 22. September 1967.

45 Niederschrift der Landesauschusssitzung am 23. September 1967, in: ACDP 03-020-128/1. Vgl. auch: Führungswechsel steht bevor, in: Hessische Allgemeine vom 25. September 1967.

46 Tagebucheintrag von Kiep vom 23. September 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

47 Eine neue Satzung wurde erst im folgenden Jahr beschlossen, vgl. Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Kassel am 28. September 1968, in: ACDP 03-020-183/5.

48 Rundschreiben von Fay an die Kreisvorsitzenden der CDU [undatiert], in: ACDP 01-145-F20. Vgl. auch Schreiben von Fay an Jochen Lengemann vom 14. November 1967, in: ACDP Bestand Jochen Lengemann 01–373-022/1. Die neue Satzung wurde nach langer Diskussion auf dem Landesparteitag im September 1968 verabschiedet, vgl. Niederschrift über den Landesparteitag der CDU Hessen in Kassel am 27./28. September 1968, in: ACDP 03-020-183/5.

auf 14 Personen erhöht. Zudem wurde ein Präsidium gebildet, das aus dem Landesvorsitzenden, den Stellvertretern, dem Landesschatzmeister, zwei weiteren Präsidiumsmitgliedern, den Vorsitzenden der Landtagsfraktion und der Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie dem Landesgeschäftsführer mit beratender Stimme bestand. Einem Vorstandsmitglied konnten zudem die Aufgaben und Befugnisse übertragen werden, die gemäß dem Bundesstatut dem Generalsekretär der CDU zustanden, also insbesondere die Führung der Geschäfte der Partei und die Koordination der Parteiarbeit.⁴⁹ Auf den Titel „Generalsekretär“ habe man verzichtet, weil er „zu hochtrabend“ erschien.⁵⁰ Nach der Abschiedsrede Fays stand schließlich die Wahl des neuen Landesvorstandes an.⁵¹ Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann, Walz und Zink wurden zu Dreggers Stellvertretern, Kiep zum Landesschatzmeister sowie Riesenhuber und der Landtagsabgeordnete Richard Westernacher zu den beiden weiteren Mitgliedern des Präsidiums gewählt.⁵² Schließlich hielt Dregger seine Antrittsrede. Neben der Ausrufung des Zieles, die Mehrheit zu gewinnen, machte er deutlich, was von der CDU Hessen erwartet werde, nämlich „eine verschworene Gemeinschaft“ zu sein, in der man bereit sei, „persönliche Ambitionen der Sache und der Partei unterzuordnen“. Man brauche zudem eine „Öffentlichkeitsarbeit, die unsere hessische CDU ständig sichtbar und präsent“ mache. Man müsse „moderne politische Techniken“ beherrschen, wozu er insbesondere Sozialwissenschaften und Meinungsforschung zähle, die man stärker in Anspruch nehmen müsse. Es müsse sich in der hessischen Bevölkerung „die Überzeugung festsetzen, daß diese CDU eine Regierungsmannschaft anzubieten hat von tüchtigen und opferbereiten Politikern, die wissen, was sie wollen [...]“. Man müsse als Team zusammenwirken. Er schloss seine Ansprache mit den Worten „Und nun – ans Werk!“⁵³

Das Präsidium stellte sich schon bald nach Eltville als ein zu großes Gremium „für vernünftige Arbeit“ heraus.⁵⁴ Für die unmittelbaren Aufgaben wurde die Gruppe um Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep wich-

49 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5. Die Satzungsdebatte muss überaus zäh vor sich gegangen sein, vgl. Am Rande des Parteitages, in: Rheingauer Bürgerfreund vom Dezember 1967. Vgl. auch Neitzke: CDU Hessen, S. 234–236; Weirich: Alfred Dregger, S. 67–78. Zu den Kompetenzen des Generalsekretärs der CDU vgl. Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 22. und 23. Mai 1967. Bonn o.D., S. 13.

50 Rundschreiben von Fay an die Kreisvorsitzenden der CDU [undatiert], in: ACDP 01-145-F20. Vermutlich dürften aber auch die oben genannten Vorbehalte von Schwarz-Schilling gegen diesen Titel eine Rolle gespielt haben.

51 Rede von Fay auf dem Landesparteitag am 2. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-183/5.

52 Niederschrift über den Landesparteitag am 2. Dezember 1967, ebd.

53 Alfred Dregger: Auf neuen Wegen – CDU Hessen. Rede vom 2. Dezember 1967 in Eltville, ebd.

54 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Dezember 1967, in: ACDP 01-867-002/6.

tiger, der sogenannte „Fünfer-Kreis“.⁵⁵ Dieser Kreis stellte das Zentrum der Machtbalance innerhalb der hessischen CDU dar. Hier konnten strittige Fragen diskutiert und mögliche Animositäten angesprochen werden, bevor diese sich in der Parteiarbeit auswirken konnten. Der Erfolg von Dreggers Zielvorstellung hing also auch wesentlich vom Gelingen der Zusammenarbeit innerhalb dieses Kreises ab.

2. Der lange Vorwahlkampf 1968/69

Vor der Landtagswahl 1970 standen zunächst zwei andere Wahlen in Hessen auf dem Programm, die Kommunalwahl 1968 und die Bundestagswahl 1969. Von vornherein wurden diese Wahlen als Teile einer „Dreiphasenstrategie“ betrachtet, die dazu dienen sollte, ein einheitliches Konzept zu erarbeiten, die CDU „als einzige personelle und politische Alternative zur SPD in Hessen aufzubauen“ und somit die Landtagswahlen in den beiden vorhergehenden Wahlen vorzubereiten.⁵⁶ Dazu galt es zunächst grundlegende Personalentscheidungen zu treffen. Schwarz-Schilling wurde auf Vorschlag Dreggers zum „1. Stellvertreter“ bestellt und erhielt faktisch die Vollmachten eines Generalsekretärs. Wallmann wurde „2. Stellvertreter“ und erhielt die Zuständigkeit für die Personalpolitik der CDU Hessen.⁵⁷ Zum 1. April 1968 wurde zudem Landesgeschäftsführer Hans Henderkes durch Joachim W. Lehmann ersetzt.⁵⁸

2.1 Kommunalwahl 1968

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen drängte im besonderen Maße. Bereits vor dem Parteitag hatte im September 1967 eine Sitzung dazu stattgefunden, an der neben Fay, Wagner und dem Leiter des Referats für politische Fragen in der

55 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2. Dieser Name wird im weiteren Verlauf dieses Beitrages so verwendet. Eine durchgehende Bezeichnung gab es wohl nicht. Wallmann soll ihn als „Freundeskreis“ bezeichnet haben, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Bei Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 137, wird irrtümlicherweise davon gesprochen, dass Dregger und seine fünf Stellvertreter „das Führungszentrum der Hessen-CDU“ gebildet hätten.

56 Vgl. die Anfang 1971 entstandene Zusammenfassung: Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

57 Beschlussprotokolle der Sitzung des Präsidiums und des Landesvorstandes am 9. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-097/2. Erst nach der Neuwahl des Landesvorstandes Ende Januar 1970 wurde erstmals ausdrücklich davon gesprochen, dass Schwarz-Schilling „mit den Aufgaben eines Generalsekretärs betraut“ worden sei, vgl. Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 31. Januar 1970, ebd.

58 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 2. Februar 1968, ebd. Lehmann war 32 Jahre alt, hatte Wirtschafts- und Politische Wissenschaften studiert und war in der internationalen Verwaltung eines Konzerns tätig gewesen, vgl. Personalien, in: Union in Deutschland vom 15. Februar 1968.

Landesgeschäftsstelle Herbert L. Piedboeuf⁵⁹ auch einige Kommunalpolitiker, unter ihnen Dregger, teilnahmen. Es wurde beschlossen, „das Herausstellen von geeigneten Persönlichkeiten der Partei“ in den Vordergrund zu rücken, sowie Wahlprogramme, Rednerdienste und eine Ausarbeitung zur Wahlkampfmethodik herzustellen, ohne dabei allzu konkret zu werden.⁶⁰ Auf dem Landesausschuss in Lich wurde die Bedeutung der Kommunalwahl für die CDU Hessen durch eine Rede des Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der KPV Hessen Georg Lindner klar gemacht. Seine Aussage, dass „eine Partei, die den Anspruch erhebt, Volkspartei zu sein, auf eine bedeutende kommunale Repräsentation nicht verzichten“ könne,⁶¹ dürfte einer der Leitgedanken für das Vorhaben gewesen sein, die Mitglieder und Anhänger der CDU in Hessen auch im Hinblick auf 1970 zu aktivieren. Das Referat wurde als so bedeutsam eingeschätzt, dass man es in Form einer Borschüre veröffentlichte.⁶²

Dregger und Schwarz-Schilling sahen in der Kommunalwahl ebenfalls eine „Bewährungsprobe“ auf dem Weg zu den weiteren Wahlen.⁶³ So wurde unmittelbar nach dem Landesparteitag eine Kommission zur Vorbereitung der Kommunalwahl unter dem Vorsitz von Hans Wagner berufen, die vor allem aus Kommunalpolitikern bestand.⁶⁴ Neben Überlegungen zum Wahlprogramm und der Anleitung des Wahlkampfes, stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt, wie man die Aufstellung von CDU-Listen in den Orts- und Kreisverbänden sicherstellen könne. Wagner empfahl, dass sich Mitglieder des Landesvorstandes selbst in bestimmten Fällen darum kümmern sollten.⁶⁵ Schwarz-Schilling, der sich Informationen zur Frage der Listenaufstellungen von den einzelnen Kreis-

59 Organisations- und Stellenplan des CDU-Landesverbandes Hessen vom 20. September 1967, in: ACDP Bestand Walter Wallmann 01-742-054/1. Vgl. auch Führer durch die Landesgeschäftsstelle (Kurzfassung) vom 30. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

60 Vermerk von Fay über die Sitzung Kommunalpolitik 1968 am 12. September 1967, in: ACDP 03-020-010/1.

61 Referat von Georg Lindner auf dem Landesausschuss am 23. September 1967 „Kommunalwahl 1968“, ebd. Die Diskussion, wie man der geringen Verankerung der CDU auf kommunaler Ebene begegnen könnte, begann bereits Anfang der 1960er Jahre, vgl. Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 55.

62 Georg Lindner: Kommunalpolitik 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

63 Rundschreiben von Dregger und Schwarz-Schilling zum Jahreswechsel 1967/68, in: ACDP 01-742-054/1.

64 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 9. Dezember 1967, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder waren Georg Lindner, Rolf Lucas, Hans Meudt, Ernst Gerhardt und Helmut Münch.

65 Beschlussprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 2. Februar 1968, in: ACDP 03-020-097/2. Der Bericht Wagners ist in den vorliegenden Akten nicht auffindbar.

verbänden zukommen ließ,⁶⁶ übergab den Vorsitzenden der Bezirksverbände eine Übersicht von Gemeinden ohne CDU-Liste mit Angaben zur Einwohnerzahl und den CDU-Stimmenanteilen bei der jeweils letzten Bundestags- und Landtagswahl mit der ausdrücklichen Aufforderung, sich um eine Aufstellung von eigenen Listen in den entsprechenden Gemeinden zu bemühen.⁶⁷

Dregger und Schwarz-Schilling war klar, dass ein Kommunalwahlkampf nur in geringem Maße zentral geführt werden konnte.⁶⁸ Somit trugen auch Anforderungen für die Auswahl geeigneter Kandidaten oder die Erweiterung der Präsenz der CDU in Gemeinden, in denen man bislang nicht vertreten war, vornehmlich appellativen Charakter. Im Kern konnte man vor allem über zwei Wege Einfluss nehmen: über das Wahlprogramm und die Wahlkampforganisation. Am 4. Mai 1968 beschloss das Präsidium eine Wahlkampfkommission unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling einzurichten.⁶⁹ Im September versendete die Landesgeschäftsstelle jeweils 50 Exemplare eines „Rahmenprogramms“ an alle Kreisverbände mit der Bitte, diese „an alle Personen mit mehr als durchschnittlichem Interesse für unsere Arbeit“ zu verteilen.⁷⁰ Man hatte sich damit weit vom ursprünglichen, recht textlastigen Programmentwurf entfernt.⁷¹ Mit modernem Druckbild und aktuellem Bezug auf die Osterunruhen,⁷² stellte man die CDU als eine „junge und dynamische Partei“ dar und bemühte sich darum, anhand verschiedener kommunalpolitischer Faktoren wie Lebensbedingungen, Verwaltung oder Finanzen eine Dichotomie zwischen CDU und SPD zu konstruieren. Dazu wurde in jedem Abschnitt die vorgeblich schlechte Lage in Hessen kurz geschildert und dann mit den Fragestellungen „Was tut die SPD?“ und „Was will die CDU?“ ein Gegensatz hergestellt.⁷³ Damit war indirekt auch

66 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer vom 16. Januar 1968, sowie Schreiben von Piedboeuf an die Kreisvorsitzenden vom 3. Februar 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

67 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Bezirksvorsitzenden vom 29. April 1968, ebd.

68 Rundschreiben von Dregger und Schwarz-Schilling zum Jahreswechsel 1967/68, in: ACDP 01-742-054/1.

69 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 4. Mai 1968, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder der Kommission waren Lindner, Lucas, Riesenhuber, Wagner und Wallmann. Von der Landesgeschäftsstelle nahmen außerdem Lehmann und Piedboeuf an den Sitzungen teil.

70 Rundschreiben von Lehmann an alle Kreisverbände vom 11. September 1968, in: ACDP 03-020-010/1. Vgl. auch Aktueller Dienst der CDU in Hessen Nr. 42 vom 16. September 1968, ebd.

71 Entwurf für ein Kommunalwahlprogramm der Hessischen CDU, ebd.

72 Die Unruhen waren nach dem Attentat auf Rudi Dutschke ausgebrochen und führten insbesondere in Frankfurt zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, vgl. dazu Claus Leggewie: „1968“ in Hessen. Regionale Ausprägungen einer weltweiten Protestbewegung, in: Berding/Eiler (Hg.): Hessen, S. 269–295, hier 287.

73 Sicher – Stabil. Die hessische CDU zur Kommunalwahl 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

ein Abschied vom relativ konzilianten Ton seitens der CDU unter Fay während der letzten Landtagswahl verbunden.⁷⁴

Bereits vor der Bildung der Wahlkampfkommission war die Einheitlichkeit der Werbemittel ein zentrales Thema in den Beratungen zur Kommunalwahl.⁷⁵ Gerade in Bezug auf die Plakatierung wurde die Notwendigkeit betont, deren Wirkung durch Einheitlichkeit zu erhöhen und die Bitte geäußert, auf Eigenproduktionen so weit wie möglich zu verzichten.⁷⁶ Die Plakate wurden in sechs Versionen herausgegeben, darunter ein Kandidaten- und ein Rahmenplakat. Sie zeichneten sich durch das gleiche rote CDU-Logo, das der einzige Farbakzent blieb, und eine einheitliche Schriftart aus. Auf drei der Plakate prangte der Slogan der Kampagne „Sicher – Stabil“.⁷⁷ Er dürfte eine Reaktion auf die Studentebewegung und die damit verbundenen Unruhen gewesen sein, um verunsicherten Bürgern einen der „Markenkerne“ der CDU nochmals zu verdeutlichen.⁷⁸ Einheitlichkeit sollte auch im wichtigen Bereich der Zeitungsinsertionen vorherrschen.⁷⁹ Dies galt nicht nur für die wichtigsten hessischen Tageszeitungen, bei denen die von der Landesgeschäftsstelle geschalteten Anzeigen „in einem inneren Zusammenhang“ stehen sollten,⁸⁰ sondern auch in den Annoncen, die für die Lokalpresse bestimmt waren. Hierfür wurden Gestaltungsmuster, Hinweise zu Schriftart und Matern, also Formen zur Herstellung von Druckplatten, für Logo und Slogan versandt.⁸¹ Auch die Rednervermittlung wurde in der Landesgeschäftsstelle zentralisiert.⁸² In diesem Zusammenhang sollte ein Rednerkatalog erstellt werden, der auch zwischen den Wahlkämpfen seine Gültigkeit behalten sollte.⁸³ Außerdem wurde ein eigener Rednerdienst angeboten.⁸⁴

74 Neitzke: CDU Hessen, S. 219.

75 Protokolle über die Geschäftsführertagung am 5. April 1968 und die Konferenz mit Vertretern der Kreisverbände des Landesverbandes Hessen am 6. April 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

76 Rundschreiben von Lehmann an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 20. Juni 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

77 Bestellliste für Plakate zur Kommunalwahl 1968, ebd.

78 Vgl. Mergel: Propaganda, S. 270–281.

79 Zu Bedeutung der Insertionen für den Wahlkampf Volker Hetterich: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949–1998. Opladen 2000, S. 197 f.; Mergel: Propaganda, S. 170–176.

80 Rundschreiben von Dregger an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 8. August 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

81 Schreiben von Piedboeuf an die Kreisvorsitzenden mit Mustern und Materndienst vom 26. August 1968, ebd. Vgl. auch die Druckvorlagen für Insertionen, in: ACDP 01-824-238/2.

82 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 4. Mai 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

83 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 14. September 1968, ebd.

84 Rednerdienst Nr. 1 der CDU Hessen: Der Bürger und seine Gemeinde, in: ACDP 03-020-010/1.

Aus dem einzigen überlieferten Protokoll des Wahlkampfauusschusses über die Sitzung am 5. September 1968 geht zudem hervor, dass man sich dabei ausgiebig mit dem sogenannten Canvassing befasste, also mit der Direktansprache der Wähler durch den Kandidaten beziehungsweise sein Team auf der Straße, bei Hausbesuchen oder am Telefon.⁸⁵ Das Canvassing galt in den 1960er Jahren als eine überaus fortschrittliche Form des Wahlkampfes.⁸⁶ Hans Bachem aus Mainz, der von 1962 bis 1967 Referent in der Bundesgeschäftsstelle gewesen war,⁸⁷ stellte die Methode in einem ausführlichen Referat vor. Das Echo war zwar überaus positiv, man hielt es aber zeitlich für unrealistisch, das Canvassing noch im Rahmen der Kommunalwahl durchzuführen. Über den Einsatz von Canvassing im Rahmen der Landtagswahl sollte aber auf der nächsten Sitzung noch eingehender diskutiert werden. Es ist sehr erstaunlich, dass man sich erst zu einem so späten Zeitpunkt mit diesem Thema befasste. In Zeitplänen der Landesgeschäftsstelle für die Wahl war Canvassing schon Monate zuvor als ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverbände angeführt worden.⁸⁸ Zudem saß mit Kiep ein Mann im Landesvorstand, der diese Methode bereits erfolgreich im Bundestagswahlkampf 1965 eingesetzt hatte.⁸⁹ Offenbar waren die Unsicherheiten über den Aufwand und den bestmöglichen Einsatz des Canvassings auch in der Kommission selbst recht groß. Zudem waren zum Zeitpunkt der Sitzung bereits drei der vier Vorbereitungsseminare für den Wahlkampf gelaufen.⁹⁰

Das Ergebnis der Wahl am 20. Oktober konnte Dregger als ersten kleineren Erfolg verbuchen. Abgesehen von der NPD, die 1964 noch nicht kandidiert hatte, konnte die CDU als einzige Partei leichte Zugewinne verzeichnen, während SPD und FDP leicht verloren.⁹¹ Vor dem Landesausschuss betonte Dregger am 26. Oktober, dass es zwar kein Erdbeben sei, die Partei aber zu größeren Anstrengungen ermutige.⁹² Der Wahlkampf hatte aus Sicht des Landesverbandes das eigentliche Ziel, zu zeigen, wie leistungsfähig die Kreis- und Ortsverbände waren.

85 Zum Folgenden Protokoll über die Sitzung des Wahlkampfauusschusses am 5. September 1968, ebd.

86 Hetterich: Von Adenauer zu Schröder, S. 214–215.

87 Zu Bachem vgl. Jens Thorsten Gnau: Von „integrierter Planung“ zum Politikmanagement? – Eine verwaltungswissenschaftliche Betrachtung zur Entwicklung politischer Planung, dargestellt anhand der Regierungsplanung in Rheinland-Pfalz von 1979 bis 1994 (Speyer; Univ. Diss.). Speyer 2015, S. 67 (Anm. 273), <https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/927/file/GnauJens.pdf> (Abruf: 15. September 2023).

88 Entwurf eines Zeitplans für die Kommunalwahlen vom 30. Januar 1968 und Zeitplan (Rahmenplan) für Kreisverbände vom 4. April 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

89 Walther Leisler Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch. Berlin/Wien 1999, S. 25 f.

90 Rundschreiben von Dregger an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer vom 8. August 1968, in: ACDP 03-020-010/1.

91 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 28–31.

92 Rede von Dregger auf dem Landesausschuss am 26. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-128/1.

Entsprechend zog der Landesvorstand auf seiner Sitzung am gleichen Tag die Konsequenz, zwei Kommissionen zu gründen. Eine, die sich nun schon frühzeitig mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes befassen sollte und eine zur Analyse des Kommunalwahlergebnisses.⁹³ Letztere, die rasch die Bezeichnung „Strukturkommission“ erhielt, hatte unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling das Ziel, Analysen anzufertigen, daraus Schlussfolgerungen bezüglich Wählerverhalten und Parteistruktur zu ziehen, diese mit den Kreisvorständen zu diskutieren und schließlich Vorgaben für zukünftige Wahlen abzuleiten. Die Basis dafür war unter anderem ein an die Kreisverbände verschickter Fragebogen.⁹⁴ Darin wurden neben der Einschätzung der Gründe für das jeweilige Wahlergebnis und den im Wahlkampf zur Sprache gekommenen Themen auch Wahlkampfplanung und -durchführung sowie die weiteren Pläne zur Verbesserung und Erweiterung der Organisation des Kreisverbandes abgefragt.⁹⁵ Am Ende dieses Prozesses sollte für jeden Kreisverband eine Strukturanalyse vorliegen, die neben statistischen Daten und Wahlergebnissen auch Tendenzen und Hinweise zur Verbesserung der Parteiarbeit enthalten sollte.⁹⁶ Der noch zu behandelnde Wechsel im Referat für politische Fragen und die angelaufenen Wahlkampf vorbereitungen führten jedoch dazu, dass die Vorstellung der Ergebnisse auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben wurde.⁹⁷

2.2 Bundestagswahl 1969

Am Beginn der Wahlkampfplanungen der hessischen CDU stand eine Änderung im Personalbestand der Landesgeschäftsstelle, die nachhaltige Folgen nach sich ziehen sollte. Piedboeuf hatte sich offenbar aus freien Stücken entschieden, seinen Posten als Referent für politische Fragen aufzugeben, um Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Herrenmode zu werden.⁹⁸ Ihm folgte nach einer kurzen Einarbeitungszeit Peter Radunski nach. Radunski stammte aus Berlin und hatte dort an der Freien Universität (FU) Rechtswissenschaften, Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaft studiert. 1967 wurde er der erste hauptamtliche Bundesgeschäftsführer des RCDS und war von 1967 bis 1969 stellver-

93 Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 26. Oktober 1968, in: ACDP 03-020-097/2.

94 Vermerk zu vorbereitendem Material für die Strukturkommission vom 29. November 1968, in: ACDP 01-824-238/2. Weitere Mitglieder der Kommission waren Wallmann, Lindner und der aus Kassel stammende Landtagsabgeordnete Wilfried Böhm.

95 Fragebogen der Landesgeschäftsstelle vom 30. Oktober 1968, in: ACDP Bestand Kreisverband (KV) Frankfurt 02-045-254.

96 Prototoll der 2. Sitzung der Strukturkommission am 29. Januar 1969 und Entwurf der Disposition einer Strukturanalyse am Beispiel des Landkreises Darmstadt, in: ACDP 01-824-238/2.

97 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Strukturkommission vom 9. Juni 1969, ebd.

98 Erlebte Geschichten mit Herbert L. Piedboeuf (18. Mai 2003), <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/erlebtegeschichten/piedboeufherbert102.html> (Abruf: 15. September 2023).

tretender Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (WIKAS). Radunski, der Schwarz-Schilling durch eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Sonde“ aufgefallen war,⁹⁹ hatte sich während der Bundestagswahl 1965 dadurch einen Namen gemacht, dass er durch seine Wahlkampforganisation maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass der chancenlose CDU-Kandidat Hans Derben im Wahlkreis Hannover-Land einen massiven Stimmenzugewinn verzeichnen konnte.¹⁰⁰

Noch vor Beginn der Wahlkampfplanungen hatte Dregger intern verkündet, dass er die Spitzenkandidatur auf der Landesliste der CDU Hessen anstrebe. Am 14. Dezember 1968 betonte Dregger gegenüber Schwarz-Schilling, Kiep und wohl auch Wallmann, dass er Minister in Bonn werden könne und, falls dies nicht der Fall sein sollte, er sein Bundestagsmandat niederlegen und in Hessen bleiben wolle. Kieps Vorschlag, dass der Landesvorstand Dregger dazu auffordern solle, die Landesliste anzuführen, stimmte dieser zu, machte aber Einstimmigkeit zur Voraussetzung.¹⁰¹ Dieses Vorhaben warf zwei Probleme auf. Zum einen war vollkommen unklar, welche Auswirkungen eine Realisierung von Dreggers Ambitionen auf die Landtagswahl haben würde, zum anderen offenbarten sich erste Bruchlinien innerhalb des Fünfer-Kreises, zunächst zwischen Dregger und Kiep. Kiep betrachtete Dreggers Vorstellungen von einem Ministeramt in einer Bundesregierung von vorneherein skeptisch,¹⁰² wohl auch, weil er sich selbst erhofft haben mag, Spitzenkandidat in Hessen zu werden.¹⁰³ Die Charakterisierungen, die Kiep über Dregger in seinem Tagebuch notierte, wurden zunehmend unfreundlicher.¹⁰⁴ Hinzu kam, dass Dregger in Kiep die

99 Schwarz-Schilling: Motor, S. 111. Gemeint war wohl Peter Radunski: Protest im 4. Semester. Der politische Impuls der Studentenunruhen, in: Sonde 1/1968, S. 28–41. Vgl. auch ders.: Aus der politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik. Berlin/Kassel 2014/15, S. 72.

100 Radunski: Kulisse, S. 50–53.

101 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Dezember 1968, in: ACDP 01-867-003/1. Kiep deutet an, dass Dregger seine Absichten bereits auf einer Präsidiumssitzung am gleichen Tage verkündete. Ein Protokoll dieser Sitzung lässt sich jedoch nicht auffinden.

102 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Dezember 1968, ebd.: „[...] (m. E. nur denkbar bei absoluter CDU-Mehrheit und auch dann unwahrscheinlich) [...]“ Kiep gibt Aussagen von Berthold Martin wieder, wonach Dregger sich Hoffnungen auf das Verteidigungsministerium gemacht habe, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Februar 1969, ebd. Gemäß Weirich: Alfred Dregger, S. 92 f., habe Dregger mit dem Innen- oder Wohnungsbauministerium gerechnet. Nach Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 165, sei er für das Innenministerium im Gespräch gewesen. Sie beziehen sich dabei auf eine Kurzbiografie Dreggers in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR von 1976, was aus quellenkritischer Sicht nicht unproblematisch ist. Vgl. auch Chance für Hessens CDU, in: Fuldaer Zeitung vom 8. Januar 1969.

103 Wer geht, wer bleibt, wer kommt, in: FAZ vom 10. Februar 1969.

104 Tagebucheinträge von Kiep vom 10. Februar und 4. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Dregger besitze zwar glänzende Fähigkeiten, vor allem als Redner, habe aber „die Arbeit nicht erfunden“. Er sei „nicht entscheidungsfreudig, geht den unangenehmen Dingen aus dem Wege und scheut aber keine Mühe[,] wenn es um ihn geht!“ Auch Wallmann war bei

verantwortliche Person sah, die die Nachricht über seine Spitzenkandidatur an die Presse weitergegeben habe.¹⁰⁵ Kiep bestritt dies vehement.¹⁰⁶ Außerdem soll Dregger über die erfolglose Kandidatur Kieps in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Amt des Bundestagspräsidenten verstimmt gewesen sein, da sie nicht im Vorhinein abgestimmt worden war.¹⁰⁷

Am 8. Februar verabschiedete der Landesvorstand schließlich einstimmig die gewünschte Aufforderung an Dregger.¹⁰⁸ Dennoch wurde diese Angelegenheit innerparteilich kritisch betrachtet. Auch in der Wahlkommission stritt man darüber.¹⁰⁹ Dies führte sogar dazu, dass Kieps eigener Kreisverband Obertaunus auf dem Kreisparteitag am 22. Februar 1969 eine Resolution verabschiedete, die Dregger als Konsequenz aus der in Eltville festgelegten Konzeption dazu aufforderte, im Hinblick auf den Landtagswahlkampf auf die Kandidatur für den Bundestag zu verzichten.¹¹⁰ Joachim Lehmann mahnte eindringlich, dass auf dem Landesparteitag Ende März, der über die Landesliste zu entscheiden hatte, allzu starke Kontroversen bezüglich der Spitzenkandidatur verhindert werden müssten.¹¹¹ In der „Fuldaer Zeitung“, sozusagen Dreggers „Hausblatt“, erschien quasi als Reaktion auf die Kontroverse ein, in den Worten von Kiep, „geradezu erschreckender Zeitungskommentar“, in dem nicht nur die Spitzenkandidatur verteidigt wurde, sondern Dregger als „eine politische Potenz erster Kategorie“ bezeichnet wurde, für den nur das Amt eines Bundesministers in

Kiep zunehmend schlechter angesehen, da er nach Kieps Meinung Dregger aus eigensüchtigen Motiven zur Kandidatur für den Bundestag geraten habe, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Februar 1969, ebd.

- 105 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. Februar 1969, ebd. Die Spitzenkandidatur Dreggers wurde erstmals vermeldet bei Dieter Weirich: Dregger führt die CDU-Liste an, in: Deutsche Tagespost vom 28. Januar 1969. Weirich habe diese Nachricht aus „politisch gut unterrichteten Kreisen“ erhalten. Erst am 10./11. Februar drang die Mitteilung auch in den größeren Medien durch, vgl. Dregger führt Landesliste an, in: FNP vom 12. Februar 1969. Noch während des Wahlkampfes wurde Weirich Dreggers persönlicher Referent, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 81 f.
- 106 Schreiben des Wahlkreisgeschäftsführers von Kiep in dessen Auftrag an die Mitglieder des Landesvorstandes vom 18. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.
- 107 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Februar 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Vgl. auch Hanns Jürgen Küsters: Kai-Uwe von Hassel. Minister und Präsident 1963–1997. Darmstadt 2023, S. 482–484.
- 108 Erklärung des Landesvorstandes zur Spitzenkandidatur Dreggers vom 8. Februar 1969, in: ACDP 01-347-197.
- 109 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Februar 1969, in: ACDP 01-867-003/1. Im Protokoll der Sitzung ist dazu nichts vermerkt, vgl. Protokoll über die zweite Sitzung der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.
- 110 Entschließung des KV Obertaunus vom 22. Februar 1969, ebd.
- 111 Schreiben von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wallmann und Kiep vom 28. Februar 1969 und Vermerk von Karl Georg zu Reaktionen aus den Kreisverbänden zur Spitzenkandidatur Dreggers vom 27. Februar 1969, beide in: ACDP 01-347-197.

Frage komme. Dies sei die Konsequenz des Auftrages von Eltville.¹¹² Auf einer Tagung der Kreisvorsitzenden am 15. März erklärte Dregger nochmals ausdrücklich, dass sein Ansinnen keine Scheinkandidatur sei, sondern die Absicht habe, die hessische CDU auch mit Blick auf 1970 nach vorne zu bringen. Die bevorstehende Landtagswahl „ist der einzige Maßstab, an dem die Entscheidungen vor und nach der Bundestagswahl auszurichten sind“.¹¹³ Die Kreisvorsitzenden billigten schließlich mit großer Mehrheit Dreggers Kandidatur, womit der Konflikt entschärft war.¹¹⁴ Auf dem Landesparteitag am 29. März in Wiesbaden gab es daher nur wenige offene Einwände gegen Dregger. Dass er am Ende bei der Abstimmung über die Spitzenkandidatur nur 190 von 240 Stimmen erhielt, machte jedoch deutlich, dass längst nicht jedem Delegierten wohl bei der Sache war.¹¹⁵

Was die eigentliche Wahlkampfplanung der CDU Hessen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes anging, konnte man schon Ende 1968 absehen, dass die Bundesgeschäftsstelle einen kurzen und konzentrierten Wahlkampf führen wollte.¹¹⁶ Dies bestätigte sich während der ersten Sitzung der Wahlkommission 69 am 13. Januar 1969 unter dem Vorsitz von Kiep, in der neben diversen hessischen Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle unter anderem auch van Hooven und Hans Wagner vertreten waren. Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske stellte die Wahlkampflinie der Bundespartei vor,¹¹⁷ die Kiep in seinem Tagebuch mit den wenig begeisterten Worten kommentierte: „Mehr oder weniger das alte Rezept: Union der breiten Masse, spät anfangen etc.“¹¹⁸ Explizite Kritik an diesem Konzept übte unmittelbar nach der Sitzung Karl Georg, als Referent der Landesgeschäftsstelle unter anderem für den Außendienst zuständig, der für eine Versammlungswelle im Rahmen eines ausgedehnten Vorwahlkampfes plädierte, wodurch insbesondere die Führungsmannschaft der CDU Hessen popularisiert werden sollte.¹¹⁹

Abgesehen von dem Einwand Georgs lag der Schwerpunkt der Vorbereitungen zunächst auf der Frage, wie man die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch

112 Dr. Dreggers politischer Auftrag, in: Fuldaer Zeitung vom 24. Februar 1969. Kiep betonte, dass Dregger selbst van Hooven auf diesen Artikel als Begründung für seine Kandidatur hingewiesen hatte und nahm an, dass er Dreggers „Billigung, wenn nicht mehr“ habe. Tagebucheintrag von Kiep vom 4. März 1969, in: ACDP 01-824-003/1.

113 Erklärung Dreggers vor den Kreisvorsitzenden der hessischen CDU am 15. März 1969, in: ACDP 01-347-197.

114 Tagebucheintrag von Kiep vom 15. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

115 Beschlussprotokoll des Landesparteitages der CDU Hessen am 29. März 1969, in: ACDP 03-020-183/5. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 29. März 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

116 Schreiben von Lehmann an Kiep vom 3. Dezember 1968, in: ACDP 01-347-197.

117 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 13. Januar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

118 Tagebucheintrag von Kiep vom 13. Januar 1969, in: ACDP 01-867-003/1.

119 Vermerk von Karl Georg für die Wahlkampfkommission zum Bundestagswahlkampf vom 14. Januar 1969, in: ACDP 01-347-197.

die Kommunikation innerhalb der Partei verbessern könnte.¹²⁰ Erst der Einfluss Radunskis scheint eine Veränderung herbeigeführt zu haben. Im März 1969 trafen er und Piedboeuf mit Dregger zusammen, wobei erstmals über konkrete Konzeptionen für den Wahlkampf, insbesondere auch im Hinblick auf 1970, jenseits der technischen Angelegenheiten gesprochen wurde.¹²¹ Kernelement der besprochenen Fragen bildete die Überlegung, wie man Alfred Dregger als Spitzenkandidat für 1969 und Herausforderer Zinns für 1970 einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt machen konnte. Dafür sollte ein eigener Pressereferent eingestellt werden, was Radunski zugunsten seiner Aufgaben in der Wahlkampforganisation entlastet hätte. So sollte er ein „Konzept für ein modernes Hessen“ entwickeln, das den Namen des Landesvorsitzenden tragen und Grundlage für das Wahl- wie Regierungsprogramm für 1970 sein sollte. Es wurde erstmals festgelegt, dass der Landtagswahlkampf unter dem Motto „Alfred Dregger und seine Mannschaft“ geführt werden sollte, wobei die Mannschaft gegebenenfalls auch als Schattenkabinett fungieren konnte. Im Bundestagswahlkampf sollte hingegen die Verbindung des Spitzenkandidaten Dregger mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger herausgestellt werden. Weiterhin sollte Dregger von Mai bis Juli, nach entsprechender Vorbereitung der zu treffenden Aussagen vor Ort, alle sechs CDU-Bezirksverbände in Hessen besuchen, was „ein großer Erfolg“ zu sein hatte. Auch die Erstellung eines sechs Minuten langen Farbfilms über Dregger für die Wahlkämpfe wurde erwogen.¹²² Auf der Sitzung der Wahlkommission 69 wenige Tage später wurden die Ergebnisse der Fuldaer Besprechung gebilligt.¹²³ Insbesondere wurde auch hier hervorgehoben, dass sämtliche Vorbereitungen nicht nur im Hinblick auf die nächsten Wahlen betrachtet werden müssten, sondern Teil eines langfristigen Konzeptes seien.

Diese Vorstellung stand jedoch in einem gewissen Kontrast zu den auf einen kurzen Wahlkampf zielenden Maßnahmen der Bundespartei. Dies war auch Radunski bewusst, der dies entsprechend kritisierte. Er sprach intern von „einer riskanten Wahlkampfstrategie“ der Bonner Zentrale und davon, dass die massive Werbung von FDP und SPD in der CDU „mit großer Unruhe aufgenommen

120 Entwurf einer Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes im CDU-Landesverband Hessen von Piedboeuf vom 7. Januar 1969, ebd. Vgl. auch Aktionsprogramm zur Belegung der Pressearbeit im CDU-Landesverband Hessen von Weirich vom 11. Februar 1969, in: ACDP 01-347-190/1.

121 Zum Folgenden Vermerk zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1969 und des Landtagswahlkampfes 1970 vom 21. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Namentlich genannt sind als Teilnehmer nur Piedboeuf und Radunski. Da der Vermerk aber in Fulda angefertigt wurde, muss Dregger dabeigewesen sein. Weitere Teilnehmer sind unbekannt, der Vermerk ging aber ebenfalls an Schwarz-Schilling, der daher vermutlich auch anwesend war.

122 Einige Ideen, etwa ein Plakat mit Dregger und Kiesinger oder die Erstellung eines Films über die CDU Hessen, wurden bereits auf einer Sitzung der Wahlkommission angesprochen, vgl. Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

123 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, ebd.

worden“ sei.¹²⁴ Mittels der von Radunski vorbereiteten Bezirksreisen Dreggers von Mai bis Juli 1969 wollte man nun einen eigenen hessischen Akzent setzen, Dregger als Landesvorsitzenden wie Spitzenkandidaten einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen und den direkten Kontakt zur Bevölkerung suchen.¹²⁵ Dieser Linie blieb Radunski auch in dem von ihm erstellten Wahlkampfplan vom 7. Juli 1969 treu.¹²⁶ Dreggers Plakat mit der Aufschrift „Alfred Dregger/Unser 1. Mann in Hessen“ sollte in den Formaten DIN A0 und DIN A1 vom 8. September an fast 7.000 Stellen geklebt werden. Zusätzlich standen den Kreisverbänden noch weitere 10.000 Exemplare zur Verfügung.¹²⁷ Dreggers Bild sollte ebenfalls in Insertionen des Landesverbandes erscheinen und auch für die Hörfunkwerbung waren eigene Sendungen zu hessischen Themen geplant.¹²⁸ Letztere wurden aber mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer verstärkten Präsenz Kiesingers wieder gestrichen.¹²⁹ Einen Rednerdienst mit landespolitischen Argumenten konnte Radunski noch im Juli fertigstellen, in dem man sich nicht nur klar von SPD, FDP und NPD abgrenzte, sondern auch Alfred Dregger als verantwortliche Person dafür, dass „die CDU zu einer politischen Kraft mit neuem Schwung in Hessen geworden“ sei, in den Vordergrund stellte.¹³⁰ Als besonders positiv wurde der Einsatz von Lautsprecherwagen und speziellen Diskussionsteams gewertet.¹³¹

Damit waren die wesentlichen landespolitischen Akzente in einem Wahlkampf gesetzt, der ansonsten klar auf die Person des Bundeskanzlers ausgerichtet war.¹³² Das Ergebnis der Wahl am 28. September 1969, wonach die CDU auf Bundesebene 1,5 Prozent verloren hatte und die SPD erstmals über 40 Prozent der Wählerstimmen gekommen war, durften Dregger und Radunski aus

124 Referat von Radunski auf der Geschäftsführertagung in Oestrich am 30. Mai 1969, in: ACDP 01-347-197.

125 Konzept von Radunski für die Bezirksreisen des Landesvorsitzenden im Vorwahlkampf Mai/Juli 1969 vom 23. April 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Ausdrücklich wies Radunski darauf hin, dass diese Reisen Aufschlüsse bezüglich weiterer Touren Dreggers in der Zukunft erbringen sollten. Vorbild dafür könnten die „Kreisbereisungen“ Zinns gewesen sein, die dieser bereits seit 1954 durchgeführt hatte, vgl. Mühlhausen: Hessen, S. 397.

126 Zum Folgenden Wahlkampfplan der CDU Hessen zur Bundestagswahl 1969 von Radunski vom 7. Juli 1969, in: ACDP 01-347-197.

127 ACDP Plakatarchiv 10-007-250.

128 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 9. Mai 1969, in: ACDP 01-824-215/1; Protokoll eines Gesprächs zu Wahlsendungen im Hörfunkprogramm des Hessischen Rundfunks für die Bundestagswahl am 23. April 1969, in: ACDP 01-347-197.

129 Vermerk von Radunski an Dregger, Schwarz-Schilling, Kiep, Wagner und Lehmann vom 22. August 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

130 Konzept für den Rednerdienst des Landesverbandes von Radunski vom 10. Juli 1969, in: ACDP 01-347-197; Rednerdienst des Referates für politische Fragen zur Bundestagswahl 1969 vom Juli 1969, in: ACDP 01-824-215/2.

131 Schreiben von Gallus an Schwarz-Schilling vom 23. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

132 Philipp Gassert: Kurt-Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 704.

der hessischen Perspektive heraus als eine Bestätigung ihrer Arbeit der vergangenen Monate auffassen. Obwohl der Zugewinn der CDU in Hessen mit 0,6 Prozent auf 38,4 Prozent im Vergleich zu den 48,2 Prozent der SPD (plus 2,5 Prozent) auf den ersten Blick wenig eindrucksvoll ausfiel,¹³³ konnte Radunski in seiner Kurzanalyse vom darauffolgenden Tag vier grundlegend positive Momente herausstellen: 1. Während SPD und FDP in Hessen weniger gewonnen beziehungsweise mehr verloren hatten als auf Bundesebene, war die CDU als einzige hessische Partei im Durchschnitt besser. 2. Die CDU Hessen hatte zuvor nur bei der Bundestagswahl 1957 besser abgeschnitten als 1969. 3. Abgesehen von Kiesingers Heimatverband Baden-Württemberg (plus 0,8 Prozent) war die CDU Hessen der einzige Landesverband, der einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte. 4. Der Stimmenanteil der CDU bewegte sich im Großen und Ganzen zwischen 35 und 40 Prozent, was Radunski auf die zunehmende Stabilisierung der CDU Hessen zurückführte.¹³⁴

Für Dregger stellte sich nun endgültig die Frage, ob er die Chance hatte, in Bonn ein Ministeramt zu übernehmen. Bereits am 22. September hatte er an Schwarz-Schilling, Wagner und Martin den Entwurf eines Briefes an Kiesinger geschickt, den er diesem wohl nach einer siegreichen Bundestagswahl übergeben wollte. Darin forderte er im Falle einer Regierungsbeteiligung der CDU unter anderem „ein wichtiges Ressort für ihren Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten, der bei der Landtagswahl 1970 dem hessischen Ministerpräsidenten als personelle Alternative gegenübergestellt werden soll“.¹³⁵ Walter Wallmann war parallel dazu darum bemüht gewesen, Dregger beim Fuldaer Energieversorger ÜWAG eine Stelle als Kaufmännischer Leiter zu verschaffen, um ihm einen „Verwaltungsapparat“ zu geben, der „für seine Wirksamkeit als Landesvorsitzender von besonderer Bedeutung“ sein würde.¹³⁶ Am Tage nach der Wahl brach Dregger mit Wallmann und Wagner nach Bonn auf, musste aber feststellen, dass die Weichen eindeutig in Richtung einer sozialliberalen Koalition gestellt worden waren.¹³⁷ Auf der Landesvorstandssitzung am 30. September bereitete Dregger dementsprechend nach Kieps Eindruck seinen „Rückzug

133 Wie in den Ländern gewählt wurde, in: FAZ vom 30. September 1969; Behr u. a.: Wahl-atlas, S. 107 f.

134 Thesen zum Wahlergebnis der CDU Hessen von Radunski vom 29. September 1969, in: ACDP Bestand CDU Bundespartei 07–001-5156.

135 Vermerk von Dregger an Schwarz-Schilling, Wagner und Martin vom 22. September 1969 mit Briefentwurf, in: ACDP 01-347-264. Weder in Dreggers oder Kiesingers Nachlass noch in den Beständen der Bundespartei findet sich ein Hinweis darauf, dass eine Endfassung dieses Briefes jemals Kiesinger übergeben worden ist.

136 Schreiben von Wallmann an „Heinrich“ vom 27. September 1969, in: ACDP 01-742-054/1. Dieses Vorhaben konnte nach der Landtagswahl 1970 in der Tat realisiert werden, vgl. Dregger tritt in Fulda zurück, in: FAZ vom 11. November 1970.

137 Daniel Hofmann: „Verdächtige Eile“. Der Weg zur Koalition aus SPD und F.D.P. nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 514–564, hier 521–526; Gassert: Kiesinger, S. 724. Weirich traf an diesem Tag

nach Hessen“ vor.¹³⁸ Zu diesem Zweck fertigte Radunski am 4. Oktober einen Vermerk für Dregger an, in dem er ihm Argumente an die Hand gab, warum er auf das Bundestagsmandat verzichten solle. Zum einen werde Dregger voraussichtlich keine herausgehobene Position in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhalten und könne zum anderen nur dann an der Spitze der Führungsmannschaft der CDU Hessen in die Landtagswahl gehen, wenn er auf das Mandat verzichte, da er in Bonn nicht genügend sichtbar sein werde.¹³⁹

Nachdem Dregger sich am 10. Oktober in einem Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl offenbar Rückendeckung eines Mitgliedes der obersten Führungsspitze der CDU-Bundespartei geholt hatte,¹⁴⁰ trat am 14. Oktober der Landesvorstand zusammen. Auf Grundlage der Argumentation des Radunski-Vermerkes wurde bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen der Beschluss gefasst, dass der Landesvorstand, im Einvernehmen mit dem auf der Sitzung ebenfalls anwesenden CDU-Generalsekretär Bruno Heck, Dregger empfahl, das Mandat nicht anzunehmen.¹⁴¹ So wie bei der Bitte des Landesvorstandes an Dregger, die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl zu übernehmen, konnte auch die Nichtannahme des Mandats auf diese Weise als kollektive Entscheidung der hessischen CDU-Landesführung dargestellt werden. Dregger, der seine Entscheidung zwei Tage später dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel mitteilte,¹⁴² wollte damit möglichen Vorwürfen entgegentreten, dass er dabei eigenmächtig gehandelt habe. In diesen Zusammenhang gehört auch ein Schreiben, das wohl an alle Mitglieder der CDU Hessen versandt wurde, in dem die Gründe für dieses Vorgehen nochmals dargelegt wurden, und das mit den Unterschriften von Schwarz-Schilling, Wallmann und Wagner versehen war.¹⁴³ Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Kritik an Dreggers Vorgehen weiterhin im Raum schwebte und sich vor allem in Teilen der Jungen Union explizit äußerte.¹⁴⁴

in Bonn mit Dregger und Wallmann „auf zwei ernüchterte Politiker“, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 93. Vgl. auch Dregger gegen große Koalition, in: Fuldaer Zeitung vom 30. September 1969.

138 Tagebucheintrag von Kiep vom 30. September 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

139 Vermerk von Radunski an Dregger vom 4. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197. Ein weiterer undatiertes und nicht gekennzeichnetes Vermerk kam zu demselben Schluss, vgl. Vermerk: Die CDU im Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197.

140 Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

141 Beschluss des Landesvorstandes auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197; Protokoll der Landesvorstandssitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

142 Schreiben von Dregger an Barzel vom 16. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197.

143 Schreiben von Schwarz-Schilling, Wallmann und Wagner vom 15. Oktober 1969, ebd.

144 Vgl. etwa Dregger nur „Lockvogel“, in: FR vom 23. Oktober 1969.

3 Zwischen Konflikten und Konzepten – Der Landtagswahlkampf 1970

3.1 Konflikte – Alfred Dregger und die Bildung der Führungsmannschaft

Gleichzeitig mit dem Abschluss des Bundestagswahlkampfes begann die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 1970, wobei sich zwei Ausgangsbedingungen gegenüber dem Beginn des Jahres 1969 grundlegend geändert hatten. Zum einen hatte Georg August Zinn, der an den Folgen eines Schlaganfalls laborierte, am 27. August 1969 seinen Rücktritt als Ministerpräsident aus gesundheitlichen Gründen angekündigt. Als sein Nachfolger wurde am 3. Oktober der bisherige Finanzminister Albert Osswald vereidigt,¹⁴⁵ von dem allerdings kaum zu erwarten war, dass er in dem knappen Jahr bis zur Landtagswahl in die großen Fußstapfen des Landesvaters Zinn treten konnte. Dies war aus Sicht Dreggers eine Entwicklung, die durchaus zu seinen Gunsten verlief.

Die zweite Bedingung war für Dregger eher problematisch. Im Frühjahr hatte der hessische Landtag das „Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat“ beschlossen, wonach ein Wahlbeamter mit dem Tag der Annahme der Wahl in den hessischen Landtag in den Ruhestand trete.¹⁴⁶ Da dieses Gesetz mit der kommenden Landtagswahl erstmals zur Anwendung kam, hätte Dregger nach seiner Wahl in den Landtag sein Amt als Oberbürgermeister von Fulda aufgeben müssen. In Anbetracht der Vorgänge um die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl stellte bereits auf der Landesvorstandssitzung am 14. Oktober Elisabeth Schwarzhaupt die Frage, was Dregger nach der Wahl 1970 in diesem Zusammenhang zu tun gedenke, worauf dieser sich aber nicht festlegen wollte.¹⁴⁷ Ähnliches antwortete er auf dem Landtag der Jungen Union Hessen Ende Oktober in Bad Hersfeld, wo diese Frage ebenfalls aufkam.¹⁴⁸

Ein Aspekt für die zögernde Haltung Dreggers dürfte unter anderem sein Vorhaben gewesen sein, sich auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag im November 1969 in Mainz ins Präsidium der Partei wählen zu lassen. Der Beschluss von 14. Oktober beinhaltete bereits den entsprechenden Vorschlag.¹⁴⁹ Dass Kiep plante, für das Amt des Bundesschatzmeisters zu kandidieren, war in

145 Mühlhausen: Hessen, S. 409.

146 Peter Hübner: Unvereinbarkeit von Amt und Landtagsmandat. Die Regelungen in den Bundesländern (Stand: Juni 1969), in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 0 (1969), S. 41–46, hier 45; Mühlhausen: Hessen, S. 392; Theo Schiller: Der Hessische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hg.): Landesparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen. 2. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 293–326, hier 305.

147 Tagebucheintrag von Kiep zum 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

148 Junge Union nimmt hessischen CDU-Vorsitzenden aufs Korn, in: Stuttgarter Nachrichten vom 30. Oktober 1969.

149 Beschluss des Landesvorstandes auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-197. Der entsprechende Abschnitt wurde bei vier Enthaltungen angenommen, vgl. Protokoll des Landesvorstandssitzung am 14. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Kiep hielt diesen Beschluss für falsch, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

gewisser Weise ein Stolperstein für Dreggers Vorhaben, da nicht davon auszugehen war, dass die Delegierten zwei Hessen in das Präsidium wählen würden. Entsprechend machte dieser deutlich, dass er nur die Kandidaturen von Wallmann und Schwarz-Schilling für den Bundesvorstand unterstützen wolle, was Kiep natürlich nicht gut aufnahm.¹⁵⁰ Doch auch zwischen Schwarz-Schilling und Dregger begann es zu kriseln. In einem Schreiben an Dregger vom 27. Oktober kritisierte Schwarz-Schilling dessen unklare Aussagen bezüglich seiner Zukunft als Oberbürgermeister und das Verhalten gegenüber Kiep. Zudem war er verärgert darüber, dass Dregger, obwohl Schwarz-Schilling auf die Weitergabe der Information über die Bildung einer Wahlkampfkommission für die Landtagswahl auf der Landesvorstandssitzung am 24. Oktober an die Presse keinen Wert gelegt habe, es unterlassen habe, den Vorsitzenden dieser Kommission, nämlich Schwarz-Schilling selbst, zu nennen.¹⁵¹ Der Bundestagswahlkampf und die Querelen um die Spitzenkandidatur Dreggers hatten offenbar ihre Spuren hinterlassen. Der Riss zeigte sich insbesondere zwischen Schwarz-Schilling und Kiep auf der einen sowie Dregger und Wallmann auf der anderen Seite. Dies sollte auch in der Folgezeit noch Auswirkungen haben.

Einstweilen traf sich der Fünfer-Kreis am 12. November zu einer fast siebenstündigen Besprechung in Wiesbaden, in der insbesondere der Brief von Schwarz-Schilling Thema war. Am Ende einigte man sich nach Aussage Kieps zumindest darauf, dass Dregger Kiep dann als Bundesschatzmeister vorschlagen werde, wenn er selbst bei der Wahl ins Präsidium unterliege. Bezüglich des Oberbürgermeisterpostens könne sich Dregger erst im Mai 1970 äußern.¹⁵² Offenbar wollte er erst nach der offiziellen Aufstellung der Landesliste eine Festlegung treffen, um nicht als Oberbürgermeister „auf Abruf“ dazustehen.¹⁵³

Auf dem Bundesparteitag gingen die Auseinandersetzungen jedoch weiter. Dregger hielt sich nicht an die Abmachung und forderte einen Verzicht Kieps auf eine Kandidatur, was dieser jedoch ablehnte. In der Folge kam es unter den hessischen Parteitagsteilnehmern dann zu scharfen Auseinandersetzungen.¹⁵⁴ Bei den Wahlen zum Bundesvorstand am 18. November verzichtete Kiep „schwe-

150 Tagebucheintrag von Kiep vom 14. Oktober 1969, ebd.

151 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 27. Oktober 1969, in: ACDP 01-347-189/2. Zur Wahlkampfkommission Protokoll der Landesvorstandssitzung am 24. Oktober 1969, in: ACDP 03-020-097/2. Weitere Mitglieder waren Wallmann, Wagner, Kiep, Ruth Beckmann, Wilfried Böhm, Jochen Lengemann, Georg Lindner, Rolf Lucas, Gottfried Milde, Heinz Riesenhuber, Adolf Roth und Karl-Heinrich Trageser. Außerdem nahmen seitens der Landesgeschäftsstelle Joachim Lehmann, Otto Gallus, Karl Georg, Alexander Niemetz, Peter Radunski, der als Geschäftsführer der Kommission fungierte, und Dieter Weirich teil. Vgl. auch das recht vage Antwortschreiben Dreggers vom 28. Oktober, in: ACDP 01-347-189/2.

152 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. November 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

153 So hatte er sich auf dem JU-Landestag geäußert, vgl. Junge Union nimmt hessischen CDU-Vorsitzenden aufs Korn, in: Stuttgarter Nachrichten vom 30. Oktober 1969.

154 Tagebucheinträge von Kiep vom 16. und 17. November 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

ren Herzens“ auf eine Kandidatur, nachdem in Folge des tragischen Unfalltodes der Tochter des bisherigen Bundesschatzmeisters Kurt Schmücker am Abend des 16. November ein Stimmungsumschwung eingetreten war und dieser in Abwesenheit kandidierte.¹⁵⁵ Bei den Wahlen zum Präsidium konnte Dregger sich nicht durchsetzen, kam aber, ebenso wie Schwarz-Schilling, in den erweiterten Bundesvorstand.¹⁵⁶ Wallmann hatte auf eine Kandidatur verzichtet. Nach dieser Niederlage für den hessischen Landesverband, und um die Friktionen im Hinblick auf die Landtagswahl nicht größer werden zu lassen, kam es bei einem gemeinsamen Abendessen des Fünfer-Kreises am 16. Dezember schließlich zu einer Versöhnung zwischen Kiep und Dregger.¹⁵⁷ Dies dürfte auch im Hinblick auf den Ende Januar 1970 stattfindenden Landesparteitag in Gießen geschehen sein, auf dem die Führungsmannschaft mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde.¹⁵⁸

Dennoch blieb Dreggers Führungsanspruch nicht unumstritten. Deutlich wurde dies auf der Sitzung der hessischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 16. Februar. Zur allgemeinen Überraschung versuchte der Landesgruppenvorsitzende Berthold Martin im Zusammenspiel mit Lothar Haase eine Resolution durchzubringen, die sich gegen Dregger richtete und Wagner als neuen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl empfahl. Dies gelang ihnen jedoch nicht, unter anderem wohl auch, weil Kiep sich deutlich dagegen aussprach, da dies aus seiner Sicht die Chancen der CDU bei der Wahl erheblich beeinträchtigt hätte.¹⁵⁹ Die Folge dieser Aktion war, dass Martin bereits am nächsten Tag Kiep die Führung der Landesgruppe antrug, was mit der formellen Wahl am 4. Mai 1970 auch vollzogen wurde.¹⁶⁰ Die Hintergründe dieser Aktion bleiben mangels Quellen im Dunkeln. Zu vermuten ist zumindest, dass sie nicht ohne Kenntnis Wagners durchgeführt worden war, der die internen Auseinandersetzungen im Fünfer-Kreis hautnah miterleben konnte. Damit war jedoch klar, dass Dreggers Führungsanspruch auch im Hinblick auf die Landtagswahl unbestritten blieb.

Zentral war einstweilen die Frage, wie die Führungsmannschaft für die Landtagswahl aufgestellt werden sollte. Bereits während des Bundestagswahlkampfes wurden in der Presse Spekulationen über ein „Schattenkabinet“ laut.¹⁶¹ Gerade dieser Begriff sollte vermieden werden, um flexibel reagieren zu kön-

155 Tagebucheintrag von Kiep vom 18. November 1969, ebd.

156 17. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bonn 1969, S. 165 und 187.

157 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Dezember 1969, in: ACDP 01-867-003/2.

158 Beschlussprotokoll des Landesparteitages am 31. Januar 1970, in: ACDP 03-020-183/5.

159 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Februar 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

160 Tagebucheinträge von Kiep vom 17. Februar und 4. Mai 1970, ebd.

161 CDU Hessen: Mit Babysitern und junger Mannschaft voran, in: FR vom 26. Juli 1969. Vgl. auch Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 29. Juli 1969 und Schreiben von Dregger an Schwarz-Schilling vom 1. August 1969, beide in: ACDP 01-347-189/2.

nen. In seinem ersten Wahlkampfkonzept vom Oktober 1969 betonte Radunski daher ausdrücklich bezüglich des Fünfer-Kreises: „Ein Regierungsteam, kein Schattenkabinett. Männer, die in allen Ressorts zu Hause sind.“¹⁶² Am 14. Januar 1970 beschloss das Präsidium die Empfehlung, „für die Führung des Wahlkampfes und eine etwaige Regierungsbeteiligung eine Führungsmannschaft zu bilden, die nicht nur aus Landtagskandidaten bestehen soll“ und ebenso wie die Landesliste einem Landesparteitag zur Entscheidung vorgelegt werden solle.¹⁶³ Dieser Beschluss war recht breit interpretierbar. So konnte sowohl der Fünfer-Kreis gemeint sein, jedoch auch eine erweiterte Führungsmannschaft. Die Sache war vorerst offensichtlich noch unentschieden, so dass auch Lehmann auf einer Landesgeschäftsführerkonferenz im Februar noch die Frage stellen konnte, ob man besser mit einem Mann oder mit einer Mannschaft in den Landtagswahlkampf gehen solle, wobei sowohl Heck als auch Kraske den Mannschaftsgedanken favorisierten.¹⁶⁴ Auf der Sitzung der Wahlkommission am 14. März wurde das Thema ausführlicher erörtert. Drei verschiedene Ansätze für die Führungsmannschaft wurden diskutiert. Der Fünfer-Kreis, der Fünfer-Kreis erweitert um Otto Zink und eine Gruppe von elf Personen, wobei neben dem Fünfer-Kreis sechs Personen hinzukommen sollten, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Landwirtschaft, Arbeitnehmer, Jugend, Mittelstand, Frauen und Vertriebene) repräsentieren sollten. Die Führungsmannschaft sollte die Partei repräsentieren und die Regierungsfähigkeit der CDU unter Beweis stellen, jedoch ausdrücklich nicht als Schattenkabinett fungieren. Die Entscheidung darüber sollte der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 8. Mai treffen.¹⁶⁵

In jedem Fall war klar, dass nicht alle Mitglieder der Führungsmannschaft auf die Landesliste gehen würden. Kiep sah seine Zukunft in der Bundespolitik und Wallmann war erst im Februar zum Oberbürgermeister von Marburg gewählt worden.¹⁶⁶ Als die Wahl jedoch angefochten wurde, kam es zu Querelen zwischen Dregger und Kiep, weil ersterer nun den Wunsch äußerte, dass alle Mitglieder der Führungsmannschaft auf die Liste sollten, da Wallmanns politische

162 Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2. Vgl. auch Überlegungen zur Wahlkampfführung 1970 von Radunski vom 10. November 1969, in: ACDP 07-001-6041.

163 Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 16. Januar 1970, in: ACDP 03-020-097/2. Dieser Beschluss wurde vom Landesvorstand einige Tage später bestätigt, vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 24. Januar 1970, ebd.

164 Protokoll Landesgeschäftsführerkonferenz am 23./24. Februar 1970, in: ACDP 07-001-5156.

165 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206. Die bei Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 146 f. suggerierte Kritik Dreggers am Mannschaftskonzept ist anhand der vorliegenden Quellen nicht nachvollziehbar.

166 Marburgs junger OB, in: Rheinischer Merkur vom 6. März 1970.

Zukunft plötzlich in Frage stand. Kiep lehnte dies vehement ab.¹⁶⁷ Am 6. Mai traf sich die sogenannte Elfer-Kommission, die den Vorschlag für die Landesliste zu erarbeiten hatte. Hier erklärte Dregger erstmals verbindlich, dass er sich für Wiesbaden und gegen Fulda entscheiden würde, sofern dies von der wenige Tage später stattfindenden Kreisvorsitzendenkonferenz gewünscht werden sollte. Außerdem gab er seinen Versuch auf, sämtliche Mitglieder der Führungsmannschaft auf der Landesliste zu platzieren. Die hierbei neben den Mitgliedern des Fünfer-Kreises genannten Kandidaten für die Mannschaft waren Westernacher, Zink, Riesenhuber sowie die Landtagsabgeordnete Erna Maria Geier.¹⁶⁸ Am 8. Mai kam es in Fulda zu einer Art Generalausssprache des Fünfer-Kreises. Gemäß der Tagebucheinträge Kieps versuchte Dregger eine Art Garantie bezüglich des Landesvorsitzes „für die Siebziger Jahre“ zu erhalten, was aber selbst von Wallmann nicht akzeptiert wurde. Im Anschluss gaben die Anwesenden ihre politischen Absichten für die nächsten Jahre bekannt. Wallmann und Schwarz-Schilling spielten mit dem Gedanken, 1973 zur Bundestagswahl anzutreten, während Kiep die Erwartung äußerte, dabei die Spitzenkandidatur zu erhalten und auf dem Bundesparteitag 1971 einen erneuten Anlauf für das Amt des Bundesschatzmeisters zu unternehmen. Dregger stellte die Frage nach dem Vorsitz der Landtagsfraktion, was Wagner „mit Betroffenheit“ registrierte.¹⁶⁹ Es ist anzunehmen, dass dies Dreggers Revanche für die gescheiterte Aktion von Berthold Martin war, die Wagners Position innerhalb des Kreises offenbar massiv geschwächt hatte.

Auf der Landesvorstandssitzung am selben Abend wurde die besprochene Konzeption der Führungsmannschaft mit den genannten Namen bestätigt. Ein von Dregger gewünschter Beschluss des Landesvorstandes, ihn zu beauftragen, die CDU Hessen in den Wahlkampf zu führen, möglicherweise in Anlehnung an den entsprechenden Beschluss bezüglich der Spitzenkandidatur zur Bundes-

167 Tagebucheintrag von Kiep vom 5. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Wallmann verlor bei einer erneuten Abstimmung in der Marburger Stadtverordnetenversammlung am 2. Juni 1970 gegen den SPD-Kandidaten, vgl. Überraschender SPD-Sieg bei Marburger Oberbürgermeisterwahl, in: dpa vom 2. Juni 1970. Die Grundidee, sämtliche Mitglieder des Fünfer-Kreises auf der Landesliste zu platzieren, war aber schon einige Monate zuvor erdacht und seitens Dregger zumindest gegenüber Wallmann kommuniziert worden, vgl. Gedanken zur Personalisierung des Landtagswahlkampfes vom 3. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

168 Handschriftliches Protokoll der Sitzung der Elfer-Kommission am 6. Mai 1970, in: ACDP 03-020-017/1; Tagebucheintrag von Kiep vom 6. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Zu Geier vgl. Lengemann: Hessen-Parlament, S. 260; Weirich: Alfred Dregger, S. 97 f. Ob Dregger mit der Berufung von Geier Kritik ob des Fehlens einer Frau vermeiden wollte, wie sie Heinrich Köppler in Nordrhein-Westfalen bei seiner Führungsmannschaft entgegenschlug, muss offenbleiben, vgl. Stefan Marx: Heinrich Köppler (1925–1980). Politik aus christlicher Verantwortung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 51). Düsseldorf 2006, S. 186.

169 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

tagswahl 1969, kam in dieser Form nicht zustande. Stattdessen wurde Dreggers Bereitschaft, „zum Jahresende sein Oberbürgermeisteramt aufzugeben und als Oppositionsführer in den Landtag zu gehen“, lediglich begrüßt. Außerdem wurde er aufgefordert, „die hessische CDU in die 70er Jahre zu führen“.¹⁷⁰ Auch die Kreisvorsitzendenkonferenz am folgenden Tag begrüßte Dreggers Entschluss, nach Wiesbaden zu gehen.¹⁷¹ Auf dem zweiten Landesparteitag des Jahres am 30. Mai 1970 in Fulda wurde schließlich nicht nur die Landesliste mit Dregger an der Spitze sowie Wagner, Schwarz-Schilling und Wallmann auf den folgenden Plätzen verabschiedet, sondern auch die Führungsmannschaft erstmals präsentiert und per Akklamation bestätigt. Anstelle von Westernacher, der noch im gleichen Jahr Präsident des Hessischen Bauernverbandes werden sollte, war aber in der Zwischenzeit der weithin noch unbekannte Richard Bayha als Repräsentant des ländlichen Raumes nominiert worden.¹⁷² Damit war das Personal der CDU Hessen im Hinblick auf die Landtagswahl endgültig aufgestellt worden. Am 9. Juni wurde die Führungsmannschaft im Rahmen einer Pressekonferenz auch der Öffentlichkeit vorgestellt, die Auseinandersetzungen innerhalb des Fünfer-Kreises blieben davon jedoch unberührt. So prophezeite Kiep noch am Tag der Pressekonferenz nach einer weiteren Auseinandersetzung mit Dregger: „Wir werden noch viel Ärger haben!“¹⁷³

3.2 Konzepte – Das „Gesellenstück“ des Peter Radunski

3.2.1 Wahlkampforganisation I – Die ersten Planungen

Radunski bezeichnete den Landtagswahlkampf von 1970 rückblickend als sein „Gesellenstück“, das ihn zu einem der bedeutendsten Wahlkämpfer seiner Zeit machte.¹⁷⁴ Im Zusammenspiel mit Schwarz-Schilling war er es, der diesem Wahlkampf seinen Stempel aufdrücken sollte. Um sich dieser Aufgabe völlig widmen zu können, wurde, wie in der Besprechung im März 1969 festgelegt, zu seiner Entlastung mit Alexander Niemetz ein Pressereferent eingestellt. Niemetz stammte aus der Schweiz und hatte, wie Radunski, an der FU Berlin Politikwissenschaften studiert. Nachdem er für verschiedene Schweizer Zeitungen gearbeitet hatte, kam er im Oktober 1969 auf Empfehlung von Radunski zur CDU Hessen.¹⁷⁵

170 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 8. Mai 1970, in: ACDP 03-020-124; Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Mai 1970, in: ACDP 01-867-003/2.

171 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Mai 1970, ebd.

172 Beschlussprotokoll des Landesparteitages am 30. Mai 1970 in Fulda, in: ACDP 03-020-183/5. Zu Bayha vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 99.

173 Tagebucheintrag von Kiep vom 9. Juni 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

174 Radunski: Kulisse, S. 74.

175 Eintrag „Niemetz, Alexander“ in Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv, <http://www.munzinger.de/document/00000020684> (Abruf: 10. November 2023).

Radunski selbst legte am 22. Oktober 1969 ein erstes Konzept für den Landtagswahlkampf vor.¹⁷⁶ Darin betonte er ausdrücklich, dass die CDU zurzeit keine unmittelbare Chance habe, neue Regierungspartei zu werden. Der Wahlkampf selbst habe daher drei Ziele: die absolute Mehrheit der SPD brechen, die CDU als einzige Alternative zur SPD im Bewusstsein der Bevölkerung verankern und schließlich CDU-Wähler als Mitglieder gewinnen. Als „optimales Ergebnis“ visierte er das Landtagswahlergebnis der CDU von 1958 an, nämlich 32 Prozent. Dazu müsse man sich als „Partei der politischen Mitte“ vor allem auf ehemalige CDU- und FDP-Wähler konzentrieren und einen regional- sowie schichtenspezifischen Wahlkampf führen. Die Zeit von Oktober 1969 bis Februar 1970 reservierte er für die Festlegung des politischen Konzeptes für die Landtagswahl. Zwischen März und August 1970 setzte er den Vorwahlkampf an, in dem neben der Mitgliederwerbung und diversen Veranstaltungen sowie Wahlkampfeschulungen auch publikationstechnisch umfangreiche Unterstützung für die Wahlkämpfer vor Ort erfolgen sollte. Der Hauptwahlkampf von September bis zum Wahltag sollte schließlich von diversen Wahlveranstaltungen sowie verschiedenen Werbemaßnahmen geprägt sein. Der zu bildenden Wahlkommission unter Schwarz-Schilling wies er vier Aufgaben zu: Analyse der politischen Situation in Hessen, das politische Konzept, den Organisationsplan und die Wahlkampfüberwachung. Außerdem sollten Unterkommissionen gebildet werden. Auch legte er erste Ideen zum Ablauf vor. So dachte er an Tagungen und Kongresse zu politischen Themen wie Städtebau, Lage der älteren Mitbürger, Hochschulen, Föderalismus – in diesem Fall möglicherweise zusammen mit anderen CDU-Landesverbänden – oder kommunale Selbstverwaltung. Außerdem sollten öffentliche Hearings und Arbeitskreissitzungen stattfinden und das Programm schließlich auf einem CDU-Wahlkongress verabschiedet werden. Insbesondere die Tagungen und Kongresse waren für Radunski von höchster Bedeutung, waren diese doch seitens der Presse, vor allem aber des Fernsehens, kaum zu ignorieren und brachten so der CDU dringend benötigte Sendezeit, vor allem wenn sie in zeitlicher Nähe zur Behandlung von entsprechenden Gesetzesvorlagen im Landtag stattfanden.¹⁷⁷ Radunski hatte damit frühzeitig eine ausführliche Vorplanung des Wahlkampfes vorgelegt. Der Partei wurde eine erreichbare Zielmarke gegeben, der Wahlkampf im Kontrast zur vorhergehenden Bundestagswahl einer längerfristigen Planung unterzogen und die Arbeit der Wahlkommission mittels Arbeitsaufteilung professionalisiert.

Im November 1969 legte Radunski dann für die erste Sitzung der Wahlkommission 70 einen weiteren Vermerk zur Wahlkampfführung vor, in dem er

176 Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

177 Vorschläge zur Durchführung von Tagungen und Kongressen von Radunski vom 7. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

nochmals seine grundlegenden konzeptionellen Überlegungen aus dem Vermerk vom Oktober darstellte.¹⁷⁸ Gerade der Gedanke der Differenzierung fiel in der Wahlkommission auf fruchtbaren Boden. So wurde bereits auf der ersten Sitzung Südhessen als ein regionaler Schwerpunkt ausgemacht und als spezifische Zielgruppen jüngere und ältere Menschen, Familien und Großstadtbewohner genannt. Das Wahlprogramm selbst sollte weniger generalisierend, sondern eher konkret auf bestimmte Themenkomplexe abgestellt sein. Bezüglich der Tagungen und Kongresse wurde den Ansichten Radunskis vollumfänglich beigepflichtet. Außerdem wurden seitens der Kommission drei Unterkommissionen für die Bereiche „Politische Themen“, „Öffentlichkeitsarbeit und Werbung“ und „Organisation“ festgelegt und einige Ideen für mögliche Broschüren aufgeworfen.¹⁷⁹

Die Unterkommission Themen empfahl unter der Leitung von Wagner auf ihrer ersten Sitzung, insgesamt fünf Broschüren herauszugeben. Geplant waren eigene Hefte zu den Zielgruppen Familien, Großstädter, Jugend, Alte und eine Broschüre zur allgemeinen Ansprache, die sich unter anderem mit den Themen Verwaltung und innere Sicherheit befassen sollte. Ausdrücklich wurde gefordert, dass die Broschüren „graphisch ansprechend und spielerisch sein [sollten], so daß es Spaß macht, sie zu lesen“. Schwarz-Schilling ergänzte diese Passage zusätzlich mit dem handschriftlichen Kommentar „gut bebildert!“. Außerdem sollten Kongresse zu den Themen Föderalismus, Alten-Probleme, Großstadt und Mitbestimmung im Schulwesen, eine öffentliche Klausurtagung zur Zukunft der CDU und Tagungen zu aktuellen Themen aus dem Landtag abgehalten werden. Die Vereinigungen der Partei sollten bei der Gestaltung der Kongresse besonders einbezogen werden.¹⁸⁰

Im Dezember 1969 erstellte Radunski einen vertraulichen Vermerk zum Wahlkampfkonzept, in dem er seine bisherigen Darlegungen präzisierete, erstmals mit ausdrücklichem Bezug auf das durch eine Analyse des WEMA-Instituts herausgestellte sogenannte strategische Potenzial, auf das im weiteren Verlauf der Untersuchung noch eingegangen wird. Seiner Ansicht nach sollte der Wahlkampf auf die Zielgruppen CDU-Wähler, strategisches Potenzial und Nichtwähler abgestellt werden, wobei er wiederum klar davor warnte, die Stammwähler zu verunsichern. Daher galt im Bereich der regionalen Differenzierung:

178 Überlegungen zur Wahlkampfführung 1970 vom 16. November 1969, in: ACDP 07-001-6041.

179 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 10. November 1969, in: ACDP 03-020-017/1. Die Broschüren sollten die Themen Bildungspolitik, Gesundheit und Soziales, moderne Verwaltung, Großstadt, Familie und öffentliche Sicherheit behandeln. Vgl. auch die entsprechenden Überlegungen von Radunski, in: Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen vom 11. Dezember 1969, ebd.

180 Ergebnisdarstellung der Sitzung der Unterkommission Themen vom 8. Dezember 1969, in: ACDP 01-824-231/2.

Je weiter südlich, desto stärker war der Wahlkampf auf das strategische Potenzial abzustellen. Radunski betonte außerdem, dass die CDU, um zur alleinigen Alternative zur SPD in Hessen zu werden, im Wahlkampf drei Leitbildern folgen müsse: als Partei der integrierenden Mitte für kontinuierliche Reformen, als Partei der Initiativen und Ideen in der Landespolitik sowie als konstruktive und angriffsfreudige Opposition im Bund.¹⁸¹

Beide Linien, die inhaltliche wie die konzeptionelle, wurden auf der Sitzung der Wahlkommission am 16. Dezember zusammengeführt.¹⁸² Ein Kernergebnis war, dass die angedachten Zielgruppenbroschüren jeweils in der Form einer Illustrierten erscheinen sollten und somit die inhaltlichen Aussagen „in lockerer und ansprechend gestalteter Form“, wofür auch Werbefachleute herangezogen werden sollten, dem jeweiligen Personenkreis vermittelt werden konnten. So ließ sich Schwarz-Schillings Hinweis auf eine entsprechende Bebilderung der Veröffentlichungen am besten realisieren. Für Personen mit einem entsprechenden Informationsvorsprung sollte es zudem Sachthemenbroschüren zu den Bereichen „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen“, „Schul- und Ausbildungswesen“ und „Hochschulreform“ geben. Außerdem sollte es Rednerdienste für CDU-Mitglieder geben, die öffentliche Auftritte absolvierten. Die geplanten Kongresse und Tagungen sollten, wie von der Unterkommission vorgeschlagen, realisiert werden, nur der Kongress zu den Problemen älterer Menschen wurde nicht mehr weiterverfolgt. Bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms, das auf einem eigenen Landesparteitag im September 1970 verabschiedet werden sollte, war auch ausdrücklich die Beteiligung der Kreisverbände gewünscht.

Ende 1969 hatte die Wahlkommission somit eine Struktur für den Wahlkampf geschaffen, mit der es möglich sein sollte, sowohl die klassischen CDU-Anhänger als auch das strategische Potenzial anzusprechen. Gerade das Mittel der Illustrierten bot sich dafür an, konnte es doch mit seinem visuell ansprechenden Format exemplarisch die Modernität der CDU Hessen aufzeigen. Entsprechend beschränkte sich die Unterkommission Themen im Folgenden auch darauf, vor allem die inhaltlichen Leitlinien für die Veröffentlichungen und die Terminfestsetzungen für die Tagungen und Kongresse auszuarbeiten, und schlug nur noch graduelle Änderungen an dem Konzept vor.¹⁸³

181 Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen von Radunski vom 11. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1. Vgl. auch das undatierte „Wahlkonzept der CDU Hessen“, in: ACDP 01-824-077/2.

182 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 16. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

183 So sollte als „Gegenstück“ zur Illustrierten „leben in der Stadt“ die vor allem für Nord- und Mittelhessen konzipierte Ausgabe „leben auf dem Lande“ erscheinen, vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung der Unterkommission Themen am 14. Januar 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

3.2.2 Mitgliederwerbung

Ein zentrales Element in Radunskis Planungen war die Etablierung einer strukturierten Mitgliederwerbung im Zusammenhang mit der Landtagswahl. Nur durch eine genügend große Anzahl an Mitgliedern war die CDU seiner Ansicht nach in der Lage, nicht nur die finanziellen, technischen und personellen Herausforderungen zukünftiger Wahlkämpfe zu meistern, sondern auch die politischen Positionen der CDU innerparteilich lebhaft zu diskutieren und glaubhaft nach außen zu vertreten.¹⁸⁴ Bereits zur Bundestagswahl 1969 gab es entsprechende Planungen, ohne dass diese erkennbare Auswirkungen gezeigt hätten.¹⁸⁵ Auch die Bundespartei bewertete das Ergebnis ihrer Bemühungen in der Mitgliederwerbung als mangelhaft.¹⁸⁶ Daher erstellte Radunski am 14. Oktober 1969 ein Konzept, wonach „[n]eue Methoden der Parteiarbeit und Mitgliederwerbung [...] Hand in Hand gehen“ müssten: „Mitgliederwerbung ist Parteireform, Parteireform führt zu Mitgliederwerbung.“ Der Durchführung der Werbung sollten Schulungen der verantwortlichen Personen in den Kreisverbänden und die Erstellung von Hilfsmitteln seitens des Landesverbandes vorausgehen. Je Kreisverband sollten bis zu acht Wochen der Vorwahlkampfzeit für die Mitgliederwerbung aufgewandt werden. Den Hauptwahlkampf selbst sah Radunski unter der Prämisse „Wahlkampf als Mitgliederwerbung“.¹⁸⁷

Die Wahlkommission stimmte auf ihrer ersten Sitzung der dargelegten Bedeutung der Mitgliederwerbung für die Wahlkampfführung zu und beschloss, nicht nur ein Rundschreiben herauszugeben, das konkrete Hinweise auf Methoden und Techniken der Neumitgliederwerbung enthalten sollte, sondern auch eine Broschüre zu erstellen.¹⁸⁸ Im Vorfeld der zweiten Sitzung fertigte Radunski einen kurzen Leitfaden an, der den Kreisverbänden eine konkrete Anleitung für eine möglichst erfolgreiche Mitgliederwerbung an die Hand geben sollte.¹⁸⁹ Die Kommission empfahl auf Grundlage von Radunskis Handreichungen eine Mitgliederwerbemaßnahme der Kreisverbände in Zusammenarbeit mit dem

184 Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski vom 14. Oktober 1969, in: ACDP 07-001-5141. Auch Karl Georg war dieser Ansicht, vgl. Vermerk von Georg vom Oktober 1969: „Wahlkampf 1969 – Fehler, Mängel, Bedenken“, in: ACDP 01-347-197.

185 Schreiben von Lehmann an Kiep vom 3. Dezember 1968, in: ACDP 01-347-197; Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

186 Zusammenfassender Bericht über die Nachuntersuchung zur Bundestagswahl 1969, in: ACDP 07-001-5141.

187 Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski vom 14. Oktober 1969, ebd. Für die Durchführung der Mitgliederwerbung bezog sich Radunski auf einen von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Leitfaden, vgl. ACDP 07-001-130. Siehe auch Konzept zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl 1970 von Radunski vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2; Thesen zur neuen Lage der CDU von Radunski vom 24. November 1969, in: ACDP 01-347-206.

188 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 10. November 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

189 Praxis der Mitgliederwerbung von Radunski am 10. Dezember 1969, ebd.

Landesverband für die Vorwahlkampfzeit,¹⁹⁰ was der Landesvorstand im Januar bestätigte.¹⁹¹ Die Broschüre, die von Radunski und Niemetz herausgegeben wurde, trug den Titel „Mitgliederwerbung. Konzept und Praxis“ und beruhte im Wesentlichen auf einer überarbeiteten Fassung des Papiers vom 14. Oktober und des Vermerks für die zweite Sitzung der Wahlkommission.¹⁹²

In diesem Zusammenhang wurde auch die nach der Kommunalwahl eingesetzte Strukturkommission reaktiviert, als deren Ziel Radunski bereits im Juni 1969 eine Mitgliederwerbaktion anvisiert hatte.¹⁹³ Diese Marschrichtung wurde auf einer weiteren Sitzung der Kommission nochmals bestätigt.¹⁹⁴ Auf neun Regionalkonferenzen wurden den Kreisverbänden dann die Ergebnisse der Fragebogenaktion vorgestellt und nähere Informationen zur Mitgliederwerbaktion gegeben.¹⁹⁵

Mit einem Rundschreiben Radunskis vom 25. März 1970 wurde die Aktion offiziell in Angriff genommen.¹⁹⁶ Parallel dazu wurden seitens des Landesverbandes Faltprospekte versandt, die die Mitgliederwerbung unterstützen sollten.¹⁹⁷ Die Resultate dieser Maßnahmen fielen offenbar zur Zufriedenheit der Beteiligten aus, konnte man doch schon Ende April 1970 einen Zuwachs von rund 1.000 Mitgliedern gegenüber dem Stand von Ende 1969 feststellen.¹⁹⁸ Am Ende des ersten Halbjahres 1970 stand schließlich ein stärkerer Anstieg des Mitgliederstandes als je zuvor in den vergangenen zehn Jahren.¹⁹⁹ Entsprechend sollte auch in der Hauptwahlkampfzeit eine Aktion zur Rekrutierung neuer Mitglieder erfolgen, die unter dem Motto „Jedes Mitglied wirbt ein Mitglied“ stand.²⁰⁰ Die Wahlkommission beschloss auf ihrer Sitzung am 4. Juni 1970 die Durchführung dieser Aktion für August oder September. Sie sollte mit einem Anschreiben der Führungsmannschaft an alle Mitglieder starten, dem auch

190 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 16. Dezember 1969, ebd.

191 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 24. Januar 1970, in: ACDP 03-020-097/2.

192 Broschüre „Mitgliederwerbung. Konzept und Praxis“ von Radunski und Niemetz, in: ACDP 03-020-092/1. Vgl. auch undatiertes Konzept zur Mitgliederwerbung von Radunski und Niemetz, in: ACDP 03-020-017/1.

193 Vermerk von Radunski für Schwarz-Schilling vom 19. Juni 1969, in: ACDP 01-824-238/2.

194 Einladung zur Sitzung der Strukturkommission am 29. Januar 1970 sowie undatiertes Vermerk von Radunski für Schwarz-Schilling zur Sitzungsleitung, ebd.

195 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an die Teilnehmer der Regionalkonferenzen vom Februar 1970, ebd. Vgl. auch Einladung zur Regionalkonferenz in Bad Nauheim am 19. März 1970, ebd.

196 Rundschreiben von Radunski an die Kreisgeschäftsführer vom 25. März 1970, in: ACDP 03-020-096/2.

197 Prospekt „Die CDU braucht Sie!“, in: ACDP 03-020-124.

198 Übersicht zur Entwicklung des Mitgliederstandes der CDU Hessen, in: ACDP 01-824-231/1. 1969 hatte die CDU Hessen 23.452 Mitglieder, am 30. April 1970 bereits 24.454.

199 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 10. Juli 1970, in: ACDP 02-045-254.

200 Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

Anschreiben zur Mitgliederwerbung beigelegt waren, die jedes Mitglied an Personen aus seinem Bekanntenkreis weiterleiten konnte.²⁰¹ Dieses Vorgehen stieß jedoch nicht auf einhellige Zustimmung. Die Unterkommission Organisation, von der ursprünglich die Idee eines Rundschreibens kam, das einen an Bekannte weitergebbaren Appell der Führungsmannschaft zur Mitarbeit beinhalten sollte,²⁰² riet ausdrücklich von der geplanten Aktion ab.²⁰³ Tatsächlich schloss sich die Wahlkommission dem an und beschränkte die Briefaktion auf eine „Aufforderung zum Engagement im Wahlkampf“, dem fünf weitere Schreiben dieser Art beigelegt werden sollten.²⁰⁴ Radunski und Niemetz konnten sich also mit ihren Vorstellungen nicht durchgängig gegen innerparteiliche Widerstände durchsetzen.

Schwarz-Schilling bemerkte aber offenbar schon frühzeitig, dass es anderer Motivation bedurfte, um eine Mitgliederwerbaktion parallel zum Wahlkampf zu organisieren. Ohne darüber mit der Wahlkommission Rücksprache zu halten, organisierte er ein Preisausschreiben, an dem sowohl die Kreisverbände als auch die Mitglieder teilnehmen konnten.²⁰⁵ Bei einem Zuwachs von mehr als 50 Mitgliedern gewann der Kreisverband, der die höchste prozentuale Steigerung vorweisen konnte, einen VW Käfer 1300 Limousine und der zweitbeste erhielt einen Kopierer („Elektrisches Abzugsgerät“). Warb ein CDU-Angehöriger ein Neumitglied, erhielt er dafür ein Los. Ende des Jahres sollten dann aus allen Losen unter notarieller Aufsicht zehn Gewinner gezogen werden, wobei der Hauptpreis ein Farbfernsehgerät war.²⁰⁶ Mit diesen attraktiven materiellen Anreizen war die Kritik an der Werbeaktion weitgehend verstummt, wenn auch einige Kreisverbände sich nur zögerlich oder gar nicht beteiligten. Insgesamt verlief die Aktion überaus erfolgreich. Bereits im September konnte der Landesverband das 25.000. CDU-Mitglied in Hessen begrüßen, eine Marke,

201 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. Juni 1970, ebd.

202 Protokoll der Sitzung der Unterkommission Organisation am 4. Mai 1970, in: ACDP 01-347-206.

203 Protokoll der Sitzung der Unterkommission Organisation am 8. Juli 1970, in: ACDP 01-824-231/2.

204 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, in: ACDP 03-020-124. Es ist fraglich, ob die Briefaktion überhaupt durchgeführt wurde. In den vorliegenden Akten findet sich kein Schreiben dieser Art und in einer Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen durch Radunski von Anfang September 1970 verlautet ebenfalls nichts mehr darüber, vgl. Vermerk zum Stand der Wahlkampfvorbereitungen von Radunski an Schwarz-Schilling vom 2. September 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

205 Die Grundidee eines parteiinternen Preisausschreibens zur Mitgliederwerbung war schon in der Wahlkommission 69 beraten worden, es sollte aber erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, vgl. Protokolle der Sitzungen der Wahlkommission 69 am 14. Februar 1969 und am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

206 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 10. Juli 1970, in: ACDP 02-045-254.

die ursprünglich erst für das Jahresende anvisiert worden war.²⁰⁷ Man war offenbar so zufrieden, dass das Preisausschreiben kurz vor Weihnachten 1970 bis Ende März 1971 verlängert wurde.²⁰⁸ Radunskis und Schwarz-Schillings Vorhaben einer Verbindung von Wahlkampfaktivität und Mitgliederwerbung hatte sich somit voll ausgezahlt.

3.2.3 Das strategische Potential

Richtete sich die Mitgliederwerbung vor allem auf die Aktivierung der Parteimitglieder für den Wahlkampf, stellte sich parallel jedoch auch die Frage, wen man überhaupt als zukünftige Wähler und vielleicht auch als potenzielle Neumitglieder gewinnen konnte. Ganz konkret war damit auch die Überlegung zur Einbeziehung demoskopischer Untersuchungen in die Wahlkampf vorbereitungen verbunden, die Radunski bereits während seiner Zeit beim WIKAS ausführlich studieren konnte.²⁰⁹ Erstmals scheint diese Überlegung bei der Besprechung am 21. März 1969 in Fulda aufgekommen zu sein.²¹⁰ Das Frankfurter DIVO-Institut sollte zur Kontrolle der Öffentlichkeitsarbeit der CDU Hessen im Zuge der Bundestags- und Landtagswahl beauftragt werden, sieben Umfragen zwischen April 1969 und November 1970 durchzuführen, in denen die Resonanz Dreggers und anderer Personen aus der hessischen Landespolitik festgestellt werden sollte. Bedeutsamer für die weitere Entwicklung sollte jedoch ein Angebot des WEMA-Instituts für empirische Sozialforschung aus Köln sein, das Rolf H. Kasteleiner, Geschäftsführer der Sonnenschein GmbH, vermittelt hatte.²¹¹ Das Angebot umfasste eine „kybernetisch gesteuerte“ Wahlkampfstrategie für den Bundestagswahlkampf in Hessen, für Dregger persönlich und für den Landtagswahlkampf.²¹² In der Besprechung wurde zwar in Frage gestellt, ob es

207 Wahlkampfrundschriften Nr. 18 vom 6. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

208 Rundschreiben von Schwarz-Schilling an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie Geschäftsführer vom 21. Dezember 1970, in: ACDP 03-020-099/2. Eine Übersicht der Steigerung der Mitgliederzahlen im Rahmen der Aktion zum 28. Februar 1971 weist für die meisten Kreisverbände gegenüber Juni 1970 zweistellige prozentuale Anstiege aus, in: ACDP 03-020-096/2.

209 Radunski: Kulisse, S. 71 f. Zur Arbeit der WIKAS vgl. Frank Bösch: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949–1972), in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive (Schriftenreihe der Hochschule Speyer 168). Berlin 2004, S. 309–327, hier 322; Anja Kruke: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149). Berlin 2007, S. 127–140.

210 Vermerk zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1969 und des Landtagswahlkampfes 1970 vom 21. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1.

211 Schreiben von Kasteleiner an Dregger vom 25. Februar 1969, ebd.

212 Schreiben von Diether Hassert an Kasteleiner vom 24. Februar 1969, ebd. Das Angebot von WEMA war ein zeittypischer Ausdruck der „Verwissenschaftlichung der Politik“ um 1970, vgl. Bösch: Werbefirmen, S. 324.

sinnvoll sei, diese Arbeit noch vor der Bundestagswahl durchführen zu lassen, aber Radunski wurde beauftragt, mit WEMA Kontakt aufzunehmen. Offenbar auf seine Empfehlung hin wurde auf der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969 beschlossen, ein Angebot von WEMA über „eine Motiv- und Wertanalyse über die CDU in Hessen, über die politischen Wünsche und Ziele der Bevölkerung sowie eine operative Anleitung für unsere Politik und Werbung“ anzunehmen. Dies umfasste eine Repräsentativbefragung, eine spätere Kontrollbefragung und die Vorlage einer operativen Anleitung für die CDU Hessen. Radunski wurde die Verantwortung für das Projekt übertragen.²¹³ Dieses Vorhaben war eindeutig nicht auf die Bundestagswahl hin ausgerichtet, sondern sollte dabei helfen, die Landtagswahlen langfristig vorzubereiten.

Auf der Sitzung der Wahlkommission am 14. März 1970 stellte der Leiter des WEMA-Instituts, Horst Schmelzer, die Ergebnisse der Studie offiziell vor.²¹⁴ Es handelte sich dabei um eine Analyse zum politischen Bewusstsein und Wahlverhalten in Hessen, die feststellen sollte, welches die zentralen politischen Themen waren, welcher Partei man deren Realisierung zutraute, wie bekannt die politischen Persönlichkeiten Hessens waren, wie Dregger im Vergleich zu Osswald abschnitt und vor allem, wie das sogenannte „strategische Potential“ für die CDU Hessen aussah.²¹⁵ Letzteres setzte sich aus Personen zusammen, die entweder bislang CDU gewählt hatten, sich allerdings von ihr abzuwenden drohten, oder Wählern, die zwar eine relativ große Nähe zur CDU besaßen, dieser aber bislang ihre Stimme versagt hatten. Strukturell handelte es sich vor allem um Männer im Alter von 21 bis 25 und 36 bis 45 Jahren, die der oberen Mittelschicht und der Oberschicht angehörten und im Rhein-Main-Gebiet wohnhaft waren. Diese Personen verlangten von der CDU vor allem „eine fortschrittliche, klare und glaubwürdige Politik, aktive Mitarbeit in der Landespolitik und profilierte Persönlichkeiten“ und bevorzugten die Herausstellung eines Teams von fünf bis neun Personen. Dieses strategische Potential, das etwa drei bis sechs

213 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 69 am 28. März 1969, in: ACDP 01-824-215/1. Auf dieser Sitzung wurde auch der Auftrag für das DIVO-Institut beschlossen.

214 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206. Kiep berichtet in seinem Tagebuch von einem „ausgezeichnete[n] Bericht der WEMA“ und erwähnt dabei auch ausdrücklich das strategische Potential, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 14. März 1970, in: ACDP 01-867-003/2. Schwarz-Schilling und Radunski lagen die Ergebnisse der Umfrage von 1969 aber spätestens im Dezember 1969 bereits vor, vgl. Material zum politischen Konzept des Wahlkampfes: politisches Verhalten in Hessen von Radunski vom 11. Dezember 1969, in: ACDP 03-020-017/1.

215 Hierzu und zum Folgenden Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208. Die Zusammenfassung könnte möglicherweise zusammen mit einem Bericht über den hessischen Landtagswahlkampf für eine Sitzung in Baden-Württemberg am 16. Februar 1971 entstanden sein, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, ebd. Sie bezieht sich auf folgende Studie des WEMA-Instituts: Politisches Bewusstsein und Wahlverhalten in Hessen – Eine wahlsoziologische Untersuchung – Teil I und Teil II vom Oktober 1969, in: ACDP Pressearchiv 69 91 01 sowie 69 91 02.

Prozent der Wählerschaft umfasste,²¹⁶ hatte für die Wahlkampfführung zentrale Bedeutung. Man wollte sich explizit den neuen aufstrebenden Schichten aus dem Dienstleistungs- und Finanzsektor in der Region um Frankfurt am Main öffnen und plante dementsprechend, das Erscheinungsbild der CDU Hessen daraufhin abzustimmen. Gleichzeitig musste vermieden werden, die bisherigen Stammwähler zu verunsichern oder gar zu verlieren.²¹⁷ Dennoch war es notwendig, dieses Risiko einzugehen, denn wenn man mittel- und langfristig mit der SPD Hessen auf Augenhöhe agieren wollte, galt es unbedingt, neue Wählerschichten zu gewinnen, insbesondere in den bevölkerungsreichen Gegenden im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen.

WEMA war auch anlässlich anderer Landtagswahlen des Jahres 1970 für die CDU tätig.²¹⁸ Für den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hatte man bereits für 250.000 DM eine Analyse angefertigt, die auch Angaben zu einem strategischen Potential enthielt, allerdings als ungeeignet eingestuft wurde.²¹⁹ Die CDU Hessen machte WEMA klare Vorgaben dafür, was man erwartete. Auf einer Konferenz im Jahr 1972, auf der in Vorbereitung für die nächste Bundestagswahl die Landtagswahlkämpfe seit 1970 besprochen wurden, erklärte Radunski, dass „wir in der Partei selbst die Entscheidungen getroffen, die Strategie erarbeitet und den Agenturen vorgegeben haben, was von ihnen erwartet wird“. Entsprechend wurde auch die WEMA-Studie während der Durchführung mit Fragestellungen begleitet.²²⁰

Dabei war WEMA zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr unumstritten in der Partei. Neben Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Untersuchungen kam im Frühjahr 1970 heraus, dass WEMA Umfragezahlen und dazugehörige Texte für unterschiedliche Aufträge von WIKAS und der CDU in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland mehrfach verwendet hatte, was zum Ende der Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Bundesgeschäftsstelle führte.²²¹ Radunski stellte dennoch rückblickend fest, „keine schlechten Erfahrungen mit WEMA

216 Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

217 Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208.

218 Schreiben von Günter Meyer an Gerhard Elschner vom 6. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

219 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, ebd. Das strategische Potential für Nordrhein-Westfalen ähnelte zwar dem für Hessen, war jedoch nicht deckungsgleich, vgl. Zielgruppen im strategischen Potential der CDU, in: ACDP Bestand Landesverband Westfalen-Lippe 03-002-329/2.

220 Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084. Der klare Primat der Parteimitarbeiter gegenüber den Agenturen und Demoskopieinstituten war in dieser Zeit durchaus üblich, vgl. Mergel: Propaganda, S. 103 f.

221 Vgl. Kruke: Demoskopie, S. 136.

gemacht“ zu haben.²²² Dies zeigt sich auch daran, dass WEMA noch zwei weitere größere Ausarbeitungen für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vornehmen konnte, nämlich eine „Thematisch-Programmierte Argumentationskette“, die eine Kommunikationsstrategie mit Bezug auf das strategische Potenzial entwarf, sowie einen Media-Optimierungsplan zum Einsatz von Wahlwerbemitteln.²²³ Hinzu kamen zwei Thesenpapiere zur Programmatik und zur Konzeption des Wahlkampfes.²²⁴ Dies alles stellte WEMA dem Landesverband für einen „Vorzugspreis“ von 125.000 DM zur Verfügung.²²⁵

3.2.4 Wahlkampforganisation II – Planungen bis zum Sommer 1970

Im weiteren Verlauf ging es vor allem um die Frage, wie die politischen Vorstellungen der CDU dargestellt werden sollten und wie die Werbelinie des Landesverbandes aussehen sollte. Inhaltliche Kernaussage sollte sein, dass mit dem Führungsteam „die neue, schwungvolle CDU konstruktiv und ideenreich am Fortschritt in Hessen aktiv mitwirken“ wolle.²²⁶ Diese Aussage war deutlich auf die Gewinnung des strategischen Potenzials ausgerichtet.²²⁷ Die CDU sollte sich als „Partei der politischen Mitte, der politischen Vernunft“ mit konstruktiven Initiativen in der Landespolitik und als echte Alternative zur SPD darstellen, wobei auch schärfere Polemik gegenüber SPD und FDP durchaus gewünscht war, vor allem in Nordhessen, während im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen eine eher moderate Linie verfolgt werden sollte. Allerdings sollte gegenüber der FDP eine „generelle Bereitschaft zur Zusammenarbeit“ wiederholt bekundet werden.

Am 11. März 1970 erstellte Radunski dann einen Rahmenplan, der unter anderem auch den Aspekt „Werbung“ umfasste. Die Plakatierung sollte 20 Tage vor dem Wahltag beginnen. Für die Insertionen waren insgesamt fünf Wochen mit zwölf Anstößen vorgesehen, wobei in den ersten vier Wochen je zwei und in der letzten Woche vier Anstöße erfolgen sollten. Bei der Fernsehwerbung sollten drei bis fünf, bei der Hörfunkwerbung acht Sendungen zu je fünf Minuten

222 Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

223 Thematisch-Programmierte Argumentationskette für den Landtagswahlkampf der CDU in Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-824-231/2 sowie Media-Optimierungsplan für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-347-208.

224 Landtagswahlkampf 1970 der CDU Hessen – Anforderungen an ein politisches Programm, in: ACDP 01-347-207; Leitlinien für eine Konzeption (Landtagswahlkampf), in: ACDP 01-824-232/2.

225 Antworten des Landesverbandes Hessen auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6041.

226 Hierzu und zum Folgenden Grundlinien des politischen Konzepts für die Landtagswahl 1970 in Stichworten von Radunski vom 13. März 1970, in: ACDP 07-001-6041.

227 Vgl. die Aussagen zu den Forderungen des strategischen Potenzials an die CDU, in: Zusammenfassung der WEMA-Analyse der Bewusstseinsstruktur der hessischen Bevölkerung, in: ACDP 01-347-208.

in den letzten drei bis vier Wochen laufen. Außerdem sollten die im Bundestagswahlkampf bewährten Lautsprecherwagen und Diskussionsteams wieder eingesetzt werden.²²⁸

Diese Ideen wurden der Wahlkommission am 14. März 1970 direkt nach dem Bericht von WEMA vorgelegt. Bei der Vorstellung des Rahmenplans wies Schwarz-Schilling nochmals auf die Bedeutung inhaltlicher und technischer Schulungen für die Kandidaten hin. Der Plan selbst wurde gebilligt und die Unterkommissionen mit der Einleitung der darin beschriebenen Maßnahmen beauftragt.²²⁹

Am 2. Juni 1970 legten Niemetz und Radunski dann ein grundlegendes Werbekonzept vor.²³⁰ Wiederum wurde von vorneherein klar gemacht, dass sämtliche Maßnahmen auf das strategische Potential ausgerichtet zu sein hätten. Dazu zählte auch die Beschränkung auf einen Slogan, der das Personalangebot der CDU Hessen mit den Ideen zur hessischen Landespolitik verknüpfen sollte. Als Arbeitsgrundlage diente: „Mit neuen Männern in Hessen voran“.²³¹ Die Darstellung der Führungsmannschaft basierte auf den Grundsätzen, die der Landesvorstand am 8. Mai beschlossen hatte, nämlich dass dies kein Schattenkabinett sei und sich aus sachpolitischen Sprechern zu verschiedenen Themen zusammensetze. Sie sollten auf Pressekonferenzen und mehreren Großveranstaltungen auftreten. Werblich sollten sie gemeinsam oder einzeln in sämtlichen vom Landesverband geplanten medialen Maßnahmen und Veröffentlichungen erscheinen. Für die Plakatierung war eine regionale Differenzierung der Mitglieder des Teams angedacht, je nach Herkunft. Auf Großflächen sollten sie hin-

228 Rahmenplan der Maßnahmen für Werbung und Organisation des Landesverbandes von Radunski vom 11. März 1970, in: ACDP 03-020-017/1. Vgl. auch Vorschläge für den Einsatz von Diskussionsteams zur Landtagswahl in Hessen 1970 von Klaus-Peter Hildebrandt vom 15. Oktober 1969, in: ACDP 01-824-232/2.

229 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 14. März 1970, in: ACDP 01-347-206.

230 Zum Folgenden Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Niemetz und Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1. Das Konzept könnte der Anlass für einen Brief Schwarz-Schillings an Dregger vom gleichen Tag gewesen sein, in dem er forderte, dass Präsidium und Führungsmannschaft im Laufe des Juni zusammentreten sollten, um „die politische Konzeption unseres Landtagswahlkampfes festzulegen“. Vgl. Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 2. Juni 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

231 Auffallend ist eine gewisse Nähe zu einem Slogan der CDU im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 1970: „Die neuen / Männer. / Mit Köppler. Entschlossen zu handeln.“, vgl. ACDP Plakataarchiv 10-009-608. Vgl. dazu Marx: Heinrich Köppler, S. 185 f. Frühere Entwürfe für einen Personalslogan waren ebenfalls schon klar auf die Verbindung von Teamgedanken und Modernität hin orientiert: „Mit neuen Männern voran in Hessen“, „Neue Männer schaffen das moderne Hessen“ oder „Tüchtige Männer bauen unsere Zukunft“. Bei den ursprünglich geplanten Sachthemenslogans war ebenfalls die Zukunftsfähigkeit Hessen das zentrale Thema: „Besser leben in Hessen – gleiche Chancen für alle“ oder „Jedem Menschen eine lebenswerte Zukunft“. Vgl. Grundlinien des politischen Konzepts für die Landtagswahl 1970 in Stichworten von Radunski vom 13. März 1970, in: ACDP 07-001-6041.

gegen zusammen dargestellt werden. Stilistisch war geplant, die Plakate farbig zu gestalten und Aktivfotos der betreffenden Politiker zu verwenden. Außerdem sollte das CDU-Logo „dynamisiert“ werden, etwa wie bei den Plakaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen durch einen grünen Pfeil. Für die Insertionen war eine einheitliche Gestaltung im „neuen CDU-Stil“ vorgesehen, die aus zehn Einschaltungen, nach einem festen Terminplan auf fünf Wochen verteilt, bestanden und eine klare, jeweils in sich geschlossene Argumentationsabfolge besaßen. Auch hierfür sollten Aktivfotos verwendet werden. Die Hörfunkwerbung verteilte sich auf acht Sendungen zu je fünf Minuten und für die Fernsehspots waren Drei-Minuten-Sendungen geplant.

Diese Ausarbeitung von Niemetz und Radunski war wiederum Grundlage für die weiteren Entscheidungen der Wahlkommission am 4. Juni.²³² Bemerkenswerterweise wurde noch kein Slogan beschlossen, sondern nur eine Basisaussage: „Mit Alfred Dregger und der Mannschaft wird die neue, schwungvolle CDU konstruktiv und ideenreich am Fortschritt in Hessen energisch mitwirken.“ Bezüglich des Slogans wurde nur festgelegt, dass der Name Alfred Dreggers darin enthalten sein sollte. Ansonsten orientierte man sich in großen Teilen mit nur wenigen Ergänzungen am vorgelegten Konzept, etwa was die Grundsätze zur Darstellung und die sachpolitische Aufteilung der Führungsmannschaft und ihre gemeinsamen Auftritte anging.²³³ Außerdem konnten auf dieser Sitzung die einzelnen Agenturen ihre geplanten Maßnahmen vorstellen. Die Agentur Peter Nolden plante neben einer Spendenaktion bei bestimmten Zielgruppen eine Los-Aktion mit zehn Hostessen. Die Werbeagentur Hegemann aus Düsseldorf wurde mit der Durchführung der Plakatierung beauftragt. Mit der Gestaltung der Plakate durch Hegemann war man aber offenbar nicht zufrieden, da die Firma neue Entwürfe präsentieren und zusätzlich die Agentur Troost aus Düsseldorf angefragt werden sollte.²³⁴ Als Plakattypen wurden ein Dregger- und ein Mannschaftsplakat, ein Kandidaten-Rahmenplakat, ein Versammlungsankündigungsplakat und ein Stimmzettelpakat festgelegt. Die Agentur Alwo aus Frankfurt übernahm die Gestaltung der nun von zehn auf zwölf Anstöße erhöhten Insertionen, wobei als Format eine Viertelseite festgelegt wurde. Die Werbefilme sollten durch die Hamburger Knop-Filmgesellschaft hergestellt werden, die auch

232 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

233 Die endgültige Aufteilung sah wie folgt aus: Dregger: strukturelles und politisches Ungleichgewicht in Hessen; Wagner: Länderneugliederung, Haushalt, Finanzen; Kiep: Wirtschaft; Schwarz-Schilling: Bildung und Hochschulen; Wallmann: Recht und Verfassung; Geier/Zink: Soziales, Gesundheitsfragen, Altenfragen, Kindergärten, vorschulische Ausbildung; Zink: Sozialpolitik; Bayha: Landwirtschaft; Riesenhuber: Jugend, Umwelt, Technik.

234 Troost kannte man vom nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf her und hatte einen guten Eindruck gewonnen, vgl. Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

eine Fernsehschulung anbot, für die Rundfunksendungen wurde hingegen ein gewisser Bertram Otto beauftragt. Zentral war hier aber wiederum die Rolle von WEMA, deren Argumentationskette maßgeblich für die inhaltliche Gestaltung der Insertionen sein sollte und an deren Media-Optimierungsplan anhand verschiedener Budget-Alternativen von 850.000 DM bis hin zu 1,5 Millionen DM, sich unter anderem der Umfang der Plakatierung ausrichten sollte. An ihren Vorgaben, die, wie bereits oben festgestellt, eng mit den Vorstellungen der CDU Hessen abgestimmt waren, hing also ein Großteil der Werbekonzeption für den Wahlkampf. Für das Wahlprogramm stellte die Wahlkommission einen konkreten Zeitplan auf. Dregger war zusammen mit Adolf Roth dafür zuständig, auf Grundlage von Beiträgen der einzelnen Mitglieder der Führungsmannschaft einen Entwurf zu verfassen, der nach Beratung in den Kreisverbänden auf einem Parteitag am 19. September verabschiedet werden sollte.

Am 24. Juni fand dann in Bonn eine Besprechung von Schwarz-Schilling, Georg, Niemetz und Radunski mit Bruno Heck, dem neuen Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb und weiteren Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle statt, wobei deren Beiträge für den hessischen Landtagswahlkampf festgelegt wurden. Neben Redner- und Informationsdiensten sollten kurze Ausarbeitungen zu bundespolitischen Grundlagen für die geplanten Illustrierten, Flugblätter und Wandzeitungen zur Verfügung gestellt werden, deren konzeptionelle Gestaltung aber in den Händen des Landesverbandes lag.²³⁵ Am 3. Juli erstellte Radunski dann einen Vermerk für die nächste Sitzung des Landesvorstandes am 11. Juli. Er fasste darin nochmals die Ergebnisse des Werbekonzeptes, der letzten Sitzung der Wahlkommission und der Besprechung in Bonn zusammen. Für die politische Argumentation der Wahlkämpfer sollte es diverse Redner- und Informationsdienste der Bundes- und Landespartei in einer Auflage von jeweils bis zu 1.000 Stück geben. Für den Wahlkampf selbst waren die genannten drei Broschüren mit den Titeln „besser leben in Hessen“, „besser lernen in Hessen“ und „besser studieren in Hessen“, jeweils mit dem Untertitel „mit Alfred Dregger und seiner Mannschaft voran“, in einer Auflage von je 30.000 Stück geplant. Die Illustrierten beziehungsweise Prospekte für Frauen, Großstädter, Landbewohner, Alte, Jugend (ergänzt durch ein Poster) und die allgemeine Ansprache sollten Anfang Oktober erscheinen und nach Bedarf verteilt werden. Außerdem sollten noch drei Flugblätter der Bundespartei zu nicht eingehaltenen Wahlversprechen der SPD (Auflage 100.000 Stück), zur Wirtschaftspolitik (Auflage 200.000 Stück) und zur Deutschland- und Außenpolitik (Auflage 100.000

235 Vermerk von Radunski für Göb vom 2. Juli 1970, in: ACDP 07-001-6083. Bei der Besprechung wurde auch die personelle Unterstützung der CDU Hessen durch einen persönlichen Referenten für Dregger und durch hauptamtliche Mitarbeiter aus anderen Landesverbänden beraten. Vgl. auch Protokoll der Besprechung in Bonn am 24. Juni 1970. Ergebnisprotokoll zu organisatorischen Fragen von Karl Georg vom 25. Juni 1970, in: ACDP 01-347-206.

Stück), eine Wahlkampfnummer der CDU-Zeitschrift „Hessenkurier“, Briefe an die Zielgruppen der Landwirte, Mittelständler und Vertriebenen sowie das Wahlprogramm herausgegeben werden.²³⁶ Der Landesvorstand billigte das Konzept mit nur wenigen Änderungen und Ergänzungen, wovon die wichtigste wohl die Aufnahme von Werbung für die erstmals in Hessen mögliche Briefwahl in den Maßnahmenplan war.²³⁷

Anfang Juli lag schließlich der Media-Optimierungsplan von WEMA vor.²³⁸ Darin wurde mit Bezug auf das strategische Potenzial und die darin vertretenen Werte und Erwartungen die Frage behandelt, welchen Medien eine besondere Glaubwürdigkeit zukam und was dies für die Reichweite der Werbemittel bedeutete. Zwar wurden Fernsehsendungen besonders hoch bewertet, aufgrund der geringen Sendezeit sah man aber vor allem die Insertionen als wichtig an, wobei zwischen den überregionalen und regionalen Zeitungen im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen und den regionalen und lokalen Zeitungen in Mittel- und Nordhessen differenziert werden sollte. In dieser Region sollte vor allem eine persönliche Ansprache der Wähler vorgenommen werden. Außerdem plädierte WEMA für eine Jugendkampagne, begleitende PR-Maßnahmen wie eine Losaktion und Lautsprecherwagen mit Hostessen. Als finanzieller Rahmen wurden 1,5 Millionen DM zugrunde gelegt. Außerdem lagen der Ausarbeitung ein Einsatzplan der Medien, ein Terminplan und eine Liste der für die Insertionen vorgesehenen Tageszeitungen in Hessen bei.

Im Hinblick auf die letzte Sitzung der Wahlkommission vor dem Sommer, auf der die endgültigen konzeptionellen Entscheidungen zu treffen waren, erstellte Radunski daher mit Hilfe des Media-Optimierungsplans einen weiteren Vermerk, in dem er die bisherigen Ergebnisse zur politischen Argumentation zusammenstellte und weitere Vorschläge unterbreitete.²³⁹ Zusätzlich zu den geplanten Veröffentlichungen, zu denen das vom Landesvorstand gewünschte Briefwahl-Flugblatt in einer Auflage von 500.000 Stück trat, sollte eine eigene Wahlkampfillustrierte in einer Auflage von 600.000 Stück erscheinen, wobei die allgemeine Verteilung unter einem Kostenvorbehalt stehen sollte. Bezüglich der für September und Oktober geplanten Kongresse schlug er die Themen Jugend, Bildungspolitik, Raumordnung und Kommunalpolitik vor. Außerdem sollte es zusätzlich eine Frauen- und eine Jugendkampagne geben. Für Jungwähler, die bei dieser Wahl von erheblicher Bedeutung waren, denn erst im März

236 Vermerk für die Mitglieder des Landesvorstandes von Radunski vom 3. Juli 1970, in: ACDP 03-020-130/5.

237 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 11. Juli 1970, in: ACDP 03-020-124.

238 Media-Optimierungsplan für den Landtagswahlkampf der CDU Hessen vom Juli 1970, in: ACDP 01-347-208.

239 Zum Folgenden Alle Maßnahmen zur politischen Argumentation im Landtagswahlkampf 1970 von Radunski vom 13. Juli 1970, in: ACDP 01-347-206.

1970 war das aktive Wahlalter in Hessen auf 18 Jahre herabgesetzt worden,²⁴⁰ waren neben einem eigenen Zielgruppenbrief Dreggers sechs bis sieben Musikveranstaltungen vorgesehen. Dort sollte der Moderator der „ZDF-Hitparade“, Dieter Thomas Heck, etwa fünf „Spitzenstars der derzeitigen Schlager-Hitliste“ präsentieren und dazwischen kurze Gespräche mit Landtagskandidaten und Mitgliedern der Führungsmannschaft einbauen.²⁴¹ Bei den Veranstaltungen, für die gezielt bei jungen Leuten geworben werden sollte, war auch die Verteilung des Prospekts „moderne Jugend“ vorgesehen. Schließlich war angedacht, in den letzten 14 Tagen vor der Wahl ein intensives Telefon-Canvassing zu betreiben.²⁴²

Die Sitzung der Wahlkommission am 15. Juli stand ebenfalls stark unter dem Eindruck des Media-Optimierungsplans, noch verstärkt durch die Teilnahme eines Vertreters des WEMA-Instituts.²⁴³ Zunächst musste aber über die Vergabe der Plakatgestaltung entschieden werden. Neben der Agentur Hegemann hatten sich auch die Agenturen Garbotz²⁴⁴ und Alwo eingefunden, um Plakatentwürfe und einen Slogan zu präsentieren. Die Agentur Troost war nicht mehr berücksichtigt worden.²⁴⁵ Den Zuschlag bekam schließlich die Agentur Alwo für ein Großflächenplakat mit der Spitzenmannschaft, ein Spitzenkandidatenplakat für Dregger, bei dem aber auch Ideen der Agentur Garbotz einbezogen werden sollten, ein Versammlungsankündigungsplakat und ein Kandidaten-Rahmenplakat. Die Erstellung eines Stimmzettelpaketes übernahm der Landesverband selbst. Verbunden damit war auch die Entscheidung über den Slogan für die Großflächenplakate: „Wir kommen – Alfred Dregger und seine Mannschaft“, vermutlich eine Idee der Agentur Alwo.²⁴⁶ Ansonsten erfuhr Radunskis Vorlage

240 Klaus Lange: Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen des Wahlrechts in Hessen, in: Heidenreich/Schacht (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik, S. 81–111, hier 88.

241 Zu Hecks politischem Engagement für die CDU vgl. Peter Lenz: Dieter Thomas Heck. Die Biografie. Hamburg 2011, S. 155–166.

242 Dieser Gedanke wurde offenbar nicht weiterverfolgt. Im Oktober kam nochmals ein entsprechender Vorschlag aus Baden-Württemberg, der aber zeitlich nicht mehr umsetzbar war, vgl. Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 22. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124.

243 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, ebd.

244 Die Schreibweise ist unsicher. Im Protokoll selbst wird der Agenturleiter auch „Garboth“ geschrieben. In einem vorbereitenden Vermerk nannte Niemetz ihn „Garbertz“, vgl. Vermerk von Niemetz an Schwarz-Schilling vom 14. Juli 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

245 Für die vorbereitende Sitzung der Unterkommission Werbung im Juni war Troost noch neben Hegemann und Alwo vorgesehen, vgl. Einladung zur Sitzung der Unterkommission Werbung am 18. Juni 1970, in: ACDP 01-824-231/2. Nach Aussage von Radunski wollte die Agentur nur teilnehmen, wenn man ihr auch die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den Wahlkampf übertrug, was vom Landesverband abgelehnt wurde, vgl. Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

246 Im Protokoll wurde der Slogan mit einer Minuskel am Anfang geschrieben, vermutlich in Anlehnung an die ebenfalls mit Minuskeln beginnenden Broschüren- und Prospekttitel. Dregger vermerkte handschriftlich auf einer Liste mit Slogan-Vorschlägen der Agentur Hegemann den schließlich beschlossenen Slogan aber mit einem großen „W“, vgl. Slogan-

noch diverse Änderungen, vor allem im terminlichen, aber zum Teil auch im konzeptionellen Bereich. So wurden die geplanten Prospekte auf nur noch drei zusammengestrichen: „moderne Familie“, „leben in der Stadt“ und „moderne Jugend“, letzteres in Form eines Posters. Hinter diesen Änderungen steckten möglicherweise Kostenüberlegungen, da die geplante Auflage der Prospekte mit 400.000 bis 500.000 nicht gering war. Die Auflage des Wahlprogramms, die Radunski mit 800.000 Stück eingeplant hatte, wurde auf 500.000 Exemplare herabgesenkt. Dafür wurde die Zahl der vergleichsweise günstiger herzustellenden Flugblätter deutlich aufgestockt. Aus den ursprünglich geplanten vier Kongressen wurden nun zwei. Neben einem bereits feststehenden Kongress der Sozialausschüsse sollte es nur noch einen kommunalpolitischen Kongress und einen JU-Kongress „CDU und Jugend“ geben, der anlässlich des JU-Landestages am 5. und 6. September in Limburg stattfinden sollte. Für die Frauenkampagne legte man sich auf das Format eines „politischen Fünf-Uhr-Tees“ fest und die Jugendkampagne wurde im Grunde unverändert angenommen.²⁴⁷ Von den geplanten sechs Veranstaltungen mit Heck sollte die erste ebenfalls in Verbindung mit dem JU-Landestag stattfinden. Die im Media-Optimierungskonzept vorgesehene Differenzierung der Insertionen wurde zugunsten einer gleichmäßigen Berücksichtigung aller Zeitungen in Hessen bei den geplanten zwölf Anstößen abgelehnt, möglicherweise, weil man eine allzu offensichtliche Bevorzugung des südhessischen Raumes vermeiden wollte. Die Losaktion und die Bustour mit den Hostessen sollten wie geplant stattfinden.

Damit war der Rahmen für den beginnenden Wahlkampf abgesteckt. Von den ersten konzeptionellen Überlegungen im Herbst 1969 bis hierhin konnten Schwarz-Schilling und Radunski eine bemerkenswerte Kontinuität ihrer grundsätzlichen Überlegungen bewahren. Dazu gehörten insbesondere der landespolitische Fokus sowie die Differenzierung nach Zielgruppen mit einem besonderen Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Großstädter. Gerade die große Masse der Jungwähler konnte man nicht ignorieren und plante daher nun mit einer starken Varianz an Veranstaltungen und Aktionen, um gerade sie für die CDU Hessen zu begeistern. Dabei halfen auch die analytischen Zuarbeiten von WEMA und die Fokussierung auf das strategische Potenzial, wodurch man den Wahlkampf einerseits regional mit einem Schwerpunkt auf das Rhein-Main-Gebiet und Südhessen, andererseits aber auch alterstechnisch differenzieren wollte. Gerade das Vorgehen im Bereich der Insertion zeigt jedoch, dass man sich nicht völlig den Vorstellungen von WEMA unterwerfen wollte, sondern das

Vorschläge der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH, in: ACDP 01-347-206. Auch wenn die Verwendung der Minuskel vielleicht ursprünglich als verbindendes Element in den Plakaten, Prospekten und Broschüren gedacht war, blieb man am Ende bei der Standardschreibweise.

247 Zur Planung des „Fünf-Uhr-Tees“ vgl. Merkblatt zum 5-Uhr-Tee – Wahlveranstaltung für Frauen von Ruth Beckmann, in: ACDP 03-020-061/2.

letzte Wort beim Landesverband lag. Auch die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene Agenturen ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

3.3 Der Hauptwahlkampf

3.3.1 Konzepte und Realitäten

Anfang September setzte Radunski Schwarz-Schilling vor der Sitzung der Wahlkommission über die während des Sommers erfolgten Vorarbeiten in Kenntnis.²⁴⁸ Der Slogan, der vor allem für das Großflächenplakat verwendet wurde, war noch um einen Nachsatz ergänzt worden und lautete nun: „Wir kommen CDU – Alfred Dregger und seine Mannschaft – damit unser Land besser regiert wird.“ Auf dem Dregger-Plakat sollte er lauten: „Wir kommen CDU – Alfred Dregger – damit unser Land besser regiert wird“, während die Ankündigungs- und Kandidatenplakate „Wir kommen CDU“, den jeweiligen Namen und die Veranstaltungankündigung beziehungsweise einen eigenen Slogan tragen sollten. „Wir kommen“ wurde so zum verbindenden Element des Wahlkampfes, das auch klar die von vornherein intendierte Kampfansage an die SPD und ihre absolute Mehrheit beinhaltete.²⁴⁹ Die zwölf Anzeigen waren auf die Führungsmannschaft aufgeteilt worden, wobei Dregger für die erste und die letzten drei und die restlichen Mitglieder für jeweils einen Text zu ihrem entsprechenden Sachgebiet verantwortlich zeichneten. Auch für die vier Fernsehfilme lag eine Konzeption vor, da inzwischen die Termine und die Länge (drei Minuten) endgültig bekannt waren. Zu Beginn und am Ende sollten sie auf die Führungsmannschaft hinweisen, während im Mittelteil drei Sprecher der Führungsmannschaft zu Wort kommen sollten. Im letzten Film, der am 5. November ausgestrahlt werden sollte, sollte Dregger den Mittelteil allein bestreiten. Für den Hörfunk hatte man acht Sendungen zu gestalten, die erst Anfang Oktober hergestellt werden sollten, um auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können. Der Rednerdienst des Landesverbandes war fertiggestellt und im Versandvorgang²⁵⁰ und auch zwei der drei Broschüren, nämlich „besser leben in Hessen“ und „besser studieren in Hessen“ lagen schon vor. Hinzu kam eine weitere Broschüre: „Leitsätze der CDU in Hessen zur Deutschland- und Außenpolitik“, die im Hinblick auf die fortwährenden Diskussionen zur Ostpolitik der Bundesregierung und die

248 Zum Folgenden Vermerk zum Stand der Wahlkampf vorbereitungen von Radunski an Schwarz-Schilling vom 2. September 1970, in: ACDP 01-824-077/2.

249 Gemäß dem Vermerk sollte das Stimmzettelplakat möglicherweise nur den Slogan „So wählen Sie richtig“ tragen, in der ausgelieferten Fassung war aber auch hier „Wir kommen CDU“ eingefügt worden, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-007-300. Im Vermerk begannen im Übrigen sämtliche Plakatslogans noch mit einer Minuskel.

250 CDU-Landesverband Hessen: Rednerdienst zur Landtagswahl in Hessen 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970²⁵¹ herausgegeben worden war. Mitte September sollte dann auch noch „besser lernen in Hessen“ erscheinen.²⁵² Die Auflage war gegenüber der Konzeption Radunskis vom Juli auf 70.000 beziehungsweise 80.000 Exemplar gesteigert worden. Auch die übrigen Veröffentlichungen waren in Vorbereitung. Für die sechs Musikveranstaltungen waren Räume mit einer durchschnittlichen Kapazität von über 1.000 Plätzen angemietet worden. Für die Losaktion waren die Gewinne festgelegt worden, Hauptpreis war eine Reise für zwei Personen zu den Olympischen Spielen 1972 nach München, weiterhin gab es einen Farbfernseher und Buchpreise. Auch die zentralen Veranstaltungen mit der Führungsmannschaft und die Termine der hessischen Landesredner waren vorbereitet.

Am 4. September traf sich die Wahlkommission zu ihrer letzten Sitzung.²⁵³ Alwo legte Entwürfe für die Gestaltung der Inserate vor, die aber, abgesehen von den Dregger-Anzeigen, abgelehnt und zur Überarbeitung zurückverwiesen wurden. Inhaltlich wurde gefordert, dass sich die Anzeigen neben positiven, wiederkehrenden Aussagen vor allem auch stärker mit der Bundespolitik befassen sollten. Dies war neben der Broschüre zu den Leitsätzen zur Deutschland- und Außenpolitik eine weitere Abkehr vom Prinzip der landespolitischen Orientierung. Bezüglich der Plakate setzte sich die Kritik an der Arbeit von Alwo fort. Das vorgelegte Layout des Großflächenplakats wurde nicht gebilligt, es war offenbar zu dunkel und die dargestellten Personen sahen in der Bewegung anscheinend recht unnatürlich aus. Die übrigen Plakate wurden jedoch angenommen, darunter auch das Dregger-Plakat, auf dem er wie der Star eines Kinofilms mit angeschnittenem Gesicht und sehr betonten blauen Augen dargestellt wurde.²⁵⁴

Bei den Prospekten ergaben sich die tiefgreifendsten Änderungen. Von den drei geplanten Zielgruppenprospekten blieb nur noch dasjenige für die Jugend übrig. Die bereits vorliegenden Texte für die beiden anderen mit Bezug auf Frauen und Großstädter sollten in ihren Grundzügen in die nun auf einen Umfang von 16 Seiten festgelegte Wahlillustrierte integriert werden, deren Auflage bei Bedarf erhöht werden sollte. Die Gründe für diesen Schritt dürften erneut in Kostenersparnissen zu suchen sein. Angesichts der erhöhten Auflage der Broschüren, zu denen eine weitere, ursprünglich gar nicht vorgesehene Ausgabe getreten war, und der Herausgabe der Wahlillustrierten, von der man sich offenbar einige Wirkung versprach, scheinen die beiden Zielgruppenprospekte ver-

251 Vgl. dazu Andreas Grau: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 108–132.

252 „besser leben in Hessen“, „besser studieren in Hessen“, „besser lernen in Hessen“ und „Leitsätze der CDU in Hessen zur Deutschland- und Außenpolitik“, in: ACDP 03-020-173.

253 Zum Folgenden Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 4. September 1970, in: ACDP 03-020-124.

254 Spitzenkandidatenplakat Alfred Dregger, in: ACDP Plakataarchiv 10-007-302.



ACDP Plakatarchiv 10-007-302.

zichtbar gewesen zu sein, obwohl doch gerade diese Idee einen Schwerpunkt der bisherigen Planungen darstellte. Der Landesvorstand billigte diese Beschlüsse auf seiner Sitzung in Camberg am 5. September, in der er sich auch mit dem Entwurf des Wahlprogramms erstmals auseinandersetzte.²⁵⁵ Am gleichen Tag fand dort auch die Kandidatenschulung statt, deren Programm die Wahlkommission bereits auf ihrer Sitzung im Juli erarbeitet hatte. Hier wurden die Landtagskandidaten nicht nur mit den Methoden des Canvassings, den technischen Gerätschaften und den Werbemaßnahmen des Landesverbandes vertraut gemacht, sondern auch in der politischen Argumentation gegenüber den Wählern geschult.²⁵⁶ Abends fand im Rahmen des Landestages der JU in Limburg die erste Beateveranstaltung mit etwa 1.500 Jugendlichen statt, die trotz einer Bombendrohung offenbar auf positive Resonanz stieß.²⁵⁷

Am 12. September kam die Führungsriege des Landesverbandes in Gelnhausen zusammen, um die Änderungen beim Großflächenplakat und bei den

255 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 5. September 1970, in: ACDP 03-020-124.

256 Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, ebd. Vgl. auch Wortprotokoll des Seminars zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71/72 in Bonn-Bad Godesberg am 27. März 1972, in: ACDP 07-001-6084.

257 Tagebucheintrag von Kiep vom 5. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3. Vgl. auch Es war wirklich Bomben-Stimmung, in: Hessische Allgemeine vom 8. September 1970; Bombendrohung auf Landestag, in: Deutsche Tagespost vom 11./12. September 1970.

Insertionen zu beraten.²⁵⁸ Ein Protokoll dieser Sitzung ist nicht überliefert, aber es ist anzunehmen, dass die Ergebnisse dieses Treffens für den Wahlkampf Anwendung gefunden haben. Das wichtigste Ergebnis dürfte daher die Genehmigung des „Django-Plakats“ gewesen sein. Unter der Überschrift „Wir kommen“ waren vor dem Hintergrund eines Himmels mit der Andeutung einer aufgehenden Sonne die Mitglieder der Führungsmannschaft in schreitender Bewegung, angeordnet in einer Keilform mit Dregger an der Spitze in deutlicher Untersicht dargestellt. Darunter stand der Satz: „Alfred Dregger und seine Mannschaft CDU“.²⁵⁹ Die Wirkung des Plakats war ungewöhnlich dynamisch, der Keil deutete in Verbindung mit der Dominanz andeutenden Kameraperspektive und dem Slogan Angriffsbereitschaft an und die beginnende Morgenröte versprach eine bessere Zukunft. Gerade die provokative Keilform der Mannschaft mit Dregger an der Spitze wurde zum bestimmenden Bild des gesamten Wahlkampfes.²⁶⁰ Den Titel „Django-Plakat“ in Anlehnung an einen Italo-Western von 1966 erhielt es durch einen Artikel im „Spiegel“, wonach Dregger „auf vierfarbigen Monster-Plakaten [...] ein bißchen wie ein Dressman, ein bißchen wie Django posiert“.²⁶¹ Dieses Image wurde noch durch eine auf das Plakat bezogene Aussage des hessischen SPD-Wirtschaftsministers Rudi Arndt befördert: „Wer so daherkommt, der schießt auch.“²⁶² Die Martialität und Modernität der Darstellung, die auf politischen Plakaten dieser Zeit ihresgleichen suchte, in Verbindung mit den gehässig gemeinten Kommentaren von Teilen der Presse und des politischen Gegners beförderten die Bekanntheit und die Reichweite des „Django-Plakates“ enorm. Das Layout der zentralen Insertionen wurde in der Weise angeglichen, dass nun nur noch das Konterfei Dreggers zu sehen war,

258 Tagebucheintrag von Kiep vom 12. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3: „Gelnhausen. Dregger, Schwarz-Schilling und Stab besprechen Plakatentwurf und Text der Insertionen.“

259 ACDP Plakataarchiv 10-007-301.

260 Gruppenbilder in dieser Form erschienen in der Programmbroschüre, der Wahlillustrierten sowie auf dem Titelbild der Wahlkampfausgabe des Hessen Kuriers, vgl. Frankfurter Programm der hessischen CDU für die Landtagswahl 1970, in: ACDP 03-020-173, Wahlillustrierte „Gesucht wird ...“, in: ACDP 03-020-061/2 sowie Hessenkurier Nr. 9 vom September 1970. Die Landesverbände Schleswig-Holstein und Bremen versuchten in den Landtagswahlkämpfen 1971 das Motiv ebenfalls zu nutzen, vgl. ACDP Plakataarchiv 10-012-301 sowie 10-005-350.

261 Schön, schön, in: Der Spiegel vom 18. Oktober 1970. Dieter Buhl: Ist Hessen noch ein freies Land?, in: Die Zeit vom 30. Oktober 1970, assoziierte das Plakat mit dem Western „High Noon“ beziehungsweise „Zwölf Uhr mittags“ von 1952, vgl. auch Heptner: Ziel, S. 59 f. Radunski: Kulisse, S. 73, sah eher Anleihen bei dem Gangsterfilm „Sieben gegen Chicago“ von 1964. Vgl. auch Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208. Zu den popkulturellen Hintergründen vgl. Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 147–151.

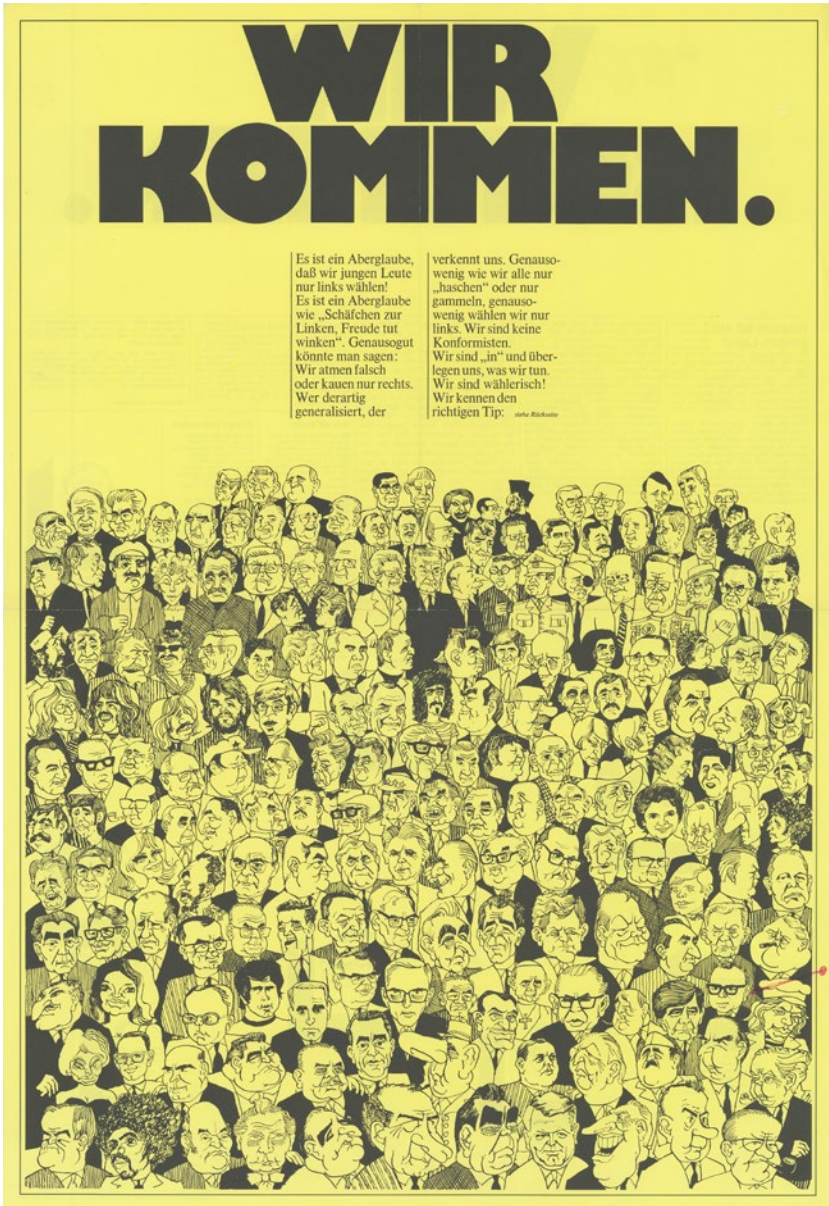
262 Kämpfer mit Ehrgeiz, in: Die Welt vom 10. November 1970. Dregger soll, auf dieses Zitat angesprochen, gesagt haben: „Ich will das nicht dementieren.“, vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 97. Vgl. auch Hettröd: Nachwuchs, S. 60; Alfred Dregger: „Wir kommen“, in: Petra Roth/Ernst Gerhardt/Bernhard Mihm (Hg.): Bewahren und Erneuern. Walter Wallmann zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1997, S. 50–60, hier 54.

die Idee der Darstellung der Führungsmannschaft also aufgegeben, der Spitzenkandidat immer klarer herausgestellt wurde.²⁶³



„Django-Plakat“, ACDP Plakatarchiv 10-007-301.

²⁶³ Vorlagen für Insertionen, in: ACDP 07-001-7636. Vgl. auch Übersichten zur Schaltung der Insertionen, in: ACDP 03-020-061/2. Für Kleininsertionen wurden Einschubmatern verschickt, vgl. Wahlkampfgrundschriften 14 vom 22. September 1970, ebd.



Jugendposter, ACDP Plakatarchiv 10-007-303-1.

Die 14-seitige Wahlillustrierte war trotz der vergleichsweise kurzen Vorbereitungszeit von der Aufmachung her ein sehr innovatives Wahlkampfelement. Auf dem farbigen Titelbild sah man Dregger in Untersicht von hinten, eine Straße hinaufgehend. Damit war das Foto eine Art Gegenpart zum „Django-Plakat“. Das Bild umgab Dregger mit einer mystischen Aura die in Verbindung mit dem Titel: „Gesucht wird ...“ noch verstärkt wurde. Die Illustrierte bot diverse reich bebilderte Texte im Artikelformat, die sich zunächst kritisch mit der Politik der SPD auseinandersetzten und nach dem Bild der Führungsmannschaft in Keilform in der Mitte die landespolitischen Kernaussagen des Frankfurter Programms darstellte. Bemerkenswert ist, dass an keiner Stelle der Illustrierten das CDU-Logo oder der Slogan „Wir kommen“ zu sehen war. Sie sollte also auch ausdrücklich unpolitische Wähler ansprechen.²⁶⁴ Ähnlich war es beim Jugendposter, auch dieses war auf den ersten Blick nicht als CDU-Veröffentlichung zu erkennen, enthielt aber zumindest den Wahlslogan. Auf gelbem Hintergrund wurden auf der Vorderseite viele prominente Köpfe in Form einer Karikatur zeichnerisch dargestellt, was Assoziationen zum berühmten Cover des Beatles-Albums „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ von 1967 wecken sollte. Auf der Rückseite waren die Köpfe von Dregger und der Führungsmannschaft ebenfalls in gezeichneter Form zu sehen und mit kurzen Texten überschrieben, die klar auf ein junges Publikum hin ausgerichtet waren.²⁶⁵ Deutlicher mit der CDU zu assoziieren waren Flugblätter der Bundespartei, die mit dem hessischen Wahlslogan versehen worden waren.²⁶⁶ Hinzu kamen noch ein allgemeines Wähleranschreiben,²⁶⁷ ein Zielgruppenbrief an Jungwähler,²⁶⁸ ein Rundschreiben der CDU-Frauenvereinigung Hessen an weibliche Wählerinnen²⁶⁹ sowie ein Rundschreiben der Union der Vertriebenen (UdV).²⁷⁰ Wesentliche Teile dieses Materials, insbesondere die Insertionen, die Wahlillustrierte und das Jugendposter, scheinen von Radunski vorbereitet worden zu sein, während Niemetz unter

264 Wahlillustrierte „Gesucht wird ...“, in: ACDP 03-020-061/2. Die Unsichtbarkeit der CDU wurde neben der etwas zu intellektuellen Aufmachung ausdrücklich als Kritikpunkt aus den Kreisverbänden vermerkt, vgl. Zwischenbericht Landtagswahl 1970 von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-206.

265 Jugendposter, in: ACDP 03-020-061/2. Dregger selbst fand das Jugendposter besser gelungen als die Wahlillustrierte, da es kürzer und knapper sei, vgl. Schreiben von Dregger an Radunski vom 14. September 1970, in: ACDP 01-347-185/1.

266 Flugblätter zu SPD-Wahlversprechen, Inflation sowie Außen- und Deutschlandpolitik, in: ACDP 03-020-061/2. Hier nahm Dregger einige Änderungen an den Entwürfen vor, vgl. Schreiben von Dregger an Radunski vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-185/1.

267 Wähleranschreiben von Dregger, in: ACDP 03-020-061/2.

268 Jungwählerbrief von Dregger, in: ACDP 01-347-208.

269 Wählerinnenrundschreiben von Beatrix Riesenhuber vom Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

270 Rundschreiben von Hermann Götz vom Oktober 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

anderem für die Wahlfilme zuständig war.²⁷¹ Von den Aktionen während des Wahlkampfes brachten neben den Musikveranstaltungen vor allem die ganz in Rot gekleideten Hostessen größere Aufmerksamkeit. Von den Kleinwerbemitteln soll ein rotes Staubtuch mit dem Schriftzug „Frischer Hessenputz“ gut gelaufen sein.²⁷² Insgesamt scheinen die Werbemittel gut angekommen zu sein, wobei insbesondere die große Vielfalt und die frühzeitige Anlieferung gelobt wurden, ein Hinweis darauf, dass dies bei früheren Wahlkämpfen nicht unbedingt der Fall gewesen war.²⁷³

Am 19. September wurde dann auch die inhaltliche Gestaltung des Wahlkampfes endgültig festgelegt. An diesem Tag fand in Frankfurt der dritte Landesparteitag der CDU Hessen im Jahr 1970 statt. Nach einer Rede Dreggers unter der Überschrift „Liberale Erneuerung in Hessen“, in der er vor allem enttäuschte FDP-Wähler versuchte davon zu überzeugen, ihr Kreuz dieses Mal bei der CDU zu setzen,²⁷⁴ wurde der Entwurf des „Frankfurter Programms“ beraten und beschlossen.²⁷⁵ Darin wurden nach einer Präambel, in der „ein besseres politisches Gleichgewicht“ in Hessen nach 25 Jahren SPD-Regierung eingefordert und sowohl auf das junge Durchschnittsalter der „Dregger-Mannschaft“ mit 43 Jahren als auch auf den Begriff „liberale Erneuerung“ verwiesen wurde, „25 Schritte in die Zukunft Hessens“ skizziert. Dabei ging man zunächst auf die Bereiche Schule und Hochschule²⁷⁶ sowie die Frage der Lebensbedingungen in Hessen (Innere Sicherheit, Wohnen, Gesundheit und Soziales) ein. Damit spiegelte man das Schema der drei erschienenen Broschüren im Programm wider. Das finale Kapitel unter der Überschrift „Das neue Hessen“ stellte die geplanten Vorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Raumordnung, Finanzen,

271 Vgl. die diversen Entwürfe und Vermerke von Radunski und Niemetz sowie die Drehbuchentwürfe für die Filme, in: ACDP 01-347-185/1.

272 Rote Hostessen werben für die CDU, in: FAZ vom 17. Oktober 1970; Mit Äpfeln und Schirmen nach Wählern geangelt, in: FR vom 7. November 1970. Die Losaktion wird sonst nicht explizit erwähnt, scheint aber stattgefunden zu haben, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

273 Zwischenbericht Landtagswahl 1970 von Lehmann an Dregger, Schwarz-Schilling, Wagner, Wallmann und Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-206.

274 Alfred Dregger: Liberale Erneuerung in Hessen. Rede zum Programm der hessischen CDU auf dem Frankfurter Parteitag am 19. September 1970, in: Das Frankfurter Programm der CDU, in: ACDP 03-020-173. Ausdrücklich soll sich diese Rede an nationalliberal gesinnte Schichten gerichtet haben, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208. Vgl. auch Wolf: Neubeginn, S. 68.

275 Frankfurter Programm der hessischen CDU für die Landtagswahl 1970, in: Das Frankfurter Programm der CDU, in: ACDP 03-020-173.

276 Zur Schul- und Hochschulpolitik in Hessen um 1970 vgl. Christoph Führ: Schulpolitik in Hessen 1945–1994, in: Bernd Heidenreich/Konrad Schacht: Hessen. Gesellschaft und Politik (Schriften zur politischen Landeskunde Hessens 2). Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 157–177, hier 163–172; Notker Hammerstein: Zur Geschichte der hessischen Hochschulen nach 1945, in: Berding/Eiler (Hg.): Hessen, S. 325–344, hier 332–340; Mülhausen: Hessen, S. 456–460.

Arbeit, Landwirtschaft und Ländereingliederung – unterstützt wurde die Schaffung eines neuen Bundeslandes im Südwesten zur Herstellung der Einheit der Wirtschaftsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar – vor. Den Abschluss bildete ein Kurzkapitel zur Außen- und Deutschlandpolitik, ein weiteres Zugeständnis an die allmähliche bundespolitische Überlagerung des beginnenden Hauptwahlkampfes.²⁷⁷

Die größte Resonanz fanden aber weder die Rede Dreggers noch das Programm, sondern das einleitende Referat Wallmanns, das anschließend auch in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Er setzte sich darin mit der „intellektuelle[n] Verunsicherung [...], die Teile unserer Bürger erfaßt hat“ auseinander und warnte vor der „Unterwerfung unter sozialistische Denksysteme“ und dem darauf beruhenden Zeitgeist. Insbesondere die SPD überzog er mit scharfer Kritik: „Die Auseinandersetzung mit der SPD ist gegenwärtig keine Auseinandersetzung zwischen demokratischen Parteien üblicher Art. Die Auseinandersetzung mit der SPD ist heute **weithin** [Fettschreibung im Original, O. S.] eine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus marxistischer Prägung.“²⁷⁸ Kiep sprach in seinem Tagebuch von einer „abendländische[n] Rede“ Wallmanns, die „ein Schlag ins Gesicht unserer Bemühungen[,] hier im Rhein-Main-Gebiet die schwankenden SPD-Wähler zu gewinnen“ gewesen sei.²⁷⁹ Während sich Dregger und die anwesende Basis zufrieden zeigten, war das Echo in der Presse auf die Rede größtenteils negativ. Von einem „harten Rechtsdrall“ und „Polarisierung“ war die Rede.²⁸⁰ Was Kiep besonders aufstieß, war die Tatsache, dass Wallmann bei einer Vorbesprechung einige Tage zuvor, auf der er eigentlich seine Rede vortragen sollte, nicht anwesend und somit niemand über den Inhalt im Vorfeld informiert worden war.²⁸¹ Es ist anzunehmen, dass dieser ganze Vorgang mit Billigung Dreggers geschehen ist, der gemeinsam mit Wallmann offenbar die Sorge hatte, dass das moderne und ungewohnte Erscheinungsbild der CDU konservative Wähler abschrecken könnte.²⁸²

Neben Kiep war auch Schwarz-Schilling überaus erbost über den Vorgang und nahm dies zum Anlass, in einem Brief deutliche Worte der Kritik gegenüber Dregger zu formulieren. Seiner Ansicht nach habe der Fünfer-Kreis die

277 Dieses Kapitel wurde erst auf dem Parteitag in das Programm eingefügt, vgl. Beschlussprotokoll des Landesparteitags der CDU Hessen am 19. September 1970, in: ACDP 03-020-183/5.

278 CDU – eine Standortbestimmung, in: ACDP 03-020-173.

279 Tagebucheintrag von Kiep vom 19. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

280 Hessens CDU mit hartem Rechtsdrall, in: SZ vom 21. September 1970; Polarisation in Hessen, in: FNP vom 21. September 1970; Aus dem Abseits, in: Wiesbadener Kurier vom 21. September 1970; : Gralshüter, in: Wiesbadener Tageblatt vom 21. September 1970.

281 Tagebucheintrag von Kiep vom 17. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

282 Ausdrücklich sprach Wallmann in seiner Rede davon, dass die CDU „**auch** [Fettschreibung im Original, O. S.] eine konservative Partei“ sei, vgl. CDU – eine Standortbestimmung, in: ACDP 03-020-173.

Bewährungsprobe „im täglichen Alltagsgeschäft der Politik“ nicht bestanden. Kontroverse Fragen würden nicht ausdiskutiert und entschieden, während Angelegenheiten, die die fünf Personen unmittelbar berührten, „an anderer Stelle aufgegriffen und im Sinne Ihrer [d. h. Dreggers, O. S.] Auffassung interpretiert“ würden. Außerdem trete er viel zu selten zusammen und habe sich „zu einem Ausspracheverein über vergangene Ereignisse entwickelt“. Schließlich fehle es nicht an Versuchen von Mitgliedern des Fünfer-Kreises, „die politische Machtkonstellation, auf der dieser Kreis beruht, zu unterminieren und entsprechend zu verändern“. Schwarz-Schilling zog daraus den Schluss, dass der Kreis „nicht mehr aktionsfähig ist und seine Existenzberechtigung als politisches Führungsteam verloren hat“. Diese Aufgabe solle in Zukunft vom Präsidium wahrgenommen werden, was auch die Auffassung von Wagner und Kiep sei. Meinungsverschiedenheiten sollten künftig „von Angesicht zu Angesicht ausgetragen und beseitigt werden“, momentan sei jedoch die Geschlossenheit der Führungsspitze „für Eingeweihte, Nahestehende und auch bereits weitere Kreise mehr und mehr zu einer Farce geworden“.²⁸³ Dregger versah den Brief mit umfangreichen Randbemerkungen, in denen er Schwarz-Schillings Auffassungen entsprechend kommentierte. So sah er etwa den Begriff „Machtkonstellation“ weniger als Vokabel für eine Führungsmannschaft, sondern eher für den politischen Gegner, und empfand die Feststellung Schwarz-Schillings, dass der Fünfer-Kreis keine Existenzberechtigung mehr habe, als „Feststellung ‚ex cathedra““. Am 27. September fand in Fulda ein klärendes Gespräch statt, das bis drei Uhr in der Nacht dauerte. Kiep beschrieb die Aussprache als „offen und verletzend“ – Schwarz-Schilling sei über das Gespräch noch ein paar Tage später entsetzt gewesen –, wobei aus seiner und Schwarz-Schillings Sicht insbesondere Wallmann eine ganz schlechte Figur machte, während Dregger „offen und teilweise überzeugend“ redete. Bezüglich des Gesprächsinhaltes sagte er nur, dass es um den „Stil Dreggers und Intrige Wallmanns“ ging.²⁸⁴ Dregger hatte sich auf dem Schreiben von Schwarz-Schilling ein paar Notizen zu Themen gemacht, die er vielleicht im Rahmen des Gesprächs behandeln wollte, darunter die Rede Wallmanns und Illoyalitäten von Radunski und Niemetz.²⁸⁵ Wie die Unterredung genau ablief, entzieht sich unserer Kenntnis, aber Kiep resümierte zumindest: „Ein neuer Anfang wird beschlossen!“²⁸⁶

283 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

284 Tagebucheinträge von Kiep vom 27. September und 30. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

285 Schreiben von Schwarz-Schilling an Dregger vom 21. September 1970, in: ACDP 01-347-189/2. In welchem Sinne sich Radunski und Niemetz aus Dreggers Sicht heraus illoyal verhalten hatten, muss offenbleiben.

286 Tagebucheintrag von Kiep vom 27. September 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

3.3.2 Der Mende-Übertritt und die Folgen

Auf der Präsidiumssitzung am 3. Oktober wurden weitere Feinabstimmungen in der Wahlkampfplanung vorgenommen. Insbesondere sollten im weiteren Verlauf die Krankenhausversorgung und die Preis- und Wirtschaftspolitik besonders herausgestellt – wofür Radunski einen Kurzrednerdienst erstellen sollte –, und die Devise „Wir kämpfen um die Mehrheit in diesem Lande“ in der Öffentlichkeit verfolgt werden.²⁸⁷ Obwohl weiterhin auf landespolitische Themen wie Bildung und innere Sicherheit gesetzt wurde,²⁸⁸ zeigte sich auch hier die zunehmende Tendenz in Richtung Bundespolitik, wenn die Versprechen der Bundesregierung mit der Realität verglichen und die Bedenken der CDU in der Ostpolitik vor allem rechts von der SPD stehenden Wählern vermittelt werden sollten. Außerdem wurden auf der Sitzung noch die Pressekonferenzen der Führungsmannschaft und die Wahlsondernummer des „Hessenkurier“ geplant.²⁸⁹

Der 8. Oktober muss als der Tag angesehen werden, an dem das Gleichgewicht endgültig stärker in Richtung der Bundespolitik kippte. An diesem Tag wurde bekannt, dass Erich Mende, von 1960 bis 1968 Bundesvorsitzender der FDP, zur CDU übertreten würde, nachdem er im Konflikt über die Ostpolitik der Bundesregierung aus seiner Partei und der Bundestagsfraktion ausgetreten war. Eine wichtige Rolle dabei spielten Dregger und Wallmann, die Mende am Abend des 3. Oktober in dessen Haus in Bonn-Bad Godesberg davon überzeugen konnten, Mitglied in Wallmanns Kreisverband Marburg zu werden.²⁹⁰ Diese Verhandlungen waren ohne Kenntnis der Führungsgremien der CDU Hessen oder des Fünfer-Kreises erfolgt und auch das Ergebnis blieb vorerst unter Verschluss, bis Mende am 8. Oktober den Fraktionsvorsitzenden Barzel um Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bat.²⁹¹ Kiep musste erst mit Dregger telefonieren, um sich die umlaufenden Gerüchte bestätigen zu lassen.²⁹² Schwarz-Schilling selbst hat gemäß seiner Darstellung am 8. Oktober nur die allgemeine Frage Dreggers positiv beantwortet, was er davon halte, wenn Mende zur CDU übertreten würde und vom Übertritt selbst erst über den

287 Rückblickend beurteilte man die Versuche, den Anspruch der CDU auf einen Kampf um die hessische Landesregierung glaubhaft zu machen, als an „Hochstapelei“ grenzend, vgl. Landtagswahlkampf 1970 in Hessen, in: ACDP 01-347-208.

288 Gemäß einem 1971 verfassten Bericht blieb der Anteil der Landespolitik in den Wahlkampfaußagen der CDU Hessen immer über 50 Prozent, ebd.

289 Beschlussprotokoll der Präsidiumssitzung am 3. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124. Auf der Sitzung gab es erneut eine scharfe Kontroverse zwischen Dregger, Schwarz-Schilling und Kiep, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 3. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

290 Erich Mende: Von Wende zu Wende 1962–1982. München/Berlin 1986, S. 339–341. Die Aussage von Pyta/Havemann: Alfred Dregger, S. 189 f., dass dieses Gespräch „nicht in konspirativer Umgebung“ stattgefunden habe, verkennt völlig die faktisch konspirativen Umstände.

291 Grau: Gegen den Strom, S. 133.

292 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

Rundfunk gehört.²⁹³ Am folgenden Tag war eine Pressekonferenz von ihm und Erna Maria Geier zur Schulpolitik angesetzt, bei der aber schnell der Mende-Übertritt das beherrschende Thema war. Auf den Hinweis von Journalisten, dass er ja wohl wissen würde, dass es schon früher Gespräche der CDU Hessen mit Mende gegeben habe, erklärte Schwarz-Schilling, dass er erst aus dem Rundfunk davon erfahren habe, was dann so verstanden wurde, dass er von dem Übertritt selbst überrascht gewesen sei. Als er am 13. Oktober bei einer weiteren Pressekonferenz zur Vorstellung der Wahlplakate mit einer Meldung des „Spiegel“ konfrontiert wurde, dass er selbst zusammen mit Dregger die Gespräche mit Mende geführt habe,²⁹⁴ dementierte er dies und begrüßte Mendes Übertritt ausdrücklich.²⁹⁵ Der Frage eines Journalisten, ob es nicht einen „groben Akt der Illoyalität“ darstelle, dass Schwarz-Schilling als erster Stellvertreter und Generalsekretär nicht eingeweiht gewesen sei, versuchte er auszuweichen, indem er auf die große Anspannung durch den Wahlkampf und die plötzlichen Entwicklungen im Bundestag verwies. Als am folgenden Tag ein Artikel in der „Welt“ erschien, wonach Schwarz-Schilling „öffentlich seine Vorbehalte“ geäußert habe und die Aussage wiederholt wurde, dass er vom Übertritt durch den Rundfunk überrascht worden sei,²⁹⁶ schlug Dregger eine gemeinsame Erklärung vor, um diese Missverständnisse auszuräumen. Darin wurde festgestellt, dass es keine Zugeständnisse für Mendes politische Zukunft gegeben habe. Ein Gespräch mit Mende habe auf dessen Initiative hin am 3. Oktober stattgefunden, wobei Dregger weder gegenüber Schwarz-Schilling noch im Text der Erklärung darauf hinwies, dass Wallmann daran beteiligt war. Dregger stellte die Angelegenheit dann so dar, dass er wegen der Kürze der Zeit nur noch die Zustimmungen von Wallmann und Schwarz-Schilling hätte einholen können. Pressemitteilungen, dass diese von Mendes Übertritt durch Rundfunkmeldungen überrascht worden seien, seien unrichtig.²⁹⁷ Da Schwarz-Schilling der Auffassung war, dass dieser letzte Aspekt den Sachverhalt verkürzt und unrichtig wiedergebe, zog er seine Unterschrift unter das Rundschreiben zurück, weil Dregger auf diesem Satz beharrte. Nachdem bereits am folgenden Tag Meldungen über die Kontroverse zwischen dem Landesvorsitzenden und seinem Generalsekretär in der Presse zu lesen waren,²⁹⁸ kam es auf einer Besprechung von Führungsmannschaft und

293 Hierzu und zum Folgenden Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 19. Oktober 1970 mit Anlage, in: ACDP 03-020-124.

294 Alle ohnmächtig, in: Der Spiegel vom 11. Oktober 1970.

295 Vgl. auch Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion vom 13. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-189/2.

296 Vorbehalte gegen Mende in der hessischen CDU, in: Die Welt vom 14. Oktober 1970. Vgl. auch CDU über Mende zerstritten?, in: FNP vom 14. Oktober 1970.

297 Rundschreiben von Dregger zum Übertritt Mendes zur hessischen CDU vom 14. Oktober 1970, in: ACDP 01-347-189/1.

298 Nach Dreggers Anruf sah der Vize wieder klar, in: FR vom 15. Oktober 1970.

Präsidium am 16. Oktober zu einer scharfen Kontroverse zwischen Dregger und Schwarz-Schilling,²⁹⁹ vermutlich ausgelöst durch das erstmalige Eingeständnis Dreggers, dass Wallmann bei der Besprechung mit Mende am 3. Oktober anwesend gewesen war. Am Abend musste Schwarz-Schilling dann im Fernsehen die Aussage Dreggers auf einer Pressekonferenz vernehmen, dass seine Äußerungen, er habe erst über den Rundfunk vom Übertritt Mendes erfahren, falsch seien. Dregger betonte ausdrücklich, er habe dem nichts hinzuzufügen.

Auf dem Wahlkongress am 17. Oktober in Wiesbaden, der offiziell die heiße Wahlkampfphase eröffnete, wurde nach Reden von Dregger, der in seinem Beitrag nicht nur um frühere Wähler der SPD und FDP warb, sondern ausdrücklich auch ehemaligen NPD-Wählern „das Recht auf politischen Irrtum“ zugestand,³⁰⁰ und Kiesinger die Führungsmannschaft vorgestellt.³⁰¹ Die bestehenden Dissonanzen blieben angesichts der Bedeutung der Landtagswahl außen vor. Am 19. Oktober verschickte Schwarz-Schilling dann als Reaktion auf das Rundschreiben vom 14. Oktober einen Rundbrief an die Mitglieder der Führungsmannschaft mit einer Anlage, in der er die Abläufe seit dem 8. Oktober aus seiner Sicht heraus darstellte. Er kritisierte vor allem, dass der Vorgang um Mende ihm gegenüber zu keinem Zeitpunkt kommuniziert worden sei. Eine solche Situation sei für ihn als ersten Stellvertreter des Landesvorsitzenden und Generalsekretär unzumutbar. Besonders enttäuschend sei jedoch gewesen, dass Dregger „die Meinungsverschiedenheiten nur durch eine Desavouierung meiner Person in seinem Sinne vor der Öffentlichkeit“ habe aufklären können. Er erklärte weiterhin, dass die Geschlossenheit der Partei eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sei und setzte seine Hoffnung auf eine „ausgewogenere Stellungnahme“ des Präsidiums auf dessen nächster Sitzung, womit zukünftig die Loyalität der Führungsspitze wiederhergestellt werden könne.³⁰²

Diese Sitzung fand am 22. Oktober statt. Obwohl das Protokoll keinen Beschluss zu der Thematik ausweist,³⁰³ waren natürlich der Mende-Übertritt und dessen Folgen das Hauptthema.³⁰⁴ Vor der nächsten Präsidiumssitzung am 29. Oktober sah Dregger sich dazu genötigt, sich zu erklären. Am 28. Oktober verfasste er ein Rundschreiben an den gleichen Adressatenkreis wie das Schreiben

299 Tagebucheintrag von Kiep vom 16. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

300 Rede von Alfred Dregger auf dem Wahlkongress am 17. Oktober 1970, in: ACDP Pressearchiv PA-P1-1058.

301 Dregger: Der hessischen CDU ist jedermann willkommen, in: SZ vom 19. Oktober 1970. Vgl. auch Tagebucheintrag von Kiep vom 17. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

302 Schreiben von Schwarz-Schilling an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 19. Oktober 1970 mit Anlage, in: ACDP 03-020-124.

303 Beschlussprotokoll der Sitzung des Präsidiums mit der Führungsmannschaft am 22. Oktober 1970, ebd.

304 Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

von Schwarz-Schilling.³⁰⁵ Er betonte, dass Mende bei dem Treffen am 3. Oktober volle Vertraulichkeit zugesagt worden sei und die raschen Entwicklungen in Bonn zu einer kurzfristigen telefonischen Anfrage Mendes geführt hätten, ob er erklären könne, dass er die Absicht habe, der hessischen CDU beizutreten. Daraufhin habe Dregger Schwarz-Schilling und Wallmann angerufen und diese unterrichtet, woraufhin sich beide damit voll einverstanden erklärt hätten. Bevor Dregger am 9. Oktober vor der Landespressekonferenz selbst zu Mendes Übertritt Stellung beziehen konnte, fand die Pressekonferenz von Schwarz-Schilling und Geier statt. Dreggers Ansicht nach wäre es „sicherlich zweckmäßig“ gewesen, wenn Schwarz-Schilling bei den Fragen der Journalisten auf die spätere Stellungnahme des Landesvorsitzenden verwiesen hätte. Schwarz-Schillings Äußerungen, „daß er von der ganzen Sache nichts wisse“, hätten bei der Presse den Eindruck erweckt, die hessische CDU-Spitze sei uneinig und Dregger hätte Entscheidungen am Generalsekretär vorbei getroffen. Die Aussagen Schwarz-Schillings wären zudem als Desavouierung des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten empfunden worden. Bezüglich des Rundschreibens habe Schwarz-Schilling dem Text zunächst seine Zustimmung erteilt. Dregger habe dann am folgenden Tag, während er in Stuttgart weilte, die Mitteilung erhalten, dass Schwarz-Schilling der Erklärung nur zustimmen wolle, wenn Dregger dazu bereit sei, „die Mitteilung zu streichen, aus der hervorgeht, daß ich seinerzeit in Übereinstimmung mit Dr. Schwarz-Schilling gehandelt habe“. Das Schreiben sei dann nur mit seiner Unterschrift rausgegangen. Abschließend mahnte auch Dregger Loyalität an: „Vor der Öffentlichkeit sollte niemand Erklärungen auf Kosten der anderen abgeben [...]“, was Schwarz-Schilling auf der Pressekonferenz getan habe und wie es nach internen Sitzungen von Präsidium und Vorstand bereits mehrfach geschehen sei.³⁰⁶ Niemals habe Schwarz-Schilling versucht, Meinungsverschiedenheiten unter vier Augen zu bereinigen. Dregger hoffe, „daß sich das im Interesse der Sache ändern wird“. Auch wolle er das Gespräch mit Schwarz-Schilling in dieser Angelegenheit suchen.

Bei der Präsidiumssitzung am folgenden Tag war Dregger nach Ansicht Kieps dann aber „fast kleinlaut wegen Mende“,³⁰⁷ obwohl dies nicht so recht zu seinen schriftlichen Darlegungen passen will. In jedem Fall begannen sich in der Partei die Zweifel zu mehren, dass Mende tatsächlich den Stimmenzuwachs

305 Zum Folgenden Schreiben von Dregger an die Mitglieder der Führungsmannschaft und des Präsidiums vom 28. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124.

306 Diese Aussage bezog sich auf Vorwürfe von Schwarz-Schilling bezüglich der Ablösung von Landesgeschäftsführer Lehmann, der zum 1. Januar 1971 durch den Dregger näher stehenden Manfred Kanther ersetzt werden sollte, vgl. Beschlussprotokoll der Landesvorstandssitzung am 3. September 1970, ebd. Dregger sprach darin unter anderem von nicht weiter benannten Erklärungen Lehmanns vor dem Landesvorstand, „die nicht nur für mich, sondern auch für die ganze Führungsspitze eine Desavouierung bedeuteten“.

307 Tagebucheintrag von Kiep vom 29. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

bringen würde, den sich Dregger von ihm erhoffte.³⁰⁸ Früh gab es auch Stimmen, die davor warnten, dass der Übertritt eher einen Solidarisierungseffekt mit der FDP auslösen könnte.³⁰⁹ Dennoch blieb die Geschlossenheit nach außen im Hinblick auf die Landtagswahl bemerkenswerterweise im Großen und Ganzen erhalten, auch wenn sich die interne Atmosphäre zunehmend vergiftete. Im Kern drehte sich alles um die Frage, ob Schwarz-Schilling am 8. Oktober umfassend von Dregger informiert worden war oder nicht. Betrachtet man zum Vergleich Dreggers und Wallmanns Verhalten im Vorfeld des Frankfurter Parteitages, so drängt sich die Vermutung auf, dass Schwarz-Schillings Darstellung hier eher zu trauen ist. In jedem Fall war ein Bruch eingetreten, was sich insbesondere an den Einschätzungen Kieps zu Dregger zeigt. Dessen Benehmen werde „immer autoritärer, seine Hybris kennt keine Grenzen!“³¹⁰ Dreggers einziges Interesse seien der Sturz der Bundesregierung durch ein Ausscheiden der FDP aus dem hessischen Landtag und ein Ministerposten in Bonn.³¹¹ Außerdem seien die Journalisten viel zu höflich ihm gegenüber.³¹²

Der Wahlkampf selbst scheint im Wesentlichen im geplanten Rahmen verlaufen zu sein. Man war allerdings unzufrieden mit der Darstellung der CDU im Fernsehen des Hessischen Rundfunks, dem man vorwarf, SPD und Landesregierung nicht als Einheit anzusehen und damit der SPD zusätzliche Sendezeit zu geben. Auch eine 13. Insertion wurde kurzfristig noch genehmigt.³¹³ Die Presse betrachtete den modernen Wahlkampf der CDU durchaus positiv, insbesondere Methoden wie Canvassing, den Einsatz von Hostessen oder die Musikveranstaltungen, zumal der Wahlkampf der SPD nicht gut ankam³¹⁴ Es wurde aber auch konstatiert, dass die „Serie von Hammerschlägen aus der Unionsschmiede“ gegen SPD und FDP und die Überlagerung der Landes- durch die Bundespolitik zwar zunächst Wirkung zeigten, diese sich aber abschwächte, je näher der Wahltermin kam.³¹⁵ Radunski bereitete in einem Vermerk die Interpretation verschiedener Szenarien vor. Erwartet wurde ein Ergebnis, von mindestens 32 Prozent. Einen „Anhaltspunkt für die landespolitische Attraktivi-

308 Mende ist für uns kein Reißer, in: NRZ vom 23. Oktober 1970; Ungeliebter Verräter, in: Die Zeit vom 23. Oktober 1970.

309 So der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Staratzke gegenüber Kiep, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 10. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

310 Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, ebd.

311 Tagebucheintrag von Kiep vom 26. Oktober 1970, ebd.

312 Tagebucheintrag von Kiep vom 29. Oktober 1970, ebd.

313 Beschlussprotokolle der Präsidiumssitzungen am 22. und 29. Oktober 1970, in: ACDP 03-020-124. Zum Verhältnis Dreggers zum Hessischen Rundfunk vgl. Weirich: Alfred Dregger, S. 100 f.

314 Canvassing oder: Grabenkampf in Hessens Hinterhöfen, in: FNP vom 3. November 1970; Mit Äpfeln und Schirmen nach Wählern geangelt, in: FR vom 7. November 1970; Unsicherheit in der SPD über hessischen Wahlkampf, in: FAZ vom 7. November 1970; Werbung mit Luft – Posen an der Urne, in: SZ vom 9. November 1970.

315 Vielleicht wird es lauter Sieger geben, in: FR vom 7. November 1970.

tät der Partei“ sah er darin, wie nah die CDU dem hessischen Ergebnis bei der vergangenen Bundestagswahl kommen würde. Auch die Verringerung des Abstandes zur SPD war für ihn ein entscheidender Maßstab dafür, dass die CDU in Hessen zu einer „Regierungspartei im Wartestand“ geworden sei. Würde die CDU über zehn Prozent hinzugewinnen, wäre dies außerdem einer der höchsten Stimmengewinne einer Partei im Nachkriegsdeutschland überhaupt.³¹⁶

Am 8. November war der Tag der Wahl gekommen.³¹⁷ Die CDU gewann 13,3 Prozentpunkte gegenüber 1966 hinzu und kam auf insgesamt 39,7 Prozent. Zudem konnte sie die Zahl ihrer Direktmandate von vier auf 17 steigern. Die SPD verlor 5,1 Prozentpunkte und erreichte 45,9 Prozent. Sie konnte damit ihre Spitzenposition verteidigen, die absolute Mehrheit war jedoch verloren. Die FDP verlor nur leicht und kam auf 10,1 Prozent, während die NPD mit 3,0 Prozent den Wiedereinzug in den Landtag klar verfehlte.³¹⁸ In ihren ersten Reaktionen zeigten sich die Mitglieder der Führungsspitze mit dem Abscheiden der CDU sehr zufrieden, allein das gute Abscheiden der FDP war so nicht erwartet worden.³¹⁹ Da die FDP sich bereits im Juli für eine Koalition mit der SPD im Falle des Verlustes der absoluten Mehrheit entschieden hatte,³²⁰ war klar, dass die CDU keine Chance haben würde, an die Regierung zu kommen. Ob der Übertritt Mendes am Ende stabilisierend auf die FDP gewirkt und somit eine CDU-Regierung in Hessen schon 1970 vereitelt hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Dennoch waren aus Sicht von Radunski zwei wesentliche Ziele erreicht worden. Die CDU war endgültig zur politischen Alternative zur SPD geworden und die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten konnte gebrochen werden. Er kam zu dem Schluss, dass der Einfluss der Bundespolitik, den er für die Schlussphase des Wahlkampfes bei etwa 50 Prozent ansetzen wollte, sich positiv für die hessische CDU ausgewirkt hatte, obwohl er konstatieren musste, dass das Ergebnis der FDP ebenfalls auf bundespolitischen Grundlagen beruhte, nämlich dem Wunsch eines Großteils ihrer hauptsächlich von der SPD gekommenen Wähler, die Koalition in Bonn zu erhalten. Insgesamt interpretierte Radunski das Ergebnis so, dass der Stimmenzuwachs der CDU durch ehemalige Wähler aller übrigen Parteien, besonders aber der FDP, zustande kam. Auch in den Gebieten, in denen die CDU große Schwächen zeigte, konnte sie sich erheblich verbessern, so dass es nur noch zwei Wahlkreise gab, in denen die Partei unter 30 Prozent

316 Vermerk zur möglichen Interpretation des Wahlergebnisses in Hessen von Radunski an die Mitglieder des Präsidiums und der Führungsmannschaft vom 21. Oktober 1970, in: ACDP 07-001-6042.

317 Diese Wahl war auch deshalb eine Besonderheit, weil in Kassel erstmals eine Wahlprojektion angewandt wurde, vgl. Werbung mit Luft – Posen an der Urne, in: SZ vom 9. November 1970.

318 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 72.

319 Stimmen zur Wahl, in: FR vom 9. November 1970.

320 Hessen FDP legt sich auf SPD fest, in: FNP vom 20. Juli 1970.

lag.³²¹ Eine Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) belegte, dass die CDU vor allem ihre Stimmengewinne aus der Bundestagswahl konsolidieren konnte, während die FDP neue Wähler von der SPD, vor allem in den Großstädten, gewinnen konnte.³²² Wahlanalysten kamen zu dem Ergebnis, dass die CDU ihre Stimmen vor allem von nationalliberal orientierten FDP-Wählern, den Restbeständen von BHE und NPD sowie „aus Kreisen flexibler sozialdemokratischer Grenzwähler“ bezog, nicht aber die Kernwählerschaft der SPD angreifen konnte, und ihre Gewinne in den kreisfreien Städten und im Rhein-Main-Gebiet geringer waren als im Landesdurchschnitt.³²³ Betrachtet man nur die jungen Wähler unter 30, so wurde festgestellt, dass die Stimmengewinne der CDU in dieser Altersgruppe gegenüber der letzten Landtagswahl nur gering waren, sie gegenüber der Bundestagswahl sogar leichte Verluste hinnehmen musste.³²⁴ Das Konzept des strategischen Potentials schien also nicht gegriffen zu haben. Ob dies ohne den bundespolitischen Einschlag, die Rede Wallmanns und die Hinwendung Dreggers zu ehemaligen NPD-Wählern anders gewesen wäre, ist zumindest zweifelhaft. Für Kiep lag damit die Aufgabe für die weitere Zukunft darin, die Stimmen der „SPD-Randwähler“ zu gewinnen, „notfalls in Opposition zu Dregger und Wallmann!“³²⁵

Schwarz-Schilling bezog sich in seinem Abschlussbericht, den er bei einer Pressekonferenz am 1. Dezember vorstellte,³²⁶ positiv auf die WEMA-Studie und das Konzept des strategischen Potentials. Sie stellte nach seinen Darlegungen die „empirische[n] Grundlagen für die Wahlkampfstrategie und das darauf aufbauende Werbekonzept“.³²⁷ In dem Bericht, der ausdrücklich eine Linie von Eltville über die Wahlen von 1968 und 1969 zog und den Plan der Schaffung eines spezifisch landespolitischen Bewusstseins herausstellte, wurden die Wahl-

321 Zur Landtagswahl 1970 in Hessen von Radunski vom 9. November 1970, in: ACDP 07-001-6042.

322 SPD verlor in den Großstädten, in: Bonner Rundschau vom 10. November 1970; Die Stimmzettel unter dem Röntgenschild, in: Wiesbadener Kurier vom 10. November 1970; Infas-Wahlanalyse: FDP gewann neue Wähler auf Kosten der SPD, in: WAZ vom 11. November 1970. Vgl. auch die Ausführungen des Leiters des WIKAS Werner Kaltefleiter, in: Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 9. November 1970, in: Günter Buchstab/Denise Lindsay (Hg.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, S. 321–324.

323 Behr u. a.: Wahlatlas, S. 76.

324 F. Kaiser: Das Verhalten männlicher und weiblicher Wähler verschiedener Altersgruppen bei der Landtagswahl 1970. Ergebnisse einer repräsentativen Auszählung, in: Staat und Wirtschaft in Hessen 26 (1971), S. 6–9, hier 8.

325 Tagebucheintrag von Kiep vom 8. November 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

326 Zum Folgenden vgl. Abschlussbericht zur Wahlkampfführung vom 1. Dezember 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

327 Auf die Bedeutung der Studie weist auch eine Zusammenfassung der WEMA-Analyse hin, die wohl im Zusammenhang mit einer Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes in Baden-Württemberg im Februar 1971 steht, vgl. ACDP 01-347-208.

kampfphasen vorgestellt und die wichtigsten Zahlen vermittelt. So gab es 13 Anstöße über Insertionen in 52 verschiedenen Titeln, auf 170 Veranstaltungen traten Mitglieder der Führungsmannschaft auf und Bundes- sowie Landesredner bestritten insgesamt über 700 Veranstaltungen.³²⁸ Außerdem fanden von Januar bis November 1970 69 Pressekonferenzen und Pressegespräche statt. Alles in allem gelangen der hessischen CDU 9,5 Millionen Werbeanstöße, also etwa drei Anstöße pro Wählerstimme. Die Kosten für den Wahlkampf beliefen sich auf 1,5 Millionen DM, die aber komplett durch Spenden refinanziert werden konnten, was so offenbar nicht erwartet worden war.³²⁹ Eine Aufstellung der Veröffentlichungen im Wahlkampf zeigt erneut, dass hier eine wahre Materialschlacht geliefert worden war. Besonders gut lief die Wahlillustrierte mit einer Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren. Von den Flugblättern der Bundespartei wurden immerhin zwei in einer Anzahl von über 500.000 Stück gedruckt und das Frankfurter Programm sowie das Jugendposter erreichten jeweils eine Auflage von über 300.000.³³⁰

4. Fazit

Am 8. November 1970 endete ein Wahlkampf, der fast drei Jahre zuvor in Eltville begonnen hatte. Dregger war mit dem Versprechen gewählt worden, die Mehrheit in Hessen zu erringen. 1970 konnte dieses Ziel noch nicht erreicht werden, erst vier Jahre später gelang es der CDU erstmals, die SPD in Hessen zu überholen. Dennoch blieb ihr der Einzug in die Wiesbadener Staatskanzlei noch bis 1987 versagt. Obwohl Dregger von 1982 bis 1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, liegt in gewisser Weise eine Tragik darin, dass es ihm trotz vier Anläufen nicht gelang, die SPD in Hessen aus der Regierung zu verdrängen und ihm zudem auch das erhoffte Amt eines Bundesministers versagt blieb.³³¹ Seine bleibende Leistung war, dass er mit der Zusage von Eltville einen Stein ins Rollen gebracht hatte, der dazu führen sollte, dass die CDU 1974 erstmals stärkste Partei in Hessen wurde, 1987 erstmals den Ministerpräsidenten stellte und mittlerweile seit 1999 ununterbrochen in Hessen an der Regierung ist. In diesem Prozess spielte die Landtagswahl 1970 eine besondere Rolle.

328 Allein Kiesinger bestritt 80 Veranstaltungen in Hessen, vgl. Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 9. November 1970, in: Buchstab/Lindsay (Bearb.): Protokolle, S. 317.

329 Vgl. Bericht des Landesschatzmeisters zur Landesausschusssitzung am 14. November 1970, in: ACDP 03-020-061/2.

330 Übersicht zu den Broschüren, Falt- und Flugblättern, Prospekten, Zeitungen etc., in: ACDP 03-020-061/2. Erwähnenswert sind auch Beilage Hessenkurier (290.000), das sich an Heimatvertriebene richtende Faltblatt der UdV „Nichts über Ihren Kopf“ (über 250.000, vgl. 07-001-7636) und der Jungwählerbrief (fast 195.000).

331 Kiep vermerkte verärgert, dass Dregger noch 14 Tage vor der Wahl in Gegenwart von Journalisten nicht ausschloss, ein Ministerium in der nächsten Regierung in Bonn zu übernehmen, vgl. Tagebucheintrag von Kiep vom 22. Oktober 1970, in: ACDP 01-867-003/3.

Dies hatte mehrere Gründe. Neben dem angesprochenen soziostrukturellen Wandel in Hessen dürften es auch Veränderungen in der CDU selbst in dieser Zeit gewesen sein, die längerfristige Erfolgsfaktoren beförderten. Es kristallisierte sich eine Personalkonstellation heraus, die überaus ungewöhnlich war. Die Personen, die maßgeblich an dieser Wahl beteiligt waren, waren vergleichsweise jung – das Durchschnittsalter der Führungsmannschaft lag, wie erwähnt, bei 43 Jahren. Sie hatten damit den größten Teil ihrer Karriere noch vor sich.³³² Damit einher gingen auch neue Konzepte, die der Wahlvorbereitung zugrunde lagen. Dies galt zum einen für die Idee, die vorhergehenden Wahlen als Teil eines Vorwahlkampfes für die Landtagswahl 1970 zu begreifen. Die Kommunalwahl 1968 diente zur Herstellung der Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes und zur Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes. Außerdem war die Einrichtung der Strukturkommission zur Vorbereitung der Kreisverbände auf die Landtagswahl ein wichtiges Element im Hinblick auf 1970. Bei der Bundestagswahl 1969 standen vor allem die Herausstellung Dreggers als „Unser 1. Mann in Hessen“ und die Fokussierung auf landespolitische Themen im Vordergrund.

Die neue Strategie verantwortete vor allem Radunski als Grundsatzreferent, der im Verbund mit dem neuen Pressereferenten Niemetz und der Wahlkommission 70 unter dem Vorsitz von Schwarz-Schilling die Vorgaben für den Landtagswahlkampf konzipierte. Dazu gehörten drei wesentliche Elemente. Erstens wurden Mitgliederwerbaktionen zur inneren Aktivierung der Partei veranstaltet. Zweitens sollte die Herausstellung der Bedeutung landespolitischer Themen im Verbund mit dem Aufbau der CDU als ernstzunehmender Alternative zur SPD den Wahlkampf inhaltlich prägen und so die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten gebrochen werden. Drittens schließlich war das auf Analysen des WEMA-Instituts beruhende Konzept des strategischen Potenzials und der daraus resultierende Schwerpunkt auf Zielgruppen als Dreh- und Angelpunkt des Wahlkampfes von Bedeutung. Von diesen Vorgaben konnte jedoch nur eine uneingeschränkt verwirklicht werden, nämlich die Mitgliederwerbung. Der Erfolg dieser Aktion zeigte sich in einer deutlichen Steigerung der Mitgliederzahlen der hessischen CDU. Der landespolitische Schwerpunkt, insbesondere mit den Themen Schul- und Hochschulpolitik sowie den Lebensbedingungen in Hessen, konnte zwar bis zum Ende durchgehalten werden,

332 Schwarz-Schilling war von 1982 bis 1992 Bundespostminister; Wallmann wurde 1986 der erste Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland und war von 1987 bis 1991 hessischer Ministerpräsident; Kiep war von 1971 bis 1992 Bundesschatzmeister der CDU und von 1976 bis 1980 niedersächsischer Finanzminister; Wagner war von 1974 bis 1982 der erste von der CDU gestellte Landtagspräsident in Hessen; Radunski, der Ende 1970 aus der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt ausschied und als Mitarbeiter von Kiep nach Bonn wechselte, war von 1981 bis 1991 Bundesgeschäftsführer der CDU und anschließend bis 1999 Senator in Berlin; Niemetz kehrte in den Journalismus zurück und arbeitete in hochrangigen Positionen beim ZDF, unter anderem als Moderator des „heute-journals“.

wurde aber während des Wahlkampfes mehr und mehr von der Bundespolitik überragt, ausgelöst durch die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn und die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

Das strategische Konzept war ein Kernelement der Wahlkampfplanung Radunskis. Dazu gehörte die frühzeitige Setzung von Schwerpunkten auf die Zielgruppen Jungwähler, Frauen und Großstädter, regional vor allem auf das Rhein-Main-Gebiet und Südhessen bezogen. Ebenso ein Teil davon waren die landespolitischen Schwerpunkte und die Aktionen während des Wahlkampfes, die diesem einen modernen und ungewohnten Anstrich gaben. Neben dem Canvassing, vorbereitet durch eine Schulungsveranstaltung für Kandidaten, den Musikveranstaltungen mit Dieter Thomas Heck, dem Jugendposter nach Vorbild eines Beatles-Albums oder der Losaktion mit Hostessen gehörte dazu nicht zuletzt das berühmte „Django-Plakat“, das mit popkulturellen Elementen spielte und eine neue CDU verkörpern sollte. Mit den Mitteln der aufkommenden Lifestyle-Werbung wurde die Darstellung der Partei emotional aufgeladen und ihr ein spezifisches Image verpasst.³³³

Zu dieser Modernisierung von Erscheinungsbild und Inhalt der CDU gesellte sich jedoch von Anfang an auch die Sorge, ob man damit nicht eher konservativ gesinnte Anhänger verschreckte und ob man auf enttäuschte nationalliberal gesinnte FDP- sowie frühere BHE- und NPD-Wähler anziehend genug wirkte. Diesem Problem sollten etwa die Rede Wallmanns auf dem Frankfurter Parteitag, die Bemerkung Dreggers auf dem CDU-Wahlkongress, NPD-Wählern das „Recht auf politischen Irrtum“ zuzugestehen sowie der Übertritt von Erich Mende entgegenwirken. Dass dies nicht in das Konzept des strategischen Potentials passte, wurde von Dregger und Wallmann in Kauf genommen. Daraus resultierend etablierte sich in der zeitgenössischen Presse nach der Wahl eine Ansicht, die sich bis in neuere Publikationen zur hessischen Zeitgeschichte durchzieht, nämlich die Vorstellung, dass die CDU sich als „Sammelpartei des ‚rechten Lagers‘“ profilierte.³³⁴ Dies ist sicherlich nicht vollkommen falsch. Betrachtet man aber den gesamten Wahlkampf und die langfristigen Auswirkungen, ist zumindest ein Fragezeichen hinter eine solche pauschale Einschätzung zu setzen, da die CDU Hessen sich gleichzeitig modernisierte und sich neuen Wählerschichten öffnete.

333 Zur Lifestyle-Werbung Gerhard Paul: Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte. Darmstadt 2023, S. 198 f.

334 Hans Karl Rupp: Die hessische Parteienlandschaft, in: Klaus Böhme / Walter Mühlhausen (Hg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Frankfurt a. M. 1995, S. 111–132, hier 120. Vgl. auch Ein Erfolg für Bonn, in: FR vom 9. November 1970; Wie die Wähler in Hessen wanderten, in: SZ vom 10. November 1970; Die Wähler waren besser als ihr Ruf, in: Die Zeit vom 13. November 1970; Eckart Hohmann/Konrad Schacht: Landtagswahlen in Hessen, in: Dies. (Hg.): Hessen. Wahlen und Politik, S. 164–194, hier 169; Mühlhausen: Hessen, S. 454 f.

Ein wichtiges Kernproblem, das während dieser ganzen Zeit nicht gelöst wurde, waren die Konflikte innerhalb des Fünfer-Kreises. Insbesondere zwischen Dregger und Wallmann auf der einen sowie Schwarz-Schilling und Kiep auf der anderen Seite kam es ständig zu Reibereien. Dreggers Unklarheiten in Bezug auf seine politische Zukunft während der Bundestagswahl und sein kaum verhehlter Ehrgeiz, als Bundesminister nach Bonn gehen zu wollen, die Reibereien um seine Zukunft als Oberbürgermeister von Fulda, die Alleingänge bei der Rede Wallmanns und dem Übertritt Mendes und nicht zuletzt wohl auch persönliche Antipathien, wie sie im Tagebuch von Kiep immer wieder hervortraten, verschärften die Konflikte an der Führungsspitze.³³⁵ Dass die nach außen hin präsentierte innere Geschlossenheit trotz dieser Probleme über den gesamten Wahlkampf hinaus Bestand hatte, ist im Nachhinein überaus erstaunlich. Dies dürfte zur nachträglichen Mythisierung dieses Faktors und der Charakterisierung der CDU Hessen als eingeschworener „Kampfgemeinschaft“ beigetragen haben.³³⁶ Was blieb, war letztlich ein insgesamt erfolgreicher Wahlkampf, der nicht nur den beteiligten Personen einen Weg in eine erfolgreiche politische Zukunft ebnete, sondern auch für die CDU in Hessen wie im Bund nach dem Verlust der Regierungsmehrheit in Bonn 1969 einen Weg zur Erneuerung und Modernisierung öffnete.

335 Auch bei den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle scheint Dregger wenig beliebt gewesen zu sein. So beschwerten sich Radunski und Niemetz bei Kiep über Dreggers „völlige Unfähigkeit [...], mit der Presse klarzukommen!“, vgl. Tagebucheintrag Kieps vom 10. November 1970, in: ACDP 01-867-033/3.

336 Dregger: „Wir kommen“, S. 54; Mühlhausen: Hessen, S. 456.

Der „Fall Schnur“ – Wie die West-CDU 1990 ihren „Allianz“-Partner dominierte

Jan Schönfelder

Der Stasi-Fall Wolfgang Schnur im Frühjahr 1990 markiert nicht nur einen entscheidenden Moment in der Aufarbeitung der SED-Diktatur, sondern er zeigt auch exemplarisch, wie West-Medien und die West-CDU in der untergehenden DDR agierten. Und er wirft ein Schlaglicht auf die Interaktionen zwischen den politischen Akteuren beider deutscher Staaten während der turbulenten Übergangszeit nach dem Fall der Mauer. Einige Fragen blieben bisher offen: Wie beeinflussten die Stasi-Vorwürfe gegen Schnur während der Übergangszeit vor der Wiedervereinigung die politische Landschaft in der untergehenden DDR und die bundesdeutsche Politik? Welche Rolle spielten die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden und die Bundesregierung bei der Bewertung und Nutzung der Hinweise und Informationen bezüglich Schnurs Stasi-Verstrickungen im Vorfeld der DDR-Wahl 1990 und wie beeinflusste ihr Handeln den Verlauf der Affäre?

Am 14. März 1990, vier Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR, trat Schnur als Vorsitzender und Spitzenkandidat des Demokratischen Aufbruchs (DA) zurück.¹ Grund waren Stasi-Vorwürfe. Die Anschuldigungen gegen den 45-jährigen Rechtsanwalt waren sechs Tage zuvor öffentlich geworden. Nach einem ihm abgerungenem Geständnis war Schnur nicht mehr zu halten. Der „Fall Schnur“ war die erste öffentliche Enttarnung eines früheren Stasi-Informanten und steht deshalb am Anfang der Stasi-Aufarbeitung in Deutschland.²

Der Fall war außerdem quasi der erste gesamtdeutsche Skandal. Einerseits interessierten sich die bundesdeutschen Medien stark für die Vorgänge im Osten und forcierten skandalträchtige Themen. Andererseits war die bundesdeutsche CDU gezwungen, sich mit dem DA-Chef zu beschäftigen, da sie den Wahlkampf der jungen Oppositionspartei innerhalb eines konservativen Wahlbündnisses finanzierte.

Im Frühjahr 1990 tobte ohnehin ein Wahlkampf, wie ihn Deutschland noch nie erlebt hatte.³ West-CDU-Chef und Bundeskanzler Helmut Kohl wurde in der DDR als Hoffnungsträger gefeiert. Er wurde „in der DDR zum politischen

-
- 1 Vgl. zu Schnur Alexander Kobylinski: Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur. Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel. Halle 2015; Jürgen Haase (Hg.): Die Anhörung. Wolfgang Schnurs Doppelleben als Stasi-Spitzel und Anwalt politisch Verfolgter. Gießen 2019.
 - 2 Vgl. Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte, 1990/1991. Berlin 1995, S. 11.
 - 3 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biografie. München 2012, S. 554. Siehe auch Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90. Stuttgart 1998, S. 405–412.

Riesen, weil sich Millionen von der Bundesrepublik riesiges“ versprochen, so ein Kohl-Biograph. Nun wurde der Wahlkampfendspurt, so Kohl rückblickend, von einer „unappetitlichen Geheimdienstaffäre“ überschattet.⁴

Es waren dramatische Tage und Stunden, in denen die verschiedensten Akteure versuchten, die Vorwürfe aufzuklären, den Spitzenkandidaten zu schützen, die davonschwimmenden politischen Felle zu retten oder schlicht Zeit zu gewinnen. In dieser hochdynamischen Situation in einem äußerst engen Zeitraum wirkten an unterschiedlichen Schauplätzen das Bürgerkomitee in Rostock, die DA-Spitze in Ost-Berlin, Medien aus Ost und West sowie die Zentrale der West-CDU in Bonn. Neben dieser politisch-medialen Ebene gab es noch eine zweite, eine geheime. Der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz, deren Auftrag es ist, Informationen von sicherheitspolitischer Bedeutung zu sammeln, zu analysieren und die Bundesregierung über Hintergründe zu informieren, waren ebenfalls verwickelt. Der Mann jedoch, um den sich alles drehte, blieb eher passiv. Außer einigen kargen Erklärungen kam von dem abgetauchten Schnur nichts.

In diesen Fall waren Menschen involviert, die in einflussreichen Positionen waren, wie zum Beispiel der Bundeskanzler persönlich, oder später kamen. Zu jenen gehörte der spätere Bundespräsident Joachim Gauck, der Schnur als „eine schillernde Figur, ein Mensch mit zwei Gesichtern“ beschrieb.⁵ Gaucks Biograph schrieb später: Schnurs „Sturz, kurz vor dem Ziel, war ebenso steil wie sein Aufstieg. Joachim Gauck trug aktiv mit dazu bei.“⁶ Eine andere Beteiligte war die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Rückblickend sagte sie: „Schnur war die größte Enttäuschung meines Lebens.“⁷

Der Fall war, so ein Beobachter, „eine Affäre mit Zeitzünder“.⁸ Zunächst herrschte Ungewissheit: Was war an den Vorwürfen dran? Wollten sich ehemalige Stasi-Offiziere wichtigmachen? Handelte es sich um eine Desinformationskampagne, um die neuen demokratischen Führer in der DDR zu verunglimpfen? Oder waren die Vorwürfe gerechtfertigt? War Schnur tatsächlich jahrzehntelang eine Top-Quelle der Stasi? Oder wurden die Stasi-Kontakte, die der Anwalt berufsbedingt hatte, ihm jetzt zum Verhängnis? Drehten ihm ehemalige Stasi-Mitarbeiter daraus einen Strick? War also Schnur ein unbescholtene Opfer von Stasi-Machenschaften? Und wer hatte die Vorwürfe lanciert? War es eine Kampagne entmachteter Stasi-Mitarbeiter und frustrierter SED-Genossen? Oder steckte hinter den Veröffentlichungen womöglich der politische Gegner? Und

4 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 43.

5 Joachim Gauck: *Winter im Sommer – Frühling im Herbst*. Berlin 2009, S. 190.

6 Mario Frank: *Gauck. Eine Biographie*. Berlin 2013, S. 224.

7 Jacqueline Boysen: *Angela Merkel: eine deutsch-deutsche Biographie*. München 2001, S. 110. Siehe auch Alexander Osang: *Die Schläferin*, in: *Der Spiegel* vom 9. November 2009, S. 56–69, hier 68.

8 Kapitulierte auf Druck der Bonner Freunde, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 15. März 1990.

was wog letztendlich schwerer: Das „Ehrenwort“ eines angesehenen „Kirchenanwaltes“ oder die Aussagen von anonymen früheren Stasi-Offizieren?

All diese Fragen ließen sich nur schwer beantworten, denn die Stasi-Akten, die Klarheit bringen konnten, waren unter Verschluss. Ein Stasiunterlagengesetz gab es noch nicht. Kurzum: Anfang März 1990 schieden sich an Schnur die Geister: War er ein verleumdeter Politiker oder ein perfider Stasi-Spitzel?

Über die dramatischen Tage im März 1990 ist von Zeitzeugen und Historikern immer wieder berichtet worden. Doch die Darstellungen sind nicht immer präzise und korrekt.⁹ Manche basierten fast nur auf Medienberichten.¹⁰ Außerdem lagen bisher keine bundesdeutschen Geheimdienstpapiere vor, um den möglichen Wissensstand der Bundesregierung oder der bundesdeutschen CDU-Führung einschätzen zu können.¹¹ In ihren Erinnerungen gaben sich einstige bundesdeutsche Spitzenpolitiker ahnungslos. Dabei kannten der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz frühzeitig die Vorwürfe. Allerdings sagt der mögliche Wissensstand nichts darüber aus, inwiefern die Behördenchefs und Spitzenpolitiker die Informationen tatsächlich ernstgenommen und entsprechende Konsequenzen gezogen haben. Von Bundeskanzler Kohl ist bekannt, dass er den Geheimdiensten misstraute. Über den Bundesnachrichtendienst sagte er rückblickend: „Sein Nutzen war nahezu null. Die wussten überhaupt nichts.“¹²

Dagegen kolportierte Peter-Michael Diestel, der letzte DDR-Innenminister, Jahre nach der friedlichen Revolution: „Ich bin mir absolut sicher, dass die Bundesregierung sehr viel früher, als es dann öffentlich wurde, von diesen Verwicklungen erfahren hat.“¹³ Bereits Ende 1989 habe ein Stasi-Überläufer einen Koffer mit MfS-Unterlagen über die Kontakte zwischen SED-Staat und Kirche an den Bundesnachrichtendienst verkauft.

Stimmt diese Aussage? Wenn ja, dann schlitterten die Bundesregierung und die CDU-Spitze sehenden Auges in eine brisante Affäre. 1992 behauptete „Der Spiegel“, führende Politiker in Bonn und Ost-Berlin hätten sich 1990 „in einer Koalition des Schweigens“ zusammengefunden.¹⁴ Die „Fassade aus Heuchelei und Vergessenwollen“ habe nur gehalten, weil auch Westpolitiker aus politischen Gründen stillgehalten hätten. Die West-CDU-Führung habe bereits Anfang Februar 1990 „über deutliche Indizien“ verfügt, dass die politischen

-
- 9 Siehe zum Beispiel Jens Gieseke: *Die Stasi. 1945–1990*. München 2011, S. 11–18.
10 Vgl. Steffen Kammradt: *Der Demokratische Aufbruch. Profil einer jungen Partei am Ende der DDR*. Frankfurt a. M. 1997, S. 170–183.
11 Im Gegensatz zum Bundesnachrichtendienst verweigert das Bundesamt für Verfassungsschutz unter Hinweis auf verschiedene Paragraphen die Herausgabe von Informationen und relevanten Dokumenten zu diesem Fall.
12 Heribert Schwan/Tilman Jens: *Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle*. München 2014, S. 184.
13 Peter-Michael Diestel: *Aus dem Leben eines Taugenichts?* Berlin 2010, S. 70.
14 Renault I, in: *Der Spiegel* vom 30. März 1992, S. 65–69.

Partner in der DDR „in starkem Maße belastet waren“. Trotzdem habe Bundeskanzler Kohl „in voller Kenntnis des Risikos“ auf sie gesetzt. Auch im Westen habe „Ruhe als erste Beamten- und Politikerpflicht“ gegolten. Kohl sei, als hätte er die Hinweise seiner Nachrichtendienste überhört, weiter mit Schnur in den Wahlkampf gezogen.

Seit wann kannten bundesdeutsche Sicherheitsbehörden und Regierungsstellen tatsächlich den Stasi-Verdacht? Wie belastbar waren die Informationen? Und bewerteten die Geheimdienste anschließend die Vorwürfe richtig – oder taten sie sie fälschlicherweise als Kampagne ehemaliger Stasi-Offiziere ab? War der öffentlich geäußerte Kampagnen-Verdacht gar eine eigene Desinformationskampagne, um den bedrängten Schnur und seine bundesdeutschen Bündnispartner zu schützen? Welchem der neuen und aufstrebenden Politiker in der DDR konnte überhaupt vertraut werden? Wie vertrauenswürdig waren die Informationen der Überläufer? Ging es den ehemaligen MfS-Mitarbeitern um Desinformation oder Rache? Oder wollten sie schlicht ihr Insider-Wissen vergolden, bevor es andere ehemalige Genossen taten?

Der einstige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, verantwortlich für den Verfassungsschutz, gab sich im Rückblick desinteressiert. Er bezeichnete die Informanten als „angebliche oder tatsächliche Überläufer“.¹⁵ Ihre Meldungen seien „immer vage“ geblieben, hätten aber „doch für eine gewisse Unruhe“ gesorgt. Über Aufklärungsversuche oder gar Konsequenzen berichtete Schäuble nichts.

Zur Person Wolfgang Schnur

Wolfgang Schnur wurde am 8. Juni 1944 in Stettin geboren. Er wuchs zunächst in Waisenhäusern auf und wurde später von einem Landarbeiter-Ehepaar als Pflegekind aufgenommen. Erst als Jugendlicher fand er seine Mutter im Westen. Beide konnten kein Verhältnis zueinander entwickeln, Schnur kehrte enttäuscht in die DDR zurück. Nach einer Maurerlehre studierte er Rechtswissenschaften. Der Diplom-Jurist arbeitete zunächst als Anwalt in Binz, ab 1978 mit eigener Kanzlei in Rostock. Schnur war einer der wenigen Anwälte in der DDR, die als Einzelanwalt zugelassen waren.¹⁶ Im Frühjahr 1988 wurde der engagierte „Kirchenanwalt“ über die Grenzen der DDR hinaus bekannt, als er die Vertretung einiger regimekritischer Teilnehmer der Luxemburg/Liebcknecht-

15 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991, S. 42. In seinen postum veröffentlichten Memoiren äußert sich Schäuble nicht zu dem Fall. Vgl. ders.: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik. Stuttgart 2024.

16 Vgl. Christian Booß: Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess. Göttingen 2017, S. 103–105, 691 f.

Demonstration in Ost-Berlin übernahm.¹⁷ Schon damals wurde ihm vonseiten einzelner Bürgerrechtler vorgeworfen, die Inhaftierten nicht über die Solidaritätsbewegung in der gesamten DDR informiert und sie damit indirekt zur Ausreise aus der DDR gedrängt zu haben.¹⁸ Die Vorwürfe wurden aber nicht ernst genommen und schaden Schnur nicht.

Bereits vor seinem Engagement für die Demonstranten hatte sich der Synodale der Evangelischen Kirche in der DDR als Verteidiger von Wehrdienstverweigerern und Bausoldaten einen Namen in der Szene gemacht.¹⁹ Er hatte ein makelloses Image: wortgewandt und erfahren. Schnur war eine Ausnahmererscheinung. Er galt als brillanter Anwalt, der sich für seine Klienten in politisch heiklen Verfahren mit dem SED-Staat anlegte. Er vertrat außerdem Ausreisewillige und Regimekritiker. Unter anderem Roland Jahn, Bärbel Bohley, Stefan Krawczyk, Freya Klier und Vera Lengsfeld vertrauten ihm.²⁰ Im Gefängnis und im Gerichtssaal kehrte Schnur seine angebliche christliche Überzeugung hervor. Der Rostocker Anwalt galt als „integre Figur“ und wurde „Bruder Wolfgang“ genannt. Zu vielen Oppositionellen hatte er ein enges, gar freundschaftliches und vertrautes Verhältnis. Das machte ihn für die Stasi wertvoll, dafür hatte sie ihn systematisch aufgebaut.

Im Herbst 1989 gehörte Schnur zusammen mit den Pfarrern Friedrich Schorlemmer, Ehrhart Neubert und Rainer Eppelmann zu den maßgeblichen Gründungsmitgliedern der Oppositionspartei Demokratischer Aufbruch.²¹ Für Eppelmann war Schnur „ein Mann, der ungeheures Geltungsbedürfnis hatte, Bestätigung und öffentliche Anerkennung suchte und nach Macht über andere strebte“.²² Allerdings waren einige Mitstreiter mit Schnurs Wirken unzufrieden. Bei Auftritten der Opposition in Kirchen habe er weniger politische Aussagen als fromme Weisheiten von sich gegeben.²³ Gleichwohl hatte der gefragte Anwalt keine Skrupel, sich nun an der vordersten Front zu platzieren. Mitte Dezember

17 Vgl. u. a. Jürgen Jeziorowski: Ein Mann für heikle Fälle: Portrait des DDR-Rechtsanwalts Wolfgang Schnur, in: *Lutherische Monatshefte* 27 (1988), S. 361–363; Schnur: Ich bin kein Stasi-Mann, in: *taz* vom 9. März 1990.

18 Deutschlandfunk, Vom Anwalt getäuscht – Zu den Hintergründen ihrer „Ausreise“ aus der DDR – Gespräch mit Freya Klier, 10. Februar 1988.

19 Ehrhart Neubert: Der „Demokratische Aufbruch“, in: Eberhard Kurth (Hg.): *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*. Opladen 1999, S. 537–556, hier 554 f.

20 Anwalt Schnur und seine Mandantin Wollenberger, in: *taz* vom 12. März 1990.

21 Vgl. zum Demokratischen Aufbruch Kammradt: *Der Demokratische Aufbruch*; Neubert: *Der „Demokratische Aufbruch“*.

22 Rainer Eppelmann: *Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland*. Köln 1993, S. 295.

23 Ehrhart Neubert: *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*. Freiburg i. Br. 2002, S. 203.

1989 wurde Schnur zum Parteivorsitzenden gewählt, ein „übermütiger Karrieresprung“, so Joachim Gauck rückblickend.²⁴

Es ist fraglich, ob Schnurs politischer Karrieresprung tatsächlich „der Versuch der Stasi“ war, „ihn in bedeutende Positionen zu bringen“, wie Journalisten später behaupteten.²⁵ Für den Historiker Walter Süß liegt der Verdacht bei Schnur zumindest nahe, dass er im Herbst 1989 auf die Seite der „absehbaren Gewinner“ wechselte.²⁶ Der Historiker Christian Booß sieht bei Schnur dagegen eine Loyalität zum MfS bis in den Oktober 1989. Insofern sei es fraglich, „ob Schnur bewusst ‚auf die Seite der Gewinner wechselte‘ oder nur weitermachte wie bisher, wenngleich die Umweltbedingungen sich änderten“.²⁷ Dagegen glaubt Ehrhart Neubert, dass Spitzenpolitiker mit MfS-Anbindung den Zusammenbruch des kommunistischen Systems, dessen Teil sie waren, mit Übereifer verarbeitet: „Sie gingen wohl zunächst Risiken ein, weil sie sich durch ihren Verrat abgesichert fühlten.“²⁸ Später habe sie offenbar der Machthunger gepackt: „Ihre Geltungssucht, die sie einst in die Arme des MfS getrieben hatte, sorgte nun dafür, dass sie ohne Skrupel demokratische Ämter besetzen wollten.“

Wie auch immer: Schnur galt als Hoffnungsträger. Seine politische Karriere führte ihn in die Nähe des Bundeskanzlers. Allerdings war sein Kurs nicht unumstritten. Innerparteiliche Kritiker warfen ihm schnell vor, den bürgerbewegten DA zu einer liberal-konservativen Partei umzuwandeln und sich eigenständig der bundesdeutschen CDU anzunähern, die unbelastete politische Partner in der DDR suchte. Die Kontaktaufnahme zur CDU sei übereifrig und voreilig gewesen. Der linke Flügel des DA verließ deshalb im Winter 1990 im Streit die Partei. Nun war für Schnur der Weg frei, um ein von der West-CDU massiv unterstütztes Wahlbündnis mit der Ost-CDU und der neugegründeten DSU einzugehen: die „Allianz für Deutschland“.²⁹ Das konservative Zweckbündnis stand für den schnellsten Weg zur Wiedervereinigung. Die bundesdeutsche CDU hatte sich von Anfang an schwer mit der Suche nach einer Schwesterpartei in der DDR getan. Auf die Ost-CDU alleine wollte sie sich nicht stützen. Als ehemalige Blockpartei war sie zu sehr als Mittäterin und Mitläuferin des gestürzten Systems angesehen und wegen der Rolle ihrer früheren führenden Persönlichkeiten während der „Blockparteienära“ suspekt. Vor allem General-

24 Joachim Gauck: Winter im Sommer, S. 194.

25 Manfred Schell/Werner Kalinka: Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten. Berlin 1991, S. 144. Siehe auch Franz Josef Jung: Die letzten Tage der Teilung. Wie die deutsche Einheit gelang. Freiburg i. Br. 2010, S. 111.

26 Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 699 f.

27 Booß: Käfig, S. 692.

28 Ehrhart Neubert: Der Brief aus Weimar. Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989. Sankt Augustin 2014, S. 16.

29 Vgl. Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln 1998.

sekretär Volker Rühle wollte mit der Ost-CDU nicht kooperieren. Er setzte lieber auf die unbelastete Neugründung Demokratischer Aufbruch. Aber aus wahlstrategischen Gründen war die etablierte Ost-CDU durchaus interessant, denn sie brachte wertvolle personelle und organisatorische Ressourcen in das Bündnis ein. CDU-Chef Kohl blieb lange unentschlossen. Die Lösung war schließlich das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“. Für die West-CDU war der kleine und junge DA als Teil der „Allianz“ besonders wichtig. Den Grund hatte DA-Mann Eppelmann bei einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagfraktion Mitte Februar auf den Punkt gebracht: Die Frage „Was hast Du vor dem 7. Oktober 1989 gemacht“, werde den Ausgang der Volkskammerwahlen mitentscheiden.³⁰ Hier war der DA gegenüber der Ost-CDU klar im Vorteil. Kohl und die bundesdeutsche CDU setzen deshalb auf den DA als wichtigen „Allianz“-Partner.³¹ Der bürgerrechtliche DA war das Feigenblatt der bundesdeutschen CDU im Bündnis mit der halbgewendeten Block-CDU.

Schnur und Kohl waren sich im Dezember 1989 erstmals persönlich begegnet.³² Während der DA-Chef von Kohl beeindruckt war,³³ sah der Bundeskanzler seinen Verbündeten nur als ein „Leichtgewicht“. ³⁴ Gleichwohl traten beide gemeinsam bei riesigen Wahlkampfveranstaltungen in der DDR auf. Mit Blick auf die „Allianz“-Spitzenkandidaten warb der Kanzler: „Das sind Männer, die Ihr Vertrauen verdienen.“ Da lag die Ost-CDU in der Wählergunst noch weit hinter den Sozialdemokraten. Die Stimmung drehte sich allerdings allmählich und Schnur schien kurz vor der Wahl der kommende Mann zu sein.

Was jedoch geheim war: Schnur hatte in der DDR ein Doppelleben geführt. Er war über Jahrzehnte ein sehr wichtiger Inoffizieller Mitarbeiter (IM) und Einflussagent der Staatssicherheit gewesen. Seine Spitzel-Akten waren äußerst umfangreich.³⁵ Unter den Decknamen „Torsten“ und „Dr. Ralf Schirmer“ hatte er seit 1965 in oppositionellen Kreisen und in der evangelischen Kirche spionierte. Der Spitzel zeigte nach Aktenlage eine „an die Grenzen der physischen Leistungsfähigkeit gehende Einsatzbereitschaft“.³⁶ „Skrupellosigkeit und ein Schuss Größenwahn“, so der Historiker Walter Süß, gehörten dazu.³⁷

Nicht nur der DDR-Geheimdienst hatte Schnur auf dem Radar, sondern auch der bundesdeutsche. Für den Bundesnachrichtendienst, der eigentlich ein Frühwarnsystem sein soll, war der DDR-Bürger kein Unbekannter. Spä-

30 Protokoll, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) Bestand CDU/CSU-Fraktion 08-001-1087/2, S. 19.

31 Vgl. Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 335–346.

32 Vgl. Karin Ulrich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90. Köln 2001, S. 341 f.

33 Vgl. Kobylnski: Verräter, S. 352

34 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. 173.

35 BStU, MfS, Ast Rostock, AIM 3275/90.

36 BStU, MfS, Ast Rostock, AIM 3275/90, Teil I/I, Bl. 10.

37 Süß: Staatssicherheit, S. 700.

testens seit dem Frühjahr 1984 trug er über ihn Informationen zusammen.³⁸ Damals erreichte die Pullacher der „noch unbestätigte Hinweis“, dass Schnur „in letzter Zeit zunehmend den Eindruck“ habe, „dass man staatlicherseits seine anwaltliche Arbeit zu behindern und in die Nähe staatsfeindlicher Tätigkeit zu rücken“ versuche. Er müsse sogar mit seiner Verhaftung rechnen. Die Quelle wurde intern mit „F“ (Zuverlässigkeit kann nicht beurteilt werden) eingestuft; der Wahrheitsgehalt der Meldung wurde mit „3“ (möglicherweise zutreffend) angegeben. Sogar über Schnurs Kontakte zur Staatssicherheit war der BND informiert: „Schnur ist sich dessen bewusst, dass er ‚partnerschaftlich mit dem MfS als Ermittlungsorgan zusammenarbeiten‘ und für die Staatssicherheit berechenbar sein muss.“ Allerdings sei er für das MfS „im Vergleich zu Rechtsanwalt [Wolfgang – d.A.] Vogel der ‚härtere Gegner‘“. Schnur lehne jeden Westkontakt strikt ab.

Die BND-Analysten beugten sich vor allem über die Information, dass Schnur ein gespanntes Verhältnis zu den staatlichen Stellen der DDR habe. Es könne durchaus sein, so der BND, dass der Anwalt dem MfS „unbequem“ sein könnte und deshalb versucht werde, ihn „zurückzudrängen“. Allerdings bemühe sich Schnur „stets um Loyalität und Fairness im Umgang mit Staat und Partei“.

In den folgenden Jahren bis zum Herbst 1989 gingen beim BND immer wieder Informationen über das Wirken und die Situation Schnurs ein. So befragte der Geheimdienst 1987 einen Übersiedler, der beim Jungmännerwerk in Ost-Berlin gearbeitet hatte.³⁹ Der Informant hatte den Eindruck, dass Schnur „im Laufe des letzten Jahres weitaus größere Schwierigkeiten bei seiner Tätigkeit in den Weg gelegt bekommt wie früher“. Der Anwalt spreche aber darüber selten. Allerdings habe Schnur einmal gesagt: „Man muss sich ja schämen, noch nicht selbst Ausreiseantrag gestellt zu haben.“

Aus demselben Zeitraum stammte ein ausführlicher Bericht eines ehemaligen Mandanten Schnurs.⁴⁰ Der BND-Informant war sehr gut über Schnurs anwaltliche Tätigkeit innerhalb der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR informiert und zeichnete ein differenziertes Bild: Auf der einen Seite sei der populäre Anwalt, auf der anderen Seite der „nicht unumstrittene“ Anwalt. Gleichwohl sei Schnur „eine bedeutende Integrationsfigur innerhalb der Friedensbewegung“.

Im Frühjahr 1988 erfuhr der BND durch Befragung einer Quelle, dass der DDR-Anwalt „nach eigener Aussage ‚ein Ohr beim MfS‘“ habe.⁴¹ Der Informant, bei dem es sich möglicherweise um einen aus der DDR ausgereisten Teilnehmer der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration vom Januar 1988 handelte, berichtete außerdem, dass Schnur von der Staatssicherheit beobachtet

38 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 257, 267–270.

39 Ebd., Bl. 263 und 260.

40 Ebd., Bl. 261 f.

41 Ebd., Bl. 250. Siehe auch Bl. 228.

werde. Indizien für diese Annahme konnte die Quelle aber nicht nennen. Im November 1989 berichtete eine Übersiedlerin, die zuvor offenbar beim Evangelischen Kirchentag in der DDR gearbeitet hatte, dem BND, dass Anwalt Schnur „Übermittler des MfS“ gewesen sei und im Sinne der Staatssicherheit seine Mandanten berate habe.⁴² Schnur sei außerdem „im Auftrag des MfS“ in der Bundesrepublik umhergereist, um geflüchtete DDR-Bürger zur Rückkehr zu bewegen. Es waren die eindeutigsten Verdächtigungen gegen Schnur, die bis in den Revolutions-Herbst beim BND registriert wurden.

Noch Anfang Januar 1990 erhielt der BND eine Charakteristik von Schnur.⁴³ Der Rechtsanwalt sei „eine im Grunde menschlich integre Persönlichkeit“, hieß es gleich am Anfang. Allerdings werde er von der DDR-Opposition „zweifelhaft“ gesehen. Es sei der Verdacht aufgekommen, dass Schnur mit den Behörden zusammenarbeite. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley habe diesen Verdacht geäußert.

Stasi-Gerüchte um den Spitzenkandidaten

Belege für eine MfS-Verbindung Schnurs gab es bis dahin nicht. Kein Informant hatte den bundesdeutschen Geheimdiensten entsprechende Dokumente oder zumindest konkrete Anhaltspunkte wie Deckname, Registriernummer und Führungsoffizier nennen können. Die kursierenden Verdächtigungen waren oft vage und beruhten auf Mutmaßungen. Das änderte sich Mitte Januar 1990.

Am 12. Januar 1990 schrieb ein „Rudi Petermann“ in Berlin mit einer Schreibmaschine einen Brief an den Zentralen Runden Tisch.⁴⁴ Er sehe sich veranlasst mitzuteilen, dass der DA-Politiker Schnur ein „Spitzel“ der ehemaligen Staatssicherheit sei. Um seinen Vorwurf zu belegen, schrieb „Petermann“ weiter, dass Schnur seit Anfang der 1970er-Jahre „freiwillig auf Honorarbasis“ für die Rostocker Bezirksverwaltung gearbeitet habe. Die Berichte und Quittungen habe der Rechtsanwalt mit dem Pseudonym „Torsten“ unterschrieben. Um seine Angaben zu prüfen, empfahl „Petermann“, in bestimmten Registraturen des MfS in Berlin und Rostock nachzuschauen beziehungsweise Schnurs ehemalige „Verbindungsoffiziere“, die „Petermann“ namentlich aufzählte, zu befragen. Damit lagen alle wesentlichen Fakten über die Stasi-Verstrickung Schnurs auf dem Tisch. Als Motivation für seinen Hinweis gab „Petermann“ an, dass nicht nur die SED und das MfS, sondern auch die Inoffiziellen Mitarbeiter verschwinden müssten. „Diese haben es dem MfS erst möglich gemacht, dass das ganze Volk

42 Ebd., Bl. 229.

43 Ebd., Bl. 230.

44 Robert-Havemann-Gesellschaft, UP 069, Nov. 1989–März 1990, Zentraler Runder Tisch (8), Schreiben Rudi Petermann vom 12. Januar 1990; NfO 078, 11.–12. Januar 1990, Korrespondenz von Privatpersonen an das Neue Forum (9); Schreiben Rudi Petermann vom 12. Januar 1990.

bespitzelt werden konnte.“ Schnur sei „für die Beschaffung von Informationen aus kirchlichen Kreisen, oppositionellen Gruppierungen und insbesondere über seine von ihm ‚juristisch vertretenen Mandanten‘ verantwortlich“ gewesen. „Petermann“ weiter: „Eine neue, demokratische, sozialistische DDR kann nur mit sauberen und unbelasteten Politikern aller Parteien aufgebaut werden.“ Laut Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte es bereits am 3. Januar ein ähnliches Schreiben an den Runden Tisch gegeben, in dem ebenfalls Schnurs Deckname „Torsten“ genannt worden sei.⁴⁵

Am Zentralen Runden Tisch reagierte am 18. Januar die CDU mit einer Erklärung. Parteien, Zeitungen und kirchlichen Amtsträgern seien anonyme Schreiben zugegangen, in denen gegen Spitzenpolitiker Stasi-Vorwürfe erhoben würden. Ein solches Schreiben beziehe sich auch auf Schnur, las ein CDU-Vertreter live im DDR-Fernsehen vor. Die Verdächtigungen seien „naturgemäß“ schwer zu widerlegen. Den Autoren der Briefe gehe es darum, so die CDU, Autorität und Vertrauen zu zerstören. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter wollten mit diesen Schreiben „noch einmal ihre Macht“ demonstrieren. Die Christdemokraten stellten sich nicht nur vor Schnur, sondern versuchten, das politische Klima zwischen den Partnern am Runden Tisch sauber zu halten: „Wir lassen durch derartige Machenschaften keinen Keil in die notwendige und mögliche Zusammenarbeit treiben.“⁴⁶

Das war leichter gesagt als getan. Tatsächlich waren im ganzen Land Gerüchte über tatsächliche und angebliche Schandtaten der SED und der Staatssicherheit im Umlauf. Prüfen konnte die Vorwürfe niemand. Auch dem Runden Tisch waren die Hände gebunden. Der Großteil der MfS-Akten war zwar von Bürgerkomitees gesichert worden, aber die Akten waren nicht zugänglich. Außerdem hatte „Petermann“ keinen Absender hinterlassen. Er konnte also nicht befragt werden, war aber offensichtlich ein Insider. Er kannte Abteilungen, Angehörige und Strukturen des MfS. Und er kannte den angeblichen Decknamen von Schnur.

Da die zuständige Diensteinheit und der vorletzte Deckname in dem Brief zutreffend benannt wurden, so der Historiker Walter Süß, könne das Schreiben nur aus dem Bereich der Staatssicherheit gekommen sein.⁴⁷ „Offenbar“, so Süß, war Schnur „völlig aus dem Ruder gelaufen und sollte nun durch gezielte Indiskretion eines Stasi-Insiders abserviert werden“. Über die Motive ließ sich nur spekulieren: Ging es darum, einen historischen Prozess aufzuhalten oder

45 „Das war ‚ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 18. Das im „Spiegel“ zitierte Schreiben ist in den einschlägigen Archiven nicht auffindbar. Allerdings berichtete die „Junge Welt“ am 9. März 1990, dass dieser Brief vom 3. Januar 1990 bei ihr eingegangen sei: Schnur ein Stasi-Mann?, in: Junge Welt vom 9. März 1990.

46 Erklärung CDU: Zur Verdächtigung von Wolfgang Schnur als Mitarbeiter des MfS, in: Uwe Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bd. 2: Umbruch. Opladen 1999, S. 415.

47 Süß: Staatssicherheit, S. 700.

darum, internes Wissen zu Geld zu machen?⁴⁸ Oder fühlten sich die alten Auftraggeber verraten, weil Schnur die Seiten gewechselt hatte? Auch der Historiker Jens Gieseke vermutet hinter den anonymen Briefeschreibern ehemalige MfS-Mitarbeiter. Sie hätten versucht, „ihr altes Herrschaftswissen nutzbar zu machen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von sich selbst und ihrem Apparat auf die inoffiziellen Mitarbeiter zu lenken“.⁴⁹ Auch Rache an abtrünnigen Zuträgern und die Aussicht auf Informationshonorare von Medien seien Motive gewesen. Schnur-Biograph Alexander Kobylinski ist sich sicher: „Die ‚eigenen Leute‘ lassen ihn jetzt hochgehen.“⁵⁰

„Petermanns“ Outing-Brief mit den detaillierten Angaben wurde zwar den Teilnehmern des Zentralen Runden Tisches vorgelegt, der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz erhielten von dem Schreiben aber offenbar keine Kenntnis. In den freigegebenen Akten findet sich zumindest kein entsprechender Hinweis. Den beiden bundesdeutschen Geheimdiensten entging damit ein wichtiges Puzzleteil. Gleichwohl erhielten die bundesdeutschen Dienste ab Jahresbeginn 1990 erstmals Insider-Informationen aus dem zerfallenden Stasi-Apparat. Bürgerrechtler hatten Dienststellen besetzt und Akten gesichert. Die einstigen Mitarbeiter hatten keine berufliche Perspektive, weshalb einige versuchten, ihr Wissen zu verkaufen. Ende Januar 1990 trafen sich zwei bundesdeutsche Verfassungsschützer mit einem ehemaligen Major der DDR-Staatssicherheit aus Gera in einem Hotel bei Fulda.⁵¹ Der Mann aus dem Osten, dem man den Decknamen „Renault I“ verpasste, verriet, dass drei wichtige Ost-Politiker über viele Jahre für das MfS gespitzelt hätten: Martin Kirchner, Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur. Alle drei waren prominente Vertreter in der „Allianz für Deutschland“. Die bundesdeutschen Geheimdienstleute waren sich allerdings unsicher, ob die Informationen stimmten.

Ein weiterer ehemaliger MfS-Mitarbeiter, Hans-Joachim Hajeck aus Halle, bot sich ebenfalls Ende Januar den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden an.⁵² Der ehemalige Major, der zuletzt als Mitarbeiter der Kontrollgruppe gearbeitet und so nach eigenen Angaben hunderte IM-Akten gelesen hatte, bekam seinerzeit kein Geld mehr. Die wirtschaftliche Situation seiner Familie sei prekär, klagte er. Er wolle nun „sondieren“, ob ein Übertritt zum niedersächsischen Verfassungsschutz möglich sei. „Als Gegenleistung bot er Informationen und schriftliche Unterlagen aus der BV des MfS/ANS in Halle an“, notierte der Verfassungsschutz. Die erste Information des ehemaligen MfS-Mannes betraf Schnur: Aus seiner „Arbeit als Bereichsleiter EDV“ wisse er, dass Schnur „Anfang der

48 Ebd., S. 703.

49 Gieseke: Stasi, S. 15 f.

50 Kobylinski: Verräter, S. 355.

51 Frühes Wissen, in: Der Spiegel vom 30. September 1991, S. 17; Renault I, in: Der Spiegel vom 30. März 1992, S. 65–69.

52 BfV, Akte „Andromeda“, H.-J Hajeck, Bl. 1–6.

achtziger Jahre vom MfS angeworben wurde“. Hajeck weiter: „Sein ‚Werber‘ soll der stellvertretende Leiter der KD Rügen gewesen sein.“ Schnur soll seine MfS-Kontakte „skrupellos zum Auf- und Ausbau seiner Anwaltskanzlei genutzt haben“. Der Überläufer berichtete an einem Beispiel, dass Schnur „in Abstimmung mit dem MfS“ die Überführung und Verurteilung eines Jugendlichen erreicht habe. Unterlagen zum Agieren Schnurs befänden sich in den Operativen Vorgängen „Feuer“ und „Dämon“. Schnurs letzter Führungsoffizier sei der Stellvertreter Operativ der MfS-Bezirksverwaltung Rostock gewesen. Für diese und andere Informationen zahlte der Verfassungsschutz Hajeck 500 West-Mark.⁵³

Auch beim Bundesnachrichtendienst gingen ab Januar 1990 konkrete Informationen zu Schnurs mutmaßlicher MfS-Verbindung ein. Nach eigenen Angaben vom Januar 1991 hatte der BND „die Aufklärung der politischen Parteien und demokratischen Institutionen“ in der DDR zwar im November 1989 eingestellt.⁵⁴ Trotzdem gelangten weiterhin Informationen aus dem Osten nach Pullach: Nun lieferten ehemalige MfS-Mitarbeiter dem einstigen Klassenfeind immer wieder Hinweise auf eine angebliche MfS-Mitarbeit führender DDR-Bürger. „Diese Hinweise“ von Selbstanbietern, so der BND rückblickend, „waren in aller Regel sehr vage“. Sie hätten in erster Linie auf „Wissen aus zweiter Hand“ beruht. Da die Zuverlässigkeit der Quellen nicht bewertet werden konnte und die Informationen eine „mangelhafte“ Dichte aufgewiesen hätten, habe der BND auf eine schriftliche Berichterstattung über die zugetragenen Informationen verzichtet. Gleichwohl habe Präsident Hans-Georg Wieck im Februar 1990 am Rande von nachrichtendienstlichen Besprechungen im Bonner Kanzleramt die Hinweise auf MfS-Verstrickungen immer wieder angesprochen.⁵⁵ Welcher Fall „mit welchem Detaillierungsgrad“ besprochen wurde, sei im Rückblick nicht mehr nachvollziehbar.

Über insgesamt 14 prominente DDR-Bürger hätten Hinweise vorgelegen.⁵⁶ Genannt wurden unter anderem die Chefs von neuen politischen Parteien wie Ibrahim Böhme (SPD), Wolfgang Schnur (DA) und Hans-Wilhelm Ebeling (DSU). Aber auch alte DDR-Funktionäre wie Gerhard Beil und Theodor Hoffmann standen auf der BND-Liste. Auch zwei Kirchenmänner waren aufgelistet: Generalsuperintendent Günter Krusche und Joachim Kardinal Meisner.

53 Ebd., Bl. 25.

54 BND-Archiv, 401273_Auszug_OT, Kurzdarstellung für die PKK-Sitzung am 16. Januar 1991, Bl. 240 f.

55 Vgl. BND-Archiv 2216_Auszug_OT, Schreiben von BND-Präsident Wieck an Staatsminister Stavenhagen vom 18. Mai 1990, Bl. 11.

56 Vgl. BND-Archiv 2216_Auszug_OT, Schreiben von Schwabach an Gilm vom 27. März 1990, Bl. 89–93.

Am 29. Januar 1990 informierte der BND intern über einen Stasi-Überläufer, der Anfang Januar in die Bundesrepublik gekommen war.⁵⁷ Der ehemalige Offizier der Abteilung IX, der gerade vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz vernommen wurde, hatte berichtet, dass Schnur als Inoffizieller Mitarbeiter für das MfS gearbeitet habe. Diese Information habe der Überläufer von Kollegen erhalten. Der BND schätzte den Informanten als kompetent und zuverlässig ein. Eine weitere Quelle des BND, ein Jurist, der mehrfach mit Schnur berufliche Kontakte hatte, verdächtigte ihn ebenfalls, dass er über „besondere Beziehungen verfügt habe“. Indiz sei das unbehelligte Agieren als Bürgerrechtler-Anwalt. Über die Erkenntnisse wurde der BND-Präsident informiert.

Wenige Tage später erhielt der BND weitere Hinweise auf ein Stasi-Vorleben von Schnur.⁵⁸ Ein ehemaliger Stasi-Major hatte Anfang Januar berichtet, dass Schnur „langjähriger IM der HA XX“ gewesen sei. Ein ehemaliger Stasi-Referatsleiter, der Zugriff auf den Zentral-Computer des MfS hatte, hatte behauptet, dass Schnur ein „Blauer“ gewesen sei. „Blaue“ waren im Stasi-Jargon nach der Farbe der Aktendeckel Inoffizielle Mitarbeiter.

Bundeskanzler Helmut Kohl gab später an, dass er spätestens seit der zweiten Januarhälfte von den Vorwürfen gegen Schnur gewusst habe: „Trotz aller Verdächtigungen hielt ich zunächst an den Spitzenleuten der Ost-CDU und des Demokratischen Aufbruchs (DA) fest.“⁵⁹ Allerdings verschwieg Kohl in seinen „Erinnerungen“, woher er seine Informationen bezogen hatte und auf welchen Quellen sie basierten.

In seinen Erinnerungen schrieb der einstige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Eberhard Diepgen, dass es „frühzeitig Hinweise“ auf eine Stasi-Verstrickung Schnurs gegeben habe.⁶⁰ Die Informationen seien aus dessen „Rostocker Umfeld“ bekommen. Der CDU-Politiker schrieb allerdings nicht, wann ihn diese Hinweise erreicht haben und durch wen. Diepgen schrieb lediglich: „Mehrere Informanten in meinem Büro.“ Er habe die Informationen an die CDU-Spitze weitergegeben. Zwar seien die Hinweise in der Bonner Parteizentrale nicht auf taube Ohren gestoßen, „so recht glauben wollte man dieses Problem in der Lieblingsneugründung aber nicht“. Die Hinweise hätten, weil auch Beweise fehlten, „zunächst zu keinerlei Konsequenzen“ geführt.

Die Informationen, die bei den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden zusammenliefen, blieben geheim. Gleichwohl brodelte in der DDR die Gerüchteküche. Beim Rostocker Geschäftsführer des DA, Karl-Ernst Eppler, mehrten sich in den folgenden Wochen Hinweise, dass an dem anonymen Schreiben an

57 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 248 f.

58 Ebd., Bl. 2242.

59 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 39.

60 Eberhard Diepgen: Zwischen den Mächten. Von der besetzten Stadt zur Hauptstadt. Berlin 2004, S. 127.

den Runden Tisch mehr dran sein könnte.⁶¹ „Die Kritik an Schnur nahm konkrete Formen an“, erinnerte sich Eppler. Er nahm deshalb Kontakt zu dem Rostocker Pfarrer Joachim Gauck auf. Gauck wiederum wandte sich an Manfred Stolpe. Der Kirchenjurist war als Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und als stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bestens vernetzt und kannte natürlich Schnur. Stolpe, der selbst stasibelastet war, stellte sich vor Schnur.⁶² Epplers Zweifel nahmen ab.

Anfang Februar ging ein anonymer Brief in Schnurs Kanzlei ein.⁶³ „Ein Bürger, der es gut mit Ihnen meint“, warnte Schnur, der sich inzwischen selbst als künftigen Ministerpräsidenten der DDR sah. In den Zeitungen werde bald stehen, „wie Sie für die Stasi gearbeitet haben“. Schnur solle lieber „eher als zu spät von der politischen Bühne“ abtreten. Öffentlich wurde diese „Warnung“ nicht. Schnur ignorierte sie.

Tatsächlich sah sich Schnur bereits als Wahlsieger. Beim Wahlkampfauftakt seiner Partei vor dem Rathaus in Halle, wo Schnur als Spitzenkandidat antrat, stellte er sich Anfang Februar selbstbewusst tausenden Menschen als „der künftige Ministerpräsident“ vor und erklärte, der DA trete für ein Ende aller „sozialistischen Experimente“ ein.⁶⁴

Derweil häuften sich beim BND die Hinweise zu Schnur. Dass der Anwalt einer der ihren war, schien innerhalb der Staatssicherheit ein offenes Geheimnis gewesen zu sein. Am 11. Februar informierte ein ehemaliger MfS-Offizier den BND, dass ihm Kontakte Schnurs mit „nachrichtlichem Charakter“ zur MfS-Bezirksverwaltung Rostock bekannt geworden seien.⁶⁵ Schnur habe zwischen 1985 und 1989 für die Abteilung XX gearbeitet.

Zwei Tage später verschickte der BND intern eine „heikle Information“ über Schnur.⁶⁶ Die Informationen stammten von einem ehemaligen Oberstleutnant des MfS. Der Rechtsanwalt, so der Überläufer, sei bis 1989 von Oberst Kroll als Inoffizieller Mitarbeiter geführt worden.

61 Karl-Ernst Eppler: Wie wir die alte Macht brachen, in: Universität Rostock: Herbst '89 – Die Wende in Rostock. Zeitzeugen erinnern sich. Rostock 1999, S. 109–114, hier 111.

62 Vgl. Ralf Georg Reuth: IM „Sekretär“. Die „Gauck-Recherche“ und die Dokumente zum „Fall Stolpe“. Frankfurt a. M./Berlin 1992.

63 Abgedruckt in Udo Grashoff: Der Demokratische Aufbruch: von einer Bürgerbewegung zur Partei 1989/90. Erfurt 2004, S. 67.

64 Schnur: „Hier steht der künftige Ministerpräsident“, in: Junge Welt vom 5. Februar 1990; DA läutet Wahlkampf mit Kundgebung in Halle ein, in: Berliner Zeitung vom 5. Februar 1990; Wahlkampfauftakt des DA, in: Neue Zeit vom 5. Februar 1990; Politisch aktives Wochenende in der DDR, in: Neues Deutschland (ND) vom 5. Februar 1990; Der demokratische Aufbruch ist zu einem bürgerlich-konservativen Wahlbündnis bereit, in: FAZ vom 5. Februar 1990; DPA: Wolfgang Schnur als Ministerpräsident? „Na gut, da steht er“, 8. März 1990, 8:02 Uhr.

65 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 239.

66 Ebd., Bl. 226–238.

Am 26. Februar wurde der BND-Präsident über „prominente DDR-Bürger als langjährige Mitarbeiter des MfS“ informiert.⁶⁷ Auf der Liste standen unter anderem Ibrahim Böhme, Knud Wollenberger, führende Kirchenmänner und Schnur. In dem Schreiben wurde der Präsident um Quellenschutz gebeten, da die Angaben „zum Teil von noch in der DDR lebenden Quellen“ stammten.

Am 28. Februar 1990 trafen sich die Chefs der bundesdeutschen Geheimdienste im Bonner Kanzleramt.⁶⁸ Thema war unter anderem die Stasi-Verstrickung von führenden DDR-Politikern. Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst konnten sich nun über ihre Erkenntnisse austauschen und ein gemeinsames Bild entwickeln. Doch daran bestand seitens des Kanzleramtes offenbar kein Interesse. Die Politik wollte die Erkenntnisse nicht nutzen. Als der BND Erkenntnisse über eine Stasi-Verstrickung des CDU-Spitzenkandidaten Lothar de Maizière vortrug, bekam Geheimdienstkoordinator Lutz Stavenhagen einen Wutausbruch: „Sie sollen sich nicht um de Maizière kümmern, sondern um Stolpe.“ Der Kirchenjurist Manfred Stolpe machte später in der SPD Karriere und stand als brandenburgischer Ministerpräsident jahrelang wegen seiner Stasi-Vergangenheit im Kreuzfeuer.

Am Tag nach dem Geheimdiensttreffen im Kanzleramt war Schnur zusammen mit den beiden anderen „Allianz“-Chefs zu Gast beim Kanzler. Laut einem „Spiegel“-Bericht sprach Kohl den DA-Chef auf die kursierenden Stasi-Gerüchte an – „ohne allerdings ernsthaft nachzufassen, vor allem aber ohne Konsequenzen“.⁶⁹

Am 3. März 1990 trafen BND-Mitarbeiter erstmals einen ehemaligen hochrangigen MfS-Mitarbeiter „einer regionalen MfS-Behörde“.⁷⁰ Der Mann war kein Selbstanbieter, sondern war vom BND gezielt angesprochen worden. Er packte über die Zusammenarbeit von DDR-Reformpolitikern mit der Staatssicherheit aus. Unter anderem nannte er Schnur. Der DA-Vorsitzende habe als IM für die Stasi gearbeitet. Der frühere MfS-Mann konnte zwar keine Beweise vorlegen, hatte aber Insider-Wissen: „Wegen seiner [Schnurs – d.A.] Führung ergaben sich Kompetenzstreitigkeiten zwischen der BV Berlin des MfS in Rostock und der HA XX (vermutl.) Ref. 4 in Berlin.“ Der BND hielt die Aussagen für glaubwürdig.

Im Laufe des Januars und des Februars hatten die bundesdeutschen Geheimdienste verschiedene Informationssplitter aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen, die letztlich ein recht eindeutiges Gesamtbild ergeben hätten: Der Spitzenkandidat des DA war mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Stasi-Spitzel. Doch die zahlreichen Hinweise und Aussagen wurden nicht zusammengeführt,

67 Ebd., Bl. 232.

68 Ebd., Bl. 195; „Nicht um de Maiziere kümmern“, in: Der Spiegel vom 14. Oktober 1991.

69 „Nicht um de Maiziere kümmern“, in: Der Spiegel vom 14. Oktober 1991.

70 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 221.

systematisiert und auf ihre Plausibilität geprüft. Denn spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt gewesen, die vorliegenden Informationen zu bündeln, zu analysieren und die Bundesregierung über die Erkenntnisse zu informieren. Warum das nicht geschah, ist unklar. War es möglicherweise politisch nicht gewollt?

Der erste Akten-Fund

Anfang März tauchten in der DDR erneut Hinweise auf, dass Schnur, für die Staatssicherheit gearbeitet hatte. Die Quelle waren diesmal nicht anonyme Schreiben oder Gerüchte, sondern der Unabhängige Untersuchungsausschuss in Rostock.⁷¹ Die dortigen Bürgerrechtler waren am Vormittag des 5. März gemeinsam mit Mitarbeitern des Staatsarchivs und Staatsanwälten auf Stasi-Unterlagen gestoßen, die eine langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Anwalt und dem DDR-Geheimdienst belegten.⁷² Außerdem waren Auszeichnungs-Urkunden für Schnur entdeckt worden. Die Staatsanwaltschaft sicherte die Unterlagen, da Schnur wenige Wochen zuvor Anzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung erstattet hatte. Für die Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses war der Fund keine Überraschung. „Schon einige Zeit vor dem 5. März“ sei ihnen bekannt gewesen, dass Schnur für die Stasi gearbeitet hatte. So war einige Tage zuvor eine Karteikarte mit der IM-Registrierung Schnurs entdeckt worden. Der Ausschuss habe aber den Datenschutz gewahrt.

Angesichts der nun vorliegenden Akten kam der Ausschuss zu dem Urteil, dass Schnur „regelmäßig und erfolgreich“ mit der Stasi zusammengearbeitet habe. Nun ging es Schlag auf Schlag. Die Bürgerrechtler entschlossen sich, nicht die Öffentlichkeit, sondern zunächst Schnur und dann den Parteivorstand des DA vertraulich über die Erkenntnisse zu informieren.⁷³ Unterlagen oder Kopien der Akten gaben sie allerdings nicht weiter. Pfarrer Gauck, der von dem Fund gehört hatte, informierte den Rostocker DA-Geschäftsführer Eppler „zu später Abendstunde“.⁷⁴ Gauck, so erinnert sich Eppler, sei „tief bedrückt“ gewesen.

71 War Schnur ein MfS-Agent?, in: ND vom 9. März 1990; Schnur: Ich bin kein Stasi-Mann, in: taz vom 9. März 1990; Material über Schnur soll überprüft werden, in: taz vom 10. März 1990.

72 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit. Rostock 1990, S. 300; Thomas Ammer/Hans-Joachim Memmler (Hg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991, S. 8.

73 Schnur: Ich bin kein Stasi-Mann, in: taz vom 9. März 1990, 14:54 Uhr; DPA, Erklärung Schnurs räumte Verdacht einer Stasi-Tätigkeit nicht aus, 9. März 1990, 23:46 Uhr; DPA, Untersuchungsausschuss wehrt sich gegen Vorwürfe, 9. März 1990, 23:46 Uhr. Eppelmann behauptet rückblickend, dass er zunächst durch eine Radiomeldung von den Stasi-Vorwürfen gegen Schnur erfahren habe, in: ders.: Haus, S. 292.

74 Eppler: Macht, S. 112.

Noch am 5. März riefen die Bürgerrechtler in Schnurs Kanzlei an und baten um ein persönliches Gespräch.⁷⁵

Am selben Tag informierte ein „Kenner der DDR-Parteienlandschaft“ den BND über ein „Gespräch mit zwei PDS-Angehörigen“.⁷⁶ Die hätten ihm anvertraut, dass kurz vor der Volkskammerwahl eine Kampagne gestartet werde, um Schnur „persönlich bloßzustellen“. Bei der Kampagne solle es um hinterzogene Gelder gehen. Schnur wiederum kenne bereits einen Teil der Vorwürfe und habe begonnen, sich dagegen zu wappnen. Bahnte sich also eine Schmutzkampagne an?

Am nächsten Morgen rief Schnur beim Bürgerkomitee in seiner Heimatstadt zurück.⁷⁷ „Ihm wurde bei dieser Gelegenheit lediglich gesagt“, so heißt es in einem späteren Bericht der Bürgerrechtler, „dass es nach unserer Auffassung dringend erforderlich sei, ein persönliches Gespräch zu führen. Herr Schnur stellte keine Rückfragen zum beabsichtigten Gesprächsgegenstand.“ Es wurde ein Termin für den Abend des 7. März vereinbart.

Gleichzeitig informierten die Bürgerrechtler am Mittag des 6. März den Rostocker DA-Vorstand über den Aktenfund.⁷⁸ Nach eigenen Angaben gaben die Bürgerrechtler keine Informationen über Anzahl und Inhalt der Dokumente preis, gaben aber deutlich zu verstehen, „dass unsererseits keine Zweifel an der Echtheit der Unterlagen bestehen“. Der DA-Vorstand war über die Information nicht überrascht. Kurz zuvor war er bereits von einer „befreundeten Partei“ über die Funde informiert worden.

Der Untersuchungsausschuss wandte sich unmittelbar vor dem Wahltermin an den DA, weil er womöglich unter Druck stand: Der „Spiegel“ sollte bereits zu Schnurs Vergangenheit recherchieren.⁷⁹ Tatsächlich waren Redakteure des bundesdeutschen Nachrichtenmagazins in der Stadt unterwegs. Sie klingelten abends bei Schnurs einstigen Führungsoffizieren und machten ihnen „ein Angebot, das sie nicht ablehnen konnten“: „Wenn sie auspacken über Schnur, würde man nicht darüber schreiben, in welchen zivilen Arbeitsstellen sie untergetaucht seien.“⁸⁰

Bereits am 5. März hatten zwei ehemalige Rostocker Stasi-Mitarbeiter ihr Wissen über Schnur dem Ost-Berliner „Bild“-Büro gegen D-Mark angeboten. Akten oder Kopien konnten sie nicht vorlegen, da sie an Dokumente nicht mehr herankamen. Die Chefredaktion war misstrauisch: Waren die beiden Infor-

75 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 301.

76 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 217.

77 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 301.

78 Siehe auch: „Das war ’ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 19.

79 Affäre um Wolfgang Schnur zieht Kreise, in: Berliner Zeitung vom 10. März 1990; Schnur: Infamer Rufmord, in: Die Welt vom 9. März 1990.

80 Dirk Koch: Der ambulante Schlachthof oder Wie man Politiker wieder das Fürchten lehrt. Die letzten Geheimnisse der Bundesrepublik. Frankfurt a. M. 2016, S. 35 f.

manten glaubwürdig oder nicht? Schnurs Medienberater und „Freund“, der frühere „Bild“-Redakteur Karl-Heinz Kuhlo, wiegelte ab: „An der Geschichte ist nichts dran.“ Schnur schwöre das. Kuhlo redete den Chefs des Boulevardblatts den Ankauf der Informationen aus. Ein Ost-Berliner Reporter bedauerte noch Jahre später: „Hier hatte ich alle Trümpfe in der Hand, aber meine eigenen Chefredakteure glaubten mir nicht.“ Und: „Ich wusste mehr, aber ich musste schweigen.“⁸¹

Die Öffentlichkeit erfuhr weiterhin nichts vom Aktenfund in Rostock und den Hinweisen aus dem Stasi-Milieu. Angesichts der Brisanz schickte der DA am 6. März von Rostock einen Kurier nach Magdeburg, um Bundeskanzler Kohl, der dort mit Schnur einen Wahlkampfauftritt auf dem Domplatz hatte, zu informieren.⁸² Ob es dem Kurier gelang, an den Kanzler heranzukommen und ihn über Schnur aufzuklären, ist unklar. Schnur zumindest meldete sich in Rostock und bestätigte den Gesprächstermin für den folgenden Tag.

Am 7. März wurde Schnurs Akte im Rostocker Stasi-Archiv ausgesondert und die 33 Aktenordner wurden sicher verwahrt. Am Nachmittag kam DA-Vorstandsmitglied Eppelmann in Rostock an. Die Bürgerrechtler legten ihm keine Belege für die Stasi-Mitarbeit Schnurs vor, erklärten aber, dass es nicht den geringsten Zweifel an der Echtheit der Dokumente gebe. Am Abend kam Schnur hinzu. Er hatte zuvor eine Wahlkampfreise durch den Kreis Hagenow „aus gesundheitlichen Gründen“ abbrechen müssen.⁸³ „Der immer aggressiver werdende Wahlkampf“, so ließ Schnur seine Partei verbreiten, „fordert von den Spitzenpolitikern große Kraftanstrengungen, besonders wenn haltlose und persönliche Angriffe vorgebracht werden.“ Seit Februar sei Schnur den „böartigsten Diffamierungen“ ausgesetzt. Obwohl es bei dem Rostocker Gespräch zwischen Bürgerkomitee und DA-Spitze um Schnur ging, schwieg der Spitzenkandidat zunächst. „Schnur beteiligte sich bis dahin nicht an der Unterredung“, so erinnerten sich die Bürgerrechtler.⁸⁴ Erst als er direkt von ihnen angesprochen wurde, stritt er die Vorwürfe ab. Die aufgefundenen Dokumente seien Fälschungen. Er sei niemals Informant des MfS gewesen. Das Vorgehen des Untersuchungsausschusses sei fair, er danke dafür, dass sich der Ausschuss bemüht habe, die Sache intern zu klären.

Schnurs Reaktion ist schwer erklärlich. Fühlte er sich sicher, weil ihm einer seiner einstigen Führungsoffiziere versichert hatte, dass seine Akten vernichtet seien?⁸⁵ Oder glaubte er inzwischen wirklich an das, was er sagte? Oder spielte er auf Zeit und hoffte, bis zum Wahltag durchzukommen?

81 Peter Brinkmann: Schlagzeilenjagd. Bergisch Gladbach 1993, S. 201–206; ders.: Üble Stasi-Gerüchte. Partei-Chef Schnur im Krankenhaus, in: Bild vom 9. März 1990.

82 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 301 f.

83 Pressemitteilung vom 7. März 1990, in: ACDP 07-011-6199.

84 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 302.

85 Kobylnski: Verräter, S. 355.

Eppelmann erklärte nach seinem Besuch in Rostock, dass der Untersuchungsausschuss „in Rostock allgemeine Achtung und Anerkennung“ genieße.⁸⁶ Dieser sei überzeugt, dass Schnur nach Aktenlage „Unterhändler der Staatssicherheit“ war.

Anschließend kam in Berlin die DA-Spitze am späten Abend des 7. März zu einer Krisensitzung zusammen.⁸⁷ Schnur beteuerte auch hier seine Unschuld: „Ich erkläre hiermit verbindlich: Ich habe nie für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet. Ich habe nie einen Orden des Ministeriums für Staatssicherheit erhalten. [...] Ich lasse mir nicht meine Integrität und meine Glaubwürdigkeit beschädigen. Meine Schmerzgrenze ist dort erreicht, wo um einer niedrigen Motivation willen meine eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird.“⁸⁸

Eppler erinnert sich an die Situation: Schnurs Verteidigungsrede habe die Vorstandsmitglieder von dessen Unschuld überzeugt.⁸⁹ Gegen ihn, der Zweifel äußerte, habe sich eine „eisige Front“ gerichtet. Der Vorstand sprach Schnur mehrheitlich das Vertrauen aus – offenbar waren nicht alle von Schnurs Unschuld überzeugt.

Der DA geht in die Offensive

Am 8. März, zehn Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl, ging der DA mit dem Stasi-Vorwurf gegen Schnur offensiv an die Öffentlichkeit. Die Partei verschickte eine Einladung zu einer Pressekonferenz mit Schnur zum Thema „Angriffe gegen meine Person“.⁹⁰ Doch der Spitzenkandidat erschien nicht. Schnur war mit einer Herz-Kreislaufschwäche in das Ost-Berliner katholische Hedwigs-Krankenhaus gebracht worden. Der „Spiegel“ sprach später von einer „Flucht in eine Krankheit“.⁹¹

86 „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 18.

87 DPA, Schnur: Nicht für die Stasi gearbeitet – Mit Kreislaufschwäche im Krankenhaus, 8. März 1990, 15:17 Uhr; War Schnur Stasi-Agent?, in: taz vom 9. März 1990; Schnur wehrt sich gegen schwere Vorwürfe, in: FAZ vom 9. März 1990; Ehrenerklärung gegen Vorwurf, in: Neue Zeit vom 9. März 1990; War Schnur langjähriger Mitarbeiter der Stasi?, in: Berliner Zeitung vom 9. März 1990; Vorwürfe gegen DDR-Politiker wegen Stasi-Verbindungen, in: NZZ vom 9. März 1990. Ein Protokoll der Sitzung existiert offenbar nicht. Anfragen bei Andreas H. Apelt, Rainer Eppelmann, Brigitta Kögler, Ehrhart Neubert und dem Archiv für christlich-demokratische Politik in Sankt Augustin verliefen negativ.

88 DPA, Dokumentation Schnurs Ehrenerklärung zu den Vorwürfen im Wortlaut, 14. März 1990, 12:39 Uhr.

89 Eppler: Macht, S. 112.

90 Einladung zur Pressekonferenz am 8. März 1990, in: ACDP 07-011-6199; DRA, Aktuelle Kamera, Hauptausgabe, 8. März 1990, 19:30 Uhr, Pressekonferenz zum Verdacht der Stasi-Mitarbeit von Wolfgang Schnur – Demokratischer Aufbruch.

91 „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 18.

Gleichwohl hatte sich Schnur auf die Pressekonferenz detailliert vorbereitet. Es existiert ein ausführliches Redemanuskript.⁹² Auf acht Seiten hatte der DA-Chef seine Verteidigung niedergeschrieben. In dem Papier stilisierte er sich zunächst zum „Verteidiger von Wolf Biermann 1976 und Hunderten anderer politisch verfolgter Menschen“. Dann wollte er über die Repressionen sprechen, die ihm seit 1964 von der Stasi widerfahren seien. „20 Jahre meines Lebens hat mir diese Institution zugesetzt. Sie hat mich ausgehört, überwacht, meine Freunde und meine Mandanten verfolgt.“ Er kenne aus seiner anwaltlichen Tätigkeit „manches Schmierstück der Stasi“. Die Vorwürfe gegen ihn seien „schlimmster Stalinismus“. „Wir werden auf diese Art der politischen Auseinandersetzung hart reagieren“, drohte Schnur. Er sah in den Vorwürfen sogar eine „neue Art des Staatsstrechs“. Doch trotz vieler Worte ging Schnur nicht im Detail auf die Vorwürfe ein. Er sprach nicht über sein berufliches oder privates Verhältnis oder gar Kontakte zur Staatssicherheit. Stattdessen versuchte er, sich hinter Helmut Kohl zu verstecken. Denn in Wahrheit ginge es gar nicht um ihn: „Dies ist der klare Versuch, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, massiv zu diskreditieren.“ Man wolle mit dem Kanzler „den wichtigsten Hoffnungsträger der Deutschen in Ost und West bekämpfen“. Er stehe wegen der Vorwürfe „bereits seit Tagen mit den Freunden in Bonn in Verbindung“. Als Strippenzieher sah Schnur die PDS. Er forderte Ministerpräsident Hans Modrow auf, sich zu erklären. Er müsse zu den „unglaublichen Aktivitäten“ der Stasi Stellung beziehen. Abschließend wollte Schnur der versammelten Presse einen Forderungskatalog präsentieren: So sollten innerhalb von 24 Stunden die angeblich belastenden Stasi-Dokumente offengelegt werden. Außerdem sollten die Namen aller an „diesem schmutzigen Spiel“ Beteiligten genannt werden. Die Verantwortlichen in Regierung und PDS müssten sich entschuldigen. Die Stasi sollte von einem internationalen Gremium (KSZE, UNO oder Gerichtshof des Europarates) kontrolliert werden.

Da Schnur zur Pressekonferenz nicht erschien, musste Eppelmann die unangenehme Aufgabe übernehmen, die Öffentlichkeit zu informieren. Auf einem Stichwortzettel hatte Schnurs Vertrauter notiert, dass die Vorgänge eine „Riesensauerei“ seien.⁹³ Schnur sei unschuldig. Er könne „als Freund und als Pfarrer nur beten, dass man dieses Kesseltreiben auf einen unschuldigen, aufrechten Menschen endlich beendet“. Schnur beteuerte in einer „Ehrenerklärung“, die er von Eppelmann vor den Journalisten verlesen ließ, dass er nie für die Staatssicherheit gearbeitet habe. Die Vorwürfe gegen ihn bezeichnete er als „Gipfelpunkt der Verleumdungskampagne“ in einem immer unfairer werdenden Wahlkampf. Seit Wochen würden Gerüchte gestreut, er und andere DDR-Parteivorsitzende hätten für die Stasi gearbeitet. Schnur erstattete Anzeige wegen Verleumdung

92 „Jetzt ist aber Schluss!“, in: ACDP 07-011-6199.

93 Sprechzettel, ebd.

gegen „einen Herrn Petermann aus Rostock“. ⁹⁴ Zu den Hintergründen erläuterte Eppelmann, dass in Rostock Auszeichnungsurkunden gefunden worden seien, auf denen der Name Schnurs stehe. Die letzte Auszeichnung sei vom 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, gewesen.

Nachdem die Vorwürfe öffentlich waren, konnte sich der Rostocker Untersuchungsausschuss vor Anfragen kaum retten. ⁹⁵ Die Bürgerrechtler hielten jedoch dicht. Sie gaben keine Auskunft und verwiesen die Journalisten an die Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig musste sich der Ausschuss gegen Angriffe zur Wehr setzen, er ließe sich in eine Kampagne gegen Schnur einspannen. ⁹⁶

Wegen seiner plötzlichen Erkrankung konnte Schnur am Abend nicht an einer Wahlsendung im DDR-Fernsehen teilnehmen. ⁹⁷ Deshalb gab Eppelmann in der Sendung eine „Erklärung in eigener Sache“ ab, weshalb „unser Freund“ Schnur nicht da sei. Grund seien die „starke psychische Belastung der letzten Wochen und die massiven Angriffe gegen ihn persönlich“. Auf die Stasi-Vorwürfe ging Eppelmann mit keinem Wort ein.

Schnur meldete sich aus dem Krankenhaus. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung, die sich gegen den Ankauf der Stasi-Informationen entschieden hatte, erklärte der 45-Jährige: Sollte es wirklich belastende Schriftstücke geben, so „sind sie gefälscht“. ⁹⁸ Und weiter: „Wir vom Demokratischen Aufbruch stinken den Stalinisten, die ihre Macht weiter erhalten wollen.“ Ein Gespräch mit dem „Spiegel“ hatte Schnur abgelehnt. ⁹⁹ Auch sein Parteifreund Eppelmann, konnte nicht glauben, was Schnur vorgeworfen wurde. Er erklärte die Dokumente, ohne sie gesehen zu haben, für eine „Fälschung“. ¹⁰⁰ Dagegen zweifelte er nicht an den Mitgliedern des Rostocker Untersuchungsausschusses. Das seien „ehrliche Leute“. Was ihn misstrauisch mache, sei, dass die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ bereits im Dezember angekündigt habe, dass sie einen „dicken Fisch“ habe, der Mitte März aufgetischt werden solle. Außerdem seien schon im Dezember anonyme Briefe aufgetaucht, in denen Schnur eine Stasi-Mitarbeit unterstellt werde. Auch ein angeblicher Deckname Schnurs sei damals genannt worden. Die Beschuldigungen gegen Schnur, so behauptete der DA von nun ab, habe die Stasi lanciert.

Damit war die Angelegenheit allerdings nicht erledigt und waren die Vorwürfe nicht aus dem Weg geräumt, sondern der Fall nahm erst richtig Fahrt auf.

94 Schnur: Ich bin kein Stasi-Mann, in: taz vom 9. März 1990; Schnur wehrt sich gegen Verdächtigungen: „Schriftstücke sind gefälscht“, in: FAZ vom 10. März 1990.

95 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 302 f.

96 Deutschlandfunk, Rostocker Untersuchungsausschuss bekräftigt Verdacht der Stasi-Mitarbeit des „Demokratischen Aufbruch“-Vorsitzenden Wolfgang Schnur, 9. März 1990.

97 DRA, Wahl 90 In eigener Sache – Demokratischer Aufbruch, 8. März 1990, 19:50 Uhr.

98 Üble Stasi-Gerüchte. Partei-Chef Schnur im Krankenhaus, in: Bild vom 9. März 1990.

99 „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 18.

100 Schnur: Infamer Rufmord, in: Die Welt vom 9. März 1990; Demokratischer Aufbruch steht hinter Schnur, ebd.

Die ehemalige FDJ-Zeitung „Junge Welt“, die sich inzwischen „linke sozialistische Jugendzeitung“ nannte, legte neue Indizien vor, dass Schnur für das MfS gearbeitet habe.¹⁰¹ Der Redaktion lägen „einige Schreiben entsprechenden Inhalts“ vor. Nach Informationen, die die Zeitung bereits Anfang Januar von einem ehemaligen MfS-Mitarbeiter bekommen habe, solle Schnur seit Anfang der 1970er-Jahre Inoffizieller Mitarbeiter für die Abteilung XX in Rostock gewesen sein. Schnur habe finanzielle und berufliche Vorteile durch seine Stasi-Mitarbeit erhalten.

Die Stasi-Mitarbeit bestätigte auch eine ehemalige MfS-Mitarbeiterin, die im „Sender Rostock“ über Schnur berichtete.¹⁰² Der Anwalt habe als Informant der MfS-Kirchenabteilung nicht nur Informationen über Friedensgruppen, sondern auch über seinen jetzigen Parteifreund Eppelmann geliefert.

Tatsächliche Beweise für eine Spitzeltätigkeit von Schnur konnte aber bisher niemand vorlegen. Das veröffentlichte Insider-Wissen über Schnur wurde bei den bundesdeutschen Geheimdiensten offenbar nicht registriert. Obwohl die Meldung der „Jungen Welt“ auch von westlichen Nachrichtenagenturen verbreitet und in bundesdeutschen Zeitungen nachgedruckt wurde, finden sich in den freigegebenen Geheimdienst-Akten keine Hinweise darauf, dass diese Information in Pullach oder Köln wahrgenommen oder gar bewertet wurde.

Gleichwohl gingen beim Bundesnachrichtendienst an diesem Tag zahlreiche neue Informationen über Schnur ein.¹⁰³ Verschiedene ehemalige MfS-Mitarbeiter berichteten, was sie über Schnur wussten oder zumindest gehört hatten. Zwei ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Rostock bestätigten einem BND-Mann, dass Schnur IM gewesen sei. Er habe, so behaupteten die beiden Männer, nach der Besetzung der Stasi-Zentrale in Rostock seine Akten eingesehen. Daraufhin habe Schnur gefordert, dass sämtliche Akten der Bezirksverwaltung vernichtet werden sollten. So solle eine „Hexenjagd“ verhindert werden. Ein anderer ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter „mit fundiertem und gesichertem Einblick in den Sachverhalt“, berichtete dem BND, dass Schnurs Führungsoffizier Major Fiedler gewesen sei.¹⁰⁴ Schnur habe unter anderem Informationen über Bausoldaten geliefert. Als Lohn habe er vom MfS ein Auto erhalten. Die Aussagen der Quelle schätzte der BND als „glaubhaft“ ein. Ein weiterer ehemaliger MfS-Offizier glaubte sich an eine Äuße-

101 Schnur ein Stasi-Mann?, in: Junge Welt vom 9. März 1990; DPA, Junge Welt: Schnur seit mindestens 1970/71 Stasi-Mitarbeiter, 9. März 1990, 9:12 Uhr; Material über Schnur soll überprüft werden, in: taz vom 10. März 1990; Schnur wehrt sich gegen Verdächtigungen „Schriftstücke sind gefälscht“, in: FAZ vom 10. März 1990; DDR-Politiker Schnur weiter belastet, in: FR vom 10. März 1990.

102 NDR Schwerin, Wolfgang Schnur, „Demokratischer Aufbruch“ am 9. März 1990; Arbeitete Schnur auf doppelte Rechnung?, in: ND vom 10. März 1990.

103 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 212.

104 Ebd., Bl. 211. Siehe auch Bl. 209 f.

rung eines Weimarer Stasi-Genossen „zu einer MfS-Verbindung“ Schnurs zu erinnern.¹⁰⁵ Bei einer Lagebesprechung „zu Aspekten der inneren Sicherheit“ habe der Genosse gesagt, dass Schnur „im Auftrag“ der Bezirksverwaltung Rostock „erfolgreich, d. h. beschwichtigend und lagestabilisierend, auf oppositionelle Kirchenkreise und Bausoldaten einwirke“. Der Weimarer Stasi-Mann habe in diesem Zusammenhang „halb scherzhaft“ laut überlegt, „ob man Schnur zur Beruhigung der örtlichen Dissidentenlage nicht nach Weimar bitten sollte“.

Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz tauschten sich nun direkt über diesen und andere Verdachtsfälle aus. Am 8. März schickte Verfassungsschutz-Chef Gerhard Boeden einen achtseitigen Brief an BND-Präsident Wieck.¹⁰⁶ Anlass war ein Gespräch der beiden am Rande einer nachrichtendienstlichen Lagebesprechung in Bonn zwei Tage zuvor. Boeden schickte eine „Zusammenstellung hier vorliegender Erkenntnisse“, die sein Amt durch Überläufer über DDR-Politiker erhalten hatte. Die Zusammenstellung stammte vom 27. Februar. Aufgelistet waren Erkenntnisse über Ministerpräsident Hans Modrow, CDU-Chef Lothar de Maizière, die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, den CDU-Generalsekretär Martin Kirchner und DA-Chef Schnur. Zu Letzterem hieß es, dass bereits 1978 ein westlicher Kirchenmann Hinweise zu einer „möglichen nachrichtendienstlichen Einbindung“ Schnurs geliefert habe. Schnur, so die Quelle, habe bei einem Treffen 1977 erzählt, dass er in „jungen Jahren“ auf einen Pfarrer und eine evangelische Jugendgruppe angesetzt worden sei. Seit dieser Zeit habe er sich in der Kirche engagiert. „Nach neuesten Erkenntnissen“, so der Verfassungsschutz weiter, „ist Schnur vom MfS bis 1989 als Oppositioneller überwacht worden“.

Nicht nur ehemalige MfS-Mitarbeiter erhoben inzwischen öffentlich und intern Vorwürfe gegen den DA-Spitzenkandidaten, sondern auch einstige DDR-Bürgerrechtler. Sie waren über die Stasi-Vorwürfe überhaupt nicht überrascht.¹⁰⁷ Bärbel Bohley vom Neuen Forum sagte, in ihrem Fall habe es „etliche Rätsel“ gegeben, die Schnur auch in langen Gesprächen nicht aufgeklärt habe. Gleichzeitig forderte die Bürgerrechtlerin, dass die Vorwürfe gegen ihren Ex-Anwalt genau geprüft und bewiesen werden müssten. Freya Klier beschuldigte Schnur im „Deutschlandfunk“, in den „Tagesthemen“ und in der taz, er habe sie und Stephan Krawczyk in der Haft 1988 gegeneinander ausgespielt.¹⁰⁸ Der Vorwurf lautete, sie allzu schnell zur Ausreise in den Westen überredet zu haben, da das

105 Ebd., Bl. 208.

106 BND-Archiv 2216_Auszug_OT, Bl. 80–87.

107 „Es gab schon Rätsel“, in: taz vom 10. März 1990.

108 Deutschlandfunk, Rechtsanwalt Schnur hat mit Erpressungs- und Täuschungsmanövern zur Ausreise Oppositioneller aus der DDR beigetragen – Gespräch mit der Schriftstellerin Freya Klier, 9. März 1990; DPA, Erklärung Schnurs räumte Verdacht einer Stasi-Tätigkeit nicht aus, 9. März 1990, 14:54 Uhr; „Es gab schon Rätsel“, in: taz vom 10. März 1990; WDR, Bericht aus Bonn, Grauzone – Fragezeichen in der Affäre Schnur, 9. März 1990.

die bequemste Lösung für die Sicherheitsbehörden war, die Bürgerrechtler loszuwerden. Schnur habe dabei, so die ehemalige Mandantin, „eng mit den Staatsorganen der DDR zusammengearbeitet“. Eine Stasi-Mitarbeit Schnurs konnte Klier allerdings nicht belegen. Schnur reagierte umgehend und kündigte an, gegen Klier eine einstweilige Verfügung beantragen zu wollen, sie wegen Verleumdung zu verklagen und Schadensersatz zu verlangen.¹⁰⁹

Während Schnur juristische Konsequenzen ankündigte, schaute sich die Bezirksstaatsanwaltschaft in Rostock Schnurs Akten genauer an.¹¹⁰ Die Ermittler wollten die Akte beschlagnahmen und nach Berlin zur Generalstaatsanwaltschaft schicken. Doch das lehnten die Bürgerrechtler ab. Das Transportrisiko sei zu hoch. Die Staatsanwaltschaft gab nach. Schnurs Akte wurde wieder gesondert unter Verschluss genommen.

Schützenhilfe der West-CDU für Schnur

Die ostdeutschen „Allianz“-Bündnispartner sprangen dem bedrängten Schnur nicht zur Seite. Ost-CDU-Chef de Maizière, der selbst Anwalt war und Schnur seit langer Zeit kannte, schwieg vielsagend. Sein Generalsekretär konnte auch nicht reagieren. Denn „Der Spiegel“ hatte Martin Kirchner ebenfalls ins Visier genommen. Auch gegen den DSU-Chef Hans-Wilhelm Ebeling gab es Anschuldigungen bezüglich seines Verhaltens in der DDR. Die „Allianz“-Spitzenkandidaten tauchten im „Fall Schnur“ kollektiv ab und überließen dem West-Partner das Krisenmanagement.

Ob CDU-Chef und Kanzler Kohl erst durch die DA-Pressekonferenz zum ersten Mal vom Stasi-Verdacht gegen Schnur erfuhr oder bereits von seinem Geheimdienstkoordinator informiert worden war, ist unklar. In seinen „Erinnerungen“ ließ Kohl den Zeitpunkt im Ungefähren. Er habe sich gefragt: „War er ein Spitzel gewesen oder war er es nicht?“ Er sei sich nicht sicher gewesen, „ob die Vorwürfe zutrafen oder ob es nur um die Diffamierung des politischen Gegners ging“.¹¹¹

Trotz der schweren Vorwürfe stellten sich bundesdeutsche CDU-Politiker umgehend vor Schnur.¹¹² Obwohl die Parteispitze es besser wissen musste, wischte die CDU Indizien und Gerüchte als Diffamierungsfeldzug und Ver-

109 Seiters: Modrow und die PDS schüren Ängste in der DDR, in: Welt am Sonntag vom 11. März 1990.

110 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 304.

111 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 43.

112 DPA, Rühle und Hennig geben Ehrenerklärungen für Schnur ab, 9. März 1990, 13:25 Uhr; Schnur riskierte lebenslänglich, in: Neue Zeit vom 10. März 1990; Die Bundesregierung dankt Schnur, in: FAZ vom 10. März 1990; Schnur war Informant der Bundesregierung, in: SZ vom 10. März 1990; Arbeitete Schnur auf doppelte Rechnung?, in: ND vom 10. März 1990; Bonn: Schnur arbeitete für uns!, in: Express vom 10. März 1990; Die Vorwürfe gegen Schnur, in: NZZ vom 10. März 1990.

leumdungskampagne beiseite. Die vorliegenden Geheimdienstinformationen wurden ignoriert und verdrängt. Bundeskanzler Kohl schwieg und überließ anderen das Feld: Der Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, und CDU-Generalsekretär Volker Rühle gaben „Ehrenerklärungen“ ab. Hennig ging sogar in die Offensive: Er erklärte Schnur quasi zum bundesdeutschen Agenten. Danach hatte Schnur jahrelang die Bundesregierung vertraulich über rechtsstaatswidrige politische Strafverfahren gegen DDR-Bürger unterrichtet und somit eine lebenslängliche Freiheitsstrafe riskiert. Rühle, der sich für ein Bündnis mit dem DA starkgemacht hatte, sprach von einer „gezielten Verleumdungskampagne gegen die Demokratiebewegung in der DDR“. Es handele sich um die „schäbige alte Stasi-Methode des Ehrabschneidens“ mit dem Ziel, den Wahlkampf zu beeinflussen.

In das gleiche Horn stieß der hessische Innenminister. Gottfried Milde warnte davor, dass es eine gezielte Geheimdienstkampagne gegen Funktionsträger und Mitglieder von DDR-Parteien geben könnte. Dafür lägen inzwischen Hinweise vor, sagte er der „Welt“. Entlassene und aktive MfS-Mitarbeiter sowie der sowjetische KGB beabsichtigten mit einer inszenierten Desinformation die Schwächung der demokratischen Parteien. Allerdings könne er nicht ausschließen, so der CDU-Politiker, dass DDR-Politiker tatsächlich belastet sein könnten.¹¹³

Jahre später behauptete „Der Spiegel“, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt eine Desinformationskampagne geplant habe.¹¹⁴ Ziel sei es gewesen, so ein Zeuge, Schnur aus der Schusslinie zu ziehen. Dazu sollte auf Anweisung des Verfassungsschutz-Vizepräsidenten Peter Frisch ein Geheimdienstpapier mit dem Tenor „Das MfS ist zu jeder Schweinerei fähig, auch zur Verleumdung der neuen demokratischen Politiker“ an die Presse durchgestochen werden. Allerdings hätten sich keine Beispiele gefunden, um diese Behauptung zu belegen. Deshalb sei die Geheimdienst-Aktion dann doch nicht gestartet worden. Die Bundesregierung dementierte später den Bericht: Sie sei in die Planung einer solchen Kampagne nicht involviert gewesen.¹¹⁵ Der im Artikel namentlich genannte Vizepräsident des Verfassungsschutzes ging gegen das Magazin juristisch vor. „Der Spiegel“ musste schließlich Jahre später einräumen: „Aufgrund einer beim Landgericht durchgeführten Beweisaufnahme gehen Herr Dr. Frisch und der Spiegel übereinstimmend davon aus, dass konkrete Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Darstellung, die auf eine Information eines früheren BfV-Angehörigen zurückging, nicht zutage getreten sind.“¹¹⁶

Nicht nur bundesdeutsche CDU-Politiker leisteten Schützenhilfe, auch die konservative bundesdeutsche Presse, allen voran der Springer-Konzern: Schnur,

113 DPA, Verfassungsschutz Hessen: Geheimdienstkampagne gegen DDR-Politiker, 9. März 1990, 16:23 Uhr.

114 Renault I, in: Der Spiegel vom 30. März 1992, S. 65–69.

115 Deutscher Bundestag Sten. Ber. 12. Wahlperiode, 88. Sitzung, 29. April 1992, S. 7219.

116 Rückspiegel, in: Der Spiegel vom 11. April 1994, S. 242.

so schrieb „Die Welt“, sei der „bestgehasste Mann der Oppositionsbewegung in der DDR“.¹¹⁷ Der Fund von „Dokumenten“ eine Woche vor der Wahl sei „mysteriös“. Und die Zeitung fragte, ob die Akten echt seien oder „eine der vielen Stasi-Fälschungen zur Vernichtung eines Gegners?“ Und an anderer Stelle hieß es: „Bisher sind alles nur Gerüchte und Aussagen.“¹¹⁸

Auch „Bild“ säte Zweifel und blieb damit ihrem Kurs pro Schnur treu. Unter der Überschrift „Stasi, ick hör’ dir trapsen“ fragte ein Kommentator: „Eine sensationelle Enthüllung? Oder das letzte Schmierstück der gelehrten Rufmörder?“¹¹⁹ „Ausgerechnet“ Schnur werde belastet. „Berufsdennunzianten“ würden derzeit die Redaktionen abklappern und „Dossiers“ anbieten, so das Boulevardblatt. Das Fazit von „Bild“: „Die Aktion stinkt. Nach Stasi.“ In einem Artikel wurde von „üblen Stasi-Gerüchten“ gesprochen.¹²⁰ Gleichzeitig wurden Schnurs Verdienste als Anwalt von Oppositionellen herausgestellt. Und die Zeitung vermittelte den Eindruck, dass die belastenden Informationen aus trüben Quellen stammten: Auch ihr seien kürzlich Dokumente angeboten worden. Am nächsten Tag berichtete das Boulevardblatt über den Kontakt zu den Stasi-Informanten.¹²¹ „Und dann erzählen sie eine Story als Stasi-Spitzel, ebenso abenteuerlich wie unglaubwürdig. Sie haben keine Beweise.“ Und: „Aber Akten kann man fälschen.“ Das Ziel der angeblichen Stasi-Aktion, so die Zeitung: „Der ‚Allianz für Deutschland‘ bei der Wahl am 18. März Stimmen abzujagen.“ Aber letztendlich hat auch „Bild“ keine Gewissheit und kann die Fragen „Ist die Affäre Schnur ein raffinierter Stasi-Rufmord? Oder war der angesehene Rechtsanwalt und DA-Chef Wolfgang Schnur (45) tatsächlich ein Stasi-Spitzel?“ nicht beantworten.

Die „Rheinische Post“ schrieb zu dem Fall: „Es kann und muss sogar vermutet werden, dass ‚Stasi‘ noch funktioniert und zu einem entscheidenden Schlag gegen Rechtsanwalt Wolfgang Schnur [...] ausgeholt hat.“¹²² Dieser sei wegen des Erfolges seiner Partei „vielen höchst missliebige“. Und weiter hieß es allerdings: „Schlimmer wäre es, wenn er nicht das Opfer einer böswilligen Verleumdung wäre, sondern die Vorwürfe zuträfen.“ Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte, dass die Vorwürfe umso weniger Glauben verdienen, nachdem die Bundesregierung erklärt habe, dass Schnur sie „jahrelang über Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgungen in der DDR“ vertraulich unterrichtet habe.¹²³ „Das ehrt den Rechtsanwalt Schnur, der damit

117 Der Angriff auf Schnur, in: Die Welt vom 9. März 1990.

118 Wolfgang Schnur und viele Fragezeichen, in: Die Welt vom 10. März 1990.

119 Hans-Hermann Tiedje: Stasi, ick hör’ dir trapsen, in: Bild vom 9. März 1990.

120 Üble Stasi-Gerüchte. Partei-Chef Schnur im Krankenhaus, in: Bild vom 9. März 1990.

121 Affäre Schnur. „Ich hab da was für Sie“, sagte der Stasi-Agent zum BILD-Reporter, in: Bild vom 10. März 1990.

122 Eine Affäre Schnur?, in: Rheinische Post vom 10. März 1990.

123 Es ehrt ihn, in: FAZ vom 10. März 1990.

ein Risiko eingegangen ist, das unter den damaligen Umständen so leicht kein anderer auf sich genommen hat.“

Das „Neue Deutschland“ legte sich zwar nicht fest, suggerierte aber seinen Lesern, Schnur habe sowohl für die Staatssicherheit als auch für den Klassenfeind in Bonn gearbeitet.¹²⁴ Für die einstige SED-Zeitung war die Information aus Bonn, die der Verteidigung des bedrängten Spitzenkandidaten dienen sollte, Anlass, um die Fragen in den Raum zu stellen, ob und in welcher Höhe Schnur für seine Informationstätigkeit von der Bundesregierung honoriert wurde und ob er damit gegen seine anwaltliche Schweigepflicht verstoßen habe.

Der DA scharte sich um seinen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten. Generalsekretär Oswald Wutzke beklagte, dass systematisch versucht werde, Schnur „kaputtzumachen“.¹²⁵ Schnur sei immer ein „Anwalt der Entmündigten und vom Stasi Verfolgten gewesen“. Pfarrer Eppelmann stellte sich am Abend des 9. März erneut vor Schnur.¹²⁶ Der DDR-Oppositionelle sprach auf einer Wahlkampfkundgebung mit Kohl in Schnurs Heimatstadt Rostock und überbrachte Grüße „von meinem kranken Freund Wolfgang Schnur“. Dieser habe als Anwalt jahrelang versucht, Menschen zu helfen, die Opfer der Stasi geworden seien. Jetzt solle er selbst eins werden. Nach dem Auftritt wurde kurzfristig eine Pressekonferenz einberufen.¹²⁷ Eppelmann sagte, dass er weiter davon ausgehe, dass Schnur die Wahrheit sage. „Ich habe das Wort eines Freundes und lauterer Rechtsanwaltes“. Gleichzeitig berichtete Eppelmann, dass „Der Spiegel“ und das NDR-Politmagazin „Panorama“ zum „Fall Schnur“ recherchieren würden.¹²⁸ Auch drei DDR-Redaktionen seien an dem Fall dran. Eppelmann behauptete, dass die Journalisten fündig geworden seien und nun den günstigsten Tag für eine Veröffentlichung abwarten würden.

Allerdings scharten sich im DA nicht alle um Schnur. Gerade im Rostocker Kreisverband gab es Zweifel. Geschäftsführer Eppler sagte am Abend in der „Tagesschau“ und im „Schleswig-Holstein-Magazin“: „An seiner Stelle hätte ich im Interesse der Partei so lange mein Amt zur Verfügung gestellt, bis die Sache aus der Welt ist. Und das ist vor der Wahl nicht mehr zu schaffen. Ich denke, dass wir genügend Material- oder Personalreserve haben, dass wir einen anderen Spitzenkandidaten, zum Beispiel Herrn Eppelmann, für diese große Aufgabe, die vor uns steht, haben. Leider ist es nicht möglich, die genaue Überprüfung in diesen acht Tagen noch vorzunehmen. Und um diesen Demokratisierungsprozess

124 Arbeitete Schnur auf doppelte Rechnung?, in: ND vom 10. März 1990. Siehe auch: Ein Geschwür bricht auf, in: Junge Welt vom 12. März 1990.

125 Presseerklärung vom 9. März 1990, in: ACDP 07-011-6199.

126 DPA, Kohl-Wahlkampfrede in Rostock von Protesten begleitet, 9. März 1990, 19:34 Uhr. Siehe auch: Kohl in Rostock: Wir helfen euch, in: Hamburger Abendblatt vom 10. März 1990.

127 DPA, Eppelmann verteidigt Schnur erneut gegen Vorwürfe, 9. März 1990, 20:49 Uhr.

128 DRA, Elf99, 9. März 1990, 16:45 Uhr.

in unserem Lande, nicht weiter zu schaden, habe ich Herrn Schnur persönlich gebeten, seine Spitzenkandidatur zur Disposition zu stellen.“¹²⁹

Der „Spiegel“-Bericht

Derweil kam eine Woche vor dem Wahlsonntag der Demokratische Aufbruch zu seinem Wahlparteitag in Dresden zusammen. Spitzenkandidat Schnur hütete zwar weiterhin das Krankenbett, schickte aber eine Grußbotschaft an die 450 Delegierten im Hygienemuseum und bezeichnete die gegen ihn erhobenen Vorwürfe erneut als Verleumdungskampagne, vor der er nicht kapitulieren werde.¹³⁰ Die Vorkommnisse hätten deutlich gezeigt, „dass saubere, ehrliche demokratische Kräfte Verantwortung im Land übernehmen müssen“. Dafür gab es demonstrativen Beifall. Im DA herrschte Wagenburg-Mentalität, alles scharte sich um den bedrängten Vorsitzenden. Eppelmann forderte seine Parteifreunde auf, den Erklärungen von Schnur mehr zu trauen „als den Aussagen ehemaliger Stasileute“.¹³¹ Die Vorwürfe seien schlimm, aber er vertraue weiter Schnur: „Ich habe das Wort eines Freundes und lauterer Rechtsanwalts“, so Eppelmann erneut. Der Rostocker Anwalt Dieter Schadewald sagte vor den Delegierten, es gebe belegbare Anhaltspunkte für die Fälschung der Unterlagen.¹³² Ehemalige Stasi-Mitarbeiter und die „Junge Welt“ würden den DA-Spitzenkandidaten gezielt verleumden. Der DA ergänzte seine Wahlplakate mit dem Schnur-Konterfei nun mit dem trotzigem Aufkleber „Trotz Verleumdung“.¹³³ Flugblätter mit weiteren „Ehrenerklärungen“ von DDR-Bürgern wurden gedruckt und verteilt.¹³⁴ Er sei Schnur, so schrieb ein ehemaliger Bausoldat, noch heute dankbar: „Ein Mann, der so viel Mut für das Recht eingesetzt hat, ist Garant für wirkliche Rechtsstaatlichkeit.“ Und weiter hieß es im Flugblatt: „Schon damals hatten die Genossen Angst vor dem Namen Schnur. Das ist heute der eigentliche Grund für falsche Beschuldigungen und Hetzkampagnen!“ Die DA-Delegierten verabschiedeten schließlich einstimmig eine Erklärung, in der sie sich „geschlossen“ hinter Schnurs Ehrenerklärung stellten. Die Angriffe seien der Versuch, den Vorsitzenden herabzusetzen und damit die Partei zu schädi-

129 NDR, Tageschau vom 9. März 1990, 20 Uhr; NDR, Schleswig-Holstein-Magazin vom 9. März 1990. Siehe auch DDR-Politiker Schnur weiter belastet, in: FR vom 10. März 1990; „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990; Arbeitete Schnur auf doppelte Rechnung? in: ND vom 10. März 1990.

130 Grußbotschaft von Wolfgang Schnur vom 10. März 1990, in: ACDP 07-011-6199; DPA, Schnur will nicht kapitulieren, 11. März 1990, 14:05 Uhr.

131 Frühere Häftlinge verteidigen Schnur „Wir kennen ihn als mutigen Anwalt“, in: FAZ vom 12. März 1990.

132 DPA, Gezielte Verleumdung, 11. März 1990, 17:47 Uhr.

133 Eppelmann: Haus, S. 292.

134 Abgedruckt in: Grashoff: Der Demokratische Aufbruch, S. 68.

gen: „Wir sind überzeugt, dass dieser erneute Versuch misslingen wird – wir vertrauen auf die Erfahrung unserer Bürger nach 40 Jahren Stasi-Herrschaft.“¹³⁵

Nach Ende des DA-Parteitages, am Abend des 10. März, zwei Tage nachdem der DA die Stasi-Vorwürfe gegen seinen Vorsitzenden öffentlich gemacht hatte, liefen die ersten Vorab-Meldungen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ über die Agentur-Ticker.¹³⁶ Die Zeitschrift hatte zwar keine Dokumente vorliegen, berief sich aber auf die Aussagen von zwei Führungsoffizieren über ihre Zusammenarbeit mit Schnur in den 1980er-Jahren.¹³⁷ Das letzte Treffen zwischen einem Führungsoffizier und Rechtsanwalt Schnur habe am 7. Oktober 1989 stattgefunden. „Der Spiegel“ berichtete außerdem, dass das Bundesinnenministerium bereits vor Wochen das Kanzleramt über den Stasi-Verdacht gegen Schnur informiert habe. Mehrere Überläufer hätten ihn belastet. Doch wie belastbar war die Geschichte? „Das alles hört sich sehr konkret an“, schrieb die „Stuttgarter Zeitung“.¹³⁸ Es sei aber auch nicht auszuschließen, dass „Der Spiegel“ einem Komplott der Staatssicherheit aufgesessen sei. Die in Rostock aufgefundenen Dokumente „könnten jedenfalls ohne große Probleme gefälscht worden sein“.

Einen Tag später veröffentlichte der „Express“ ein Interview mit einem ehemaligen Stasi-Major aus Halle, der Schnur ebenfalls belastete. Der Anwalt sei ein „Star-Spitzel“ gewesen, behauptete der Mann in dem Boulevardblatt, ohne die Akten zu kennen. Aber: „Für mich gibt es im Fall Schnur zu viele Sachen, die zusammenpassen.“¹³⁹

Trotz der erneuten und immer konkreter werdenden Vorwürfe bekam Schnur weiter Schützenhilfe. Die „Welt am Sonntag“ berichtete unter Berufung auf „einen der engsten Mitarbeiter“ Schnurs, dass sich „konkrete Beweise“ mehrten, „dass es sich bei den Anschuldigungen um Verleumdungen handele“.¹⁴⁰ Schnurs Stellvertreterin Brigitta Kögler, eine Rechtsanwältin aus Jena, riet ihm: „Tritt nicht zurück.“ Selbst die politische Konkurrenz nahm den Bedrängten in Schutz: SPD-Spitzenkandidat Ibrahim Böhme, ein langjähriger Bekannter von Schnur – und, wie später bekannt wurde, selbst Stasi-Spitzel¹⁴¹ – sagte, er halte es „für Fiktion, was da angeboten wird“.¹⁴²

135 Erklärung des Wahlparteitages vom 11. März 1990, in: ACDP 07-011-6199.

136 DPA, „Spiegel“: Stasi-Führungsoffiziere sahen in Schnur wichtigen Informanten, 10. März 1990, 18:13 Uhr.

137 „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990.

138 Doppelagent oder das Opfer eines Komplotts?, in: Stuttgarter Zeitung vom 12. März 1990.

139 „Schnur spitzelt seit 1984 für die Stasi“, in: Express vom 11. März 1990.

140 Seiters: Modrow und die PDS schüren Ängste in der DDR, in: Welt am Sonntag vom 11. März 1990.

141 Vgl. Birgit Lahann: Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. Berlin 1992; Christiane Baumann: Manfred „Ibrahim“ Böhme. Ein rekonstruierter Lebenslauf. Schwein 2009.

142 DPA, SPD-Böhme hält Vorwürfe gegen Schnur für „Fiktion“, 12. März 1990, 11:59 Uhr; Böhme nimmt Schnur in Schutz, in: SZ vom 13. März 1990.

Vom Krankenbett aus gab Schnur ein weiteres Interview: „Ich habe Angst, körperlich diesen Anspannungen nicht gewachsen zu sein.“¹⁴³ Er habe niemanden ans Messer geliefert.

Am 12. März lag der neue „Spiegel“ an den Kiosken. Auf fünf Seiten wurden „schwere Vorwürfe“ gegen Schnur erhoben. Auf der ersten Seite war ein Doppelporträt: Schnur zusammen mit Bundeskanzler Kohl. Die Bildunterschrift war ein Zitat des Kanzlers: „Das sind Männer, die Ihr Vertrauen verdienen.“ Das Magazin warf dem Kanzler vor, „seit längerem“ von den Vorwürfen gegen Schnur gewusst zu haben. Bereits „vor Wochen“ habe das Innenministerium das Kanzleramt informiert, „nach Erkenntnissen der Bonner Abwehr könne nicht ausgeschlossen werden, dass Schnur vor kurzem noch MfS-Mitarbeiter“ war. Quelle seien mehrere Überläufer gewesen. Kohl habe sich entschlossen, „die Warnung zu missachten“. Die bundesdeutschen Sicherheitsexperten hätten sich außerstande erklärt, „die Vorwürfe auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen“. „Auf einen bloßen Verdacht hin“, so „Der Spiegel“, „mochte der Kanzler nicht auf Distanz zu einem Verbündeten gehen, den er im Wahlkampf gegen die nach Umfragen vorn liegenden Sozialdemokraten brauchte.“ Kohl habe sogar im Kanzleramt mit Schnur über den Verdacht gesprochen – ohne Konsequenzen. Inzwischen wollten Bonner Sicherheitsexperten, so das Magazin, nicht mehr davon ausgehen, dass es sich bei den Stasi-Vorwürfen um eine Verleumdungskampagne handele.¹⁴⁴

Die bundesdeutsche Opposition versuchte nun, den Kanzler in die Affäre um den DA-Spitzenkandidaten zu ziehen. SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs warf Kohl und der CDU vor, „schon seit langem“ über die Vorwürfe gegen Schnur Bescheid gewusst zu haben. „Der Kanzler aber hat hierzu geschwiegen und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik wie in der DDR hinters Licht geführt.“¹⁴⁵

Dem widersprach das Innenministerium. Der Vorwurf, die Bundesregierung hätte schon seit einiger Zeit Informationen von Stasi-Überläufern über eine Geheimdienstmitarbeit Schnurs gehabt, stimme nicht.¹⁴⁶ Es gebe „keine Aussage von Überläufern, die diese Vorwürfe belegen.“ Kohl sei nicht vor Schnur, sondern vor einer Kampagne gegen den DA-Vorsitzenden gewarnt worden. Er sei das Opfer einer von ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheit inszenierten Kampagne. Bereits Ende Dezember habe die Bundesregierung gewusst, dass diese Kampagne „unmittelbar vor der DDR-Wahl“ in Gang gesetzt werden sollte. In Bonn gebe es keine Hinweise, die Schnur belasten.

143 DPA, Schnur sieht sich als Opfer einer Kampagne, 10. März 1990, 10:04 Uhr; „Keinen ans Messer geliefert“, in: FAZ vom 11. März 1990.

144 „Das war 'ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 12. März 1990, S. 18–22.

145 Widersprüche um Schnur spitzen sich weiter zu, in: Berliner Zeitung vom 12. März 1990.

146 Schnur im Zwielficht, in: taz vom 13. März 1990; Bonn wusste: Gegen Schnur wurde Kampagne vorbereitet, in: Die Welt vom 12. März 1990.

Auch Kohl selbst sah in den Vorwürfen eine Kampagne. Ohne Schnur namentlich zu nennen, sagte er im Gespräch mit amerikanischen Senatoren: „Es sei bekannt, welch probates Mittel Verunglimpfungen kurz vor Wahlen seien, so dass der Beschuldigte sich nicht rechtzeitig rehabilitieren könne.“¹⁴⁷

Auch in Pullach wurde „Der Spiegel“ aufmerksam gelesen und analysiert. Der BND hielt intern fest, dass ihm „mehrere Informationen über eine Verbindung von Wolfgang Schnur zum MfS“ vorlägen. Allerdings differiere der Inhalt der Informationen:

„Nach einer Version hatte Schnur im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit Verbindungen zum MfS. Dies um die von ihm vertretenen Mandaten richtig beraten zu können. Nach einer anderen Version war Schnur aktiver Informant des MfS und wurde von der Abteilung 20 Referat 4 des MfS geführt. Sein Führender beim MfS soll ein Oberst Kroll von der Bezirksverwaltung Rostock gewesen sein.“ Außerdem gab der BND an, zu wissen, dass es in Rostock Akten über Schnur gebe, die vom Bürgerkomitee unter Verschluss gehalten würden. Das Fazit des BND: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Schnur mit Sicherheit Verbindungen zum MfS hatte. Mit eben so großer Sicherheit wurde er vom MfS auch überwacht. Inwieweit er als aktiver Informant tätig war, bleibt offen. Es ist nicht auszuschließen, dass das MfS ihn als solchen geführt hat, Schnur jedoch seine Kontakte anders wertet.“¹⁴⁸

In einer späteren Analyse, vom 14. März, hieß es, dass sich die Vorwürfe gegen Schnur „von vielen ähnlichen Behauptungen in Bezug auf andere politische Persönlichkeiten“ in einem „essentiellen Punkt“ unterscheiden würden: Schnur soll „über Jahre bezahlter Mitarbeiter der Staatssicherheit“ gewesen sein. Das Nachrichtenmagazin berufe sich bei dieser Aussage auf „Aktenkennner“ eines Bürgerkomitees und zwei frühere Stasi-Offiziere. Dann fasste ein BND-Mitarbeiter die wichtigsten Punkte des Artikels zusammen, ohne sie weiter zu analysieren oder zu bewerten.¹⁴⁹

Nicht nur „Der Spiegel“ präsentierte am 12. März seine Recherchen, sondern auch die neugegründete Ost-Berliner Wochenzeitung „Das Blatt“. Die von der PDS finanzierte „unabhängige“ Wochenzeitung nannte weitere belastende Fakten: die konspirative Wohnung in Ost-Berlin, den Namen des Berliner Führungsoffiziers und den letzten Decknamen von Schnur: „Dr. Schirmer“. Noch bis Dezember 1989, so die Zeitung, habe Schnur an den DDR-Geheimdienst berichtet. Die entlastende Aussage der Bundesregierung, Schnur habe ihr unter erheblichen Risiken über wichtige Vorgänge in der DDR berichtet, kon-

147 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Dokumente zur Deutschlandpolitik). Hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, S. 928.

148 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 218.

149 Ebd., Bl. 199 f.

terte „Das Blatt“ mit der Behauptung, dies habe Schnur „im Auftrag und mit Wissen seines Führungsoffiziers“ getan.¹⁵⁰

„Die Welt“ warf sich nach den neuerlichen Vorwürfen erneut für Schnur in die Bresche.¹⁵¹ Es gebe einen „Flächenbrand der Verdächtigungen“, die aus „trüben Quellen gespeist“ seien. „Da wird in schöner Eintracht zwischen Medien der früheren SED und dem ‚Spiegel‘ mit anonymen Hinweisen und mit Aussagen (ebenfalls anonym gehaltener) früherer Stasi-Offiziere operiert.“ Wer Vorwürfe erheben wolle, so „Die Welt“, solle Beweise auf den Tisch legen – oder schweigen. Auch „Bild“ bediente nochmals die Legende von einer Kampagne: „Der Stasi-Wahlkampf. Das letzte Gefecht: Terror. Lügen, Fälschungen, Morddrohungen“, titelte das Blatt.¹⁵² Schnur werde „interessanterweise von einem früheren Stasi-Oberst“ als Stasi-Informant verdächtigt. Schnur, der „10.000 Regimegegner“ beraten und verteidigt habe, werde bedroht und müsse nun von der Volkspolizei im Krankenhaus beschützt werden.

Nun ergriff eine „Initiative politisch Verfolgter“ offen für Schnur Partei.¹⁵³ Ehemalige politische Häftlinge der DDR, die von Schnur verteidigt worden waren, verwiesen darauf, dass sie die Methoden der Staatssicherheit am eigenen Leib erfahren hätten. Das Auftauchen von „Dokumenten“ gegen Schnur wenige Tage vor der Wahl sei kein Zufall. „Für einschlägige Experten des Staatssicherheitsdienstes ist es keine Leistung, Papiere zu fälschen, die zumindest bis zur Wahl nicht als falsch entlarvt werden.“ Die Methode sei infam. „Wir kennen Schnur als mutigen Anwalt, der wie kein zweiter für uns und unsere Familien gekämpft hat.“ Rechtsanwalt Schnur sei für viele Menschen in der DDR die letzte Hoffnung gewesen.

In all der Diskussion gab es ein auffälliges Schweigen: Die Kirchen, als deren Anwalt Schnur ja immer wieder bezeichnet wurde, sprangen ihm öffentlich nicht zur Seite.

Inzwischen begann auch Eppelmann öffentlich leicht zu zweifeln. In einem Interview sprach Schnurs Weggefährte, der diesen stets als seinen Freund bezeichnete, über ihr Verhältnis. Wenn Schnur die Stasi-Vorwürfe zugegeben hätte, hätte er ihn in die Arme genommen, ihn gedrückt und gesagt: „Du bist halt eine arme Sau!“. Eppelmann weiter: „Ich hoffe, dass ich auch weiter zu ihm hätte sagen können, Du bist mein Freund. Jetzt hat er aber gesagt, er ist es nicht

150 Torsten alias Dr. Schirmer alias Dr. Schnur oder das deutsche Ehrenwort, in: Das Blatt 4/1990, S. 2. Siehe auch: Ein Geschwür bricht auf, in: Junge Welt vom 12. März 1990.

151 Stasi-Methoden, in: Die Welt vom 12. März 1990.

152 Der Stasi-Wahlkampf. Das letzte Gefecht: Terror. Lügen, Fälschungen, Morddrohungen, in: Bild vom 12. März 1990.

153 Frühere Häftlinge verteidigen Schnur: „Wir kennen ihn als mutigen Anwalt“, in: FAZ vom 12. März 1990; „Für viele Menschen letzte Hoffnung“, in: Die Welt vom 13. März 1990.

gewesen. Wenn er es nun trotzdem gewesen ist, ob ich dann noch das Vertrauen aufbringen könnte, das wage ich jetzt nicht mit Ja oder Nein zu beantworten.“¹⁵⁴

Erste Akteneinsicht

Nachdem lange Vorwürfe im Raum gestanden hatten, die sich vorwiegend auf Angaben ehemaliger MfS-Mitarbeiter bezogen, gab es am 12. März die erste Aktensicht. Dies war eine Ausnahme, denn Ministerpräsident Hans Modrow hatte im 8. Januar angewiesen, alle noch vorhandenen Stasi-Akten unter Verschluss zu nehmen.¹⁵⁵ Sie durften weder vernichtet noch zur Einsichtnahme freigegeben werden. Eppelmann, der von Schnur bevollmächtigt worden war, ließ sich am Montagmorgen im ehemaligen Stasi-Hauptquartier Schnurs Akten, die in Berlin lagerten, vorlegen und las im Beisein der Generalstaatsanwaltschaft drei Stunden darin.¹⁵⁶ Anschließend verließ er die einstige Stasi-Zentrale „sichtlich frohen Mutes“.¹⁵⁷ Der wartenden Presse gab er keine Informationen über den Inhalt der Akten. Darüber könne nur Schnur selbst sprechen. Es sei zwar Material über Schnur gefunden worden, so Eppelmann, aber dies sei noch nichts Ehrenrühriges: „Es wäre verwunderlich, wenn man hier nichts gefunden hätte.“ Die Dokumente müssten noch kriminaltechnisch überprüft werden. Eine endgültige Aufklärung sei vor der Wahl am kommenden Sonntag vermutlich nicht zu erwarten. Somit gab es auch nach der ersten Akteneinsicht weiterhin keine Klarheit über die angebliche Stasi-Mitarbeit des DA-Spitzenkandidaten. Erst Jahre später berichtete Eppelmann, was ihm in der einstigen Stasi-Zentrale vorgelegt worden war: ein 25 Jahre alter handschriftlicher Brief, in dem ein „Wolfgang Schnur“ Stasi-Minister Erich Mielke um ein kurzes Gespräch bat. Eppelmann hatte Zweifel. Die Handschrift passte nicht zu der ihm bekannten Schrift Schnurs. Der Pfarrer war irritiert: „Wollte jemand Schnur schaden, indem er ihm ein solchen Brief unterschob, oder war das Schriftstück echt? Ich wusste es nicht. Als Beweisstück taugte das Papier in meinen Augen nicht.“ Eine Verpflichtungserklärung war nicht bei den Unterlagen.¹⁵⁸

Nach der Akteneinsicht fuhr Eppelmann von der Normannenstraße zu Schnur ins Krankenhaus, um ihn zu informieren. Auch jetzt legte Schnur seine Kontakte zur Stasi nicht offen. Eppelmann riet ihm, ehrlich zu sagen, ob er für

154 Eppelmann: „Du bist halt eine arme Sau!“, in: taz vom 12. März 1990.

155 Vgl. Süß: Staatssicherheit, S. 733.

156 Erklärung von Eppelmann vom 12. März 1990, in: ACDP, 07–011-6199; DPA, Eppelmann begutachtete Akten über Schnur im Stasi-Haus – Keine Angaben über Inhalt, 12. März 1990, 13:46 Uhr; DPA, Schnur will „Spiegel“ verklagen, 12. März 1990, 20:41 Uhr; Eppelmann schweigt zu Schnur Akten, in: taz vom 13. März 1990; Eppelmann: „Nichts Ehrenrühriges“, in: Neue Zeit vom 13. März 1990; Eppelmann sichtigte Akten seines Parteivorsitzenden, in: Berliner Zeitung vom 13. März 1990.

157 Unter Verdacht: Der Fall Wolfgang Schnur, in: FR vom 14. März 1990.

158 Eppelmann: Haus, S. 292 f.

die Stasi gearbeitet habe oder nicht. „Wie kannst du so etwas denken?“, habe Schnur empört reagiert. Doch dann habe er hinzugefügt, dass er tatsächlich einmal Mielke geschrieben und um eine Besuchsreise in den Westen zum Geburtstag seiner Großmutter gebeten habe. Diese Aussage habe ihn „ein wenig“ verunsichert, so Eppelmann rückblickend.¹⁵⁹

Beim Verlassen des Krankenhauses verlas Eppelmann eine weitere persönliche Erklärung seines „Freundes“ Schnur.¹⁶⁰ Sie bestand aus einem Satz: „Ich habe zu keiner Zeit für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.“ Er bedaure, dass er aufgrund seines Krankenhausaufenthaltes Fragen zu seiner angeblichen Tätigkeit für die Stasi nicht beantworten könne. Schnur stellte sich weiterhin als unbescholtenes Opfer einer Verleumdungskampagne dar. Eppelmann ergänzte, dass er keinen Grund habe, an den Erklärungen Schnurs zu zweifeln. Laut Eppelmann ging es Schnur gesundheitlich „sehr schlecht“.¹⁶¹ Er stehe unter starkem Medikamenteneinfluss. Bei seinem Besuch habe Schnur einen „verglasteten Blick“ gehabt. Die erneute „Ehrenerklärung“ habe er jedoch „mit klarem Blick und klarem Kopf“ abgegeben. Schnur habe sämtliche Wahlkampftermine abgesagt. Noch kurz zuvor hatte der Bremer CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann, der in der „Allianz für Deutschland“ vor allem den DA beriet, die Hoffnung geäußert, dass Schnur zur Wahlkampf-Abschlusskundgebung mit Kanzler Kohl nach Leipzig kommen könne.¹⁶² Damit sollte die „Entschlossenheit“ gezeigt werden, sich von Stasi-Methoden nicht niedermachen zu lassen.

Währenddessen versuchte die West-CDU, Schnur weiterhin zu schützen und die Vorwürfe als geplante Kampagne darzustellen. So spekulierte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, über eine Verleumdungskampagne ehemaliger Stasi-Mitarbeiter.¹⁶³ Für sie dürfte es ein Leichtes sein, im Nachhinein Akten zu produzieren oder zu verfälschen. Nach einem Bericht der „Welt“ war der Bundeskanzler schon vor Wochen über einen „bevorstehenden Diffamierungsfeldzug“ gegen Schnur informiert worden, „der als eines der potentiellen Opfer erwähnt worden sei“.¹⁶⁴ Weiter hieß es in dem Zeitungsbericht, schon im Dezember vergangenen Jahres seien bei der Bundesregierung Hinweise auf eine bevorstehende „Kampagne gegen herausgehobene Politiker aus dem rechten Spektrum“ der DDR aufgelaufen. Danach habe die Bundesregierung bereits Ende 1989 gewusst, dass diese Kampagne „unmittelbar vor der DDR-Wahl in Gang gesetzt werden sollte“. Dagegen, so die „Welt“ weiter, gebe es in Bonn keinerlei Hinweise, die den Vorsitzenden

¹⁵⁹ Ebd., S. 293.

¹⁶⁰ DPA, Schnur wiederholt: Nicht für Stasi gearbeitet, 12. März 1990, 15:45 Uhr.

¹⁶¹ DPA, Schnur will „Spiegel“ verklagen, 12. März 1990, 19:40 Uhr; Eppelmann sichtete Akten seines Parteivorsitzenden, in: Berliner Zeitung vom 13. März 1990.

¹⁶² Schnur: Auftritt mit Kohl in Leipzig?, in: Die Welt vom 13. März 1990.

¹⁶³ DPA, CDU/CSU-Fraktion sieht ein Werk des Stasi, 12. März 1990, 14:09 Uhr.

¹⁶⁴ DPA, „Fall Schnur“ bleibt verworren, 11. März 1990, 16:26 Uhr.

des Demokratischen Aufbruchs belasteten. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte, dass diese keine Erkenntnisse zum „Fall Schnur“ habe.¹⁶⁵ Die Regierung habe aber Hinweise darauf erhalten, dass vor der DDR-Wahl „Kampagnen“ gegen DDR-Politiker möglich seien. Hinweise auf einzelne Personen habe es dabei nicht gegeben. Die „Welt“ sprach in einem Kommentar von „angeblichen Akten“ aus der „Kloake“ der Stasi, die nun „von interessierter Seite partiell ausgeschlachtet“ würden. Das Blatt kritisierte, dass im „Spiegel“ „namentlich nicht genannte Stasi-Funktionäre als angeblich glaubwürdige Zeugen mit einer Selbstverständlichkeit angeführt“ würden, die „erschauern“ lasse.¹⁶⁶

Gleichzeitig meldete die „Frankfurter Rundschau“, dass Schnur bereits seit 1983 bundesdeutsche Regierungsstellen über politische Verfahren in der DDR informiert habe. In Bonn werde gefragt, so die Zeitung, wie es dem Anwalt gelingen konnte, diese Aktivitäten geheim zu halten. Entweder habe er sie vor den DDR-Geheimdiensten verborgen oder er habe unter dem Schutz der Staatssicherheit gestanden.¹⁶⁷

Während Eppelmann in Berlin Akten las, besuchten Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft die ehemalige Rostocker Stasi-Zentrale. Sie ließen sich die Akten vorlegen und entnahmen handschriftliche Berichte von „Torsten“. Die Papiere wurden für einen kriminaltechnischen Schriftenvergleich benötigt. Außerdem sollten einzelne IM-Berichte durch Zeugenbefragungen inhaltlich geprüft werden.¹⁶⁸

Zeitgleich nahm in Ost-Berlin die Generalstaatsanwaltschaft aufgrund von Schnurs Anzeige Ermittlungen gegen Unbekannt auf.¹⁶⁹ Die Anzeige richtete sich gegen einen „Herrn Petermann“ aus Rostock, den die Generalstaatsanwaltschaft jedoch nirgendwo ausfindig machen konnte. Ein Sprecher erklärte: „Der Name existiert, aber die Person dahinter nicht.“ Der Sprecher sagte außerdem, gegen Schnur selbst liefen keinerlei Ermittlungen. Dieser kündigte unterdessen an, den „Spiegel“ verklagen zu wollen.¹⁷⁰ Tatsächlich forderte Schnur das Magazin zunächst zu einem Widerruf auf.¹⁷¹ Sollte dieser bis zum Freitag vor der Wahl nicht erfolgen, werde er den „Spiegel“ verklagen, kündigte Schnur an. „Ich behalte mir vor, ein angemessenes Schmerzensgeld zu fordern.“ Außer-

165 DPA, Bundesregierung hat keine Erkenntnisse zum Fall Schnur, 12. März 1990, 15:30 Uhr; Bundesregierung zum Fall Schnur, in: ND vom 13. März 1990.

166 Eine Woche vor dem Ziel: Ein Wahlkampf aus der Kloake, in: Die Welt vom 12. März 1990.

167 DDR-Politiker Schnur weiter belastet, in: FR vom 10. März 1990; Gegensätzliche Darstellung zu Wolfgang Schnur, in: Neue Zeit vom 12. März 1990.

168 Unabhängiger Untersuchungsausschuss Rostock (Hg.): Arbeitsberichte, S. 304.

169 DPA, Ermittlungen gegen Unbekannt nach Schnur-Anzeige, 12. März 1990, 17:12 Uhr; Staatsanwaltschaft zur Schnur-Anzeige, in: Neue Zeit vom 14. März 1990.

170 DPA, Schnur will „Spiegel“ verklagen, 12. März 1990, 19:40 Uhr.

171 DPA, Schnur verlangt Gegendarstellung von „Spiegel“, 13. März 1990, 22:04 Uhr; Schnur weist Vorwürfe erneut zurück, in: SZ vom 14. März 1990; DPA, „Spiegel“: Schnur verzichtet auf Gegendarstellung, 14. März 1990, 17:55 Uhr.

dem schickte Schnur eine Gegendarstellung nach Hamburg. In dem Schreiben bezeichnete er die Behauptungen über seine angebliche Spitzeltätigkeit als falsch. Er habe nie derartige Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit gehabt und keinerlei Informationen über Mandanten oder kirchliche Interna dem Ministerium gegeben. Er habe auch keine Geldbeträge und keinen Orden vom Staatssicherheitsdienst bekommen. Vielmehr habe er stets die Interessen seiner Mandanten und die der evangelischen Kirche vertreten und nichts getan, was ihnen nachteilig sein könnte.

Trotzdem verdichteten sich die Hinweise auf eine Stasi-Mitarbeit weiter. Der Vorsitzende der AG Sicherheit des Runden Tisches, Werner Fischer, sagte der „Frankfurter Rundschau“, man sei bei der Durchsicht der Akten über Schnur „massenhafte“ fündig geworden.¹⁷² Der DA-Vorsitzende tauche darin mehrfach als inoffizieller Stasi-Mitarbeiter auf. Allerdings müsse erst die Echtheit dieser Dokumente überprüft werden. Fischer berief sich bei seiner Darstellung auch auf Vertreter der Staatsanwaltschaft.¹⁷³ Diese wies diese Aussage zurück. Zwar gebe es über Schnur „zentimeterdicke“ Aktenstapel, aber sie habe über den Inhalt von Schnurs Unterlagen keine Informationen an Fischer weitergegeben. Ein DA-Sprecher forderte die „sofortige Absetzung“ Fischers. Auch DA-Mann Eppelmann zeigte sich „sehr betroffen“ über die Äußerungen Fischers. Nur der Betreffende selbst dürfe Auskunft über den Inhalt seiner Akten geben.

Die West-CDU mischt sich ein

Die „Spiegel“-Veröffentlichungen und Eppelmanns Akteneinsicht schufen eine neue Dynamik. Während in der Öffentlichkeit noch darüber gerätselt wurde, was nun in den Akten steht und ob der DA-Spitzenkandidat ein Stasi-Spitzel war oder das Opfer einer Rufmordkampagne ist, erhielt zumindest der Bundeskanzler in Bonn Klarheit. Nach eigenen Angaben bekam er die Informationen über das Eingeständnis Schnurs, doch für die Stasi gearbeitet zu haben, am Montagabend von CDU-Generalsekretär Rühle.¹⁷⁴ Nach einer späteren Darstellung klingelte Kohl Rühle aus dem Bett, um sich mit ihm zu beraten. Dieser

172 Unter Verdacht: Der Fall Wolfgang Schnur, in: FR vom 14. März 1990; Schnur bleibt dabei: Schweigen ist Gold, in: taz vom 14. März 1990; Offenbar neue Hinweise auf Stasi-Mitarbeit Schnurs, in: FAZ vom 14. März 1990.

173 Schnur weist Vorwürfe erneut zurück, in: SZ vom 14. März 1990; Hat Justiz Hinweise auf Stasi-Mitarbeit Schnurs?, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 14. März 1990; Pressemitteilung: „Diffamierung geht ‚Schnur‘ gerade weiter“ vom 13. März 1990, in: ACDP 07-011-6199.

174 DPA, Kohl: Vorgang völlig verständlich, 14. März 1990, 16:33 Uhr; DPA, DA-Chef wegen Stasi-Zusammenarbeit zurückgetreten, 14. März 1990, 17:08 Uhr; Wolfgang Schnur wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst zurückgetreten, in: FAZ vom 15. März 1990; Volker Rühle: Notwendige Konsequenz, in: Neue Zeit vom 15. März 1990; Kohl setzt dennoch auf DA, in: ND vom 15. März 1990; Schnur räumt Stasi-Kontakte ein und gibt Parteivorsitz ab, in: Die Welt vom 15. März 1990; Schnur war Informant des

war am Nachmittag in Bonn von Schnurs Medienberater Kuhlo in Kenntnis gesetzt worden, dass die Vorwürfe gegen den DA-Chef zum Teil zuträfen. Schnur habe sich auf eine „partielle Zusammenarbeit mit dem Stasi eingelassen“. Dabei habe er aber „niemals irgendjemanden belastet oder denunziert“, sondern diese Kooperation im Interesse seiner Mandanten genutzt, ließ der Kohl-Verbündete die bundesdeutsche CDU-Spitze wissen. Nach Informationen der „Welt“ soll er auch zugegeben haben, „Lagebeurteilungen“ über Dissidentenkreise an die Staatssicherheit geliefert zu haben.¹⁷⁵

Schnur hat sich nie dazu geäußert, was ihn zu dem Geständnis bewogen hat. Der „Spiegel“-Bericht und die Akteneinsicht von Eppelmann dürften jedoch nicht ohne Wirkung geblieben sein. Ebenso ist unklar, weshalb er seine Vergangenheit nicht seiner eigenen Partei, sondern der West-CDU beichtete. Über das Eingeständnis und die neue Entwicklung schwieg Kohl. Die wichtige Information gab er an seine Partner vom DA in der DDR nicht weiter. Deren Wahlkämpfer blieben ahnungslos und verteidigten weiter ihren angeschlagenen Vorsitzenden und Spitzenkandidaten.

Nachdem Kohl am Montagabend erfahren hatte, dass der DA-Spitzenmann doch für die Stasi gearbeitet hatte, fuhr Bernd Neumann als Vertreter der Bundes-CDU am Dienstag zu Schnur ins Ost-Berliner Krankenhaus.¹⁷⁶ Er sollte sich vergewissern, ob Kuhlo, den in Bonn angeblich keiner kannte, tatsächlich im Auftrage Schnurs handelte und ob dessen Eingeständnis zutraf. Schnur bestätigte Neumann am Dienstagmittag den „Sachverhalt“. Schnur, so berichtete Neumann später, habe gefragt: „Was verlangen Sie denn jetzt von mir?“ Er habe darauf geantwortet: „Verlangen nicht, aber ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, sofort zurückzutreten.“ Schnur habe dann seine gesamte Lebensgeschichte erzählt. Neumann weiter: „Und ich habe ihn natürlich auch gefragt, warum er nicht wenigstens mit Anstand zurückgetreten ist, als die Sache aufzufliegen drohte. Und er hat geantwortet, er habe seinen Freunden in der Demokratischen Allianz nicht schaden wollen. Schnur glaubte offensichtlich, sich bis zum 18. März retten zu können.“ Schnur lehnte es ab, sich gegenüber seiner eigenen Parteispitze zu offenbaren und Konsequenzen zu ziehen.

Staatssicherheitsdienstes, in: SZ vom 15. März 1990; „Ich habe an Schnur nie gezweifelt“, in: taz vom 16. März 1990; Helmut Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit. Berlin 1996, S. 320.

175 Schnur räumt Stasi-Kontakte ein und gibt Parteivorsitz ab, in: Die Welt vom 15. März 1990.

176 DPA, Kohl: Vorgang völlig unverständlich, 14. März 1990, 16:33 Uhr; Schnur-straks verliert Kohl seinen erstbesten Stasi-Mann, in: taz vom 15. März 1990; Wolfgang Schnur wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst zurückgetreten, in: FAZ vom 15. März 1990; Der Rechtsanwalt hat den Politiker eingeholt, in: Die Welt vom 15. März 1990; Schnur räumt Stasi-Kontakte ein und gibt Parteivorsitz ab, in: Die Welt vom 15. März 1990; Eppelmann hat einen Freund verloren – DA-Chef Schnur, in: Berliner Zeitung vom 15. März 1990; „Ich habe an Schnur nie gezweifelt“, in: taz vom 16. März 1990.

Von Berlin fuhr Neumann weiter nach Cottbus. Dort hatte Kanzler Kohl gerade seinen vorletzten Wahlkampfauftritt in der DDR. Kohl erinnerte sich später: „Mein Vorredner war Pfarrer Oswald Wutzke. Ich erinnere mich noch, wie er Schnur leidenschaftlich als Opfer bössartiger Verleumdungen verteidigte, als ich schon von weitem Diepgen und Neumann – beide soeben aus Berlin angereist – durch die Menschen kommen sah. Neumann hörte die Worte des Pfarrers – und wusste, dass der Redner irrte.“¹⁷⁷ Kohl erinnerte sich an einen „ungewöhnlich traurigen Bernd Neumann“. Er habe dessen Gesicht angesehen, „dass das alles ganz anders war“. Das seien Erfahrungen, „die man auch nicht jeden Tag macht“.¹⁷⁸

Obwohl der Bundesnachrichtendienst die neuen Parteien in der DDR angeblich nicht nachrichtendienstlich beobachtete, war er über die Haltung im Vorstand des DA gut informiert. In einer Meldung vom 13. März 1990 hieß es aus einem „vertraulichen Gespräch“ von hohen DA-Funktionären „mit einem vertrauten bundesdeutschen Gesprächspartner“, dass die Aktenlage im „Fall Schnur“ eindeutig sei. Schnur habe die behaupteten Stasi-Kontakte gehabt. „Trotzdem halte man im Vorstand des DA noch weiter zu Schnur und hoffe, dass sich die Angelegenheit bis nach der Wahl ‚auf kleiner Flamme kochen lasse‘, zumal das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den alten Stasi-Methoden groß sei.“¹⁷⁹

Tatsächlich erhob die DA-Spitze nun Vorwürfe gegen Ministerpräsident Modrow und PDS-Chef Gregor Gysi.¹⁸⁰ Beide seien für die Schmutz- und Verleumdungskampagne von Stasi-Mitarbeitern mitverantwortlich. Schließlich habe die frühere SED den Staatsicherheitsdienst aufgebaut und stark gemacht. So wurde vermutet, dass angeblich belastende Stasi-Papiere gefälscht und beispielsweise mit Hilfe von Blanko-Unterschriften erstellt worden seien. In das gleiche Horn stieß der Thüringer DA-Landesvorsitzende Horst Schulz. Auf einer Wahlveranstaltung in Erfurt bezeichnete er die Vorwürfe gegen Schnur als Verleumdung und Fälschung, die die Staatssicherheit von langer Hand vorbereitet und absichtlich unmittelbar vor dem Wahltag bekannt gemacht habe. Schulz zeigte den 2.000 Anwesenden ein Dossier, von dem er behauptete, es handle sich um eine vom Bürgerkomitee und vom DA in 24 Stunden hergestellte, fast perfekte Stasispitzel-Akte von Johann Wolfgang von Goethe. Das Ziel der fast schon verzweifelten Aktion: „Wir hoffen, dass wir auf diese etwas humorvolle

177 Kohl: Einheit, S. 321. Ob Diepgen wirklich dabei war, ist fraglich.

178 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012, S. 110.

179 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Meldung von Steinherr vom 13. März 1990, Bl. 185.

180 DPA, Schnur zu krank für Wahlkampfauftritte, 13. März 1990, 13:21 Uhr.

Art die Glaubwürdigkeit angeblich aufgetauchter Akten über Wolfgang Schnur innerhalb der Bevölkerung erschüttern können.¹⁸¹

Der Rücktritt

Angesichts der sich zuspitzenden Lage und des näher rückenden Wahltags vereinbarten in der Nacht zu Mittwoch Kohl und Rühle, in die Offensive zu gehen und Klarheit zu schaffen.¹⁸² Über Schnurs politisches Schicksal entschied nun der Regierungschef eines anderen Staates. Neumann berichtete später, dass Kohl dann angeordnet habe: „Nochmal hinfahren und dem Schnur deutlich machen, dass er untragbar geworden ist. Und ihm auch klarmachen, dass wir – ob Schnur will oder nicht – den Vorgang der Öffentlichkeit mitteilen, damit wir nicht in die Rolle irgendwelcher Komplizenschaft geraten.“¹⁸³ Ein Brief mit einer Rücktrittsforderung an Schnur wurde verfasst und dieser „mit Brachialgewalt“, so Hans-Peter Schwarz, zum Rücktritt genötigt:¹⁸⁴

„Sehr geehrter Herr Schnur, wir haben in der Parteiführung der CDU über die Informationen, die Sie uns am Montag, dem 12. 3., über Ihren Beauftragten zukommen ließen und die in dem Gespräch mit Herrn Neumann am Dienstag, dem 13.3., von Ihnen bestätigt wurden, beraten. Ihren Einsatz als Anwalt für politisch Verfolgte in der DDR in den vergangenen Jahren wissen wir durchaus zu würdigen. Ebenso Ihr besonderes Engagement beim Aufbau des Demokratischen Aufbruch. Dennoch bleibt die Tatsache, dass ein Teil der gegen Sie öffentlich erhobenen Vorwürfe im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit von Ihnen uns gegenüber bestätigt wurde. Deshalb müssen wir von Ihnen erwarten, dass Sie daraus umgehend die notwendigen Konsequenzen ziehen. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist gerade beim Aufbau und Neubeginn der Demokratie in der DDR Wahrhaftigkeit unverzichtbar. Wir sind es unserer Glaubwürdigkeit und der Verantwortung gegenüber den Bürgern schuldig, die Öffentlichkeit über die entstandene Situation aufzuklären. Ich schreibe Ihnen diesen Brief mit großer Betroffenheit. Ich wünsche Ihnen alsbaldige Genesung. Ihr Volker Rühle“¹⁸⁵

Bei der folgenden Morgenlage im Kanzleramt habe Kohl an diesem Mittwoch „fast depressiv“ gewirkt, beobachtete sein Berater Horst Teltschik.¹⁸⁶ „Am liebsten würde er wieder nach Hause gehen; was ihn noch motiviere, seien die

181 Vorwürfe gegen Schnur sind Verleumdung, in: Neue Zeit vom 14. März 1990. Siehe auch Schreiben Michael Prizibilla an Angela Merkel vom 10. März 1990, in: ACDP 07-011-6199.

182 DPA, Kohl: Vorgang völlig unverständlich, 14. März 1990, 16:33 Uhr; Kohl: Einheit, S. 321.

183 „Ich habe an Schnur nie gezweifelt“, in: taz vom 16. März 1990.

184 Schwarz: Kohl, S. 554.

185 DPA, Der Brief von Rühle an DA-Chef Schnur, 15. März 1990, 12:01 Uhr.

186 Teltschik: 329 Tage, S. 173.

Menschen in der DDR.“ Kohl ließ jetzt im Alleingang Tatsachen schaffen – die schnelle und kompromisslose Trennung von Schnur. Die Bonner CDU-Spitze hielt es dabei für unnötig, die Ost-Berliner DA-Spitze zu informieren oder gar einzubinden. Es gab keinen Austausch und keine Beratungen. Dort wurde offiziell immer noch geglaubt, die Vorwürfe gegen Schnur habe die Stasi lanciert beziehungsweise die Parteiführung hoffte, die letzten vier Tage bis zur Wahl durchzuhalten.

Auch „Bild“ wollte weiterhin nicht an die Stasi-Vorwürfe glauben. Die Zeitung setzte auf den Mitleidseffekt: „Schnur im Rollstuhl“ titelte das Blatt. Am Vortag sei Schnur, das „Ziel übler Stasi-Vorwürfe“, „endgültig“ zusammengebrochen. Er habe neue Herzprobleme und Lähmungen. Er, der „10.000 SED-Gegner“ verteidigt habe, sei „nicht ansprechbar“.¹⁸⁷

Schnur wusste allerdings, dass er am Ende war. Er hatte nach eigenen Angaben Selbstmordgedanken.¹⁸⁸ Sein Arzt habe versucht, ihn zu beruhigen. In diesem Moment sei die Tür des Krankenzimmers aufgegangen. Neumann und Diepgen seien eingetreten. Sie waren am Mittwochvormittag zusammen mit Thomas de Maizière zum Ost-Berliner Hedwigs-Krankenhaus gefahren.¹⁸⁹ Kohl hatte Diepgen geschickt, weil er so hoffte, Zugang zum Krankenhaus und zum Patientenzimmer zu bekommen: „Dich lassen sie da als alten Regierenden rein.“¹⁹⁰

Neumann und Diepgen traten an Schnurs Krankenbett im Zimmer 422 und übergaben die Forderung der Bonner CDU-Führung persönlich.¹⁹¹ Schnur sei „sehr krank“, berichtete Neumann später, „sein ganzer Zustand sehr labil. Er liegt im Bett flach und kann nicht einmal sitzen.“ Diepgen erinnerte sich später: „Schnur lag apathisch im Bett, stritt alle Vorwürfe ab und sprach von der Sinnlosigkeit des Lebens. Suizidgefahr?“¹⁹² „Schnur war regelrecht erleichtert“, als die Emissäre aus dem Westen auftauchten, erinnert sich dagegen Thomas de Maizière.¹⁹³ Eine Stunde blieben Neumann und Diepgen. Sie forderten eine Rücktrittserklärung und bekamen sie. Gegenüber den West-Politikern zeigte sich Schnur aufrichtiger als gegenüber seinen Freunden und Parteifreunden. „Ich wollte meiner Partei nicht schaden“, habe Schnur als Begründung für sein Verhalten gesagt.¹⁹⁴ Nach Schnurs Angaben begann Neumann eine Erklärung zu

187 Lieb Vaterland jetzt wachsam sein! Modrow. Lügen über Deutschland, Gysi. Goldschatz im SED-Keller, Stasi. Schnur im Rollstuhl, in: Bild vom 14. März 1990.

188 Tatjana Dönhoff/Heiko Gebhardt: Die Lebensbeichte des Wolfgang Schnur. Für Gott und Stasi, in: Stern vom 5. April 1990.

189 Vgl. Thomas de Maizière/Stefan Braun: Damit der Staat den Menschen dient. Über Macht und Regieren. München 2013, S. 134 f. De Maizière erwähnt dort Neumann nicht.

190 Diepgen: Zwischen den Mächten, S. 127.

191 Der Rechtsanwalt hat den Politiker eingeholt, in: Die Welt vom 15. März 1990; Kapitulierte auf Druck der Bonner Freunde, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. März 1990.

192 Diepgen: Zwischen den Mächten, S. 127.

193 Die Schläferin, in: Der Spiegel vom 9. November 2009, S. 56–69, hier 67.

194 Der Rechtsanwalt hat den Politiker eingeholt, in: Die Welt vom 15. März 1990.

formulieren. „Warum haben sie nicht gleich eine Pistole für mich mitgebracht?“, habe er Neumann gefragt. Dann habe er selbst aufgeschrieben, was die West-Besucher verlangt hätten.¹⁹⁵ Der ehemalige Regierende Bürgermeister musste die Unterlage halten, als Schnur schließlich selbst eine Erklärung formulierte.¹⁹⁶ Diepgen erinnert sich anders. Ohne es auszusprechen, hielt er Schnur für einen Simulanten. Dieser habe sich im Krankenbett plötzlich quicklebendig aufgerichtet und mit „klarer Schrift“ eine Rücktrittserklärung geschrieben. Diepgen weiter: „Mein Eindruck: da gab es keine Suizid- und Existenzsorgen. Der Mann hatte sich abgesichert.“¹⁹⁷ Dann eilten die CDU-Politiker mit Schnurs unterschriebener Rückzugserklärung nicht in die Ost-Berliner DA-Zentrale, sondern zurück nach West-Berlin.

Um 12:32 Uhr lief über die Nachrichtenticker eine kurze Meldung: Schnur habe wahrscheinlich doch für die Staatssicherheit gearbeitet, sein Rücktritt als DA-Vorsitzender werde erwartet.¹⁹⁸ Neun Minuten später gab es Gewissheit: „Schnur tritt zurück – Stasi-Vorwürfe bestätigt“, lautete die Meldung.¹⁹⁹ Die von Schnur unterzeichnete Rücktrittserklärung hatte die stellvertretende DA-Vorsitzende Kögler bei einer kurzfristig angesetzten Pressekonferenz in der West-Berliner CDU-Zentrale verlesen:

„Durch die ständigen massiven Angriffe auf meine Person im Zusammenhang mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit und der jetzt mir fehlenden Möglichkeit der objektiven Aufklärung der gegen mich erhobenen Vorwürfe, ziehe ich im Interesse der politischen Aufrichtigkeit und Verantwortung meine Konsequenz. Mit sofortiger Wirkung lege ich mein Amt als Vorsitzender der Partei ‚Demokratischer Aufbruch – sozial und ökologisch‘ nieder. Ich betone verbindlich, mein Wirken und Dienst galt stets den Verfolgten, Unterdrückten, den Bedrängten, den Hilflosen. Durch mein Wirken ist kein Schaden für die von mir begleiteten und verteidigten Personen eingetreten. Für mich waren diese Menschen wichtiger als der eigene politische Weg. Berlin, den 14. März 1990 Wolfgang Schnur“²⁰⁰

Ein Schuldeingeständnis war das nicht. Gleichwohl reagierte die Frankfurter Börse auf Schnurs Rückzug mit einem Kursabfall.²⁰¹ Die Händler sahen in dem Rücktritt offenbar eine Minderung der Wahlchancen für die „Allianz“.

195 Dönhoff/Gebhardt: Die Lebensbeichte des Wolfgang Schnur, in: Stern vom 5. April 1990.

196 Der Rechtsanwalt hat den Politiker eingeholt, in: Die Welt vom 15. März 1990.

197 Diepgen: Zwischen den Mächten, S. 127.

198 DPA, Rücktritt Schnurs wird erwartet, 14. März 1990, 12:32 Uhr.

199 DPA, Schnur tritt zurück – Stasi-Vorwürfe bestätigt, 14. März 1990, 12:41 Uhr.

200 DPA, Dokumentation Die Schnur-Erklärung im Wortlaut, 14. März 1990, 13:24 Uhr; Wortlaut der Rücktrittserklärung, in: Neue Zeit vom 15. März 1990; Schnurs Erklärung, in: FAZ vom 15. März 1990; Schnur ist ein gebrochener Mann, in: Bild vom 15. März 1990.

201 DPA, Schnur wirft das Handtuch, 14. März 1990, 13:40 Uhr; Die Börse stolpert über Stasi-Schnur, in: SZ vom 15. März 1990; Schnur-Rücktritt drückt die Stimmung, in: FAZ vom 15. März 1990.

Die Stasi-Vergangenheit hatte Schnur nun endgültig eingeholt. Letztendlich war der Druck der bundesdeutschen CDU zu stark geworden. Diegen rechtfertigte in einem Interview das Vorgehen der West-CDU: „Es ist ja nicht Aufgabe der CDU, jetzt für den Demokratischen Aufbruch Entscheidungen zu treffen, sondern wir haben nur darauf geachtet, dass das, was wir wissen, auch der Öffentlichkeit gegenüber offengelegt wird. Das ist unsere Verpflichtung. Und dazu habe ich heute nur einen geringen Beitrag geleistet.“²⁰²

Der DA hatte bis zuletzt zu seinem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten gestanden. Nun war die Glaubwürdigkeit der Neugründung dahin. Der Rücktritt Schnurs so kurz vor der Wahl war für die junge Oppositionspartei ein K. O.-Schlag. In einer Pressemitteilung hieß es, die Parteimitglieder fühlten sich doppelt betrogen: von Schnur und von den früheren Machthabern. „Das erste ist eine menschliche, nur in der DDR denkbare Tragödie. Das zweite der eigentliche, politische Skandal.“²⁰³

Die DA-Mitarbeiter waren traumatisiert. Über die Stimmung in der Ost-Berliner DA-Zentrale schrieb eine Zeitung: „Wie unter Schock weist Parteisprecher Andreas Apelt alle Fragen zum ‚Fall Schnur‘ ab: ‚Wir müssen noch schweigen.‘ Nichts habe man von alledem gewusst. Warum denn die West-CDU den Rücktritt Schnurs bekanntgebe? ‚Das ist eben so‘, sagt Apelt und zuckt mit den Schultern. ‚Das darf doch nicht wahr sein‘, ruft eine junge Mitarbeiterin, als sie die Nachricht hört. ‚Scheiße‘, entfährt es einem Kollegen. ‚Wir machen weiter‘, macht DA-Schatzmeisterin Rosemarie Martin Umstehenden Mut. Zum Thema Nachfolge fällt ihr zunächst nur ein Name ein: ‚Eppelmann.‘“²⁰⁴ Angela Merkel, die gerade ihre politische Karriere begonnen hatte und die Schnur zur DA-Pressesprecherin gemacht hatte, sagte später: „Schnur war die größte Enttäuschung meines Lebens.“²⁰⁵

Für Schnurs „Freund“ Eppelmann war die Rücktritts-Nachricht mehr als ein Schlag. Er hatte von Schnurs Eingeständnis während eines Wahlkampftermins in einer LPG im thüringischen Mohlsdorf erfahren.²⁰⁶ Thomas de Maizièrre erinnert sich, dass Eppelmann zunächst gar nicht glauben konnte, was er hörte. Der Pfarrer habe „lamentiert, war verzweifelt“.²⁰⁷ Nun stand Eppelmann als tragische Gestalt düpiert da. Am Abend trat die DA-Spitze in Ost-Berlin vor die Presse. „Radio DDR“ übertrug die tumultartige Pressekonferenz, die

202 RBB, Berliner Abendschau, Der Fall Wolfgang Schnur, 14. März 1990.

203 Stellungnahme, o. D., in: ACDP 07-011-6199.

204 Kapitulierte auf Druck der Bonner Freunde, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. März 1990.

205 Boysen: Merkel, S. 110. Siehe auch: Die Schläferin, in: Der Spiegel vom 9. November 2009, S. 56-69, hier 68.

206 DPA, DA-Führung sieht in Affäre Schnur eine menschliche Tragödie, 14. März 1990, 19:48 Uhr; Vorstand über MfS-Mitarbeiter enttäuscht, in: ND vom 15. März 1990; Kapitulierte auf Druck der Bonner Freunde, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. März 1990; Eppelmann: Haus, S. 293.

207 De Maizièrre/Braun: Staat, S. 134 f.

von Angela Merkel geleitet wurde, live.²⁰⁸ Eppelmann, der nach Berlin zurückgekehrt war, sagte, er sei „traurig und empört“. Er persönlich und die Partei seien von einem „Freund“ getäuscht worden. Das Verhalten Schnurs sei eine „menschliche und politische Tragödie“. Für den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt war Schnur schlicht „ein armes Schwein“.²⁰⁹

Unmittelbar nach der Rücktrittserklärung bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft die Echtheit der Schnur-Akten, die in den Rostocker Büros des aufgelösten Geheimdienstes gefunden worden waren. Eine Fälschung, wie von Schnur behauptet, sei nach der Prüfung durch einen Schriftsachverständigen zweifelsfrei ausgeschlossen. Von einer Verleumdung Schnurs könne nicht die Rede sein. Gegen Schnur werde jetzt die Einleitung eines Verfahrens wegen des Verdachts der falschen Anschuldigung geprüft.²¹⁰

CDU-Generalsekretär Rühle bestätigte, dass Schnur bereits 1964 eine Verpflichtungserklärung gegenüber dem Staatssicherheitsdienst abgegeben hatte.²¹¹ Seit 1979 habe er als Rechtsanwalt Informationen an den Stasi weitergegeben. Schnur habe dafür aber kein Honorar erhalten.

Nachdem Eppelmann von Schnurs Eingeständnis und Rückzug erfahren hatte, wollte er seinen „Freund“ im Krankenhaus besuchen. Er wurde aber nicht durchgelassen.²¹² Stattdessen eilte Hans Modrow an Schnurs Krankenbett.²¹³ Schnur hatte den Ministerpräsidenten um ein persönliches Gespräch gebeten. Modrow hatte von Schnur keine große Meinung: „Sein immer ein wenig verkrampt und verbissen wirkender Ehrgeiz“, so der Ministerpräsident rückblickend, „schuf ihm nicht gerade viele Freunde“.²¹⁴ Modrow behauptete später, dass er zunächst Eppelmann um den Besuch bei Schnur gebeten habe, aber Eppelmann „ganz entschieden“ abgelehnt habe. Schnur habe auch nur mit Modrow reden wollen. Dieser sah keinen Grund, die Bitte abzuschlagen. Die beiden Männer trafen sich unter vier Augen. Schnur sei eine „gebrochene Persönlichkeit“ gewesen, so Modrow. Schuld daran seien auch jene, die Schnurs Stasi-Verstrickung „nun zum politischen Instrument der Erpressung und öffentlichen Demütigung erhoben“, behauptete der PDS-Politiker.

208 Radio DDR I, Politik am Abend, Pressekonferenz Demokratischer Aufbruch zur Wolfgang Schnur-Affäre am 14. März 1990.

209 Macht die Demokratie zum Gewinner!, in: Bild vom 17. März 1990.

210 DPA, DDR-Generalstaatsanwaltschaft: Schnur-Akten keine Fälschung, 14. März 1990, 16:03 Uhr; DPA, DA-Chef wegen Stasi-Zusammenarbeit zurückgetreten, 14. März 1990, 17:08 Uhr.

211 DPA, DDR-Generalstaatsanwaltschaft Ost-Berlin 1603 Rühle: Schnur gab seit 1979 Informationen an den Stasi, 14. März 1990, 16:30 Uhr.

212 Eppelmann: Haus, S. 293.

213 DPA, Modrow besuchte Schnur im Krankenhaus, 14. März 1990, 18:48 Uhr; Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland. Berlin 1998, S. 442.

214 Ebd.

Der DDR-Ministerpräsident teilte nach dem Krankenbesuch mit, dass es vor allem um Persönliches gegangen sei. Schnur habe Angst um seine Familie und habe um Schutz gebeten. Über Schnurs Stasi-Mitarbeit sei nicht gesprochen worden.

Am Nachmittag äußerte sich der Bundeskanzler erstmals öffentlich zum Fall Schnur.²¹⁵ Kohl sprach auf einem Flug nach Leipzig, wo er bei der letzten Wahlkampfveranstaltung der „Allianz für Deutschland“ auftreten wollte, mit Journalisten. Ihm sei das alles „völlig unverständlich“. Und: „Es stellen sich eine Menge Fragen, aber ich kann sie nicht beantworten.“ Schnurs Rücktritt sei aber „zwingend“ gewesen: „Die Wahrheit muss gesagt werden – auch wenn der Wahltag kurz bevorsteht.“ An der Sache gebe es nichts zu beschönigen. Schwierig war die Situation nach den Worten Kohls vor allem deshalb gewesen, weil der DA keinerlei Informationen gehabt habe: „Wir mussten von uns aus die notwendigen Schritte tun.“ Dabei verschwieg der Kanzler, dass seine Sicherheitsbehörden zumindest sehr starke Hinweise auf eine Stasi-Vergangenheit Schnurs hatten. „Ich habe mich so korrekt wie überhaupt nur möglich verhalten“, versicherte der Kanzler.²¹⁶ Er habe bereits am Montag Order gegeben: rasche Aufklärung und Veröffentlichung. SPD-Chef Hans-Jochen Vogel warf Kohl vor, die Vorwürfe „seit Wochen“ gekannt zu haben.²¹⁷ Es sei auch Kohls Schuld, „dass der Glaubwürdigkeit der Politik in der DDR schwerer Schaden zugefügt worden“ sei. In Leipzig sprach Kohl vor über 300.000 Menschen. Mit Blick auf den wenige Stunden zuvor zurückgetretenen Schnur sprach der Kanzler von „menschlichem Versagen“.²¹⁸ Für Kohl war der Schnur-Rücktritt so kurz vor dem Wahlsonntag ein Desaster. Sein mühevolltes Projekt, sowohl mit der einstigen Block-CDU als auch mit neugegründeten, unbelasteten Parteien erfolgreich zusammenzuarbeiten, war gefährdet.²¹⁹

Späte BND-Analysen

Nach dem Schnur-Rücktritt gab es möglicherweise Fragen aus der Bonner Politik an den BND-Präsidenten, weshalb es keine deutlichen Warnungen aus Pul-lach im „Fall Schnur“ gegeben habe. Die „Angelegenheit Schnur“ war jedenfalls Thema in der Parlamentarischen Kontrollkommission am 14. März. Das

215 DPA, Kohl: Vorgang völlig unverständlich, 14. März 1990, 16:33 Uhr; Kohl war seit sechs Wochen gewarnt, in: Express vom 15. März 1990.

216 DPA, Kohls letzter DDR-Wahlkampfauftritt: Vom Fall Schnur bedrückt, 14. März 1990, 20:12 Uhr.

217 Presseservice der SPD 116/90 vom 14. März 1990.

218 DPA, Kohl vor 300.000 in Leipzig: den Polen die Hand ausstrecken, 14. März 1990, 18:56 Uhr.

219 DPA, Hajo Keppner: Der Fall Schnur – ein Schlag für Kohls Kooperationsstrategie, 14. März 1990, 17:18 Uhr.

geheim tagende Gremium des Bundestages kontrolliert die Nachrichtendienste des Bundes. Hier müssen die Chefs der Dienste regelmäßig über ihre Erkenntnisse berichten. Das tat BND-Präsident Wieck. Er verwies darauf, dass er seit Januar über Stasi-Verbindungen von Vertretern der neuen DDR-Parteien mündlich berichtet habe. Und er legte Wert darauf, dass die BND-Erkenntnisse lediglich auf Aussagen von Überläufern beruhten, die die IM nicht selbst geführt hätten. Dokumente oder beweiskräftige Unterlagen lägen dem BND nicht vor. „Ferner“, so der Präsident, „ist der Grad der ‚aktiven‘ Tätigkeit der benannten Personen aus den vorliegenden Angaben oft nicht klar zu ersehen.“²²⁰

Am Tag des Schnur-Rücktritts stellte der BND alle bisherigen Informationen, die er in den vergangenen Wochen über Schnur gesammelt hatte, chronologisch zusammen. Insgesamt lagen dem BND nach eigenen Angaben zehn verschiedene Meldungen vor. Zwar sprachen die Indizien gegen Schnur, aber tatsächliche Beweise, zum Beispiel Dokumente oder Aussagen von Schnurs Führungs-offizieren, hatte der BND nicht. Ob er sich aktiv um Belege gekümmert hatte, geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor. Keine der dokumentierten Informationen aus dem MfS-Milieu deuteten jedoch auf eine gezielte Kampagne gegen Schnur hin. In den freigegebenen BND-Papieren wurden dazu auch keine Vermutungen angestellt.²²¹

In einer Bewertung der Informationen hieß es, dass in den verschiedenen Meldungen seit Ende Januar „übereinstimmend“ berichtet worden war, dass Schnur ein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen sei. „Beachtlich ist dabei, dass es sich um Äußerungen von immerhin neun (!) verschiedenen Quellen handelt.“ Die meisten Quellen ließen keinen Zweifel daran, „dass Schnur dem MfS Informationen geliefert hat – über viele Jahre hinweg“. Aus der Summe der Einzelberichte ergebe sich die Schlussfolgerung, „dass Schnur eine nachrichtendienstlich geprägte Zusammenarbeit mit dem MfS betrieben hat“. Allerdings habe keine Quelle ausdrücklich ausgesagt, dass Schnur Geld- oder Sachleistungen sowie Orden oder Auszeichnungen erhalten habe. „Dennoch“, so der BND-Analyst, „fällt die Begründung des ‚in dubio pro reo‘ nach den Erfahrungen nachrichtendienstlicher weltweiter Praxis äußerst schwer.“ Anwalt Schnur sei mit seinen MfS-Kontakten „sehr, sehr weit gegangen; mit Sicherheit weiter, als unbedingt nötig gewesen wäre“. Aus der Summe der Informationen zog der BND den Schluss, dass es sich bei Schnur um eine „zumindest opportunistisch agierende Persönlichkeit“ handle.²²²

Ebenfalls am Tag des Schnur-Rücktritts nahm der BND den „Spiegel“-Artikel vom Montag nochmals detailliert unter die Lupe. Die dort genannten Fakten und Details zu Schnurs Stasi-Verstrickung wurden aufgelistet. Angesichts der

220 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Bl. 30.

221 Ebd., Bl. 201–203.

222 Ebd., Bl. 197f.

BND-Quellenlage stand das Nachrichtenmagazin nicht schlecht da.²²³ Neben dem „Spiegel“-Artikel hatte der Geheimdienst Artikel über Schnur aus der überregionalen bundesdeutsche Presse ausgeschnitten und abgeheftet.²²⁴ In der freigegebenen Akte finden sich keine Artikel aus DDR-Zeitungen.

In einem Vermerk für den BND-Präsidenten hieß es, dass ein von Wieck gewünschter „direkter Vergleich“ zwischen den Presseberichten und den eigenen Erkenntnissen nicht möglich sei.²²⁵ Weshalb blieb offen. Die Beamten gaben ihrem Chef zu Bedenken, dass der BND die neuen Parteien in der DDR „operativ aktiv“ nicht aufkläre. Allerdings würden bei der Informationsgewinnung zum alten Regime auch Informationen über „Verknüpfungen zwischen altem Regime und neuen Gruppierungen“ anfallen. „Diese Fakten werden vom Bundesnachrichtendienst mit großer Vorsicht und Zurückhaltung bearbeitet.“ War das der Grund oder besser: die Entschuldigung, weshalb der BND seine Informationen zu Schnur erst am Tag seines Rücktritts zusammenführte und analysierte? In dem Vermerk für den Präsidenten hieß es weiter, dass „aufgrund der politischen Brisanz für die DDR interne Entwicklung“ keine schriftlichen Berichte für die Bonner Regierungsstellen angefertigt würden. Der Präsident habe lediglich am Rande der regelmäßigen nachrichtendienstlichen Lagebesprechungen, zuletzt am 28. Februar in einem Gespräch mit Staatsminister und Geheimdienst-Koordinator Lutz Stavenhagen, die Bundesregierung informiert.

Durch die Verzögerung in Pullach blieb auch die Regierung ahnungslos oder konnte sich so geben: Am selben Tag fragten Bonner Journalisten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, seit wann seinem Ministerium „konkrete Hinweise“ über die Vergangenheit Schnurs vorgelegen hätten. Der Minister antwortete, dass nach seiner Kenntnis „noch immer keine konkreten Hinweise“ vorlägen. Und weiter: „Ich glaube auch, der erste konkrete Hinweis, den wir bekommen haben, ist die Aussage von Herrn Schnur selber, dass er es gewesen ist.“ Dann gab der Minister noch einen Hinweis auf die Quellen: „Im Übrigen wissen Sie, dass es im Bereich der Nachrichtendienste, übrigens nicht so sehr im Bereich des Dienstes, für den ich als Innenminister die Verantwortung trage, seit Wochen durch Überläufer und auch sonst solche Hinweise und Gerüchte gegeben hat. Wir haben ja dazu auch die entsprechende Klärung gehabt, aber eigene Erkenntnisse haben wir keine gehabt.“²²⁶ Dagegen schrieb die FAZ, dass es zu Schnur „mannigfaltige Hinweise aus nachrichtendienstlichen Kreisen“ gegeben habe, die allerdings in Bonn als „zu wenig gesichert“ angesehen wor-

223 Ebd., Bl. 199 f.

224 Ebd., Bl. 363–377

225 Ebd., Bl. 195 f.

226 Ebd., Protokoll der Bundespressekonferenz vom 14. März 1990, Bl. 58v; DPA, Schäuble: Keine konkreten Hinweise auf Stasi-Mitarbeit, 14. März 1990, 16:27 Uhr.

den waren.²²⁷ Laut „Express“ hatte es bereits seit sechs Wochen in der Bonner CDU-Spitze Hinweise auf eine Stasi-Vergangenheit Schnurs gegeben.²²⁸

Schadensbegrenzung

Schnur versuchte weiter, seinen Ruf zu retten und sich nun als Opfer zu stilisieren. „Bild“ half ihm dabei, einen Rest an Ansehen zu bewahren. Schnur erklärte nach seinem Eingeständnis der Zeitung, er sei gewaltsam zur Mitarbeit bei der Stasi gezwungen worden: „Ich bin 1964 durch Prügel und folterähnliche Methoden gezwungen worden, eine Verpflichtungserklärung für das Ministerium für Staatssicherheit zu unterschreiben. Ich bin in den vergangenen zwei Jahrzehnten verfolgt, überwacht, erpresst und bedroht worden. Sie haben mich fertiggemacht. Ich bin einem 48-Stunden-Verhör als angeblicher BND-Agent unterzogen worden – da waren Spezialisten am Werk. [...] Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Ich habe ausschließlich für meine Mandanten gearbeitet. Dass ich dabei zu bestimmten Zugeständnissen gegenüber diesem menschenverachtenden Regime gezwungen war, lag im System der DDR. Anhand der Akten lässt sich beweisen, dass niemand durch mich zu Schaden kam.“²²⁹ Selbst im Untergang stand „Bild“ noch Schnur zur Seite, der „oft die letzte Hoffnung der SED-Opfer“ gewesen sei. Er habe „Kompromisse“ gemacht, hieß es nachsichtig, „die ihn stolpern ließen“. Schnur sei ein „deutsches Schicksal“. Der Kommentator nahm dann Ministerpräsident Modrow von der PDS ins Visier. Es wäre verwunderlich, wenn dieser die Verstrickungen Schnurs „nicht schon länger kannte“. Irgendwann nach der Wahl, „wird die Akte Modrow geöffnet ...“²³⁰ Dass die Vorwürfe gegen Schnur „schon länger“ in Bonn bekannt waren, schien „Bild“ nicht zu interessieren.

Angeblich versuchte „Bild“ sogar noch einen „Gegenschlag“, indem die Zeitung von einem angeblichen Schreiben Gysis berichtete, in dem dieser seinen Genossen mitteilte, dass es gelungen sei, die Liste der Stasi-Mitarbeiter zu frisieren.²³¹ Die ebenfalls zu Springer gehörende „Welt“ assistierte bei dem Rettungsversuch für Schnur: „Und nach wie vor gilt die Unschuldsvermutung bis zum Schuldbeweis, vor allem wenn die Stasi die Drähte zieht.“²³²

Die Führung des Demokratischen Aufbruchs sah in dem Fall eine menschliche Tragödie. Nachdem die Partei bisher solidarisch zu Schnur gestanden habe, müsse sie nun eine „bittere und deprimierende Wahrheit“ zur Kenntnis neh-

227 Die Bonner Parteien sind überrascht, in: FAZ vom 15. März 1990.

228 Kohl war seit sechs Wochen gewarnt, in: Express vom 15. März 1990.

229 DPA, Schnur: Gewaltsam zur Stasi-Mitarbeit gezwungen, 14. März 1990, 18:04 Uhr; Schnur – das Ende. Sie haben mich gefoltert und erpresst, in: Bild vom 15. März 1990.

230 Heute Schnur, Herr Modrow ..., in: Bild vom 15. März 1990.

231 Peter Brinkmann: Zeuge vor Ort. Berlin 2014, S. 206 f.

232 Der Rücktritt, in: Die Welt vom 15. März 1990.

men. Schnur habe nicht die eigene Partei über seine langjährige Stasi-Mitarbeit informiert, sondern zuerst die Bonner CDU. Trotz des Stasi-Eingeständnisses sprach Eppelmann weiter von seinem „Freund“ Schnur. Der Pfarrer bekannte sich auf die Journalisten-Frage, warum nach der „Spiegel“-Veröffentlichung nicht genauer nachgefragt worden sei, zu der „politischen Naivität“, der das „Wort eines Freundes mehr gilt als das Wort eines ehemaligen Mitarbeiters der Staatssicherheit“.²³³

Gleichzeitig versuchte der DA, den Schaden zu begrenzen. Er entschuldigte sich nun für alle abgegebenen Ehrenerklärungen zugunsten Schnurs.²³⁴ Der bisherige DA-Vorsitzende habe die Unwahrheit gesagt. Alle Erklärungen von Vorstand, Hauptausschuss und Pressestelle seien im Vertrauen auf die Richtigkeit der Darstellung Schnurs über seine Kontakte zum Staatssicherheitsdienst abgegeben worden.

Insgesamt, so der DA-Mitgründer und Historiker Ehrhart Neubert, bedeutete die Enttarnung Schnurs für den DA „eine Katastrophe und eine Glaubwürdigkeitskrise“.²³⁵ Zweifellos habe Schnur der gesamten Opposition jahrelang „schwer geschadet“ und im Herbst 1989 dem DA besonders. „Schnur war Vorsitzender des DA geworden, weil er auf einen fast unerschöpflichen Vorrat an Vertrauen zurückgreifen konnte. Erst nach seiner Enttarnung wurden sich viele seiner vermeintlichen Freunde bewusst, dass er nie einen eigenständigen substantziellen Beitrag zur DDR-Revolution, weder intellektuell, noch politisch, geleistet hatte.“ Schnur sei ein „haltloser Opportunist“ gewesen.²³⁶

Am Mittwochabend präsentierte das innenpolitische TV-Magazin „Prisma“ im DDR-Fernsehen seinen „Recherchebericht“ zum „Fall Schnur“. In den vergangenen Tagen, so die Moderatorin, hätten „besorgte, ja verunsicherte Bürger“ die Redaktion angerufen und um Aufklärung gebeten. Nun versuchten sich die frischgewendeten DDR-Journalisten in investigativer Recherche. Sie präsentierten einen siebenminütigen, kargen Beitrag. Er bestand hauptsächlich aus abgefilmten Fotos und Zeitungsartikeln. In den wenigen Filmaufnahmen wurden die ehemalige Stasi-Zentrale von Rostock sowie die Mitglieder der dortigen Untersuchungskommission gezeigt. Ein Sprecher sagte, dass der Aktenumfang zu Schnur „erheblich“ sei: Elf Aktenordner zur Person und 21 Ordner mit Treffberichten seien gefunden worden, dazu Ordner mit Quittungen. Keine der Akten war in dem Beitrag zu sehen. Auch zum Inhalt gab es keine Infor-

233 DPA, DA-Führung sieht in Affäre Schnur eine menschliche Tragödie, 14. März 1990, 19:48 Uhr; Vorstand über MfS-Mitarbeiter enttäuscht, in: ND vom 15. März 1990; Eppelmann: „Schnur war und ist mein Freund“, in: taz vom 16. März 1990.

234 DPA, Demokratischer Aufbruch entschuldigt sich für Ehrenerklärungen, 14. März 1990, 20:01 Uhr.

235 Ehrhart Neubert: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*. München 2008, S. 366.

236 Ders.: *Der „Demokratische Aufbruch“*, S. 555. Siehe auch ders.: *Zweikampf*, S. 205.

mationen. In der zweiten Hälfte des Beitrages wurde über ein konspiratives Treffen von Schnurs ehemaligem Führungsoffizier mit den Redakteuren auf einem Autobahnrastplatz berichtet. Der ehemalige Stasi-Mann war nicht zu sehen, nur zu hören: „Mir ist bekannt, dass Schnur mindestens seit Ende der 60er-Jahre mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hat. Ich selbst habe ihn über mehrere Jahre geführt.“ Schnur habe Informationen über Ausreisewillige und kirchliche Friedens- und Umweltkreise geliefert. Dafür sei er mit Geld und Auszeichnungen belohnt worden. Der Mann hatte keine Belege und keine Beweise für seine Aussage. Er erklärte aber, dass es in den Akten eine schriftliche Verpflichtungserklärung geben müsse.²³⁷

Auch die West-CDU bemühte sich um Schadensbegrenzung. CDU-Generalsekretär Rühle warf nun DDR-Ministerpräsident Modrow vor, die Bundesregierung nicht über die Verwicklungen Schnurs informiert zu haben, über die die DDR-Regierung auf jeden Fall informiert gewesen sei.²³⁸ Die ehemaligen SED-Genossen dagegen triumphierten. Sie nahmen nun nach dem „Möchtergern-Ministerpräsidenten“ die westdeutschen Verteidiger ins Visier: „Bezeichnend aber auch die Deckung und Schützenhilfe, die ihm Bonn aus allen propagandistischen Rohren bis gestern bot. Von ‚Bild‘ über Kohl bis Schmitz (ZDF) sangen sie alle das Hohelied auf einen ‚verleumdeten‘ Patrioten, um ihrerseits jene anzumotzen, die im Namen der Demokratie für offene, saubere Verhältnisse in diesem Lande sorgen wollten. Immer nach dem Motto: Wer nicht für Schnur streitet, ist ein Knecht Gysis.“²³⁹

Am Tag nach dem Rücktritt bedauerte Eppelmann in einem Hörfunkinterview, dass Schnur nicht früher die Kraft gefunden habe, seine Stasi-Mitarbeit einzugestehen. Es habe vielleicht auch an seinen Mitstreitern gelegen, dass er es nicht gewagt habe, früher die Wahrheit zu sagen. Darüber wolle er mit Schnur reden. „Ich weiß jedenfalls, dass er gegenwärtig ganz, ganz traurig ist und ein ganz einsamer Mensch wahrscheinlich auch ist. Und er tut mir ungeheuer leid.“²⁴⁰

Trotz der inzwischen drückenden Beweislast und der zahlreichen Zeugenaussagen konnte Schnur-„Freund“ Eppelmann offenbar immer noch nicht die Wirklichkeit akzeptieren. In einem Interview sagte er, dass er Fälschungen bei Stasi-Akten für „denkbar“ halte.²⁴¹

Der DA versuchte nun in Windeseile, die Schnur-Affäre hinter sich zu lassen. Bereits am Tag nach dessen Rücktritt wurde Eppelmann mit „übergroßer Mehr-

237 DRA, Prisma, Der Fall Wolfgang Schnur, 14. März 1990, 21:09 Uhr; DPA, Ex-Stasi-Offizier: Schnur war „Stasi-Spitzeninformant“, 14. März 1990, 22:49 Uhr.

238 Stasi-Offizier: Schnur war „Spitzeninformant“, in: Die Welt vom 16. März 1990.

239 Lügen bis zum letzten Tag, in: Junge Welt vom 15. März 1990.

240 Deutschlandfunk, Konsequenzen aus Schnur-Rücktritt für Demokratischen Aufbruch ungeheuer schwer einzuschätzen – Gespräch mit dem designierten Nachfolger Rainer Eppelmann, 15. März 1990.

241 Ich hoffe auf die Weisheit der Wähler, in: Express vom 16. März 1990.

heit“ zum neuen DA-Vorsitzenden und Spitzenkandidaten gewählt. Gleichzeitig schloss der Hauptausschuss den bisherigen Vorsitzenden und DA-Mitbegründer wegen seines parteischädigenden Verhaltens aus dem DA aus. „Für die menschliche Tragik des Wolfgang Schnur“, so hieß es in einer Pressemitteilung, „vom Opfer zum Täter geworden zu sein, fanden die Mitglieder des Hauptausschusses mitfühlende Worte und wünschen ihm als Mensch recht baldige Genesung.“²⁴²

Allerdings wurde der DA Schnur so schnell nicht los. Er stand in Halle weiter auf den Wahlzetteln. Eine Änderung sei nicht möglich, so die Zentrale Wahlkommission. Derweil sammelte der BND weitere Informationen über Schnur. Eine Quelle habe berichtet, so notierte es ein Beamter, dass Schnur bereits mit Beginn seines Studiums IM geworden sei. „Schnur habe seine Mitarbeit damals selbst angeboten.“ Die Staatssicherheit habe sein Jurastudium finanziert.²⁴³

Am 16. März 1990, zwei Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl, berichtet der BND über den inzwischen enttarnten Schnur, dass der Nachrichtendienst „eine ganze Reihe von Hinweisen verschiedener Quellen“ gehabt habe.²⁴⁴ Über die Qualität der Informationen schrieb der Geheimdienst nichts.

Am selben Tag notierte ein BND-Mitarbeiter zu „vertraulichen Gesprächen“, die eine BND-Quelle mit dem Leiter der polnischen Abteilung des Senders Voice of America in Washington geführt habe, dass bei der CIA die Stasi-Tätigkeit von Schnur „seit Jahren“ bekannt gewesen sei. Und weiter: „Daher seien die in der BR-Deutschland tätigen US-Journalisten rechtzeitig angewiesen worden, den Vorgang Schnur publizistisch nicht aufzugreifen und auch keine Hinweise zur möglichen Stasi-Tätigkeit zu veröffentlichen. Die US-Administration hatte mit dieser Maßnahme nicht unnötig Zündstoff in den Vorgang hereintragen wollen mit Rücksicht auf die anstehenden Wahlen in der DDR.“ Nachdem Schnur seine Stasi-Tätigkeit eingestanden habe, „sei den US-Journalisten die Berichterstattung hierüber freigegeben worden“ – mit zwei Auflagen: Die Stasi-Tätigkeit Schnur solle in den Kontext zu dessen Arbeit als Anwalt für politische Häftlinge gebracht werden. Und die Parteien des Wahlbündnisses sollten „nicht unnötig“ in den Vorgang einbezogen werden. „Die Berichterstattung zu diesem Thema sollte mit äußerster Zurückhaltung erfolgen.“ Der Gesprächspartner, so die BND-Quelle weiter, habe durchblicken lassen, „dass die Bundesregierung sehr früh über die beim CIA vorliegenden Erkenntnisse informiert worden war“.²⁴⁵ Ob diese Meldung der Wahrheit entsprach, ist unklar. Aus den freigegebenen BND-Akten geht nicht hervor, ob die Meldung überprüft wurde.

242 Presseerklärung vom 15. März 1990, in: ACDP 07-011-619; DPA, Eppelmann zum DA-Vorsitzenden gewählt, 15. März 1990, 12:19 Uhr; Eppelmann, geh du voran, in: taz vom 16. März 1990; Eppelmann Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“, in: FAZ vom 16. März 1990.

243 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Vermerk von Merker vom 15. März 1990, Bl. 181 f.

244 BND-Archiv 2216_Auszug_OT, Anlage vom 16. März 1990, Bl. 77.

245 BND-Archiv 2219_Auszug_OT, Vermerk von Faber vom 16. März 1990, Bl. 175.

Einen Tag nach der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR bedankte sich BND-Chef Wieck bei Verfassungsschutz-Chef Boeden „für die Übermittlung der Erkenntnisse Ihres Hauses über Kontakte führender DDR-Persönlichkeiten zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit“. Wieck zeigte sich zufrieden mit der Liste vom 8. März und revanchierte sich mit „wesentlich weniger detaillierten“ Hinweisen „zu einigen der aufgeführten Personen“. Von Pullach nach Köln gingen Informationen über Modrow, Lothar de Maizière, Bohley, Schnur und Kirchner.²⁴⁶

Am 19. März schickte der BND-Präsident einen schriftlichen Bericht zum „Fall Schnur“ nach Bonn.²⁴⁷ Damit wich Wieck von der bisherigen Praxis ab, nur mündlich über Hinweise auf Stasi-Verstrickungen von DDR-Politikern zu berichten. Der Geheimdienstchef fühlte sich von Innenminister Schäuble öffentlich ins schlechte Licht gerückt. Seine Mitarbeiter hatten ihn darüber informiert, dass in den TV-Nachrichten berichtet worden sei, dass Schäuble erklärt habe, ihm hätten keinerlei Informationen über eine Zusammenarbeit zwischen Schnur und der Stasi vorgelegen.²⁴⁸ Wieck zeigte sich „betroffen“ und beschwerte sich beim Minister über die öffentliche Darstellung seines Dienstes: „Ich kann es nicht hinnehmen, dass der Bundesnachrichtendienst erneut zum Sündenbock gemacht wird.“²⁴⁹ Seit Januar habe er regelmäßig in Bonn über mögliche Stasi-Verstrickungen von prominenten DDR-Politikern berichtet. Als Versager wollte Wieck in diesem Fall nicht dastehen.

Schäuble antwortete umgehend. Der Minister zeigte sich verwundert. Die Nachrichten-Meldung beziehe sich auf sein Statement vor der Bundespressekonferenz, erklärte er. Zum Beleg legte er das Protokoll seinem Schreiben bei. Gleichzeitig legte Schäuble Wert darauf, dass er in der „Angelegenheit Schnur“ den BND nicht „zum Sündenbock“ gemacht habe. Wieso die zahlreichen Informationen über Schnur in Bonn offenkundig nicht ernstgenommen worden waren, erklärte der Minister aber nicht.²⁵⁰

Schnur lag währenddessen noch immer im Krankenhaus. Vor der Klinik wurde demonstriert. „Schnur, du Stasi-Schwein. Wir bringen dich um!“, wurde gerufen. Nur Schnurs Lebensgefährtin durfte ihn besuchen, Eppelmann weiterhin nicht. Jede weitere Aufregung, so die Ärzte, könnte Schnur gefährden. „Er ist sehr krank, es geht ihm sehr schlecht“, sagte einer.²⁵¹

Im Krankenhaus blieb Schnur auch über den Wahlsonntag hinaus. Die „Allianz für Deutschland“ gewann zwar unerwartet die Wahl zur Volkskammer; dabei war der DA mit 0,92 Prozent und vier Sitzen jedoch der mit Abstand

246 Ebd., Schreiben von Wieck an Boeden vom 19. März 1990, Bl. 37.

247 Ebd., Bl. 87.

248 Ebd., Vermerk von Welf vom 16. März 1990, Bl. 180.

249 Ebd., Bl. 32.

250 Ebd., Bl. 51.

251 Ost-Berlin: Morddrohungen gegen Schnur, in: Express vom 16. März 1990.

schwächste Partner des Wahlbündnisses. Es war der Absturz einer jungen Partei in die Bedeutungslosigkeit.

Jetzt empfing Schnur auch Eppelmann. Als dieser das Krankenzimmer betrat, nahm ihn Schnur fest in die Arme. Alles tue ihm leid, versicherte er. Er habe niemanden geschadet. „Er erschien mir unehrlich“, erinnerte sich Eppelmann später. Im Gespräch sei Schnur nur im Allgemeinen geblieben. Konkrete Auskünfte habe er nicht gegeben. Nach einer Stunde sei das Gespräch zu Ende gewesen. „Ich sagte auf Wiedersehen“, erinnerte sich Eppelmann, „aber wir trafen keine Verabredung, wann dieses stattfinden könne. Mich hatte dieser Besuch maßlos enttäuscht, vor allem, als ich entdeckte, dass Schnur unser Treffen offenkundig nicht nahegegangen war.“ Es war das Ende einer „Freundschaft“.²⁵² Eppelmann zog einen Schlussstrich: „Schnur war der übelste Stasispitzel in meinem Umfeld und nach heutigen Aussagen ehemaliger Stasileute auch ihr wichtigster.“²⁵³

Die Lebensbeichte

Anfang April besuchte der „Stern“ Schnur im Krankenhaus. In der Illustrierten legte Schnur unter der Überschrift „Für Gott und Stasi“ eine „Lebensbeichte“ ab. Nun konnte Eppelmann nachlesen, was Schnur ihm nicht gesagt hatte. Die zehnteilige Story begann mit einem doppelseitigen Foto: Schnur im Krankbett liegend, die Augen leicht geschlossen, die Hände theatralisch zum Gebet gefaltet. Laut Bildunterschrift „haderte“ Schnur im Krankenhaus mit seinem Schicksal. Ein anderes Bild zeigte den Ex-Politiker in Bademantel und Hausschuhen auf dem Gang seiner Krankenstation. Dazu gab es private Familienbilder von Schnur: im Urlaub, zu Weihnachten, beim Fasching. Der Artikel zeichnete das Bild eines Wracks: „Körper und Seele des Patienten befinden sich in einem gefährlichen Gleichklang. Der Mann ist am Ende, k.o., fertig, erledigt.“ Schnur sah sich, so der „Stern“, als Opfer. Mandanten habe er niemals verraten. Gleichzeitig räumt er doch ein, sich konspirativ mit der Stasi getroffen und Informationen über andere Menschen auf Tonbänder gesprochen zu haben. Eine Stasi-Sekretärin wurde mit dem Lob zitiert: „Seine Bänder habe ich besonders gerne abgeschrieben, weil er klar und deutlich formulierte.“ In dem Artikel wird auch über eine mögliche BND-Mitarbeit von Schnur spekuliert, die Schnur allerdings bestreite. „Experten halten eine BND-Mitarbeit aber durchaus für möglich.“²⁵⁴

Der DA sah sich nach der „Stern“-Lektüre darin bestätigt, „dass Schnur die Partei im Auftrage der Stasi ‚unterwandert‘ und bewusst geschädigt hat.“²⁵⁵ Die

252 Eppelmann: Haus, S. 294.

253 Ebd., S. 296.

254 Dönhoff/Gebhardt: Die Lebensbeichte des Wolfgang Schnur, in: Stern vom 5. April 1990.

255 Presseerklärung vom 4. April 1990, in: ACDP 07–011-6199.

Partei wollte den „Fall Schnur“ aber nicht so schnell zu den Akten legen. Ende Juni schickte sie einen „offenen Brief“ an DDR-Justizminister Kurt Wünsche. Darin forderte der DA disziplinarische und gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen gegen den Anwalt, da er seine Schweigepflicht gebrochen habe. Es sei unerträglich, dass Schnur, der „sowohl seine Mandantschaft verraten hat, als auch eine neue demokratische Partei paralyisierte, ohne Konsequenzen gewissermaßen in die neue Rechtsstaatlichkeit übernommen werden soll“.²⁵⁶

Für Schnur selbst, so Neubert, sei es ein tiefer Absturz gewesen, „der auch ein tragisches Element enthielt“.²⁵⁷ Er verlor nicht nur seine politischen Ämter, sondern alles. Vier Jahre später musste er seine Zulassung als Rechtsanwalt abgeben.²⁵⁸ Das Landgericht Berlin verurteilte ihn 1996 wegen Verrats seiner ehemaligen Mandanten Freya Klier und Stephan Krawczyk zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung.²⁵⁹

Zusammenfassung

Der „Fall Schnur“ im Frühjahr 1990 war kurz und heftig. Auf dem Höhepunkt des ersten freien DDR-Wahlkampfes wurde mit äußerst harten Bandagen um die Ehre des DA-Vorsitzenden gekämpft. Nebelkerzen wurden geworfen, politische Gegner diffamiert. So weit hätte es gar nicht kommen müssen. Hätten die führenden bundesdeutschen CDU-Politiker sich ernsthaft mit den frühen Hinweisen der eigenen Geheimdienste sowie der DDR-Überläufer auseinandergesetzt, dann hätte es keine „Ehrenerklärungen“ für den stasibelasteten Schnur gegeben. Und dann wären die Vorwürfe auch nicht als Teil einer seit Wochen laufenden Kampagne gedeutet worden. Das geheime und das publizierte Wissen über Schnurs Vergangenheit konnte nur von den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden oder von der Bundesregierung miteinander verknüpft werden. Doch daran bestand so kurz vor der Wahl offenbar kein größeres Interesse.

Nicht nur die Entscheider bei der West-CDU zeigten keine Weitsicht, sondern auch ihre Geheimdienste. Aufgabe der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden war es nicht nur, die Regierung über die Lage in der DDR zu berichten, sondern auch einen Spitzel oder zumindest erpressbaren DDR-Politiker in der Nähe des Kanzlers zu verhindern. Dem Bundesnachrichtendienst gelang es nach den vorliegenden Dokumenten offenbar nicht, Original-MfS-Akten zu beschaffen und so die Gerüchte, Vorwürfe und Hinweise zu belegen oder zu widerlegen. Es gibt außerdem keine Hinweise darauf, dass der Geheimdienst überhaupt versucht

256 Offener Brief vom 22. Juni 1990, ebd.

257 Neubert: *Revolution*, S. 366.

258 DPA, Wolfgang Schnur verlor endgültig Anwaltszulassung, 13. Juli 1994, 15:13 Uhr.

259 Erstinstanzliches Urteil des Landgerichts Berlin vom 15. März 1996, Az (502) 65 Js 1285/91 KLa (22/95), abgedruckt in: Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hg.): *Strafjustiz und DDR-Unrecht Dokumentation*. Bd. 6: MfS-Straftaten. Berlin 2006, S. 311–341.

hätte, vorliegende Informationen gezielt zu verifizieren. Und auf die neuen Quellen aus dem Osten wollte sich der BND offenbar nicht allein verlassen. Selbst die DDR-Presse, die sich gerade erst aus der SED-Umklammerung gelöst hatte und in der sich zusätzliche Informationen befanden, die zumindest eine Analyse wert gewesen wären, wurde überhaupt nicht ausgewertet. So traten Kohl und Schnur unbekümmert Seite an Seite öffentlich auf.

Gleichzeitig zeigt der Fall noch eine weitere Dimension: Weil es um die Macht ging, griffen, als Schnur nicht mehr zu halten war, die bundesdeutsche CDU und Bundeskanzler Kohl persönlich massiv in die DDR-Vorgänge ein, fielen Entscheidungen und übergingen Partner.

Im Nachhinein sieht Thomas de Maizière als unmittelbar Beteiligter das Vorgehen seiner Partei kritisch. Die Pressekonferenz zum Schnur-Rücktritt in der West-Berliner CDU-Landesgeschäftsstelle sei ein Fehler gewesen. Sie hätte in den Geschäftsräumen des DA in Ost-Berlin stattfinden müssen. In den wenigen Tagen vor der historischen Wahl sei aber keine Zeit gewesen. Die West-CDU habe das damals „dampfwalzenmäßig gemacht“. „Diese Pressekonferenz“, so de Maizière rückblickend, „war vom Westen dominiert, und das war Mist.“ Das Ganze sei „gespenstisch“ gewesen.²⁶⁰

Der DA war letztendlich nur Zaungast bei der kompromisslosen Beendigung der Affäre. Auch dieses Vorgehen der West-CDU könnte einen Anteil daran haben, dass die „Affäre Schnur“ zu den größten Enttäuschungen im Leben von Angela Merkel gehört. Sie erlebte erstmals aus nächster Nähe, wie Kohl agierte. Ihr Demokratischer Aufbruch geriet durch den Fall, der ihn vollkommen überforderte, letztendlich in eine so schwere Krise, dass sich die Partei nie mehr davon erholen sollte.

Auch für die Zeitungen aus dem Springer-Verlag, vor allem für „Bild“, war der Fall kein Ruhmesblatt. Fakten oder konkurrierende Recherchen wurden ignoriert oder gar diffamiert. Stattdessen wurde Schnur verteidigt, ohne die geringsten Belege für eine behauptete Kampagne zu haben. Hier ging es nicht um Journalismus, sondern um Politik.

Der „Fall Schnur“ ist in mehrfacher Hinsicht ein Schlüsselmoment. Er steht nicht nur für den Beginn der Stasi-Aufarbeitung, sondern auch am Anfang einer langen Liste von Stasi-Vorwürfen gegen prominente DDR-Politiker. Einige der Vorwürfe haben ihren Ursprung in den Aussagen von Stasi-Überläufern. Welches Wissen die Überläufer tatsächlich mitbrachten, wie es geprüft wurde und ob die bundesdeutschen Dienste dieses Wissen nutzten, ist bisher nicht erforscht.

260 De Maizière/Braun: Staat, S. 134 f.

„... eine neue politische Kultur“ oder Beschädigung des Parlamentarismus? Die Union und die Kunst am Beispiel der Reichstagsverhüllung von Christo

Andreas Grau

Am 25. Februar 1994 stimmte der Deutschen Bundestag zum ersten Mal über ein einzelnes Kunstwerk ab. Auf der Tagesordnung stand der Antrag einer Gruppe von Abgeordneten aus allen Fraktionen, die sich für das Projekt „Wrapped Reichstag“ des Künstlerpaares Christo und Jeanne-Claude aussprachen.¹ Nach langer und intensiver Debatte stimmten die Abgeordneten in geheimer Abstimmung mit klarer Mehrheit von 292 zu 223 der Verhüllung des Reichstagsgebäudes in Berlin zu. Befürworter und Gegner des Projektes waren in allen Fraktionen zu finden. Während in der CDU/CSU-Fraktion die Zahl der Gegner deutlich überwog, war es in der SPD-Fraktion genau umgekehrt. Bei der FDP war das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern in etwa ausgeglichen und bei der PDS und Bündnis 90/Die Grünen stimmten alle Abgeordneten dem Projekt zu.

Im Folgenden wird der Gang des Projektes von der Idee 1971 bis zur Umsetzung 1995 beschrieben.² Der Fokus liegt dabei auf der CDU/CSU-Fraktion. Insbesondere die Ereignisse rund um die Entscheidung des Bundestages am 25. Februar 1994 werden beleuchtet. Neue Erkenntnisse ergeben sich dabei aus den Protokollen der CDU/CSU-Fraktion sowie aus dem Schriftwechsel verschiedener Abgeordneter.

Die Idee

Die Anfänge der Kunstaktion „Wrapped Reichstag“ gehen bis ins Jahr 1971 zurück: Damals schickte der in Berlin lebende Journalist und Historiker Michael Cullen eine Postkarte des Reichstages an Christo und regte an, das Gebäude zu verhüllen.³ Christo war dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen und fertigte erste Skizzen an. Doch erst 1976 reiste er nach Berlin und nahm das Reichstagsgebäude selbst in Augenschein. Bei diesem Besuch machte er auch sein

- 1 Vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode (WP), Drucksache (Drs.) 12/6767: Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin.
- 2 Zu der jahrelangen öffentlichen und politischen Diskussion über die Kunstaktion von Christo und die Argumente pro und contra siehe Ansgar Klein: Einleitung. Zur Ästhetik der repräsentativen Demokratie: Die Reichstagsverhüllung und das Selbstverständnis der künftigen Berliner Republik, in: Ders. u. a. (Hg.): Kunst, Symbolik und Politik. Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß. Opladen 1995, S. 13–22.
- 3 Vgl. Michael S. Cullen: Der Reichstag. Symbol Deutscher Geschichte. Berlin 2015, S. 171 und ders.: Eine Chronik des Projekts „Wrapped Reichstag“, in: Klein u. a. (Hg.): Kunst, Symbolik und Politik, S. 60–70, hier 60.

Interesse an der Verhüllung des Reichstags öffentlich. Doch alle Bemühungen von Christo und Cullen, in den folgenden Jahren das Projekt zu verwirklichen, scheiterten an der Ablehnung der Bundestagspräsidenten Karl Carstens, Richard Stücklen und Philipp Jenninger. Einzig Rainer Barzel sprach sich intern dafür aus. Allerdings trat er zurück, bevor eine Entscheidung gefallen war.⁴

Der Bonn-Berlin-Beschluss bringt das Projekt ins Rollen

Mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung 1989/90 rückte Berlin ins Zentrum der Weltpolitik und der deutschen Politik. Auch der Reichstag lag nun nicht mehr am Rande von West-Berlin im Schatten der Mauer, sondern in der Mitte der wiedervereinigten Stadt. Ebenso hatte sich seine Bedeutung geändert: Vom weitgehend funktionslosen Monument für die gescheiterte erste deutsche Demokratie und die deutsche Teilung wurde er nach dem Umzugsbeschluss des Bundestages 1991 zum zukünftigen Parlamentssitz des wiedervereinigten Deutschlands. Auf genau diese Veränderung wies Friedbert Pflüger einen Tag nach der Entscheidung des Bundestages, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen, die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth hin. In seinem Brief meinte Pflüger, dass eine Verhüllung durch Christo ein gutes Symbol für die Verwandlung des alten Reichstags in den neuen Bundestag sei.⁵ Schnell wurde dieser Brief öffentlich, ebenso die Tatsache, dass Rita Süßmuth dem Projekt von Christo aufgeschlossen gegenüberstand. Daraufhin vereinbarte Michael Cullen ein Treffen mit der Bundestagspräsidentin, das schon am 1. Juli 1991 in Bonn stattfand. Tatsächlich war Süßmuth von der Idee begeistert, wollte jedoch Christo nicht einladen, so lange unsicher sei, ob dieser die Einladung auch annehmen würde. Auf Drängen von Cullen erklärte sich Christo schließlich bereit, einer Einladung der Bundestagspräsidentin Folge zu leisten.

Am 20. Dezember 1991 lud Süßmuth daraufhin den Künstler ein, Anfang 1992 nach Deutschland zu kommen, um mit ihr über das Projekt zur Verhüllung des Reichstagsgebäudes zu sprechen. Zwar könne sie nichts versprechen, doch sei sie zuversichtlich, dass das Projekt zeitnah umgesetzt werden könne.⁶ Bei ihrem Treffen am 9. Februar 1992 sicherte die Bundestagspräsidentin Christo ihre volle Unterstützung zu, betonte aber, dass sie nicht alleine darüber entscheiden könne und er deshalb im Bundestag für sein Projekt werben müsse.⁷

Eine gute Möglichkeit, auf das Projekt aufmerksam zu machen, bot eine Ausstellung mit Modellen und Skizzen zu Christos „Wrapped Reichstag“, die

4 Vgl. ebd., S. 61 ff. und Cullen: Reichstag, S. 173 ff.

5 Vgl. Brief von Pflüger an Süßmuth vom 21. Juni 1991, in: ACDP Bestand Friedbert Pflüger 01-765-026/2.

6 Vgl. Abschrift des Briefes von Süßmuth an Christo vom 20. Dezember 1991, in: ACDP Bestand Rita Süßmuth 01-689-631 sowie Cullen: Reichstag, S. 187 f.

7 Vgl. ebd., S. 188

Anfang Januar 1993 im Berliner Marstall eröffnet wurde. Die Eröffnungsrede hielt niemand anderes als die Bundestagspräsidentin. Sie dankte zunächst Michael Cullen, der das Kunstprojekt über Jahre weiterverfolgt, und dem Berliner Senator Volker Hassemer, der die Ausstellung initiiert hatte. Seit dem Umzugsbeschluss des Bundestages sei der Reichstag nicht mehr „ein ambivalentes Monument zwischen Resignation und Hoffnung und unsicheres Mahnmal für die deutsche Teilung“, sondern die „künftige Werkstatt der parlamentarischen Demokratie unseres wiedervereinigten Deutschlands“. Die Gegner der Reichstagsverhüllung glaubten, Christo wolle durch das Projekt das Gebäude verschwinden lassen. Doch das Gegenteil werde passieren: Die Verhüllung hebe das Wichtigste hervor und sei „eine Verbeugung vor diesem Bauwerk“. Gerade die gegenwärtige Zeit brauche dringend künstlerische Ereignisse in Verbindung mit der Politik und „besonders mit dem Parlament als Mittelpunkt der Politik“. Jedoch solle das Projekt nicht durch eine „Kampfabstimmung im Parlament“ entschieden werden.⁸

Bereits am Vormittag des 7. Januar 1993 hatten sich Süssmuth, Christo, der Berliner Senator Volker Hassemer und der Vorsitzende der Baukommission des Bundestages, Dietmar Kansy, getroffen, um einander kennenzulernen und mehr über die Ideen von Christo zu erfahren. Weil die Verhüllung des Reichstagsgebäudes nur vor dessen Umbau zum Sitz des Bundestages stattfinden konnte, war eine enge Abstimmung des Projekts mit den Umbauplänen des Bundestages notwendig. Daher wurde 1994 ein Vertrag zwischen dem Deutschen Bundestag und der von Christo für seine Aktion gegründeten Verhüllte Reichstags GmbH geschlossen.⁹

Obwohl die Ausstellung „Wrapped Reichstag“ in Berlin die Öffentlichkeit und auch das Preisgericht zum Umbau des Reichstages sicher zugunsten der Aktion von Christo beeinflusste, ist es doch keineswegs so – wie Michael Cullen glauben machen will –, dass damit die Entscheidung zugunsten der Verhüllung schon gefallen gewesen wäre.¹⁰ Wie die Bundestagspräsidentin nämlich wenig später feststellen musste, hatte sie vor allem im Parlament noch erheblichen Widerstand zu überwinden. Mitte März 1993 warb sie in Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden für das Projekt von Christo und wollte diesen in den Ältestenrat einladen: Die bekannte Idee des Künstlers, den Reichstag zu verhüllen, sei bisher an der deutschen Teilung gescheitert. Christo habe in den letzten Jahren viele international beachtete Projekte umgesetzt und diese stets selbst finanziert. Nach der Wiedervereinigung könne die Verhüllung nun umgesetzt werden. Christo sei „nach wie vor stark an der Realisierung seines

8 Rede von Rita Süssmuth zur Ausstellungseröffnung am 7. Januar 1993, in: ACDP 01-689-110.

9 Vgl. Dietmar Kansy: Zitterpartie. Der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin. Hamburg 2003, S. 102 und Cullen: Chronik, S. 70.

10 Vgl. Cullen: Reichstag, S. 191.

Projektes interessiert“. Auch sie selbst stehe dem Vorhaben „positiv gegenüber“ und würde dem Künstler gerne Gelegenheit geben, das Reichstagsprojekt dem Ältestenrat vorzustellen. Dazu schlug Süssmuth eine Sitzung des Ältestenrates des Bundestages am 21. Mai 1993 in Berlin vor. Die Antwort des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, war nicht sehr ermutigend: „Ich habe von diesem Vorhaben noch nie etwas gehalten.“ Die veränderte Situation Deutschlands und Berlins bestärke ihn noch in seiner Ablehnung: „Mein dringender Rat ist, die Diskussion darüber gar nicht erst in Gang zu setzen.“¹¹ Auch die Reaktion des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Hermann Otto Solms, fiel nicht positiver aus. Der Reichstag müsse so schnell wie möglich zum Sitz des deutschen Parlaments umgebaut werden. „Es ist nicht die Zeit, ihn zu verhüllen.“ Dies würde nur zu Verzögerungen führen: „Deshalb halte ich von diesem Vorschlag nichts.“¹²

Da somit von den Spitzen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion keine Unterstützung zu erwarten war und auch der Ältestenrat inhaltlich reagierte, begann Christo mit Unterstützung von Michael Cullen und Wolfgang Volz, die zum Christo-Team gehörten, einen Werbefeldzug für die Reichstagsverhüllung unter den „einfachen“ Bundestagsabgeordneten. 1993 reisten Christo und seine Frau deshalb so oft wie möglich zu den Plenarsitzungswochen nach Bonn, um Abgeordnete zu treffen.¹³ So fand etwa Mitte Mai 1993 ein Termin mit dem niedersächsischen Abgeordneten Friedbert Pflüger statt. Pflüger, der das Projekt von Beginn an unterstützt hatte, berichtete dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble von dem Treffen und warb für das Projekt. Berlin bekomme durch die Reichstagsverhüllung eine kostenlose PR-Aktion und würde in der Welt als weltoffen und tolerant wahrgenommen. Außerdem, so Pflüger, kämen dadurch viele Touristen in die Stadt und viele würden sich für die Stadt interessieren. Christo selbst sei ein ernsthafter und bescheidener Künstler, der das Vertrauen des Bundestags verdiene.¹⁴

Doch auch Pflüger konnte den Fraktionsvorsitzenden nicht umstimmen. Er habe keinen Zweifel an der künstlerischen Bedeutung von Christo und an den positiven Auswirkungen des Projekts auf Berlin, so die Antwort von Schäuble. Mit dem Reichstag wolle Christo jedoch ein Gebäude verhüllen, das den Staat und seine Verfassung „in besonderer Weise repräsentiert“. Dies würde von vielen Menschen als unwürdig empfunden. Gerade in einer Zeit großer Veränderungen sollte der Staat die Menschen nicht verunsichern.¹⁵

11 Brief von Süssmuth an Schäuble vom 17. März 1993 und Antwortbrief von Schäuble vom 20. März 1993, in: ACDP 08–012-037/4.

12 Brief von Hermann Otto Solms an Rita Süssmuth vom 19. März 1993, ebd.

13 Vgl. Cullen: Chronik, S. 67 f.

14 Vgl. Brief von Pflüger an Schäuble vom 19. Mai 1995, in: ACDP Bestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion 08–012-035/5.

15 Brief von Schäuble an Pflüger vom 15. Juni 1993, ebd.

Trotz der Ablehnung durch Wolfgang Schäuble hatte sich innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Sommer 1993 schon ein kleiner Kreis von Unterstützern des Christo-Projekts gebildet, der intensiv Werbung machte und eine Unterschriften-sammlung zugunsten des Projekts startete.¹⁶ Da auch der „Werbefeldzug“ von Christo unter den Bundestagsabgeordneten im Herbst 1993 Fahrt aufnahm, wuchs die Zahl der Befürworter der Reichstagsverhüllung täglich. Insbesondere viele „Hinterbänkler“ fühlten sich durch den Besuch des bekannten Künstler-paares geehrt und gaben dem Projekt ihre Zustimmung.¹⁷ Die Werbestrategie von Christo sah so aus, dass die Abgeordneten in einem Anschreiben zunächst um einen kurzen Termin gebeten wurden, bei dem er ihnen sein Kunstwerk vorstellen könne.¹⁸ Antwortete der Abgeordnete nicht oder kam kein Termin zustande, folgte drei Wochen später ein ausführlicher Brief von Christo, in dem dieser sein Projekt genau erläuterte: Die Verhüllung des Reichstages werde „ein dramatisches Erlebnis von großer visueller Schönheit sein“. Die Würde des Hauses werde dadurch sogar „hervorgehoben und in den Mittelpunkt des internationalen Interesses gebracht“. Der Reichstag werde „auf würdevolle Weise für einen Moment ein unvergessliches Kunstwerk“. Außerdem werde das Projekt von ihm selbst bezahlt und sei damit kostenlos. Das Reichstagsgebäude solle nur 14 Tage lang verhüllt werden und bleibe in dieser Zeit voll funktions-fähig.¹⁹ Kam es zu einem Termin mit einem Abgeordneten, erhielt dieser danach einen Brief von Christo mit Dank für die Unterstützung sowie mit der Bitte, weitere Bundestagsabgeordnete von dem Projekt zu überzeugen. Außerdem war dem Brief eine Liste der Abgeordneten beigelegt, die das Projekt bereits unterstützten. Mitte November 1993 fanden sich von der CDU/CSU hierauf unter anderem schon die Namen von Norbert Blüm, Norbert Lammert, Rainer Eppelmann, Johannes Gerster, Volkmar Köhler, Friedbert Pflüger, Dietmar Kansy, Volker Kauder, Rita Süßmuth, Heribert Scharrenbroich und Christian Schwarz-Schilling.²⁰ Aufgrund der zahlreichen Unterstützer in allen Fraktionen begann nun auch Christo davon auszugehen, dass der Bundestag seiner Aktion letztlich zustimmen werde.²¹

Zu den Bundestagsabgeordneten, die von Christo für das Kunstprojekt gewonnen wurden, gehörte etwa der Landwirt Peter Harry Carstensen aus Nord-

16 Vgl. Rundbrief von Heribert Scharrenbroich vom 11. Juni 1993, in: ACDP Bestand Renate Hellwig 01–635-035.

17 Vgl. Cullen: Reichstag, S. 194.

18 Vgl. Rundbrief von Wolfgang Volz an die Bundestagsabgeordneten vom 7. Oktober 1993, in: ACDP Bestand Wolfgang von Geldern 01–505-102/2 sowie Cullen: Chronik, S. 68 f.

19 Brief von Christo an Wolfgang von Geldern vom 25. Oktober 1993, in: ACDP 01–505-102/2.

20 Vgl. Brief von Christo an Wolfgang von Geldern vom 15. November 1993 und angehängte Liste, ebd.

21 Vgl. Brief von Christo an Johannes Gerster vom 16. November 1993, in: ACDP Bestand Johannes Gerster 01–631-062.

friesland. Die Ausführungen von Christo seien so überzeugend gewesen, dass er das Projekt nun unterstütze, so Carstensen. Er versuchte sogar, den Bundeskanzler für die Reichstagsverhüllung zu gewinnen. Die Aktion von Christo werde auch international große Aufmerksamkeit erregen. Dies sei gerade in einem Wahljahr sehr wichtig. Außerdem würde dadurch erneut die Wiedervereinigung ins öffentliche Bewusstsein geholt.²²

Die zunehmende Werbung von Christo und seinem Team für die Reichstagsverhüllung führte dazu, dass das Projekt auch in der Öffentlichkeit verstärkt diskutiert wurde. Genau wie im Bundestag gab es auch in der Bevölkerung Gegner der Aktion. Ein Architekt aus Darmstadt erklärte gegenüber Johannes Gerster, unter den Bürgern gäbe es nicht „das geringste Verständnis für so einen würdelosen Blödsinn!“ Die Befürworter des Projekts – allen voran die Bundestagspräsidentin – ließen sich doch nur von der Eloquenz eines „eitlen Effekthaschers“ blenden. Sollte der Bundestag die Verhüllung erlauben, würde dies nur zu noch mehr Politikverdrossenheit führen.²³ Und ein CDU-Ortsverband aus Nordrhein-Westfalen forderte Wolfgang Schäuble dazu auf, das Projekt nach Möglichkeit zu verhindern. Über solch eine absurde Idee könne die Mehrheit der Bürger nur den Kopf schütteln. Die Aktion von Christo sei nur dazu geeignet, die Politik der CDU ins Lächerliche zu ziehen.²⁴

Weil der Fraktionsvorsitzende diese Befürchtung teilte, wollte er die Diskussion über die Reichstagsverhüllung so klein wie möglich halten. Schließlich stand die CDU 1994 am Beginn eines „Superwahljahres“. In der Sitzung des Fraktionsvorstandes am 10. Januar 1994 sprach sich Schäuble deshalb dafür aus, möglichst im Ältestenrat des Bundestages eine Entscheidung über das Projekt von Christo herbeizuführen und eine Abstimmung im Plenum unter allen Umständen zu vermeiden.²⁵ Allerdings musste er schon einen Tag später einsehen, dass der Geist von Christo bereits aus der Flasche war, und sich eine Debatte über die Reichstagsverhüllung nicht mehr verhindern ließ. Vor der CDU/CSU-Fraktion erklärte er deshalb, bald eine Diskussion über das Projekt führen zu wollen, an der auch der Bundeskanzler teilnehmen sollte. Es müsse aber eine große Kontroverse nach Möglichkeit vermieden werden, um Schaden von der Fraktion abzuwenden.²⁶

Dieser abrupte Kurswechsel führte bei einigen Abgeordneten zu Verärgerung. Die frühere Bundesministerin Dorothee Wilms wollte von Schäuble wissen: „Warum dieser Sinneswandel?“ Bis zuletzt habe die Fraktionsspitze das Thema

22 Vgl. Brief von Peter Harry Carstensen an Helmut Kohl vom 6. Januar 1994, in: ACDP Bestand Peter Harry Carstensen 01–757-034/3.

23 Brief an Johannes Gerster vom 10. Januar 1994, in: ACDP 01-631-062.

24 Brief des OV Kirchspiel-Isselhorst an Schäuble vom 27. Januar 1994, in: ACDP 08–012-030/3.

25 Vgl. Sitzung des Fraktionsvorstandes am 10. Januar 1994, in: ACDP 08-012-479/3.

26 Vgl. Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 12. Januar 1994, in: ACDP 08-012-123/3.

Reichstagsverhüllung doch totgeschwiegen und sich dazu ablehnend verhalten. Nun solle die Fraktion aber darüber diskutieren und entscheiden. Nach ihren Erfahrungen würde eine Befürwortung der Aktion von Christo in der Bevölkerung nur „auf totales Unverständnis, ja Entrüstung stoßen“. Eigentlich sollte die CDU doch andere Sorgen haben.²⁷

Grund für den Kurswechsel des Fraktionsvorsitzenden wird wohl ein Gruppenantrag von Abgeordneten aller Fraktionen gewesen sein, der ab Mitte Januar 1994 unter den Bundestagsabgeordneten zirkulierte.²⁸ Darin wurde der Bundestag aufgefordert, der Verhüllung des Reichstages für 14 Tage zuzustimmen und die Bundestagspräsidentin zu beauftragen, die notwendigen Verträge mit dem Künstler abzuschließen. Als Begründung wurde angeführt, dass der Reichstag „als würdevolles Symbol der deutschen Geschichte“ durch die Verhüllung besonders hervorgehoben würde. Außerdem könne dadurch die mit dem Umbau des Reichstagsgebäudes verbundene „Zäsur in der Geschichte der Deutschen“ deutlich gemacht werden. Die Aktion von Christo würde den Reichstag und Berlin „in einzigartiger Weise in das Interesse der deutschen Öffentlichkeit“ rücken. Der Bundestag könne dieses Interesse in seinem Sinne nutzen und auch Berlin hätte dadurch „große ideelle und materielle Vorteile“. Es sei von wenigsten 500.000 Besuchern auszugehen, die wegen der Aktion nach Berlin reisen würden. Das weltweite Interesse in den Medien sei sogar noch viel größer. Dabei werde Christo das Projekt „ausschließlich aus eigenen Mitteln finanzieren“ und die Aktion somit „ohne den Einsatz von Steuergeldern“ auskommen.²⁹ Dieser fraktionsübergreifende Antrag von 218 Abgeordneten wurde am 3. Februar 1994 beim Bundestag eingereicht.³⁰

Zu diesem Gruppenantrag erklärte der CDU-Abgeordnete Heribert Scharrenbroich aus dem Rhein-Sieg-Kreis in einem Rundbrief vom 20. Januar 1994 an seine Fraktionskollegen, der Antrag komme leider etwas zu früh, da in der CDU/CSU-Fraktion noch keine Diskussion über die Reichstagsverhüllung stattgefunden habe. Weil jedoch die Möglichkeit bestehe, dass der Gruppenantrag beim Bundestag eingebracht werde, müsse sich nun die Unionsfraktion damit beschäftigen. Schließlich wäre es doch bedauerlich, wenn das Projekt von Christo nur von Abgeordneten aus den anderen Fraktionen unterstützt werden würde.³¹

Außer dem Rundbrief von Scharrenbroich erreichte die Bundestagsabgeordneten auch ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eber-

27 Brief von Dorothee Wilms an Wolfgang Schäuble vom 12. Januar 1994, in: ACDP 08-012-326/6.

28 Vgl. Rundbrief von Heribert Scharrenbroich vom 20. Januar 1994 mit beiliegendem Gruppenantrag, in: ACDP 01-635-035.

29 Ebd.

30 Vgl. BT-Drs. 12/6767.

31 Vgl. Rundbrief von Heribert Scharrenbroich vom 20. Januar 1994, in: ACDP 01-635-035.

hard Diepgen. Darin informierte er die Abgeordneten über seine Unterstützung für die Reichstagsverhüllung: „Ein solches Ereignis paßt in die Zeit und in die Landschaft.“ Es lenke die Aufmerksamkeit der Welt auf die deutsche Hauptstadt und komme ohne öffentliche Gelder aus. Es sei sicher, so Diepgen, dass „diese Aktion weder den Ruf noch die Würde des Hauses beschädigt“.³²

Die von Wolfgang Schäuble angekündigte Behandlung in der CDU/CSU-Fraktion über das Projekt von Christo fand dann am 1. Februar 1994 statt. Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich Befürworter des Projekts mit Bundeskanzler Kohl und dem Fraktionsvorsitzenden getroffen und die Standpunkte ausgetauscht. Deshalb wurden in der Fraktionssitzung selbst nur die Argumente pro und contra dargestellt und direkt danach darüber abgestimmt. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Argumente der Befürworter der Reichstagsverhüllung trug Volkmar Köhler aus Wolfsburg vor. Der internationale Rang von Christo sei unbestritten, so Köhler, und er sei sicher, dass die Reichstagsverhüllung ein Kunstwerk von großem künstlerischem und ästhetischem Reiz sein werde. Zweifel bestünden jedoch hinsichtlich der Bedeutung des Gebäudes. Da der Reichstag aber noch umgebaut würde und sich somit in einem Durchgangsstadium befände, halte er es für sinnvoll, das Gebäude jetzt in den Blick zu nehmen und auf neue Weise erlebbar zu machen.

Die Position der Christo-Gegner wurde von Schäuble selbst vorgebracht. Auch er stellte den Rang von Christo als Künstler nicht in Frage und war sicher, dass das Projekt für weltweites Aufsehen sorgen würde. Allerdings könnten viele Bürger die Aktion nicht verstehen und würden sich fragen, warum ein so bedeutendes Bauwerk der deutschen Geschichte Gegenstand einer Kunstaktion sein müsse. In keinem anderen Land sei bisher ein vergleichbares Gebäude verhüllt worden. Gerade in einer Zeit der Verunsicherung und Veränderung sollte man „behutsam mit den wenigen Symbolen deutscher, parlamentarischer, demokratischer Geschichte umgehen“. Dieser Ansicht sei auch der Bundeskanzler. Das Ergebnis der anschließenden Abstimmung war dann eindeutig: Nur 59 Abgeordnete stimmten für die Reichstagsverhüllung und 159 votierten dagegen.³³

Etwa zeitgleich mit der Diskussion in der CDU/CSU-Fraktion hatte der Ältestenrat des Bundestages auf Drängen der Union beschlossen, über die Reichstagsverhüllung im Plenum zu diskutieren und auch darüber abstimmen zu lassen. Kurz vor der Debatte beantragte die CDU/CSU-Fraktion dann sogar eine namentliche Abstimmung in dieser Frage.³⁴

32 Rundbrief von Eberhard Diepgen vom 18. Januar 1994, ebd.

33 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 1. Februar 1994, in: ACDP 08-012-124/3.

34 Vgl. Stefan Engelniederhammer: Zwischen Pathos und Polemik. Die Reichstagsverhüllung im politischen Diskurs, in: Klein u. a. (Hg.): Kunst, Symbolik und Politik, S. 77–90, hier 80f.

Die klare Ablehnung der Verhüllungspläne von Christo durch die CDU/CSU-Fraktion veranlasste die Befürworter, nochmals eindringlich für die Aktion zu werben. So verschickte Peter Harry Carstensen Ende Februar 1994 einen Rundbrief, in dem er seine Kollegen um Unterstützung bat. Das Projekt von Christo sei zweifellos ein Kunstwerk „von höchstem künstlerischen Niveau“. Dabei werde nicht der Sitz des Bundestages, sondern das Reichstagsgebäude vor dem Umbau verhüllt. Bei der bevorstehenden Abstimmung im Bundestag stehe ein Kunstwerk zur Debatte, so Carstensen, „das in seiner symbolischen Bedeutung nur in Berlin, nur mit dem Reichstag realisiert werden kann. Eine Ablehnung am Freitag kann nie revidiert werden.“³⁵ Auch Christo und Jeanne-Claude wiesen die Bundestagabgeordneten Mitte Februar auf die Abstimmung im Bundestag am 25. Februar 1994 hin und baten darum, im Plenum anwesend zu sein. „Wir glauben, wir können gewinnen, aber sicher nicht ohne Sie.“³⁶

Trotz des eindeutigen Votums seiner Fraktion hatte Wolfgang Schäuble nun offenbar Zweifel, wie die Abstimmung im Bundestag über die Reichstagsverhüllung letztlich ausgehen würde. Einen Tag vor der Debatte im Plenum appellierte er nämlich an die CDU/CSU-Abgeordneten, die Aussprache möglichst kurz zu halten. Die Bevölkerung würde für eine ausführliche Diskussion über so ein Thema wohl kein Verständnis haben. Zwar könne jeder Abgeordnete frei abstimmen, aber er bitte zu überlegen, welche Folgen mit der Abstimmung verbunden sein könnten. Bürger, die das Projekt von Christo nicht verstehen könnten, würden im Falle einer Zustimmung des Bundestages ihren Ärger eher an der Union auslassen als an den anderen Parteien.³⁷

Die Debatte

Die endgültige Entscheidung über das Projekt von Christo wurde dann am 25. Februar 1994 getroffen. Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung stand der fraktionsübergreifende Antrag „Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin“.³⁸ Dass über die Verhüllung des Reichstagsgebäudes überhaupt im Plenum debattiert wurde, konnten einige Abgeordnete schon nicht verstehen.³⁹ Auch die Bundestagspräsidentin meinte, eine Entscheidung des Ältestenrates darüber hätte sie vorgezogen. Doch habe die Mehrheit sich für eine öffentliche Debatte ausgesprochen.⁴⁰ Noch heftiger wurde kritisiert, dass über den Antrag nament-

35 Rundbrief von Carstensen vom 23. Februar 1994, in: ACDP 01-757-034/3.

36 Rundbrief von Christo und Jeanne-Claude vom 14. Februar 1994, in: ACDP 01-503-102/2.

37 Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 24. Februar 1994, in ACDP 08-012-125/1.

38 Vgl. Sten. Ber. Dt. Bundestag 12. WP, 25.2.1994, S. 18275.

39 Vgl. Rede des SPD-Abgeordneten Eike Ebert, ebd., S. 18286 und Erklärungen der CDU-Abgeordneten Hans Dirk Bierling und Klaus Bühler, ebd., S. 18320.

40 Vgl. Erklärung von Rita Süssmuth, ebd., S. 18287.

lich abgestimmt werden musste. Eine solche Abstimmung sei doch eine Überbewertung des Projekts oder schlicht eine Zumutung.⁴¹

In der Debatte sprach dann als erster Redner der CDU/CSU-Fraktion der Befürworter der Verhüllung Heribert Scharrenbroich. Er betonte gleich zu Beginn, dass der Bundestag „heute nicht über Kunst“ entscheide. Es gehe nur um die Erlaubnis für ein Kunstwerk. Daher bedauere er auch, dass man von „den Gegnern des Projekts zu einer namentlichen Abstimmung gezwungen“ worden sei. Dass Christo den Reichstag und nicht etwa das Capitol für sein Kunstwerk ausgewählt habe, hänge mit seiner Lage „an der Nahtstelle zwischen Ost und West“ zusammen. Das Gebäude verkörpere wie kein anderes in Deutschland „Tiefen und Höhen auf dem Weg zur Demokratie“. Die Verhüllung werde deshalb eine gute Gelegenheit sein, über den Parlamentarismus zu diskutieren. Indem nämlich der Reichstag verhüllt werde, „gelangt das Parlament in das Interesse der Öffentlichkeit“. Außerdem kehrten Deutschland und Berlin mit dem Projekt „auf die Weltbühne der Kunst zurück“. Alle Kunstwerke von Christo hätten Begeisterung ausgelöst und auch die Gegner seiner Projekte beeindruckt. Deshalb hoffe er, so Scharrenbroich, dass der Bundestag der Verhüllung zustimmen und damit „das Interesse der Bevölkerung für den Reichstag noch vergrößern“ werde.⁴²

Die Argumente gegen die Reichstagsverhüllung wurden für die CDU/CSU-Fraktion erneut von Schäuble selbst vorgetragen. Auch er stellte zu Anfang fest, dass der Bundestag heute „keine Entscheidung über Kunst“ treffe: „Sie kann und sie darf das nicht sein.“ Deshalb könne man weder den Gegnern noch den Befürwortern des Projekts ihre Sensibilität und ihr Urteilsvermögen absprechen. Er selbst habe „großen Respekt vor dem Werk und dem Schaffen von Christo“. Seine Werke hätten ihn beeindruckt. Doch heute gehe es um den Reichstag, „ein herausragendes politisches Symbol der jüngeren deutschen Geschichte“. Das Gebäude sei ein „steinernes Zeugnis deutschen Schicksals in diesem Jahrhundert“. Für Schäuble war der Reichstag sogar „das symbolträchtigste und bedeutungsvollste politische Bauwerk Deutschlands“. Mit einem solchen Symbol müsse man sorgfältig umgehen und dürfe damit „keine Experimente veranstalten“. Außerdem sei bisher noch „in keinem anderen Land ein Gebäude von vergleichbarer Bedeutung zum Gegenstand einer solchen Aktion“ gemacht worden. Weil die Bürger in die Demokratie in der Bundesrepublik derzeit eher zu wenig als zu viel Vertrauen hätten, sollte der Bundestag alles tun, um die freiheitliche Demokratie nicht noch weiter zu schwächen. Dies sollte auch für die Bauwerke gelten, die demokratische Institutionen repräsentierten. Deshalb

41 Vgl. Erklärungen der CDU-Abgeordneten Hans-Dirk Bierling, Klaus Bühler und Wolfgang Freiherr von Stetten, ebd., S. 18320 f. Die namentliche Abstimmung war einen Tag vorher von der CDU/CSU-Fraktion beantragt worden, vgl. Engelniederhammer: Pathos, S. 81.

42 Sten. Ber. Dt. Bundestag 12. WP, 25.2.1994, Plenarrede von Heribert Scharrenbroich, S. 18278 ff.

dürfe man „mit ihrer äußeren Erscheinung keine Experimente veranstalten“. Staatliche Symbole sollten „einen, sie sollen zusammenführen“ und nicht polarisieren. Die Verhüllung des Reichstages könnten aber viele Menschen nicht verstehen und nicht nachvollziehen. Der Ausgang dieses Experiments sei ungewiss und sein Nutzen auf jeden Fall nur begrenzt. Zum Abschluss seiner Rede rief Schäuble die Abgeordneten deshalb dazu auf, daran zu denken, dass durch das Projekt von Christo das „Vertrauen zu vieler Mitbürger“ in die Demokratie Schaden nehmen könnte.⁴³

Außer diesen Redebeiträgen wurden von einigen CDU/CSU-Abgeordneten auch noch Erklärungen zur Reichstagsverhüllung zu Protokoll gegeben. Eindeutig für das Projekt sprach sich Norbert Lammert aus. Zwar sei der Reichstag „ein einzigartiges Monument“, welches für „Glanz und Elend der Demokratie“ stehe, so Lammert. Aber genau deshalb sei die Verhüllung eine „grandiose Möglichkeit“ auf das Gebäude und seine Geschichte aufmerksam zu machen und es „in den Mittelpunkt einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung“ zu rücken. Die Verbindung von Kunst und Politik sei darüber hinaus „weder ungewöhnlich noch unstatthaft“. Die Reichstagsverhüllung schaffe eine seltene Gelegenheit Kunst und nationale Symbole „in überzeugender Weise zu verbinden“.⁴⁴ Gegen die Verhüllung nahm Hartmut Koschyk Stellung: Er befürchtete, die Aktion von Christo werde dazu beitragen, den Parlamentarismus in Deutschland zu beschädigen. Auch die Deutschen hätten ein Recht auf Achtung ihrer nationalen Symbole. Durch die Debatte im Bundestag und die namentliche Abstimmung werde die Reichstagsverhüllung nur unnötig aufgewertet.⁴⁵ Noch schärfer argumentierte Wolfgang Freiherr von Stetten gegen das Projekt. Damit wolle Christo „– sicher auch ein Künstler –“, das deutsche Parlament nur „an der Nase herumführen“. Ihm gehe es gar nicht um Kunst, sondern „in erster Linie um Geld“. Er wolle „schlichtweg Geld verdienen und Publicity machen“. Zu solch einem „Millionengeschäft“ sollten sich „die Abgeordneten nicht hergeben“,⁴⁶ fand von Stetten. Bei der Debatte am 25. Februar 1994 war auch Bundeskanzler Helmut Kohl im Plenum anwesend und saß auf seinem Platz. Er ergriff jedoch nicht das Wort.⁴⁷

An der namentlichen Abstimmung über den Antrag „Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin“ beteiligten sich insgesamt 525 Abgeordnete. Davon stimmten 292 für den Antrag und 223 dagegen bei 9 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme. Damit war der Antrag angenommen und die Verhüllung des Reichs-

43 Plenarrede von Wolfgang Schäuble, ebd., S. 18283–18286. In seinen Erinnerungen bekannte Schäuble, dass diese Rede nicht sehr überzeugend gewesen sei. Vgl. ders.: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik. Stuttgart 2024, S. 298.

44 Sten. Ber. Dt. Bundestag 12. WP, 25.2.1994, S. 18320 f.

45 Vgl. ebd., S. 18320.

46 Ebd., S. 18321.

47 Vgl. Engelniederhammer: Pathos, S. 81.

tagsgebäudes durch Christo vom Bundestag beschlossen.⁴⁸ Aus Freude über dieses Ergebnis schrieb der Cuxhavener CDU-Abgeordnete Wolfgang von Geldern noch am gleichen Tag ein Fax an Christo: „Congratulations! I took part in the positive decision of the Bundestag and I take part in your happiness.“⁴⁹

Die eigentliche Kunstaktion begann dann erst ein Jahr später mit dem Abrollen der ersten Stoffbahnen am 17. Juni 1995. Am 27. Juni 1995 war das komplette Reichstagsgebäude verhüllt. Die Kunstaktion endete am 7. Juli 1995. In dieser Zeit besuchten über 5 Millionen Menschen den „Wrapped Reichstag“.⁵⁰ Fast hätten allerdings Vögel die Kunstaktion verhindert: Da sich 13 verschiedene Vogelarten, die zum Teil unter Naturschutz stehen, den Reichstag als Nistplatz ausgesucht hatten, mussten zunächst die Nester umgesetzt werden, ehe die Verhüllung des Gebäudes beginnen konnte.⁵¹

Durch die überaus positive Berichterstattung über die Reichstagsverhüllung sah sich Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in ihrer Meinung bestätigt und meinte später „etwas Besseres als eine solche Botschaft hätte uns für Berlin und die ganze Republik nach Mauerfall und Wiedervereinigung nicht passieren können, im Inland und im Ausland“.⁵²

Auch Wolfgang Schäuble änderte nach dem Anblick des Kunstwerks, der für ihn „ein ästhetisches Vergnügen war“ seine Meinung und bekannte, er halte seine frühere Ablehnung nun für einen „Irrtum“.⁵³

Für den Historiker Gerhard Paul gehört der verhüllte Reichstag mittlerweile sogar zur visuellen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Aktion von Christo sei der Reichstag „zum sichtbaren Identifikationsobjekt geworden“ und habe „im positiven Sinne Eingang in den Alltag [der] Bürger gefunden“.⁵⁴

48 Vgl. ebd.

49 Fax von von Geldern an Christo vom 25. Februar 1994, in: ACDP 01-503-102/2.

50 Vgl. Cullen: Reichstag, S. 200.

51 Vgl. Kansy: Zitterpartie, S. 102.

52 Vgl. Süßmuth: Wer nicht kämpft, hat schon verloren, S. 30.

53 Schäuble: Erinnerungen, S. 298 f.

54 Gerhard Paul: Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte. Darmstadt 2023, S. 285.

Der Streit um die streitbare Demokratie und den Verfassungsschutz

Eckhard Jesse

1. Das Problem

Die streitbare Demokratie in der Bundesrepublik ist eine Reaktion auf den Zivilisationsbruch des Dritten Reiches – und auch auf die kommunistische Diktatur in der SBZ. Dieser oder ein ähnlicher Begriff – beispielsweise wehrhaft, wachsam oder militant – taucht allerdings nicht eigens im Grundgesetz auf. Der zentrale Gedanke der streitbaren Demokratie ist die Vorverlagerung des Demokratieschutzes in den Bereich des legalen politischen Handelns. Der demokratische Verfassungsstaat soll sich seiner Gegner nicht erst bei Übertretungen der Strafgesetze erwehren können, wie das in der ersten deutschen Demokratie der Fall war. Die bundesdeutsche Demokratie vermag im Vorfeld von Gesetzesverstößen gegen extremistische Kräfte vorzugehen, anders als dies etwa in den Vereinigten Staaten möglich ist.¹ Für die Beurteilung kommt es nicht nur auf die Programmatik an, sondern auch auf die politische Praxis, die Vorstellungen der Anhänger und die Strategien der Führungsspitze.

Die streitbare Demokratie², die in der Praxis unterschiedliche Formen annehmen kann, ist durch drei Elemente gekennzeichnet: die Wertgebundenheit, die Abwehrbereitschaft und die Vorverlagerung des Demokratieschutzes. Der Zusammenhang leuchtet ein. Eine Demokratie, die zu unveränderbaren Werten steht, muss zugleich Vorkehrungen zu ihrem Schutz treffen. Und wer für Abwehrbereitschaft plädiert, vermag dies nur vor dem Hintergrund einer wertgebundenen Ordnung zu tun. Die Vorverlagerung des Demokratieschutzes ist das eigentliche Problem. Denn in einem demokratischen Verfassungsstaat sollen Legalität und Legitimität nicht auseinanderfallen. Die wesentlichen Elemente der streitbaren Demokratie sind neben der „Ewigkeitsklausel“ von Art 79, Abs. 3 GG, die den Schutz der Menschenwürde ebenso für unantastbar erklärt wie die in Art. 20 verankerten Staatsstrukturprinzipien, Vereinigungsverbote (Art. 9, Abs. 2 GG), die Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG) und Parteiverbote (Art. 21, Abs. 2 GG). Während Grundrechte nur durch das Bundesverfassungsgericht entzogen und Parteien ausschließlich durch dieses verboten werden können, ist der Exekutive das Verbot von Vereinigungen vorbehalten.

1 Vgl. Gereon Flümman: Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich. Wiesbaden 2015.

2 Vgl. etwa Markus Thiel (Hg.): Wehrhafte Demokratie. Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Tübingen 2003.

Zur Streitbaren Demokratie gehört auch der föderativ organisierte Verfassungsschutz³, dem keine exekutiven Kompetenzen obliegen. Neben dem 1950 ins Leben gerufenen Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es 16 eigenständige Landesbehörden. Dabei handelt es sich entweder um eigenständige Landesämter (wie in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen und Sachsen) oder um Abteilungen innerhalb des Innenministeriums. Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden, die als „Frühwarnsystem“ gelten und demzufolge Lagebilder erstellen, sind im Art. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes geregelt. Sie sammeln und werten Informationen aus: über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht, über Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder durch Vorbereitungen zu solchen Taten auswärtige Belange der hiesigen Demokratie gefährden, über Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wirken mit bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen besitzen und die an sicherheitsempfindlichen Stellen eingesetzt sind. Die wichtigsten Erkenntnisse, sofern sie nicht der Geheimhaltung unterliegen, teilt der Verfassungsschutz in Verfassungsschutzberichten mit, einerseits des Bundes, andererseits der Länder. Zum „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ gehört auch die Information der Öffentlichkeit in umfassenden Publikationen.⁴

Die Parlamentarischen Kontrollgremien im Bund und in den Ländern werden über wichtige Vorgänge durch den Verfassungsschutz informiert. Neben dieser parlamentarischen Kontrolle existieren eine Verwaltungskontrolle, eine gerichtliche und eine öffentliche Kontrolle. Über deren Effektivität gehen die Meinungen ebenso auseinander wie über die Effektivität der Verfassungsschutzbehörden.⁵ Es liegt in der Natur der Sache, dass sich bei Nachrichtendiensten die Transparenz im Grenzen hält und Spekulationen daher gedeihen, mitunter sogar Verschwörungsmysmen. Ein weiterer Kritikpunkt, der auch bei den nachfolgend zu besprechenden Büchern eine Rolle spielt, lautet wie folgt: Die Bundesrepublik Deutschland habe einen Sonderweg eingeschlagen, denn der Ver-

3 Vgl. für Einzelheiten Bernadette Droste: Handbuch des Verfassungsschutzrechts. Stuttgart u. a. 2007.

4 Vgl. etwa Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutz in der Demokratie. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Köln 1990; Dass. (Hg.): 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. Köln 2000.

5 Besondere Kritik rief der folgende Umstand vor: Der Verfassungsschutz hatte die Mordtaten einer rechtsextremistischen Kleingruppe namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nicht erkannt, wesentlich wohl bedingt durch Kompetenzwirrwarr. Vgl. Stefan Aust/Dirk Laabs: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München 2014.

fassungsschutz weise nicht nur auf Gewaltdelikte hin, sondern prangere auch extremistische Aussagen an. Das sei ein Zeichen von Illiberalität.⁶

Dieser Beitrag möchte anhand einiger einschlägiger Publikationen aus den letzten Jahren zentrale Fragen anreißen, die für die aktuelle Debatte um die streitbare Demokratie, den Verfassungsschutz und die Frage seiner künftigen Ausrichtung von Bedeutung sind. Zugleich wird ein Problemaufriss anhand dieser Veröffentlichungen geboten. Das Thema erfuhr eine große Aktualität, zum einen durch die Verbotverfahren gegen die NPD, zum anderen durch die Diskussion über die Einschätzung der AfD, die seit einigen Jahren mit ihren elektoralen Erfolgen Aufsehen und Besorgnisse hervorruft. Der Verfassungsschutz spielte in dem einen wie in dem anderen Fall jeweils eine zentrale Rolle. Gerade Thomas Haldenwang, seit 2018 Nachfolger von Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, ergreift in der Öffentlichkeit zunehmend das Wort. So hat er in der FAZ unter der Rubrik „Fremde Federn“ die Kritik an der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes zurückgewiesen und vor Gefahren für unsere Demokratie gewarnt, zumal durch Akteure aus dem Rechtsaußenspektrum.⁷ Wolfgang Kubicki, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und führendes FDP-Mitglied, antwortete an gleicher Stelle und zieh Haldenwang der Illiberalität.⁸ Das Thema ist nicht zuletzt durch das Aufkommen der AfD, einer rechtspopulistischen Kraft, in aller Munde. Die Frage – auch in den genannten Publikationen – lautet: Schützt der Verfassungsschutz tatsächlich unsere Demokratie oder schwächt er sie durch Überreaktionen?

2. Parteiverbot

Wohl das schärfste Schwert der streitbaren Demokratie ist das Parteiverbot. Es stellt einen schweren Eingriff in die politische Willensbildung dar. In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik gab es nur zwei Parteiverbote, und zwar in den 1950er Jahren. Die rechtsextremistische Sozialistische Reichspartei

6 Vgl. Claus Leggewie/Horst Meier: Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik. Berlin 2012; zur Gegenkritik vgl. Uwe Backes: „Sonderweg“ Verfassungsschutz? Kritik der Fundamentalkritik an der behördlichen Säule „streitbarer Demokratie“, in: Ders. u. a. (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26. Baden-Baden 2014, S. 13–28; Ders.: Nachrichtendienstliche Extremismus-Berichterstattung – Deutschland in vergleichender Perspektive, in: Ders. u. a. (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 30. Baden-Baden 2018, S. 13–32.

7 Vgl. Thomas Haldenwang: Die Meinungsvielfalt ist kein Freibrief, in: FAZ vom 2. April 2024.

8 Vgl. Wolfgang Kubicki: Haldenwangs Worten fehlt oft die Grundlage, in: FAZ vom 5. April 2024.

wurde 1952 verboten,⁹ die Kommunistische Partei 1956.¹⁰ An beiden Urteilen des Bundesverfassungsgerichts gab es unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten selbst für scharfe Kritiker kaum etwas auszusetzen. Hingegen meldeten manche schon in den 1950er Jahren Zweifel an der politischen Klugheit des KPD-Urteils an. Aber diese Zweifel betrafen nicht das Gericht, das ohne Opportunitätsgebot auskommen musste, sondern die Antragsteller. Vier weitere Parteiverbotsverfahren scheiterten. 1994 wies das Gericht die Verbotsanträge gegen die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei und die Nationale Liste ab – den Organisationen fehle die Parteieigenschaft. Daraufhin verbot die Exekutive sie im nächsten Jahr.¹¹ 2003 und 2017 blieben Verbotsverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht ohne Erfolg, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen.¹²

Eine an der Universität Leipzig bei Arnd Uhle angefertigte Dissertation von Dominik Pokora über das Institut des Parteiverbots im Grundgesetz¹³ ist gleich in mehrerer Hinsicht aktuell. Erstens arbeitet sie detailliert das letzte NPD-Verbotsverfahren auf. Zweitens liefert sie indirekt Material zur hitzigen Diskussion über ein Verbot der AfD. Die Studie verdient mithin größeres Interesse. Ausdrücklich heißt es: „Die Frage dieser Arbeit lautet nicht: Hätte die NPD verboten werden müssen?“ (S. 24). Die ersten zwei Teile untersuchen die Grundlagen des Parteiverbots und die rechtsstaatlichen Anforderungen an ein Parteiverbotsverfahren, auch die historischen Grundlagen von Parteiverboten in Deutschland kommen zur Sprache. Für den Autor gehört die streitbare Demokratie zu einem Verfassungsprinzip. Er referiert die rechtlichen Grundlagen für die Beobachtung von Parteien durch den Verfassungsschutz und analysiert akribisch auch juristische Feinheiten. Entscheidend sind für ihn das Gebot der Staatsfreiheit wie das der Quellenfreiheit. Sofern diese eingehalten werden, hält

-
- 9 Vgl. Otto Büsch/Peter Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft 9). Opladen 1957; Henning Hansen: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 148). Düsseldorf 2007; Martin Will: Ephorale Verfassung. Das Parteiverbot der rechtsextremen SRP von 1952, Thomas Dehlers Rosenburg und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 2017.
 - 10 Vgl. Hans Kluth: Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre politische Tätigkeit und Organisation, 1945–1956. Köln 1959; Josef Foschepoth: Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg. Göttingen 2017. Der Autor bezieht den Haupttitel wenig überzeugend auf das Verbot der KPD.
 - 11 Vgl. Robert Chr. van Ooyen: Öffentliche Sicherheit und Freiheit. Studien zu Staat und Polizei, offener Gesellschaft und wehrhafter Demokratie. 3. Aufl. Baden-Baden 2020, S. 257–265 (Kapitel „Vereinsverbote“ gegen „Scheinparteien?“)
 - 12 Vgl. Thomas Kliegel/Matthias Roßbach (Hg.): Das NPD-Verbotsverfahren. Dokumentation des Verfahrens der Jahre 2013 bis 2017 vor dem Bundesverfassungsgericht. Tübingen 2020.
 - 13 Dominik Pokora: Die Revision des Parteiverbots (Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR) 1467). Berlin 2022.

Pokora die Einbeziehung des Verfassungsschutzes für rechthens. Unter Staatsfreiheit ist das Verbot der Tätigkeit von V-Leuten während eines laufenden Verfahrens zu verstehen. Jedenfalls gilt das für die Vorstandsebene. Quellenfreiheit bedeutet, der Verbotsantrag dürfe nicht auf Zeugnissen von V-Leuten basieren. Ansonsten wäre das Material gewissermaßen kontaminiert. Wie Pokora verdeutlicht, gewinnen Verfahren „durch ihr prozessual rechtsstaatliches Zustandekommen an Legitimität“ (S. 146). Das ist die eine Seite – die andere: Verboten haftet zunehmend der Ruch des Repressiven an, der in einer liberalen Gesellschaft auf Skepsis stößt.

Die Neuinterpretation des für die hiesige Demokratie wichtigen Begriffs der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird detailliert referiert. Beschränkte sich das Bundesverfassungsgericht 1952 und 1956 in den SRP- und KPD-Urteilen auf eine enumerative, zudem nicht vollständige Aufzählung einzelner Elemente, spricht es nun von drei zentralen Prinzipien: dem der Menschenwürde, dem der Demokratie und dem des Rechtsstaates, wobei der Menschenwürde der oberste Rang zufällt. Mit dem Gericht betont der Verfasser, es komme auf die Ziele der Partei ebenso an wie auf das Verhalten ihrer Anhänger. Differenziert wird erörtert, in welchen Fällen dieses der Partei zuzurechnen ist.

Das Urteil des Autors fällt zwiespältig aus: Einerseits heißt es: „Insgesamt zeugt das Urteil des BVerfG von dem Vertrauen der Richter in die zivilgesellschaftliche und politisch-argumentative Wehrhaftigkeit einer mittlerweile gefestigten deutschen Demokratie und kann als Plädoyer für einen aus verfassungsrechtlicher Perspektive gelasseneren Umgang mit extremistischen Parteien gewertet werden“ (S. 308 f.). Andererseits meldet der Autor Bedenken gegen die Entscheidung des Gerichts an, eine Partei könne, unabhängig von ihrer extremistischen Intensität, nur dann verboten werden, wenn sie überhaupt die Möglichkeit besitzt, die Demokratie zu gefährden. Gegen dieses Potentialitätskriterium macht er geltend: „Die Zustimmung zu einer Partei und deren Kampagnenfähigkeit sind von vielen Faktoren abhängig und stets Momentaufnahmen, die sich im Vorfeld eines Parteiverbotsverfahrens und schließlich auch während des [...] Verfahrens ändern können und somit zu einer erheblichen Prognoseunsicherheit auf Seiten der Antragsteller führen“ (S. 307). Das kann nach Meinung des Rezensenten aber nicht heißen, die Auffassung des Gerichts aus den 1950er Jahren zu übernehmen, als es für ein Verbot ausreichte, die aggressiv-kämpferische antidemokratische Haltung einer Partei nachzuweisen. Insofern ist der Wandel von einer nicht-gefahrenorientierten zu einer gefahrenorientierten Schutzkonzeption begrüßenswert. Zwischen den Zeilen bemerkt der Leser gegenüber dieser Sicht allerdings eine gewisse Reserviertheit beim Autor, der sich mit pointierten Urteilen ohnehin augenfällig zurückhält, ohne dass sein Bedürfnis nach Sicherheit – im rechtstaatlichen Rahmen – zu übersehen ist.

3. *Verfassungsschutz und Demokratie*

Pokora bezieht sich bei seinen Überlegungen zu den rechtsstaatlichen Anforderungen nur marginal auf Arbeiten Dietrich Murswicks. Dabei hat der emeritierte Freiburger Staatsrechtler immer wieder eingehend die Möglichkeiten und Grenzen des Verfassungsschutzes bei der Beobachtung von Organisationen erhellt, so auch in seinem Band „Verfassungsschutz und Demokratie“.¹⁴ Im Vordergrund steht die Auseinandersetzung mit den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder, die vielfach nicht die Aufmerksamkeit erfahren, die sie aufgrund ihrer Wirkung verdienen.¹⁵ Sie informieren die interessierte Öffentlichkeit vor allem über den Extremismus im Bereich von Rechts- und Linksextremismus sowie zunehmend auch über den Islamismus. Für Kritiker gelten solche Berichte als „hoheitliche Verrufserklärungen“.¹⁶ Murswiek selbst hat bereits vor 20 Jahren einen ersten kritischen Beitrag dazu verfasst.¹⁷

Zwar akzeptiert der konservative Jurist prinzipiell die Legitimität von Verfassungsschutzberichten, aber bei all seiner nüchternen Betrachtungsweise überwiegt Skepsis, was die Art der Berichterstattung betrifft. Er sieht auch die Gefahr einer „hoheitlichen Gesinnungskontrolle“, „stellt jedoch nicht die grundgesetzliche Konzeption des Schutzes eines unverbrüchlichen Verfassungskerns – also den Verfassungsschutz im materiellen Sinne – infrage“ (S. 18). Seine leitende Fragestellung lautet: „Wie muss das geltende Recht ausgelegt und angewendet werden, damit Demokratie und Rechtsstaat durch diese Art von Verfassungsschutz nicht Schaden nehmen?“ (S. 19). Murswiek sieht aufgrund der Stigmatisierungsfunktion durch die Nennung von Organisationen in Verfassungsschutzberichten zwei spezifische Probleme, die eng zusammenhängen: Zum einen ist es gestattet, Parteien in Verfassungsschutzberichten zu

14 Dietrich Murswiek: *Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung (Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR) 1416)*. Berlin 2020.

15 Vgl. Eckhard Jesse: *Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder im Vergleich*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): *Vergleichende Extremismusforschung*. Baden-Baden 2006, S. 379–396; Ders.: *Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer. Deskription, Analyse, Vergleich*, in: Dies. (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 19. Baden-Baden 2007, S. 13–34; Ders.: *Die Verfassungsschutzberichte des Landes Hessen im Vergleich*, in: Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (Hg.): *Verfassungsschutz in der freiheitlichen Demokratie. 60 Jahre Landesamt für Verfassungsschutz*. Wiesbaden 2011, S. 39–50.

16 So Jürgen Seifert: *Vereinigungsfreiheit und hoheitliche Verrufserklärungen*, in: Joachim Perels (Hg.): *Grundrechte als Fundament der Demokratie*. Frankfurt a. M. 1979, S. 157–181.

17 Vgl. Dietrich Murswiek: *Der Verfassungsschutzbericht – das scharfe Schwert der streitbaren Demokratie. Zur Problematik der Verdachtsberichterstattung*, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 23 (2004), S. 769–778; siehe auch ders.: *Staatliche Warnungen, Wertungen und Kritik als Grundrechtseingriffe. Zur Wirtschafts- und Meinunglenkung durch staatliches Informationshandeln*, in: *Deutsches Verwaltungsblatt* 109 (1997), S. 1021–1030.

erwähnen, die bloße Verdachtsfälle sind.¹⁸ Zum anderen lässt sich nicht immer klar genug ermitteln, ob eine Partei tatsächlich das Verdikt „extremistisch“ verdient. In dem einen wie dem anderen Fall könnten Fehlbewertungen die Folge sein. Der Autor fördert viele Ungereimtheiten in den Berichten des Bundes und der Länder zutage. In der Tat wäre es gut, wenn der Verfassungsschutz nicht nur Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit aufführte, sondern auch solche, die dagegensprechen. Viele Organisationen sind nämlich nicht klar zuzuordnen. Geschähe dies, ließe sich der Einwand der Verdachtsberichterstattung wenn nicht entkräften, so doch mildern.

Zudem bringt Murswiek einen wunden Punkt zur Sprache: „Die Stigmatisierung als extremistisch im Verfassungsschutzbericht kann [...] dazu führen, dass in einer Organisation, in der zunächst verfassungstreue Kräfte die Oberhand hatten, extremistische Kräfte sich durchsetzen, weil Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten [...], sich von einer solchen Organisation fernhalten beziehungsweise aus ihr austreten und weil politisch gemäßigt eingestellte Menschen das Stigma fürchten und sich zurückziehen, während Menschen mit in der Tat extremistischen Ansichten sich angezogen fühlen, dort Mitglied werden und Einfluss gewinnen“ (S. 108). Hier kann der Verfassungsschutz das Gegenteil des Angestrebten hervorrufen. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass deswegen AfD-Mitglieder der Partei den Rücken kehren beziehungsweise Sympathisanten ihr nicht beitreten.

Verfassungsschutz dürfe nicht Status quo-Schutz sein. Das stimmt, doch muss dieser zugleich extremistisch orientierte Organisationen ohne Wenn und Aber beim Namen nennen. Dieser Aspekt kommt beim Autor, fixiert auf die Schwächen der Berichte, etwas zu kurz. Geschähe das nicht, schöpfe die streitbare Demokratie ihre Möglichkeiten nicht aus. Für Bürger sind solche Hinweise wichtig.

Was an dem Buch stört, ist die Komposition, denn hier gilt nicht Aristoteles' Weisheit: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.“ So nehmen die Aufsätze nicht aufeinander Bezug. Die Sammlung enthält zwei bereits publizierte Texte, zwei Rechtsgutachten, erstellt für die AfD, sowie einen sehr langen Originalbeitrag („Der Verfassungsschutz als Instrument der Extremismusbekämpfung – rechtliche Voraussetzungen und Grenzen“), der etwa ein Drittel des Werkes umfasst. Hier ist überzogen vom „Verfassungsgericht als Kampfinstrument“ (S. 68) die Rede. Ungeachtet dessen: Wohl niemand hat sich so detailliert und so kritisch-konstruktiv mit dem Verfassungsschutz wie den Ver-

18 Der Verfassungsschutzbericht in Mecklenburg-Vorpommern erwähnt aufgrund der dortigen Gesetzeslage solche Verdachtsfälle wie die AfD nicht.

fassungsschutzberichten auseinandergesetzt. Das reicht bis in die jüngste Vergangenheit hinein.¹⁹

4. Verfassungsschutz in der Kritik (1)

Mathias Brodkorb, studierter Philosoph und Gräzist, Jahrgang 1977, als Jugendlicher in der Kommunistischen Plattform bei der PDS engagiert, seit 1997 Mitglied der SPD, verweist in seiner Schrift²⁰ ein ums andere Mal auf Murswiek, in der Regel zustimmend. So wird mit Hilfe eines bis heute unveröffentlichten²¹, von der AfD in Auftrag gegebenen und von Brodkorb eingesehenen Murswiek-Gutachtens die teils unsaubere Arbeitsweise des Verfassungsschutzes belegt.

Der Autor, früher Wissenschafts- (2011–2016) und Finanzminister (2016–2019) in Mecklenburg-Vorpommern, dazwischen für einige Monate SPD-Fraktionsvorsitzender, nahm nach Unstimmigkeiten mit seiner Partei von der Politik Abschied und wandte sich der Publizistik zu, etwa als regelmäßiger Essayist bei der Monatszeitschrift „Cicero“, wo er als Erster die Tragweite des vom Netzwerk „Correctiv“ aufgedeckten „Geheimplans“ rechtsextremer Kräfte zur „Remigration“ überzeugend einzuordnen wusste.²² Das Thema Extremismus interessiert den Begründer von „Endstation Rechts“ seit jeher.²³

Brodkorbs Buch provoziert! Einem zustimmenden Geleitwort des Juristen Volker Boehme-Neßler kommt wohl eine absichernde Funktion zu, denn der Verfasser wandelt fürwahr auf ungesichertem Terrain, wenn nicht gar auf einem Minenfeld. Fulminant kritisiert er den deutschen Nachrichtendienst, weil dieser sich als Erfüllungsgehilfe der Politik begreife, auch Gesinnungen als nicht rechtens ansehe und nicht nur auf rechtsstaatswidriges Verhalten abstelle. Etwas sophisticated, mehr verwirrend als erhellend, fällt die Unterscheidung zwischen einem verfassungsrechtlichen und einem politikwissenschaftlichen Extremismusbegriff aus. Wer für zweierlei Extremismusbegriffe plädiert, sorgt für begriffliche Konfusionen. Eben diesen Vorwurf erhebt Brodkorb zu Recht mit Blick auf Radikalismus und Extremismus. In der Tat ist „extremistisch“ antidemokratisch, nicht jedoch „radikal“.

19 Vgl. Dietrich Murswiek: Die Einwirkung des Verfassungsschutzes auf demokratische Willensbildungsprozesse, in: Jan-Hendrik Dietrich u. a. (Hg.): Radikalisierung und Extremismus. Aufgabenfelder und Herausforderungen der Nachrichtendienste. Tübingen 2023, S. 81–91.

20 Mathias Brodkorb: *Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik. Sechs Fallstudien.* Springer 2024.

21 Brodkorb vermutet, das Gutachten veröffentliche die Partei deswegen nicht, weil es eine Reihe ihrer hochrangigen Repräsentanten teilweise belaste.

22 Vgl. Mathias Brodkorb: Der Wannsee-Scoop, der keiner ist, <https://www.cicero.de>, 11. Januar 2024 (Abruf: 25. Juli 2024).

23 Vgl. etwa ders. (Hg.): *Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat.* Banzkow 2011.

Sechs anschauliche Fallbeispiele, die staatliches Vorgehen gegen Rechte wie Linke unter die Lupe nehmen, stehen im Vordergrund. Dabei schneidet die Praxis des Verfassungsschutzes mit seiner parteipolitischen Indienstnahme wahrlich nicht gut ab, wobei die mehrfachen Anspielungen auf Orwells „1984“ Brodkorbs Argumentation schaden. Der Autor berücksichtigt den Fall des linken Politikers Bodo Ramelow, den Fall des linken Publizisten Rolf Gössner, den Fall des rechten Politikwissenschaftlers Martin Wagener. Zur Sprache kommen dabei jeweils schlimme Überreaktionen des Verfassungsschutzes, der nur belastende Faktoren anführte. Beim „Fall Schnellroda“, dem – jüngst aufgelösten – Institut für Staatspolitik Götz Kubitschecks, und dem „Fall AfD“ wird in empirischer Kärnerarbeit zu Recht die Vermengung von „deutschem Volk“ und „Staatsvolk“ kritisiert. Das laufe aber nicht darauf hinaus, das Institut oder die Partei von jedem Verdacht freizusprechen: „Vorliegender Analyse lässt sich somit keinerlei Argument für oder gegen die These entnehmen, die AfD sei (möglicherweise) extremistisch. Sie zeigt einzig und allein, wie mangelhaft die Beweisführung des Verfassungsschutzes ist“ (S. 163).

Besonders einleuchtend fällt die Kritik am Tatbestand der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ aus, der 2021 im Zuge der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen neu eingeführten Kategorie.²⁴ Sie bezieht sich nicht auf exponierte Rechts- oder Linksextremisten, sondern auf Personen, die nach Meinung des Verfassungsschutzes den Staat verächtlich machen. Für Brodkorb laufen die Hinweise auf Verschwörungstheoretiker ins Leere, erlaubt es doch die schwammige Charakterisierung der „Staatsdelegitimierer“, eine möglicherweise gar nicht vorhandene Gegnerschaft zur Demokratie zu konstruieren. Proteste gegen unzureichenden Klimaschutz oder gegen Waffenlieferungen an die Ukraine können ebenfalls darunterfallen. In der Tat benötigt ein demokratischer Verfassungsstaat keine derart diffuse Kategorie wie „Delegitimierung des Staates“. Es wäre ein überzeugendes Zeichen der Selbstkritik, auf sie zu verzichten. Brodkorbs Recherchen – Berührungsangst kann man ihm keineswegs vorwerfen – basieren auf Gesprächen mit Politikern, Wissenschaftlern, Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden sowie den Betroffenen. Auch das ausführliche Anmerkungsverzeichnis belegt eine intensive Vertrautheit mit der Materie.

Die vorgeschlagene Therapie ist allerdings schwächer als die Diagnose. Brodkorb, „lange ein glühender Anhänger“ (S. 21) des Verfassungsschutzes, plädiert für dessen Abschaffung – und schüttet so das Kind mit dem Bade aus. „Kaum ein Politiker der etablierten Parteien lässt sich dazu herab, sich rein sachpolitisch mit deren Vertretern [aus den Reihen der AfD, E. J.] auseinanderzusetzen – und ist ihnen genau deshalb argumentativ häufig nicht gewachsen“ (S. 216). Das

24 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2021. Berlin 2022, S. 115–123.

stimmt, liegt aber nicht oder zumindest nicht in erster Linie am Verfassungsschutz. Ohne diesen wäre der Sachverhalt kein anderer. Und beschreitet Deutschland mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes wirklich einen „Sonderweg“ (S. 13, S. 206, S. 213)?

Die gravierenden Schwächen des Verfassungsschutzes in der Praxis begründen keineswegs plausibel die Notwendigkeit seiner Auflösung. Brodkorb selbst räumt ein, „eine wissenschaftlich abgesicherte, allumfassende Darstellung der Arbeit des Inlandsgeheimdienstes“ käme „zu einem differenzierteren Ergebnis“ (S. 195). Sie jedoch fehlt, etwa die notwendige Spionageabwehr.²⁵ Er bemängelt zu Recht die parteipolitische Beeinflussung, die „Verdachtsberichterstattung“ sowie die hohe Prangerwirkung angesichts der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Für ihn wäre der Versuch einer Reform aber inkonsequent und wenig erfolgversprechend: „Sie würde lediglich eine Begrenzung jener Schäden bedeuten, die eine ganz grundsätzlich falsche Konstruktion verursacht“ (S. 195). Der Vorwurf der Inkonsequenz fällt jedoch auf Brodkorb zurück, da zugleich – und zwar zu Recht – von „legal handelnde[n] Extremisten“ (S. 211) die Rede ist. Wer sich eine solche Terminologie zu eigen macht, kann logisch und praktisch nicht auf die Vorverlagerung des Demokratieschutzes verzichten. Autoren wie Claus Leggewie und Horst Meier, die ebenfalls den Verfassungsschutz abschaffen wollen, verwerfen – aus ihrer Sicht konsequent – eine Begrifflichkeit wie die der „legal handelnden Extremisten“.²⁶ Sie wenden sich gegen Parteiverbote, sofern keine Gewalt angewendet oder zu ihr aufgerufen wird, anders als Brodkorb, der den Extremismusansatz akzeptiert.

Der Leser vermag sich vielen – mitunter polemisch-sarkastisch vorgetragenen – Argumenten Brodkorbs nicht zu verschließen. Der Vorwurf der „Gesinnungspolizei“ ist allerdings überzogen. Denn um „Gesinnung“ geht es nicht in erster Linie, sondern um Bestrebungen. Was hingegen besonders überzeugt: Die Kritik, weder von einer rechten oder einer linken Ideologie motiviert und nicht auf einem Auge blind, folgt ausschließlich dem Rechtsstaatsprinzip. Das macht die gut lesbare und überaus lesenswerte Schrift glaubwürdig. Sie dürfte als eine der wichtigsten Studien auf diesem Feld in der Publizistik und in der Wissenschaft für Furore sorgen.

25 Vgl. Michael Walla: *Der Stasis-Mythos. DDR-Auslandsaufklärung und der Verfassungsschutz*. Berlin 2023.

26 Siehe zuletzt Claus Leggewie/Horst Meier: *Vom Betriebsrisiko der Demokratie. Versuch, die deutsche Extremismusdebatte vom Kopf auf die Füße zu stellen*, in: Eckhard Jesse (Hg.): *Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus*. Baden-Baden 2015, S. 163–196; zuletzt dies.: *Der Verfassungsschutz, nutzlos seit eh und je*, in: FAZ vom 16. Februar 2024.

5. Verfassungsschutz in der Kritik (2)

Brodkorb stützt seine Argumentation nicht nur auf Überlegungen von Dietrich Murswiek, sondern auch auf solche Ronen Steinke, der ebenfalls die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert.²⁷ Dessen Buch ist etwas effekt-hascherisch geschrieben. Der für Rechtspolitik zuständige und für seine Bücher²⁸ mehrfach ausgezeichnete Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ behauptet im Untertitel, der Geheimdienst mache Politik. Andererseits heißt es bei ihm in einem Kapitel, dieser sei ein politisches Instrument der Regierung.

Der locker verfasste „Reportageessay“ (S. 222) stellt, wie Brodkorb, einen – behaupteten – deutschen „Sonderfall“ heraus, beklagt das stetige Anwachsen des Verfassungsschutzes, kritisiert die Beobachtung der „Klimaaktivisten“ ebenso wie die der Partei Die Linke, sowie die Aufnahme der „Jungen Welt“ in die Verfassungsschutzberichte. Er greift „NS-Kontinuitäten“ (S. 153) in der Anfangszeit beim Verfassungsschutz an und betont, der „Nationalsozialistische Untergrund“ sei unter dessen Augen entstanden. Aussagen von dubiosen V-Männern, wenn sie mit dem vielen Geld vom Verfassungsschutz prahlen, würden für bare Münze genommen. Und der linke Publizist Steinke zitiert zustimmend den konservativen Wissenschaftler Murswiek, der den Verfassungsschutz davor warnt, seine Grenzen zu überschreiten: „Der Verfassungsschutz ist bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe immer in Gefahr, die Demokratie zu beschädigen, statt sie zu schützen“ (S. 44).

Ein zentraler Vorwurf Steinke lautet, der Verfassungsschutz messe mit zweierlei Maß: „So hart der Verfassungsschutz in den 1970er- und 1980er-Jahren, in den Zeiten von RAF, K-Gruppen und Atomprotesten, gegen Linke vorgegangen war, so sehr hatte er sich beim Blick nach rechts meist zurückgehalten“ (S. 168). Das Beispiel des „Radikalenerlasses“ (bei Steinke ohne Anführungszeichen) ist dafür allerdings ein denkbar schlechtes Beispiel. Wer in den öffentlichen Dienst wollte, musste sich einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterziehen. Nicht einmal in 0,1 Prozent der Fälle förderte diese Computerabfrage verfassungsrechtlich bedeutsame Erkenntnisse hervor. Bei Steinke dagegen heißt es: „Je nach Bundesland schwankte die Ablehnungsquote zwischen 0,5 und 2,5 Prozent. Aber die Verfassungsschutzämter bauten auf der Basis dieses Radikalenerlasses einen gigantischen Apparat auf“ (S. 161). Weder stimmt die Zahlenangabe noch die Aufblähung des Verfassungsschutzes aufgrund des Extremistenbeschlusses. Der Verfassungsschutz wird perhorresziert. „Die Definition, wer ein Verfassungsfeind sei, war effektiv dem

27 Ronen Steinke: Verfassungsschutz. Wie der Geheimdienst Politik macht, Berlin/München 2023.

28 Vgl. ders.: Fritz Bauer. Oder: Auschwitz vor Gericht. München 2013; Ders.: Der Muslim und die Jüdin. Die Geschichte einer Rettung in Berlin. Berlin 2017; Ders.: Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich. Die neue Klassenjustiz. Berlin 2022.

Verfassungsschutz selbst überlassen. Es war der Inlandsgeheimdienst, der die Macht hatte, im Einzelfall den Daumen zu heben oder zu senken“ (S. 161 f.). Muss der Hinweis des Rezensenten auf die fehlende Entscheidungsbefugnis des Verfassungsschutzes bei der Aufnahme von Personen in den öffentlichen Dienst überhaupt nötig sein? Denn selbstverständlich hatte der Verfassungsschutz mit der Ablehnung von Bewerbern nichts zu tun. Wenn in der Tat weitaus mehr Linksextremisten (vor allem DKP-Mitglieder) als Rechtsextremisten abgelehnt wurden, hatte das nichts mit einem Verstoß gegen das Äquidistanzgebot zu tun. Es bewarben sich schlicht kaum NPD-Mitglieder für den öffentlichen Dienst. Auch sonst treffen nicht alle Behauptungen Steinke zu. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Linke in Bayern werde „in Gänze“ (S. 50) beobachtet, heißt es. Tatsächlich gilt dies nur für „offen extremistische Strukturen“ der Partei.²⁹

Manche Recherchen sind indes durchaus aufschlussreich. So erfährt der Leser von „Fake-Accounts“: Mitarbeiter des Verfassungsschutzes arbeiten als „virtuelle Agenten“, zumal gegen die rechtsextremistische Szene. Sie gehören Chatgruppen an, damit im Vorfeld Straftaten erkannt und verhindert werden können. Bei ihren Undercover-Aktivitäten dürften sie sogar Propagandadelikte begehen – dies erhöhe ihre Glaubwürdigkeit in der „Szene“, „um in den inneren Kreis hineinzukommen“ (S. 133). Auch Fotos steigerten sie: „Beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln beschäftigt man für diesen Zweck sogar haus-eigene Kosmetikerinnen“ (S. 137).

Die abschließenden, zum Teil arg überzogenen „Thesen“ spitzen das zuvor Geschriebene zu und reichen von der Behauptung, der „Verfassungsschutz lauscht nicht nur, sondern greift stark in das politische Geschehen ein“ (These 1, S. 199) bis zu der Schlussfolgerung „Warum wir keinen Verfassungsschutz brauchen“ (These 7, S. 208). These 3 überrascht allerdings nach der Lektüre des Buches, wo es auch heißt: „Die Theorie der ‚wehrhaften Demokratie‘, die hinter dem Verfassungsschutz steht, ist einleuchtend“ (S. 201). Denn die streitbare Demokratie basiert doch gerade auf dem, was der Verfasser zuvor angeprangert hat: vorbeugender Beobachtung auch legaler Aktivitäten durch den Verfassungsschutz. Verständlich wird Steinke Position durch die Berufung auf den Emigranten Karl Loewenstein, der in 1930er Jahren angesichts der Herausforderung durch den Nationalsozialismus einer „antifaschistischen Gesetzgebung“ (S. 202) das Wort geredet hatte. Doch muss Steinke wissen – und er weiß es auch: Die Bundesrepublik Deutschland ist antiextremistisch ausgerichtet, obwohl zumal in intellektuellen Kreisen „Antifaschismus“ nach wie vor als hehres Ziel firmiert.³⁰

29 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration: Verfassungsschutzbericht Bayern 2021. München 2022, S. 313–315.

30 Vgl. etwa Eckhard Jesse: Antifaschismus – gestern und heute, in: Totalitarismus und Demokratie 18 (2021), S. 87–117.

Insgesamt überzeugt diese flott formulierte Schrift weniger als die von Mathias Brodkorb, nicht zuletzt aufgrund der skizzierten Schieflage. Steinke, ein Gegner des Verfassungsschutzes wie der AfD, für deren Verbot er an anderer Stelle plädiert³¹, berücksichtigt kaum die Diskussion über deren Beobachtung, wohl weil er sich in einem Dilemma befindet: Soll er nun die Beobachtung für rechtens ansehen oder sie dem Verfassungsschutz untersagen? Hier vermeidet Steinke eine klare Antwort.

6. Die Lösung?

Alle Studien setzen sich mit der Rolle des Verfassungsschutzes mehr oder weniger kritisch auseinander. Am wenigsten gilt dies für Dominik Pokora, der dem tagespolitischen Streit aus dem Wege geht. Wer nach der Lektüre ein Fazit zieht, kommt zu dem Schluss, dass vor allem Mathias Brodkorb, im Gegensatz zu den anderen drei Autoren kein Jurist, durch seine unbefangene Art des Vorgehens, die auch den Kontakt mit „umstrittenen“ Personen nicht scheut („Kontaktschuld“ ist ihm nicht fremd), neue Erkenntnisse zu gewinnen weiß. Der linkeste Verfasser, Ronan Steinke, argumentiert ausgesprochen polemisch, der rechteste, Dietrich Murswiek, hingegen betont distanziert.

Das eingangs formulierte Problem bleibt: Die streitbare Demokratie basiert auf der Vorverlagerung des Verfassungsschutzes und greift damit auch in den Bereich des legalen politischen Handelns ein. Kritiker wie Brodkorb und Steinke sehen darin eine Verkürzung der Demokratie, fordern deswegen eine Abschaffung des Verfassungsschutzes. Sie schütten das Kind mit dem Bade aus. Damit wäre unserer Demokratie nicht gedient. Gibt es eine Lösung, die einerseits Freiheit verbürgt und andererseits Sicherheit gewährleistet?

Ja, mit einer Reform des Verfassungsschutzes. Sie ist möglich und nötig. So sollte dieser strikt rechtsstaatlich agieren und seine Beobachtung nicht auf Gruppierungen ausdehnen, denen ein extremistischer Bezug fehlt, mögen sie auch „staatskritisch“ sein. Wer Vorbehalte gegenüber der „Klimapolitik“ oder der „Coronapolitik“ des Staates hegt, verdient deswegen noch nicht die Bezeichnung „verfassungsschutzrelevant“. Eine Aufgabe der Konzeption der streitbaren Demokratie ist damit nicht verbunden.

Bei dieser Thematik fällt ein doppelter Wandel auf: Erstens mied der Verfassungsschutz früher weithin die Öffentlichkeit – er sah sich dem Verdacht ausgesetzt, einer „Wagenburgmentalität“ zu frönen. Heute sucht er die Öffentlichkeit und mobilisiert diese, so in der Person von Thomas Haldenwang: „Ich würde mir wünschen, dass diese Mitte der Gesellschaft, die schweigende Mehrheit in diesem Land, dass die wach wird und endlich auch klar Position bezieht gegen

31 Vgl. Ronan Steinke: Soll die AfD verboten werden? Debatte – Pro und Contra, <https://verdi.de/ausgabe-202402>, S. 2–5 (Abruf: 25. Juli 2024).

Extremismus in Deutschland.³² Das Eine ist nicht besser als das Andere. Was geboten erscheint: eine stärkere Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes von der Politik. Das nützt diesem (die Gefahr eines „Staates im Staat“ besteht nicht), ebenso den politisch Verantwortlichen. Der Verfassungsschutz, in der Vergangenheit oft ein „Prügelknabe“, muss politisch neutral sein, was das demokratische Spektrum betrifft: So darf er weder Diener der Regierung noch der parlamentarischen Opposition sein.

Zweitens: Früher standen die Grünen ausgesprochen kritisch dem Verfassungsschutz gegenüber. In den 1980er und 1990er Jahren forderten sie sogar dessen Auflösung. Und noch 2014 knüpften ihre Bundestagsabgeordneten nach den Pannen im Zusammenhang mit dem NSU daran an. „Aus Sicht der Fraktion ist es vielmehr nötig, das BfV aufzulösen und Inlandsaufklärung mit reduzierten Aufgaben und Befugnissen, mit neuem Personal sowie effektiven internen und externen Kontrollstrukturen neu zu gründen. [...] Die dem bisherigen BfV obliegenden Beobachtungs- und Analyseaufgaben sollen einem unabhängigen Institut übertragen werden, das ohne hoheitliche Befugnisse und ohne Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel arbeiten soll.“³³ Heute ist davon keine Rede mehr. Nur ein Beispiel vom Juli 2024: So habe der Verfassungsschutz nach Lamy Kaddor, der innenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag, die Beschäftigten von Bundestagsabgeordneten zu überprüfen: „Wir sollten daher unbedingt Sicherheitsüberprüfungen durch den Verfassungsschutz einführen, zumindest bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Abgeordneten, die mit eingestuften Informationen zu tun haben.“³⁴

Die anderen etablierten Parteien haben einen solchen Zick-Zack-Kurs vermieden. Sie standen und stehen prinzipiell hinter der Institution des Verfassungsschutzes – ungeachtet von zuweilen scharfer Kritik, die in der Vergangenheit vor allem aus den Reihen der SPD gekommen war. Was nicht verwundert: die extrem reservierte Haltung der beiden am Rand des politischen Spektrums angesiedelten Parteien, wie etwa nicht nur deren Wahlprogramme für die letzte Bundestagswahl belegen. Die Linke will den Verfassungsschutz abschaffen und ihn durch eine unabhängige „Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“³⁵ ersetzen. Die AfD argumentiert etwas vorsichtiger, lässt gleichwohl ihre Vorbehalte klar erkennen: „Der behördlich organisierte Verfassungsschutz muss schnellstmöglich auf den Prüfstand gestellt

32 Zit. nach: Volkspädagogische Ambitionen, in: Die Welt vom 25. Mai 2024.

33 Deutscher Bundestag, Grüne: BfV auflösen und neu gründen, 13. März 2014, https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2014_03/01-262554, S. 2 (Abruf: 30. Juli 2024).

34 Zit. nach: Grüne fordern, dass Verfassungsschutz Mitarbeiter im Bundestag überprüft, 4. Juli 2024, <https://www.welt.de/politik/article252337578/Gruene-Verfassungsschutz-soll-wegen-AfD-Mitarbeiter-im-Bundestag-ueberpruefen.html> (Abruf: 30. Juli 2024).

35 Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021. Berlin 2021, S. 118.

und so reformiert werden, dass er in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann.³⁶

Um den Bogen zu den vier behandelten Büchern unter dem letztgenannten Aspekt zu schlagen: Ist für Pokora und Murswiek der Verfassungsschutz ein „Nachrichtendienst“, so firmiert dieser bei Brodkorb und Steinke als „Geheimdienst“. Im ersten Fall handelt es sich um eine neutrale Konnotation, im zweiten um ein pejorative. Worte geben die Wertung bereits vor.

Für Dominik Pokora muss der Verfassungsschutz seine als berechtigt angesehenen Aufgaben erfüllen. „Das Prinzip der wehrhaften Demokratie begründet die verfassungsrechtliche Pflicht der Sicherheitsbehörden, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Dieser Pflicht würde der Verfassungsschutz nicht nachkommen, wenn er trotz Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für von einer Partei ausgehende Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung von einem Einschreiten absieht.“³⁷ Der Einsatz von V-Leuten als nachrichtendienstliches Mittel gilt als unproblematisch, „wobei für jeden Einzelfall sichergestellt werden muss, dass die V-Person nur abgeschöpft wird und die Behörden sich darüber hinaus jeglicher aktiver Verhaltenslenkung enthalten“.³⁸ Man könnte den Autor so verstehen, als bestünde eher die Gefahr, der Verfassungsschutz tue – innerhalb des gesetzlichen Rahmens – zu wenig als zu viel.

Anders ist der Tenor bei Dietrich Murswiek, ebenfalls ein Konservativer. Dieser stellt zwar ebensowenig die streitbare Demokratie in Frage wie Pokora, aber öfter ist von der „Ambivalenz des Verfassungsschutzes“³⁹ die Rede. Gewiss heißt es, die Beobachtung einer Partei durch den Verfassungsschutz sei mit dem Parteienprivileg vereinbar, doch sieht Murswiek dessen Bekämpfungsfunktion „an einer heiklen Grenzlinie“.⁴⁰ Der Verfassungsschutz sei beim Schutz der Demokratie in der Gefahr, diese zu beschädigen. Zwei Möglichkeiten kommen zur Sprache: Zum einen erlauben manche Länder die Beobachtung von Parteien bereits in Verdachtsfällen und auch die Berichterstattung darüber, zum andern besteht angesichts von Grenzfällen die Fährnis einer Fehlbewertung.

Die recht suggestiv verfassten Schriften der beiden anderen Autoren, einzuordnen links der Mitte, weisen Parallelen und Unterschiede auf. Sie fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes, dessen Einführung auf einem deutschen „Sonderweg“ erfolgt sei, wobei Brodkorb eine Rückzugslinie ausmacht und eine grundlegende Reform nicht verwerfen will. Aus seiner Sicht ist das

36 Deutschland, aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Bundestag. Berlin 2021, S. 16.

37 Pokora: Revision, S. 101.

38 Ebd., S. 110.

39 So lautet ein Unterkapitel bei Murswiek: Verfassungsschutz, S. 19–23.

40 Ebd., S. 32.

Wort vom „Verfassungsschutzstaat“⁴¹ konsequent, hingegen Steinke Plädoyer für die streitbare Demokratie, wie erwähnt, höchst inkonsequent. Bei allen Gemeinsamkeiten springt ein zentraler Unterschied ins Auge: Brodkorb ist ein in der Wolle gefärbter Antiextremist, Steinke eher ein moderater Antifaschist. Dies erhellt auch die krass unterschiedliche Einschätzung zum Verbot der rechts-extremistischen Monatszeitschrift „Compact“ am 16. Juli 2024 unter ihrem Herausgeber Jürgen Elsässer, der noch vor 30 Jahren als linksextremer „Anti-deutscher“ für Furore sorgte.⁴² Während Brodkorb das Verbot ohne Wenn und Aber verurteilt⁴³, zeigt Steinke dafür Verständnis⁴⁴. Hingegen kritisiert er heftig das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2024, das die Aufnahme der linksextremen Tageszeitung „Junge Welt“ in den Verfassungsschutzbericht des Bundes als rechtens ansieht. „Eine Pressefreiheit, die nur für bestimmte Meinungen gelten würde, wäre keine. [...] Es ist deshalb schade, dass die linke Tageszeitung „Junge Welt“ vom Verfassungsschutz beobachtet wird.“⁴⁵ Dabei fällt diese Maßnahme weitaus milder aus als ein Verbot.

Wer die vier Studien miteinander vergleicht, erkennt erstaunliche Schnittmengen zwischen Brodkorb und Murswiek. Nicht zufällig wird bei dem Erstgenannten kein Wissenschaftler so oft zitiert wie dieser. Hat das auch mit einem Meinungswandel Brodkorbs zu tun? Wenn der Verfassungsschutz manche (nicht: jede) Kritik der beiden Autoren aufgreift und umsetzt, wäre das Zeichen für Reformbereitschaft, die ihm gut anstünde.

41 Brodkorb: Gesinnungspolizei, S. 197.

42 Vgl. Jürgen Elsässer: Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde. Berlin 2022; Jürgen P. Lang: Biographisches Porträt. Jürgen Elsässer, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28. Baden-Baden 2016, S. 225–240.

43 Vgl. ders.: Was der Hausmeister von Compact mit dem Verbot des Magazins zu tun hat, in: Berliner Zeitung vom 20. Juli 2024.

44 Vgl. Ronen Steinke: Die harte Hand des Staates, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. Juli 2024.

45 Ders.: Wer beobachtet hier wen, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. Juli 2024 (Hervorhebung im Original).

VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

DIE CDU UND DAS AMT DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Ein Stück Machtwechsel: Die Niederlage der Unionsparteien bei der Bundespräsidentenwahl 1969*

Philip Rosin

Am 5. März 1969 wurde der SPD-Politiker und Bundesjustizminister Gustav Heinemann¹ in einer bis heute als „legendär“² geltenden Bundesversammlung zum dritten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er setzte sich im dritten Wahlgang knapp mit 512 zu 506 Stimmen bei 5 Enthaltungen³ gegen den Kandidaten der CDU/CSU, Gerhard Schröder⁴, durch. In seinem ersten Zeitungsinterview nach der Wahl, erschienen in der Stuttgarter Zeitung vom 8. März 1969, bezeichnete er seine Wahl als „ein Stück Machtwechsel“ – der sich so richtig aber „erst bei der Bundestagswahl ergeben [werde]“.⁵ Diese Aussage war eine bewusste Provokation, deren Inhalt sich ein halbes Jahr später, wenn auch nur äußerst knapp, bewahrheiten sollte. Insofern muss man zugestehen, dass die Wahl Heinemanns durchaus in den Geist dieser unruhigen Zeit passte. Arnulf Baring hat die Bundespräsidentenwahlen schon früh als ein „unvergleichliches Barometer“ bezeichnet, um „im Moment dieser Wahlen die jeweilige Machtverteilung [zu] erkennen“.⁶

In diesem Sinne ist zu fragen: Weshalb unterlag der erfahrene CDU-Politiker Gerhard Schröder, immerhin früherer Innen-, Außen- und amtierender

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der geschlossenen Tagung „Die CDU und das Amt des Bundespräsidenten“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30./31. Mai 2024 in Berlin.

1 Vgl. zu ihm Jörg Treffke: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie. Paderborn 2009; Thomas Flemming: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen. Biographie. Essen 2014.

2 Karl-Rudolf Korte: Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Frankfurt a. M. 2019, S. 21.

3 Ingelore M. Winter: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler. 5. aktual. u. erw. Aufl. Düsseldorf 2004, S. 94.

4 Vgl. zu ihm Torsten Oppeland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002; Tagungsbeiträge „Dem Staate verpflichtet.“ – 100. Geburtstag von Gerhard Schröder, in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 (2011), S. 119–166; Franz Eibl: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966 (Studien zur Zeitgeschichte 60). München 2001.

5 „Die Präsidentenwahl bedeutet ein Stück Machtwechsel.“ Interview mit Gustav Heinemann, in: Stuttgarter Zeitung vom 8. März 1969.

6 Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982, S. 27.

Verteidigungsminister, weshalb trat für die SPD gerade Gustav Heinemann an, der durch seinen früheren Rücktritt als Bundesinnenminister, seinen Austritt aus der CDU und seine Gegnerschaft zu Konrad Adenauer für die Unionsparteien ein rotes Tuch war, und weshalb nominierte die seit Dezember 1966 regierende Große Koalition eigentlich keinen gemeinsamen Kandidaten? Die erfolgsverwöhnten Unionsparteien hätten jedenfalls alles dafür tun müssen, um den stückweisen Machtwechsel zu verhindern – möglich wäre das bei einem realistischen und klugen Handeln durchaus gewesen, so würde ich argumentieren –, die indirekte Wahl durch die Bundesversammlung bot jedenfalls eine relativ starke Einflussmöglichkeit auf den Fortgang der Ereignisse.

Ausgangslage

Mit Blick auf die nächste Bundespräsidentenwahl stellte sich die Ausgangslage in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre folgendermaßen dar: Am 14. Oktober 1968, seinem 74. Geburtstag, kündigte Bundespräsident Heinrich Lübke seinen Rücktritt zum 30. Juni 1969 an.⁷ Bereits in einem Interview mit dem „Spiegel“ vom 19. Juni 1967 hatte zunächst Willy Brandt für die Sozialdemokratie und wenig später die SPD in einem offiziellen Präsidiums-Beschluss Anspruch auf das höchste Staatsamt erhoben und dem CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger am 7. August 1967 auch schriftlich mitgeteilt, „daß die SPD in der nächsten Bundesversammlung die Wahl eines aus ihren Reihen kommenden Bundespräsidenten anstreben werde“.⁸ Zur Begründung hatte Brandt bereits im besagten „Spiegel“-Interview selbstbewusst erklärt, er halte es „für staatspolitisch richtig, wenn nach einem Freidemokraten und einem Christdemokraten ein Sozialdemokrat der nächste Bundespräsident würde“.⁹ Nach diesem frühen *Fait accompli* sahen sich CDU und CSU vor eine schwierige Lage gestellt. Man registrierte die Aussage zwar, hielt sich aber vorerst zurück, da kein akuter Handlungsbedarf bestand.

Die Freien Demokraten waren zu jener Zeit politisch gespalten. Zwar hatte mit der Wahl Walter Scheels zum Parteivorsitzenden und der Verabschiedung des Freiburger Programms der progressive Flügel die Macht übernommen¹⁰, doch der national-liberale Flügel existierte, wenn auch geschwächt, fort. Neben einer sich abzeichnenden inhaltlichen Annäherung in der Ost- und Deutschlandpolitik brachte die Frage der Wahlrechtsreform der SPD in der Bundes-

7 Rudolf Morsey: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996, S. 567.

8 Zit. nach Baring: Machtwechsel, S. 43.

9 „Man hat nicht Kraft für alles“. Interview mit Willy Brandt, in: Der Spiegel vom 19. Juni 1967, <https://www.spiegel.de/politik/man-hat-nicht-kraft-fuer-alles-a-c166ba3d-0002-0001-0000-000046251889?context=issue> (Abruf: 18. Juli 2024).

10 Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Stuttgart 1984, S. 281 f.

präsidenten-Frage einen wichtigen Vorteil. Bereits seit den Beratungen des Parlamentarischen Rates traten die Unionsparteien bekanntermaßen erfolglos für die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts nach britischem Vorbild ein, das als Konsequenz aus der Zersplitterung des Weimarer Parteiensystems zu mehr Stabilität führen sollte.¹¹ Bei Bildung der Großen Koalition wähten sie sich am Ziel, denn die SPD gab ihre prinzipielle Zustimmung zu dessen Einführung. Doch rückten sie nach mehreren Niederlagen bei Landtagswahlen und schlechten Wahlprognosen wieder davon ab¹², sehr zum Ärger der Unionsparteien. Bundesinnenminister Paul Lücke als Verfechter der Reform trat enttäuscht von seinem Amt zurück¹³ und Helmut Kohl sprach im CDU-Bundesvorstand von „eine[r] großangelegte[n] Gaunerei“.¹⁴ Dahinter steckte die Vermutung, Herbert Wehner und die SPD hätten in Wahrheit nie vorgehabt, das Projekt umzusetzen. Die Große Koalition wurde auf Betreiben Kiesingers gleichwohl fortgesetzt,¹⁵ nachdem sich der Bundeskanzler in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 26. März 1968 ein heftiges Wortgefecht mit Lücke geliefert und sich gegen dessen Vorwurf verwahrt hatte, „ich hätte das Thema Wahlrecht leichthin beiseite geschoben. Das tue ich keineswegs. [...] [Aber, P. R.], ob wir dieses Wahlrecht haben oder ein anderes, das wird nach meiner Meinung über das Schicksal des deutschen Volkes nicht entscheiden.“¹⁶ Die Wahlrechtsreform sollte zwar weiterhin zwischen den Koalitionsparteien diskutiert werden, wurde in Wahrheit aber ad acta gelegt.

Leidtragende der Wahlrechtsreform wäre die FDP gewesen, die sich dadurch in ihrer Existenz bedroht sah und, in den Worten Arnulf Barings, „den sicheren Tod vor Augen hatte“.¹⁷ Mit dem Abrücken der SPD von der Wahlrechtsreform eröffnete sich für die Freien Demokraten nun jedoch eine Überlebenschance. Mit Blick auf die vorgezogene Bundespräsidentenwahl im März 1969 und die im Herbst 1969 anstehende Bundestagswahl ergab sich für beide Parteien somit eine potentielle win-win-Situation.

-
- 11 Vgl. Eckhard Jesse: *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 78). Düsseldorf 1985.
 - 12 Klaus Schönhoven: *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969* (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945). Bonn 2004, S. 253–256.
 - 13 Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition*, S. 361–364.
 - 14 Beitrag Helmut Kohl, Sitzung Nr. 17 vom 29. Januar 1968, in: Günter Buchstab (Bearb.): *Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005, S. 805.
 - 15 Philipp Gassert: *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*. München 2006, S. 608–612.
 - 16 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 54 vom 26. März 1968, in: Stefan Marx (Bearb.): *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien). Düsseldorf 2011, S. 819.
 - 17 Baring: *Machtwechsel*, S. 95.

Der Entscheidungsprozess in der SPD

Der SPD-Parteivorstand setzte für die Kandidatenfindung eine siebenköpfige Kommission ein, die einen Personalvorschlag präsentieren sollte. Ihr gehörten zwei Vertreter der Landtage (die Fraktionsvorsitzenden Johannes Rau in NRW und Volkmar Gabert in Bayern), zwei Vertreter der Bundestagsfraktion (der Vorsitzende Helmut Schmidt und mit Alex Möller einer seiner Stellvertreter) sowie drei Mitglieder des Präsidiums (Willy Brandt, Herbert Wehner und SPD-Schatzmeister Alfred Nau) an.¹⁸ In der SPD-internen Debatte stellten sich bald Bundesverkehrsminister Georg Leber und Bundesjustizminister Gustav Heinemann als aussichtsreiche Kandidaten heraus.¹⁹ Leber wäre auch für Teile der Unionsparteien ein durchaus wählbarer Kandidat gewesen. Nicht nur war er Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK), sondern als Gewerkschafter und früherer langjähriger Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden jemand, der insbesondere Anknüpfungspunkte zu den CDU-Sozialausschüssen aufwies und insofern ein glaubwürdiger gemeinsamer Repräsentant der Großen Koalition hätte sein können.²⁰ Doch im Herbst 1968 waren die Gemeinsamkeiten dieses besonderen Bündnisses weitgehend aufgebraucht, und mit der brutalen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ Ende August 1968 der Streit um die Ostpolitik erneut in den Fokus gerückt. Die Zeit lief gegen Leber, denn „[v]or dem Hintergrund der Protest- und Aufbruchstimmung der späten sechziger Jahre war die Option für einen Gemeinschaftskandidaten der Großen Koalition [...] eine Absage an eine Politik der Veränderung“.²¹

Ende Oktober 1968 präsentierte die Kommission ihr einstimmig getroffenes Votum für Gustav Heinemann. Diesem Ergebnis schlossen sich Parteivorstand und Parteirat der SPD an.²² In der Sitzung der SPD-Fraktion direkt vor der Wahl in der Bundesversammlung lobte Brandt den SPD-Kandidaten als einen „Mann des Rechts und der Gerechtigkeit, von dem einmal gesagt worden sei, daß er vor Integrität leuchtet. [...] Gustav Heinemann werde als Bundespräsident das politische und moralische Gewissen unseres Landes verkörpern und auch der jungen Generation dabei helfen können, ihre Rolle und Aufgabe in dieser Zeit und in diesem Staat zu erkennen.“²³ Obwohl von seiner Persönlichkeit her der Typ „spröde[r] Jurist und Volkswirt“²⁴, erhob die SPD Heinemann geschickt

18 Schönhoven: Wendejahre, S. 438 f.

19 Ebd., S. 437.

20 Baring: Machtwechsel, S. 48–50.

21 Schönhoven, Wendejahre, S. 435.

22 Ebd., S. 439.

23 Beitrag Willy Brandt. Sitzung Nr. 75 vom 4. März 1969, in: Bettina Tüffers (Bearb.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien). Düsseldorf 2009, S. 578.

24 Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition, S. 391.

zum angeblichen Repräsentanten der 68er-Bewegung und zum Kandidaten eines Aufbruchs. Zum Abschluss der Sitzung kürten die Fraktionsmitglieder Heinemann einstimmig zu ihrem Kandidaten.

In der kurzen Fraktionssitzung nach der erfolgreichen Wahl hob Brandt hervor, dass mit Heinemann erstmals nach Friedrich Ebert wieder ein Sozialdemokrat an die Staatsspitze gewählt worden sei. Darüber hinaus bezeichnete er den Ausgang der Bundespräsidentenwahl als „ein[en] gute[n] Auftakt für die bevorstehenden Bundestagswahlen“²⁵ – was noch einmal verdeutlicht, dass es sich bei Heinemanns Machtwechsel-Äußerung drei Tage später um eine bewusst getätigte Aussage handelte.

Der Entscheidungsprozess in den Unionsparteien

Trotz – oder gerade wegen – des früh angemeldeten Anspruchs auf das Bundespräsidentenamt durch die Sozialdemokratie bestanden CDU und CSU mehrheitlich auf einem eigenen Kandidaten. Das entsprach aus ihrer Sicht der eigenen Rolle als größte Fraktion in der Bundesversammlung und als führende politische Kraft in der Bundesrepublik. Exemplarisch für diese Haltung sei Rainer Barzel in der Fraktionssitzung von CDU/CSU am 22. Oktober 1968 mit der Aussage zitiert, „daß die stärkste Gruppe der Bundesversammlung einen eigenen Kandidaten aufstellen soll“.²⁶ Darüber hinaus wurde noch befürchtet, dass selbst die gemeinsame Wahl eines Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten der SPD einen strategischen Vorteil im Bundestagswahlkampf bringen würde.²⁷

Vor diesem Hintergrund kam es nicht zu einer Einigung zwischen den Koalitionsparteien. Innerhalb der Unionsparteien kristallisierte sich neben Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder als junge, damals jedoch noch recht unbekannt Alternative der Präsident des Evangelischen Kirchentages, Richard von Weizsäcker, heraus²⁸, der von Kiesinger bevorzugt wurde.²⁹ Denn für von Weizsäcker sprach, dass die FDP ihm offener gegenüberstand als Schröder. Sein politischer Förderer – generell und auch in dieser Angelegenheit – war der rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende Helmut Kohl.³⁰ Als all-

25 Beitrag Willy Brandt, Sitzung Nr. 76 vom 5. März 1969, in: SPD-Fraktionsprotokolle 1966–1969, S. 585.

26 Beitrag Rainer Barzel, Sitzung Nr. 75 vom 22. Oktober 1968, in: CDU/CSU-Fraktionsprotokolle 1966–1969, S. 1076.

27 Baring: Machtwechsel, S. 50.

28 Vgl. zu ihm Gunter Hofmann: Richard von Weizsäcker. Ein deutsches Leben. München 2010; Hermann Rudolph: Richard von Weizsäcker. Eine Biographie. Berlin 2010; Michael C. Bienert/Matthias Oppermann/Kathrin Zehender (Hg.): „Die Freiheit geschieht nicht an uns, sie geschieht durch uns“. Richard von Weizsäcker und die deutsche Politik (Zeitgeschichte im Fokus 7). Berlin 2023.

29 Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition, S. 391 f.

30 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 106 f.

fälligen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl angesprochen hatte ihn im Sommer 1968 im Auftrag des Parteivorsitzenden CDU-Generalsekretär Bruno Heck.³¹ Freilich war Richard von Weizsäcker in der Öffentlichkeit erst wenig bekannt, im Gegensatz etwa zu seinem Vater Ernst von Weizsäcker und seinem älteren Bruder Carl-Friedrich von Weizsäcker. Zwar titelte in jener Zeit keine Boulevard-Zeitung „Richard wer?“, jedoch kursierte damals die Anekdote, „der Kandidat sei erschrocken gewesen, als er im Radio gehört habe, daß ein Weizsäcker im Gespräch sei, und habe nicht geglaubt, daß er es sei“.³² Die CSU versuchte ihrerseits sogar, Ludwig Erhard wieder zu reaktivieren, welcher jedoch dankend ablehnte.³³

Die CDU berief in ihrer Bundesvorstandssitzung vom 3. November 1968 ein großes Gremium, dem die Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes, der Vorsitzende und der Generalsekretär der CSU, der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU in den Ländern, die CDU-Landesvorsitzenden, die Bundesvorsitzenden der CDU-Vereinigungen, die Unions-Ministerpräsidenten und die Bundesminister von CDU und CSU angehörten³⁴ – ein Kreis von rund 80 Personen. Die Zusammensetzung war nicht unumstritten und wurde lange diskutiert. Kohl etwa forderte erfolglos, dass mehr Vertreter der Landtage vertreten sein müssten, zugleich kritisierte er umgekehrt die Beteiligung der Bundesminister, denn „die Mitgliedschaft im Bundeskabinett scheint mir überhaupt kein Anrecht zu sein für einen Sitz in einem Parteigremium. Was hier tagt, ist ein Gremium der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands.“³⁵ Doch es blieb bei der genannten Zusammensetzung.

Am 15. November 1968 tagte der Bundesvorstand erneut, und zwar im Vorfeld der Beratungen des besagten Auswahlgremiums später an diesem Tag. Kiesinger berichtete davon, dass die SPD mit dem Vorschlag Leber früher an ihn herangetreten sei und stellte es vor den Bundesvorstandsmitgliedern jedoch so dar, als wäre eine Unterstützung der Kandidatur Georg Lebers für ihn nie in Frage gekommen: „In anderen Zeiten vielleicht, aber nicht im Jahr einer Bundestagswahl, hätte man einem solchen Gedanken nähertreten können. [...] Aber in diesem Jahr halte ich das einfach für ausgeschlossen. Da müssen wir schon unsere eigenen Männer präsentieren.“³⁶ Die Unterstützung eines SPD-Kandidaten hätte Kiesinger in den eigenen Reihen nicht durchsetzen können, insofern verfolgte er sie nicht weiter, sondern trat offensiv für die Aufstellung

31 Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen. Berlin 1997, S. 197.

32 Klaus Dreher: Kohl. Leben mit Macht. Stuttgart 1998, S. 130.

33 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 23 vom 15. November 1968, in: CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, S. 1271 f.

34 Baring: Machtwechsel, S. 50.

35 Beitrag Helmut Kohl, Sitzung Nr. 22 vom 3. November 1968, in: CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, S. 1231.

36 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 23 vom 15. November 1968, ebd., S. 1272.

eines eigenen Kandidaten ein. Dieses Verhalten der erfolgsverwöhnten CDU war zwar nachvollziehbar, aber rückblickend auch kurzfristig, wäre von einer Wahl Lebers doch primär ein Signal für die Fortsetzung der Großen Koalition unter Führung der Union ausgegangen³⁷ – von einem „Stück Machtwechsel“ hätte man in diesem Fall jedenfalls schwerlich sprechen können.

Die zentrale Frage, welcher eigene Kandidat denn nun präsentiert werden sollte, wurde im Bundesvorstand nicht inhaltlich, sprich: bezogen auf die jeweilige Persönlichkeit, diskutiert, denn der Parteivorsitzende regte gleich zu Beginn an, dem Auswahlgremium beide Herren als wählbar zu empfehlen.³⁸ Die Debatte drehte sich daher eher um die grundsätzliche Frage, wie sich die FDP voraussichtlich verhalten werde, und Spekulationen darüber, ob bereits Absprachen zwischen SPD und FDP existieren könnten. Es überwog die Ansicht, dass die Situation hinsichtlich des Verlaufs der Bundespräsidentenwahl schwer durchschaubar und die Mehrheitsverhältnisse bei den Freien Demokraten nicht vorhersehbar seien. Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg gab die vorherrschende Meinung wieder, als er von der „Unberechenbarkeit der Haltung der FDP in dieser Frage“³⁹ sprach. Bemerkenswert war die Äußerung des Saarländischen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder, der ganz offen ansprach, dass die Frage der Wahlrechtsreform das entscheidende Kriterium für die FDP sei, vom dem ihre Zukunft abhängt. Wenn man Stimmen von der FDP erhalten wolle, müsse man sich zwangsläufig öffentlich von der Wahlrechtsreform distanzieren und nicht umgekehrt das Festhalten an ihr postulieren: „Man muss entscheiden, ob einem die Wahl des Bundespräsidenten soviel wert ist, daß man einen solchen grundsätzlichen Standpunkt aufgibt.“⁴⁰ Mehr noch, so Ministerpräsident Röder weiter, müsse man mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl notfalls auch mit der Konsequenz leben, „aufgrund unserer eigenen Haltung dann in die Opposition zu kommen“.⁴¹ Sein substantieller Vorschlag wurde allerdings nicht aufgegriffen.

Am Nachmittag des 15. November 1968 tagte im CDU/CSU-Fraktionssaal im Bundeshaus das mit Vertretern beider Parteien besetzte rund 80köpfige Auswahlgremium. Von der Möglichkeit einer Aussprache in Abwesenheit der beiden Kandidaten wurde von den sämtlichen Mitgliedern kein Gebrauch gemacht, sondern sogleich zur Wahl geschritten. Schröder erhielt 65 und von Weizsäcker 20 Stimmen, es gab keine Enthaltungen. Die Frage, ob alle Anwesenden diese Wahl nun empfehlen, wurde in offener Abstimmung bejaht.⁴² Damit war Schröder

37 Baring: Machtwechsel, S. 48.

38 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 23 vom 15. November 1968, ebd., S. 1272.

39 Beitrag Gerhard Stoltenberg, Sitzung Nr. 23 vom 15. November 1968, ebd., S. 1279.

40 Beitrag Franz Josef Röder, Sitzung Nr. 23 vom 15. November 1968, ebd., S. 1280.

41 Ebd.

42 ACDP Bestand CDU-Bundespartei 07-001-062/3: Stenographisches Protokoll über die Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Bundesversammlung, 15. November 1968.

der im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit und im zweiten Wahlgang einstimmig zum Unions-Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl bestimmt worden. Kiesinger gratulierte Schröder, dankte mit aufmunternden Worten aber auch von Weizsäcker: „Sie haben gesehen, daß Sie Freunde gehabt haben, die Ihnen das Vertrauen für dieses hohe Amt schenken.“⁴³ Weizäckers klare Niederlage bedeutete auch für den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden, der seine Kandidatur unterstützt hatte, einen deutlichen Autoritätsverlust und warf, in den Worten des Kiesinger-Biografen Gassert, ein bezeichnendes Licht auf die innerparteilichen Machtverhältnisse: „Es ist ein erstaunliches Kapitel in der Geschichte der westdeutschen Christdemokratie, daß Schröder, obwohl sein Konkurrent Weizsäcker die Unterstützung des CDU-Vorsitzenden, des Generalsekretärs der CDU und anfänglich auch des Vorsitzenden der Unionsfraktion genoß, am Ende die Nominierung errang. [...] Weizäckers Scheitern wirft ein grelles Licht auf den labilen inneren Zustand, in dem sich die CDU 1968 wieder befand.“⁴⁴

Obwohl er selbst dafür zunächst den Anstoß gegeben hatte, hatte Kohl noch kurz vor der Abstimmung versucht, von Weizsäcker von dessen Bewerbung wieder abzubringen. Angesichts einer sich abzeichnenden klaren Niederlage, so Kohl rückblickend, „wollte ich meinen Kandidaten vor einer eindeutigen Niederlage bewahren und seine Beschädigung vermeiden“⁴⁵ – sowie vermutlich die Beschädigung des eigenen Rufs als Initiator dieser Kandidatur. Möglicherweise wollte er Strauß und der CSU auch seinen bereits vorhandenen Einfluss innerhalb der CDU demonstrieren, indem er eine Kandidatur initiieren, im Problemfall aber auch wieder beenden konnte.⁴⁶ Allerdings hatte er die Rechnung ohne den Kandidaten gemacht. Einen kurzfristigen Rückzug lehnte von Weizsäcker als „Wetterfahnenorientierung“ strikt ab, und er fügte im Rückblick weiter hinzu: „Eine Alternative zu haben und über sie zu entscheiden war nach meiner Überzeugung die bessere Werbung für das Wahlgremium als eine bloße vorher verhandelte Akklamation.“⁴⁷

Von Weizsäcker galt damals zwar bereits als intellektueller Kopf, guter Redner und verfügte über die Fähigkeit des Ausgreifens in parteiferne Milieus. Gerade deshalb und aufgrund seiner kompromissbereiten Vorreiterrolle in der Ostpolitik war der „Parteinovize Weizsäcker“⁴⁸ manchem Älteren aber auch suspekt. Die größten Unterstützer Schröders waren die dezidiert Konservativen Franz Josef Strauß und Hans Filbinger.⁴⁹ Umgekehrt machte sein moderneres, liberales Pro-

43 Beitrag Kiesinger, ebd.

44 Gassert: Kiesinger, S. 687.

45 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 247.

46 Dreher: Kohl, S. 132.

47 Von Weizsäcker: Vier Zeiten, S. 200.

48 Rudolph: Von Weizsäcker, S. 120.

49 Von Weizsäcker: Vier Zeiten, S. 200.

fil von Weizsäcker für Vertreter der FDP gerade attraktiv. Eine Sondierung zu seinem Ansehen im FDP-Präsidium im September 1968 brachte das Ergebnis: „alle kannten ihn, alle mochten ihn. Die FDP-Herren waren sich einig: Sollte die CDU Weizsäcker präsentieren, starke Präferenz für ihn.“⁵⁰ Der einflussreiche FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick war zudem ein Kriegskamerad von ihm, beide hatten Ende 1944/Anfang 1945 in Ostpreußen Seite an Seite gekämpft⁵¹ – nun hätte er ihm in der Ostpreußenhalle möglicherweise zum Sieg verhelfen können.

Dass von Weizsäckers Nominierung die Chancen der Unionsparteien auf einen Sieg bei der Bundespräsidentenwahl durchaus erhöht hätte⁵² und im Falle seiner Wahl zum Staatsoberhaupt der „Machtwechsel“ bei der Bundestagswahl 1969 möglicherweise gar ausgeblieben wäre⁵³, ist eine berechnete und begründbare Hypothese. Zwar ist der Einwand ebenfalls berechnete, nicht „das banale Faktum [zu] übersehen, dass sich die eigene Partei überaus deutlich gegen Weizsäcker entschieden hatte“⁵⁴, doch umso mehr gilt es, den damaligen Entscheidungsprozess in den Unionsparteien kritisch zu hinterfragen. CDU und CSU beherzigten nicht die Weisheit, wonach der Köder dem Fisch und nicht dem Angler schmecken muss und blieben mit der Entscheidung für Schröder schließlich beim „Bewährten“. Und Kiesinger nutzte die Autorität seiner beiden gewichtigen Ämter nicht, um ultimativ Unterstützung für einen gemeinsamen sozialdemokratischen Kandidaten der Großen Koalition oder doch zumindest für eine Kandidatur von Weizsäckers als Unionsbewerber einzufordern.⁵⁵

Die Entscheidungen vom 4. und 5. März 1969

Mitte November 1968 standen Heinemann und Schröder somit als Kandidaten ihrer jeweiligen Parteien und Fraktionen fest. Damit gelangte die FDP in eine Schlüsselstellung. Für den progressiven Flügel der Freien Demokraten und insbesondere für ihren neuen Bundesvorsitzenden Scheel wurde die Frage der Wahl Heinemanns schließlich zur „Nagelprobe [.], die die FDP bestehen musste, um den Sozialdemokraten ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen“.⁵⁶

50 Hans-Roderich Schneider: Walter Scheel. Präsident des Ausgleichs. Erg. u. erw. Neuausg. Stuttgart 1975, S. 87.

51 Baring: Machtwechsel, S. 105.

52 Dreher: Kohl, S. 133 f.

53 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 495.

54 Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie. Köln 2014, S. 186.

55 Gassert: Kiesinger, S. 690 f.

56 Torsten Oppeland: Die Wahl des Bundespräsidenten in der Parteiendemokratie. Kandidaten und Gegenkandidaten, in: Robert Chr. Van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hg.): Der Bundespräsident im politischen System. Wiesbaden 2012, S. 63–73, hier 65.

Erst am Abend des 4. April, dem Vorabend der Bundespräsidentenwahl, sprachen sich die Mitglieder der FDP-Fraktion schließlich für Heinemann aus, in der ersten Probeabstimmung mit 57 Stimmen für Heinemann und 23 Stimmen für Schröder, was vermutlich für letzteren zur Mehrheit gereicht hätte.⁵⁷ Der wichtigste Repräsentant der nationalliberalen Kräfte und frühere Parteichef Erich Mende forderte als Schröder-Unterstützer nun, die Wahl für die FDP-Mitglieder in der Bundesversammlung freizugeben und keine offizielle Wahlempfehlung abzugeben.⁵⁸ Daraufhin zog die Parteiführung jedoch „ein Ass aus dem Ärmel“. Der nordrhein-westfälische FDP-Innenminister Willy Weyer überbrachte eine mit der SPD-Parteiführung abgestimmte Zusicherung des NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn, wonach in Falle einer Wahl Heinemanns das Thema Wahlrechtsreform endgültig als erledigt angesehen werden könne.⁵⁹ Eine vergleichbare Zusicherung der Unionsparteien existierte nicht, wie Mende eingestehen musste. Es wurde eine zweite Abstimmung angesetzt, die mit 71 Ja- und 10 Nein-Stimmen noch ein kleines Fragezeichen ließ. Ein weiterer Probeabstimmung am Abend, nachdem an die Verantwortung für die Existenz und die Zukunft der FDP appelliert worden war, erbrachte 77 Stimmen für Heinemann und nur noch fünf für Schröder. Sodann verkündete FDP-Chef Scheel, dass die FDP Heinemann unterstützen werde.⁶⁰

Entsprechend angespannt war die Stimmung in der Unionsfraktion am Morgen des 5. März vor der Bundesversammlung. Kiesinger mahnte die Wahldelegierten in seiner Ansprache, „es liegt alles auf des Messers Schneide. Deswegen ist es notwendig, daß wir äußerste Disziplin halten, Disziplin in der Sache, Disziplin aber auch in der Präsenz hier“.⁶¹ Zurückhaltender als in der entsprechenden Ansprache Brandts appellierte Kiesinger, im Sinne der Disziplin mögliche persönliche Vorbehalte dem eigenen Kandidaten gegenüber zurückzustellen und Einigkeit zu zeigen. Die hinlänglich bekannten Qualitäten des eigenen Kandidaten brauche er nicht extra herausstellen, wie er sagte, und beließ es bei der Aussage, die Union wolle als Bundespräsidenten „einen Mann haben, der den Staat, die Staatsidee, unsere Staatsidee so darstellt, wie wir sie eben sehen.“⁶²

Trotz des offiziellen Votums der FDP für Heinemann war die Bundespräsidentenwahl „ein äußerst dramatisches Ereignis“.⁶³ Da 13 Delegierte krankheitsbedingt fehlten, nahmen 1.036 Wahlmänner und -frauen an der Bundes-

57 Treffke: Heinemann, S. 193.

58 Baring: Machtwechsel, S. 117 f.

59 Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition, S. 395 f.

60 Flemming: Heinemann, S. 391.

61 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 97 vom 5. März 1969, in: CDU/CSU-Fraktionsprotokolle 1966–1969, S. 1379.

62 Ebd.

63 Winter: Bundespräsidenten, S. 93.

präsidentenwahl teil, die in den beiden ersten Wahlgängen notwendige absolute Mehrheit betrug 519 Stimmen.⁶⁴ Diese wurde jedoch verfehlt. Im ersten Wahlgang erhielt Heinemann 514 Stimmen und Schröder 501 Stimmen. Im zweiten Wahlgang kam Schröder mit 507 Stimmen knapp an Heinemann mit 511 Stimmen heran. Der dritte Wahlgang, bei dem nun die einfache Mehrheit galt, brachte schließlich mit 512 zu 506 Stimmen die Entscheidung für Heinemann.⁶⁵

Hinsichtlich des Ergebnisses noch kurz zum Faktor NPD. Im Falle einer Wahl Schröders hätten wohl auch deren 22 Stimmen eine Rolle gespielt, wären vielleicht gar ausschlaggebend gewesen.⁶⁶ Das hierdurch die damals aufgeheizte politische Stimmung und der Bundestagswahlkampf 1969 beeinflusst worden wären, ist anzunehmen. Ob das Ergebnis Schröder in seiner Amtsführung oder in seinen Kontakten zum Ausland beeinflusst hätte, ist rückblickend schwer einzuschätzen. Dass er die Wahl in diesem Fall nicht angenommen hätte, wäre jedenfalls nicht zu erwarten gewesen. Schröder selbst verwies im Vorfeld darauf, auch diese Mitglieder der Bundesversammlung seien demokratisch gewählt.⁶⁷

Fazit

Innerhalb der CDU und der Unions-Fraktion wurde versucht, die Bedeutung der Heinemann-Wahl kleinzureden, doch Verunsicherung war gleichwohl spürbar. Sowohl Barzel in der Sitzung der Unions-Fraktion als auch Schröder im CDU-Bundesvorstand verwandten Kriegsrhetorik. So meinte etwa Barzel: „Jeder von uns spürt, daß wir ein bißchen Gegenwind haben. [...] Da ich gelernter Flieger aus dem Kriege bin, weiß ich, daß man nur bei Gegenwind starten kann, meine Freunde. Deshalb wollen wir den auch so nutzen.“⁶⁸ Schröder dankte „für die sehr kameradschaftliche Art, wie wir gestern diese Schlacht bestanden haben“.⁶⁹ Und Kiesinger als Parteivorsitzender und Bundeskanzler erklärte ebenfalls im CDU-Bundesvorstand, er wolle nun nicht mehr zurück, sondern nach vorne schauen.⁷⁰ Eine nähere Analyse der Bundespräsidentenwahl fand nicht statt.

64 Zusammensetzung nach Parteien: CDU/CSU 482, SPD 449, FDP 83, NPD 22, vgl. <https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/bundesversammlung/5bundesversammlung-486424> (Abruf: 29. Juli 2024).

65 Niederschrift der 5. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 5. März 1969, <https://www.bundestag.de/resource/blob/486420/be69c53c0669baac7f3e22b893fef600/04-Stenografischer-Bericht.pdf> (Abruf: 29. Juli 2024).

66 Sven Felix Kellerhoff: Als die NPD beinahe die Bundespräsidentenwahl entschieden hätte, <https://www.welt.de/geschichte/article205862417/Bundespraesidentenwahl-1969-Als-die-NPD-beinahe-die-Wahl-entschieden-haette.html> (Abruf: 17. Juli 2024).

67 Oppelland: Schröder, S. 711 f.

68 Beitrag Rainer Barzel, Sitzung Nr. 98 vom 18. März 1969, in: CDU/CSU-Fraktionsprotokolle 1966–1969, S. 1380.

69 Beitrag Gerhard Schröder, Sitzung Nr. 25 vom 6. März 1969, ebd., S. 1340.

70 Beitrag Kurt Georg Kiesinger, Sitzung Nr. 25 vom 6. März 1969, ebd., S. 1341.

Eine Kandidatur von Weizsäckers würde ihn in Schwierigkeiten bringen, so hatte der FDP-Vorsitzende Scheel Kiesinger gegenüber in einem Gespräch im Oktober 1968 offen bekannt.⁷¹ Aber für einen solchen Schritt fehlte den erfolgsverwöhnten Unionsparteien damals wohl der Mut und ebenso die Einsicht in die Notwendigkeit eines Entgegenkommens entweder gegenüber der SPD (in der Person Lebers) oder der FDP (in der Person von Weizsäckers). Es galt, wie auch kurz darauf bei der Bundestagswahl, das Prinzip: Alles oder nichts. Diese Strategie war zwar nicht ohne Erfolgchance – doch scheiterte sie am Ende in beiden Fällen, wenn auch jeweils äußerst knapp, und bedeutete schließlich den kompletten Machtverlust der Unionsparteien auf Bundesebene innerhalb nur weniger Monate. Der von Heinemann propagierte Machtwechsel fand statt und läutete, in den Worten von Bernd Faulenbach, ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“⁷² ein.

71 Baring: *Machtwechsel*, S. 105 f.

72 Vgl. Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982 (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945)*, Bonn 2011.

Karl Carstens (1914–1992) – ein Staatsdiener, kein Parteipolitiker*

Andreas Grau

Der folgende Aufsatz möchte das Verhältnis von Bundespräsident Karl Carstens zur CDU beziehungsweise seine Nominierung als Bundespräsident und seine Rolle in der Union untersuchen. Deshalb werden weder die Vita von Carstens im Einzelnen nachgezeichnet noch sein Handeln als Bundespräsident dargestellt. Einzige Ausnahme ist seine Entscheidung zur Auflösung des Deutschen Bundestages im Januar 1983, weil sie seinerzeit politisch und verfassungsrechtlich umstritten war und Maßstäbe gesetzt hat.

Der Forschungsstand

Der Forschungsstand zu Karl Carstens kann als sehr zufriedenstellend beschrieben werden. So liegen zum einen seine umfangreichen Erinnerungen vor, die er zum Ende seines Lebens verfasst hat.¹ Zum anderen gibt es verschiedene Biographien über Carstens.² Die Reden, die Carstens als Bundespräsident gehalten hat, sind auch veröffentlicht.³ Weiterhin gibt es eine Redensammlung aus seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender sowie die Edition der Fraktionsprotokolle aus den Jahren 1972–1976.⁴ Die Akten zur Auswärtigen Politik aus seiner Zeit als Staatssekretär 1964–1969 sind mittlerweile ebenfalls ediert.⁵ Über das Amt des Bundespräsidenten allgemein liegen natürlich auch

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der geschlossenen Tagung „Die CDU und das Amt des Bundespräsidenten“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30./31. Mai 2024 in Berlin.

1 Karl Carstens: Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoedekel. Boppard 1993 sowie Karl Carstens: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung. Stuttgart 1971.

2 Tim Szatkowski: Karl Carstens: Eine politische Biographie. Köln/Weimar 2007 und Wolfgang Wiedemeyer: Karl Carstens. Im Dienste unseres Staates. Bonn 1980.

3 Karl Carstens: Reden und Interviews. 5 Bde. Bonn 1980–1984.

4 Karl Carstens: Bundestagsreden und Zeitdokumente. Bonn 1977 und Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1972–1976 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien IV – Deutschland seit 1945 11/VII). Bearb. von Joachim Wintzer und Benedikt Wintgens. Düsseldorf 2021.

5 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1961. München 2018; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962. München 2010; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. München 1994; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964. München 1995; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965. München 1996; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966. München 1997; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1967. München 1998; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968. München 1999; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. München 2000.

einige Untersuchungen vor.⁶ Außerdem existieren inzwischen zahlreiche Werke zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den 1970- und 1980er-Jahren.

Das Verhältnis von Karl Carstens zur CDU

Carstens begann seine politische Tätigkeit 1949 mit dem Eintritt in den Dienst des Landes Bremen als Bevollmächtigter des Landes beim Bund. In Bremen regierte damals eine SPD/FDP-Koalition und der Wunsch, diese Stelle zu übernehmen, wurde von Senator Theodor Spitta (FDP) und Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD), der auch sein Vorgesetzter war, an Carstens herangetragen. Parteipolitische Bedenken hatte der deswegen keine – zumal er zu dieser Zeit noch nicht Mitglied einer Partei war. Offenbar war Carstens mit dem Amt und auch seinen Vorgesetzten in der Folge so zufrieden, dass er sich 1952 zum Landesbeamten ernennen ließ.⁷ Auch Bürgermeister Kaisen war von Carstens und seiner Arbeit sehr überzeugt, weshalb er mehrfach seiner Hoffnung Ausdruck gab, dieser möge doch sein Nachfolger werden.⁸ Der SPD-Politiker sah offenbar kein Problem darin, den parteilosen Carstens als Bürgermeister zu empfehlen. Carstens hielt ebenfalls große Stücke auf Kaisen und bezeichnet ihn gemeinsam mit Konrad Adenauer als eines seiner politischen Vorbilder. Für einen Konservativen oder für einen waschechten Christdemokraten ist diese Auswahl wohl eher untypisch. Carstens könnte deshalb eher als „Liberal-Konservativer“⁹ gesehen werden.⁹

Im Auswärtigen Amt

1954 wechselte Carstens dann wie selbstverständlich in den neu entstehenden auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde Ständiger Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat in Straßburg. Schon 1955 übernahm er jedoch als Unterabteilungsleiter das Referat für Europapolitik im Auswärtigen Amt, das vom CDU-Mitgründer Heinrich von Brentano geleitet wurde.¹⁰ In dieser Zeit (1955) trat er in die CDU ein, weil er Adenauer und seine Europa-

6 Z. B. Robert Chr. Van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hg.): Der Bundespräsident im politischen System. Wiesbaden 2012; Michael Jochum: Worte als Taten. Der Bundespräsident im demokratischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland. Gütersloh 2000; Daniel Lenski: Von Heuss bis Carstens. Das Amtsverständnis der ersten fünf Bundespräsidenten unter besonderer Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen. Leipzig/Berlin 2009; Günther Scholz/Martin E. Süskind: Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Johannes Rau. Stuttgart 2003.

7 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 126 f.

8 Vgl. ebd., S. 190.

9 Vgl. die Charakterisierung bei Szatkowski: Karl Carstens, S. 308.

10 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 191 und 194.

politik befürwortete.¹¹ Offenbar waren seine Vorgesetzten im AA mit Carstens so zufrieden, dass er schon 1958 zum Leiter der Politischen Abteilung aufstieg. Zwei Jahre später wurde er auf Wunsch von Adenauer zum 2. Staatssekretär im AA ernannt. Carstens zögerte aber, die Ernennung anzunehmen, da er gleichzeitig einen Ruf auf den Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Köln erhalten hatte.¹² Bereits 1960 schwankte Carstens also, ob er der Wissenschaft oder der Politik den Vorrang geben sollte.

Als Staatssekretär entstand zwischen Carstens und Bundeskanzler Adenauer ein enges Verhältnis, weshalb dieser ihn häufig anrief und ihm Anweisungen erteilte. „Adenauer wollte mir wohl. Er zog mich zu vielen Besprechungen hinzu, auch solchen, für die ich eigentlich nicht zuständig war.“¹³ So die Erinnerung von Carstens. Mit dem neuen Außenminister Gerhard Schröder arbeitete er ebenfalls gut zusammen, auch wenn es mit diesem öfter Meinungsverschiedenheiten gab. Trotzdem folgte er ihm 1966 auf die Hardthöhe.¹⁴ Wieder zeigte sich, dass für Carstens die jeweiligen Persönlichkeiten wichtiger waren als deren politische Ausrichtung.

Nach dem Ende der Großen Koalition 1969 ging Carstens als Leiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in die Wissenschaft und eben nicht in die Politik.¹⁵ Schon vorher hatte er Bundeskanzler Kiesinger gegenüber mit einem Rückzug in die Wissenschaft gedroht.¹⁶ Das Ende seiner Tätigkeit im Staatsdienst empfand Carstens „als eine große Chance“.¹⁷ Der Beginn einer politischen Karriere kam ihm gar nicht in den Sinn. In seiner Trauerrede bescheinigte ihm sein Amtsnachfolger, Richard von Weizsäcker, sogar, Carstens sei Parteipolitik eigentlich fremd gewesen.¹⁸

Die Arbeit von Karl Carstens bei der DGAP dauerte allerdings nicht lange. Bereits 1971 wurde sein Name bei der Suche nach einem neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes genannt. Obwohl ihm die Presse bescheinigte, gute Aussichten zu haben, auch gewählt zu werden,¹⁹ kam es aber nicht zu einer solchen Kandidatur.

Im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 wurde dann von mehreren Seiten versucht, ihn zu einem Wechsel in die Politik zu überreden. Die

11 Vgl. Wolfgang Wiedemeyer: Karl Carstens, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn/München/Wien 2002, S. 212.

12 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 227.

13 Ebd., S. 228.

14 Vgl. ebd., S. 234 und S. 353.

15 Vgl. Wiedemeyer: Karl Carstens, S. 212.

16 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 384.

17 Ebd., S. 363.

18 Vgl. Rede von Weizsäckers beim Trauerstaatsakt für Karl Carstens am 6. Juni 1992, abschied von karl carstens – staatsakt in der beethovenhalle in bonn (bundesregierung.de) (Abruf: 20. März 2024).

19 Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 19. Juli 1971.

Bemühungen von Rolf Olderog, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender von Ostholstein, und Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg konnte Carstens noch abwehren.²⁰ Doch dem früheren Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Bundesminister, Kai-Uwe von Hassel, gelang es 1972, ihn umzustimmen. Die Suche nach einem geeigneten Wahlkreis war allerdings schwierig, da Carstens in der Partei unbekannt war. Schließlich wurde er mit viel Protektion im Wahlkreis Plön/Oldenburg aufgestellt. Bei der Aufstellung der Landesliste wurde er dann vom vorgesehenen 3. Platz bis zum 8. Platz durchgereicht.²¹ Dies zeigt, dass er damals weder bekannt noch engagiert in der Landespartei war. In seinem Kandidatenprospekt für die Bundestagswahl 1972 wurde zwar sein beruflicher Werdegang genannt, aber kein einziges Parteiamt aufgeführt – ja, noch nicht mal sein Eintritt in die CDU war vermerkt. Im Testimonial von Gerhard Schröder hieß es: Carstens habe sich „im Staatsdienst bewährt: als Beamter und dann als Staatssekretär“. „Vor allem hat er bewiesen, dass er schwierige Führungsaufgaben erfolgreich lösen kann.“²² Eine klare Empfehlung für einen zuverlässigen Parteifreund klingt sicherlich anders.

Wechsel in die Politik

Durch das schwache Wahlergebnis für die CDU in Schleswig-Holstein, die kaum einen Wahlkreis gewann, zog Carstens trotz seines schlechten Listenplatzes noch in den Bundestag ein.²³ Schnell machte er in der CDU/CSU-Fraktion durch eine gute Rede im Plenum zum Grundlagenvertrag am 15. Februar 1973 auf sich aufmerksam.²⁴ Nach dem Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel im Mai 1973 wurde er von Kiesinger als dessen Nachfolger vorgeschlagen. Bei der Wahl des neuen Vorsitzenden am 17. Mai 1973 konnte Carstens insbesondere die CSU und die Landesgruppe Baden-Württemberg hinter sich bringen²⁵ und wurde so gleich im ersten Wahlgang gegen Richard von Weizsäcker und Schröder gewählt.²⁶ Der Parlamentsneuling, der nach nur einem halben Jahr im Bundestag in sein erstes wichtiges Parteiamt gewählt worden war, bat direkt nach sei-

20 Vgl. Karl Carstens: *Erinnerungen*, S. 415 f.

21 Vgl. ebd., S. 416 f. sowie Olaf von Wrangel: *Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Boppard 1995, S. 180.

22 Kandidatenprospekt von Karl Carstens für die Bundestagswahl 1972, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) LV Schleswig-Holstein 03-006-235/2*.

23 Vgl. Karl Carstens: *Erinnerungen*, S. 419.

24 Vgl. Szatkowski: *Karl Carstens*, S. 222 sowie Andreas Grau: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47)*. Düsseldorf 2005, S. 452 f.

25 Vgl. Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*. München 2004, S. 314 und Karl Carstens: *Erinnerungen*, S. 423.

26 Vgl. zum Abstimmungsergebnis Grau: *Gegen den Strom*, S. 481.

ner Wahl um die Unterstützung der übrigen Vorstandsmitglieder und der Parlamentarischen Geschäftsführer.²⁷ In der Tat musste Carstens sich zunächst auf seine neue Aufgabe einstellen. So erinnerte sich Olaf von Wrangel: „Carstens vereinte alle notwendigen Eigenschaften eines wirkungsvollen parlamentarischen Oppositionsführers, auch wenn diejenigen, die ihn gut kannten, wußten, daß ihm die Rolle nicht auf den Leib geschnitten war.“²⁸

Zwar konnte Carstens als Vorsitzender die CDU/CSU-Fraktion zusammenhalten, doch setzte sich ihr Machtverlust fort. Motor der Opposition wurde nun eindeutig die Parteizentrale. Zukunftsweisende Initiativen waren Carstens' Stärke nicht. Im Vergleich zu Helmut Kohl wirkte er „eher als Beamter denn als gestaltender Politiker“.²⁹ Zum 60. Geburtstag 1974 bescheinigte ihm Friedrich Karl Fromme in der FAZ zwar, dass er mehr Kampfgeist gezeigt und mehr scharfe Reden gehalten habe „als man von ihm erwartet hatte“, aber gelegentlich sei ihm dabei „doch die Beamtenschaft in die Quere“ gekommen. Carstens habe Schwierigkeiten, „als Politiker akzeptiert zu werden“.³⁰

Offenbar machten ihn aber gerade diese Charaktereigenschaften für die CSU interessant. Nachdem die Bayern ihm schon zum Amt des Fraktionsvorsitzenden verholpen hatten, wollten Strauß und Tandler ihn 1975 sogar zur Kanzlerkandidatur überreden. Erstaunlich ist an diesem Vorgang zum einen, dass sich die CSU offenbar hinter dem CDU-Mann Carstens versammeln konnte, zum anderen, dass Carstens ernsthaft überlegte, die Kandidatur anzunehmen und gegen seinen Parteivorsitzenden anzutreten.³¹ Carstens verzichtete letztlich nicht aus Loyalität zu Kohl auf die Kandidatur, sondern weil er sich gegen den Parteivorsitzenden keine Chance ausrechnete, zu gewinnen.³² Auch im Rückblick empfand er den Gedanken an eine eigene Kanzlerkandidatur als „reizvoll“, nicht zuletzt weil sie „auch nach meiner heutigen Überzeugung die Chance bot, bei der Wahl von 1976 für die Union die absolute Mehrheit zu erzielen“.³³

Als Bundestagspräsident

Obwohl sich Carstens also gut vorstellen konnte, die Kanzlerkandidatur der Union zu übernehmen und damit das wichtigste politische Amt, zögerte er nach der Bundestagswahl 1976 „keine Sekunde“, als ihm der Stuhl des Bundestags-

27 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1972–1976, S. 326.

28 Von Wrangel: Aufzeichnungen, S. 188.

29 Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1972–1976, Einleitung, S. 42 f.

30 FAZ vom 14. Dezember 1974.

31 Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 370.

32 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 469.

33 Ebd., S. 798.

präsidenten angeboten wurde.³⁴ Ja, er drängte sogar darauf, dass Helmut Kohl nach Bonn wechseln sollte und hatte kein Verständnis für Überlegungen, er solle den Fraktionsvorsitz selbst behalten.³⁵ Bei der Wahl zum Bundestagspräsidenten erhielt Carstens von der SPD zwar nicht viele Stimmen,³⁶ doch nahm er ihr das nicht übel und verstand sich von Anfang an als Anwalt aller Parlamentarier. Dabei half ihm, dass das Amt seinem Charakter sehr entgegen kam. Als Bundestagspräsident war er ein Integrator nach Innen und Außen.³⁷ Die Rolle des Bundestagspräsidenten entsprach ihm wohl mehr als die Rolle des Oppositionsführers. Ja, Wolfgang Jäger meint sogar, der Wechsel zum Amt des Bundestagspräsidenten habe „von einem Tag auf den anderen, einen neuen, den eigentlichen Carstens, den überparteilichen Staatsdiener, präsentiert“.³⁸ Diesem fiel es offenbar nicht schwer, den Parteipolitiker hinter sich zu lassen und als ausgeglichener Repräsentant des Parlaments zu wirken.

Die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten

Es war wieder einmal die CSU, die Carstens zum Amt des Bundespräsidenten verhalf. Offenbar rührte Friedrich Zimmermann, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe seit 1976, schon ab 1977 die Werbetrommel, da für ihn Carstens „die Verkörperung dessen“ war, „was ein Bundespräsident sein soll“. Wie Zimmermann weiter berichtet, wäre Carstens auch sofort bereit gewesen, zu kandidieren.³⁹ In der CDU kursierten allerdings schon zwei andere Namen: Richard von Weizsäcker und Hans Filbinger. Letzterer wäre zwar auch für die CSU wählbar gewesen, doch war er durch sein Verhalten in der NS-Zeit stark belastet, weshalb er im August 1978 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktrat.⁴⁰ Von Weizsäcker erwartete wohl, wie schon 1974 erneut als Kandidat von CDU

34 Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 1. Dezember 1976, in: ACDP 08-001-1048/1 sowie Friedrich Zimmermann: Kabinettstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991. Berlin 1991, S. 24.

35 Vgl. Manfred Schell: Die Kanzlermacher. Mainz 1986, S. 289 f.

36 Vgl. Joachim Stoltenberg: Karl Carstens. Bundestagspräsident 1976–1979, in: Michael Feldkamp (Hg.): Der Bundestagspräsident. Amt, Funktion, Personen. München 2014, S. 120.

37 Vgl. ebd., S. 124.

38 Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982, in: Ders./Werner Link: Republik im Wandel 1974–1982 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 5/II). Stuttgart 1987, S. 148.

39 Friedrich Zimmermann: Kabinettstücke, S. S. 67 sowie Tim Szatkowski: Karl Carstens, S. 311. Im CDU-Bundesvorstand beschwerte sich Matthias Wissmann am 27. November 1978, dass Zimmermann seit einem Jahr nichts anderes mache, als für Carstens als Bundespräsident zu werben. Vgl. Kohl: Stetigkeit, Klugheit, Geduld, und Zähigkeit. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68/2). Bearb. von Günter Buchstab. Düsseldorf 2018, S. 1414.

40 Vgl. Günter Buchstab: Einleitung, in: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980, S. XIX.

und CSU für das Amt des Bundespräsidenten nominiert zu werden. Doch war er diesmal weder in der Bundestagsfraktion noch gegenüber der CSU durchzusetzen, weshalb Kohl für ihn „keine Chance“ sah. Da die CSU von Anfang an „keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß sie nur Carstens zum Bundespräsidenten wählen würde“ und dieser auch über einen großen Rückhalt in der Bundestagsfraktion verfügte, stellte sich Kohl notgedrungen hinter die Kandidatur von Carstens.⁴¹ Nach Szatkowski seien außerdem noch der bayerische Kultusminister Hans Maier und Kohl selbst in der Diskussion gewesen. Kohl habe aber sogleich abgewunken und sei für Maier gewesen, während die CSU eindeutig auf Carstens gesetzt habe.⁴²

Im November 1978 wurde Carstens dann offiziell von der Union als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten benannt. Schon zu dieser Zeit war jedoch eine Kampagne gegen seine Kandidatur im Gange, die laut Kohl „mit zu dem Unappetitlichsten“ gehöre, was er in den letzten Jahren erlebt habe.⁴³ Bei der Kampagne ging es erstens um die NSDAP-Mitgliedschaft von Carstens, zweitens um eine vermeintliche Falschaussage vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuss im Oktober 1974 und drittens stand er in dem Ruf, ein äußerst konservativer Politiker zu sein.⁴⁴

Die Kampagne gegen Carstens nahm solche Ausmaße an, dass in der Führung der CDU Zweifel bestanden, ob die Partei dies durchstehen könne. Auch Kohl schwankte und schickte ein Präsidiumsmitglied zu Carstens, um ihn zum Rückzug von der Kandidatur zu überreden.⁴⁵ Obwohl Carstens dieses Ansinnen klar zurückwies, hat er doch zumindest zeitweise mit dem Gedanken gespielt, von seiner Kandidatur zurückzutreten. So zumindest berichtet es ausführlich Friedrich Zimmermann, der in einem Gespräch mit Carstens am 8. November 1978 diesen in seiner Kandidatur bestärkte und ihm die Unterstützung der CSU zusicherte.⁴⁶

Die Vorwürfe wegen Carstens (formaler) Mitgliedschaft in der NSDAP verloren Ende 1978 schließlich an Brisanz als herauskam, dass auch Walter Scheel in der Partei gewesen war.⁴⁷ Der 1975 vom SPD-Abgeordneten Günther Metzger gegen Carstens erhobene Vorwurf, falsch ausgesagt zu haben, führte zu einem mehrjährigen Gerichtsverfahren. Im Januar 1979 erklärte schließlich die Staatsanwaltschaft Bonn, dass sie das Verfahren wegen mangelnden Tatverdachts

41 Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 519.

42 Vgl. Szatkowski: *Karl Carstens*, S. 310 f.

43 Kohl in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 27. November 1978, in: *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands*, S. 1409.

44 Vgl. Szatkowski: *Karl Carstens*, S. 155 f.

45 Vgl. *Karl Carstens: Erinnerungen*, S. 523. Wer dies war und wann dies genau war, schreibt Carstens allerdings nicht.

46 Vgl. Friedrich Zimmermann: *Kabinetttstücke*, S. 66 ff. sowie *Karl Carstens: Erinnerungen*, S. 524.

47 Vgl. *ebd.*, S. 309.

einstelle. Auch der von Metzger gegen Carstens in Gang gesetzte Zivilprozess konnte – durch die Einschaltung von Bundeskanzler Schmidt – im März 1979 endlich mit einem Vergleich beendet werden.⁴⁸

Daraufhin wurde Karl Carstens am 5. März 1979 von den von der CDU/CSU benannten Mitgliedern der Bundesversammlung einstimmig – bei 2 Enthaltungen – als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominiert.⁴⁹ Seine Wahl zum Bundespräsidenten fand schließlich am 23. Mai 1979 in der Bonner Beethovenhalle statt. Der Bundesversammlung gehörten 1979 1.036 Mitglieder an: 531 von CDU/CSU, 438 von der SPD, 66 von der FDP und ein fraktionsloser Abgeordneter. Am Wahltag waren 1.032 Mitglieder anwesend. Gleich im ersten Wahlgang erhielt Carstens 528 Stimmen. Auf seine Gegenkandidatin Annemarie Renger entfielen 431 Stimmen bei 72 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme. Eigentlich hatten SPD und FDP im ersten Wahlgang keinen Kandidaten aufstellen wollen. Kurz vor der Wahl wurde aber aus der SPD die Forderung erhoben, doch von Anfang an einen eigenen Kandidaten zu benennen. Zunächst suchte die SPD einen parteilosen Kandidaten, der auch von der FDP mitgetragen werden würde. Als aber die vorgeschlagenen Kandidaten ablehnten (Carl Friedrich von Weizsäcker und Marion Gräfin Dönhoff), wurde schließlich Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger nominiert.⁵⁰

In seiner Antrittsrede vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 1979 dankte Carstens zunächst seinen Vorgängern und ihren Frauen und nannte drei Probleme, denen er sich als Bundespräsident besonders widmen wollte: 1. Dem Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, 2. der Bildungspolitik und 3. der Familienpolitik. Zum Abschluss erklärte er, Präsident aller Bürger sein zu wollen.⁵¹

Allen Spekulationen oder Befürchtungen, er werde sein Amt im Sinne eines „Machtwechsels“ nutzen, erteilte Carstens sogleich eine Absage.⁵² Direkt nach seiner Wahl zum Kandidaten von CDU und CSU hatte er nämlich erklärt, es liege ihm fern, seine Wahl zum Bundespräsidenten „mit der Vorstellung eines Machtwechsels in unserem Land in Verbindung zu bringen“.⁵³ In seiner gesamten Amtszeit als Bundespräsident von 1979 bis 1984 handelte Carstens dann auch stets parteiübergreifend und ausgleichend.⁵⁴ Zwar brachte er seine Überzeugungen klar zum Ausdruck, aber immer im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Kompetenzen und im Einklang mit den Bundesregierungen – sowohl der

48 Vgl. ebd., S. 460 ff.

49 Vgl. Tim Szatkowski: Karl Carstens, S. 312.

50 Vgl. ebd., S. 313.

51 Vgl. Karl Carstens: Reden und Interviews Bd. 1, S. 15 ff.

52 Vgl. Tim Szatkowski: Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 – Ein Tag der geistig-moralischen Wende?, in: Historisch-Politische Mitteilungen 16 (2009), 155–178, hier S. 157 f.

53 CDU-Pressmitteilung vom 5. März 1979.

54 Vgl. Wiedemeyer: Karl Carstens, S. 214.

Regierung Schmidt/Genscher als auch der Regierung Kohl/Genscher.⁵⁵ Er spielte „perfekt“ die Rolle des zurückhaltenden und überparteilichen Staatsoberhauptes. „Das Amt und die Amtsauffassung des Bundespräsidenten Carstens waren die Krönung seines ureigenen Verständnisses vom Dienst am Staat.“⁵⁶ In seinem Nachruf verglich Robert Leicht Carstens mit von Weizsäcker und meinte, im Gegensatz zum Letzteren habe sich Carstens als unpolitischer Bundespräsident verstanden. Er habe immer als Notar der Politik gehandelt.⁵⁷ Carstens hat als Bundespräsident letztlich so agiert, wie er es in seinem Buch „Politische Führung“ schon 1971 beschrieben hatte: Wenn der Bundeskanzler gewählt und die Regierung gebildet ist, liegt die Initiative beim Bundeskanzler und der Bundesregierung. „Der Bundespräsident ist an ihre Vorschläge gebunden. Er hat nur ein begrenztes eigenes Entscheidungsrecht.“ Im Normalfall hat der Bundespräsident die Rolle des „unparteiischen Schiedsrichters“, der „darauf achtet, dass die formalen Spielregeln des Grundgesetzes bei den wichtigen staatspolitischen Entscheidungen eingehalten werden.“⁵⁸ Anders sieht es hingegen aus – so Carstens weiter – wenn die Regierung ihre Mehrheit verliert; dann kann der Bundespräsident „auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen. Ob er dies tut, steht in seinem Ermessen.“⁵⁹

Die Entscheidung zur Auflösung des Deutschen Bundestages 1982/83

Ein solcher Fall trat Ende 1982 dann tatsächlich ein. Zwar war Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum neuen Bundeskanzler einer CDU/CSU-FDP-Koalition gewählt worden, doch hatte er sich mit der FDP darauf geeinigt, schon im Frühjahr 1983 Neuwahlen durchführen zu wollen. Obwohl noch am 16. Dezember 1982 der Bundeshaushalt 1983 mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet wurde, hatte Kohl bereits am 13. Dezember 1982 die Vertrauensfrage im Bundestag gestellt. Die Abstimmung darüber am 17. Dezember 1982 ging absichtlich verloren (8 Ja, 218 Nein, 248 Enthaltungen). Daraufhin beantragte er bei Bundespräsident Carstens die Auflösung des Bundestages.⁶⁰ Dieses Vorgehen und die für den 6. März 1983 angesetzte Neuwahl des Bundestages hatte Kohl bereits in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 angekündigt.⁶¹ Über die öffentli-

55 Vgl. Szatkowski: Karl Carstens, S. 332 und Schell: Die Kanzlermacher, S. 289.

56 Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition, S. 148.

57 Vgl. Die Zeit vom 5. Juni 1992.

58 Karl Carstens: Politische Führung, S. 105.

59 Ebd., S. 102.

60 Vgl. Karl Carstens: Die Auflösung des Deutschen Bundestages im Januar 1983, in: Festschrift der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zur 600-Jahr-Feier der Universität zu Köln. Köln 1988, S. 665 f.

61 Vgl. ebd., S. 664.

che Festlegung des Wahltermins war Carstens verärgert, da er sie als Eingriff in seine Zuständigkeit betrachtete.⁶²

Nach Art. 68 GG liegt das Recht zur Auflösung des Bundestages einzig in der Hand des Bundespräsidenten und ist eine „Kann-Bestimmung“.⁶³ Für Karl Carstens war diese Entscheidung die „schwerste Entscheidung während meiner Amtszeit als Bundespräsident“.⁶⁴ Diese Wochen „gehören zu den schwierigsten Wochen meines Lebens“, schrieb er später. Grund für diese Aussage war, dass die Bundestagsauflösung 1982 – im Gegensatz zu der von 1972 – politisch und rechtlich umstritten war. Denn offenbar verfügte die neue Regierungskoalition ja über eine stabile Mehrheit, wie das Misstrauensvotum und die Verabschiedung des Haushalts 1983 gezeigt hatten. Carstens bemühte sich deshalb, „eine unparteiische, politisch richtige Entscheidung zu treffen“ und fühlte sich dabei vor allem als „ordentlicher Professor des Staatsrechts“ gefordert.⁶⁵

Er nutzte die ihm nach dem Grundgesetz zustehende Bedenkzeit von 21 Tagen voll aus und führte zwischen dem 16. November und dem 14. Dezember 1982 17 Gespräche mit Politikern aller Parteien. In den Gesprächen gewann Carstens den Eindruck, dass alle Parteien zu Neuwahlen bereit waren. Zudem machten die Vertreter der Regierungskoalition deutlich, dass sie nach der Verabschiedung des Haushaltes die Bundesregierung nicht weiter unterstützen würden. Für die weitere Regierungsarbeit hatte die Bundesregierung somit offenbar keine stabile Mehrheit mehr. Da die FDP sich außerdem in einer Krise befand und Carstens keine Anzeichen einer Manipulation der Vorgänge feststellen konnte, entschied er sich, den Bundestag aufzulösen.⁶⁶

Am 6. Januar 1983 verkündete er die Auflösung des Deutschen Bundestages und schrieb Neuwahlen für den 6. März 1983 aus. Seine Entscheidung begründete Carstens in einer Fernsehansprache am 7. Januar 1983: Er habe alle Argumente für und gegen eine Auflösung des Parlaments sorgfältig geprüft. Da alle Parteien Neuwahlen anstreben würden, gäbe es nach dem Grundgesetz nur die Möglichkeit der Vertrauensfrage oder des Rücktritts des Bundeskanzlers. Kohl habe sich für die Vertrauensfrage entschieden, da der Weg des Rücktritts komplizierter und mit mehreren Wahlgängen verbunden sei. Aufgrund der verlorenen Vertrauensfrage lägen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Auflösung des Bundestages vor. Da die Koalitionsparteien erklärt hätten, nicht mehr über eine handlungsfähige Parlamentsmehrheit zu verfügen, seien auch die politischen Vorgaben gegeben.⁶⁷

62 Vgl. Schell: Die Kanzlermacher, S. 277 f.

63 Vgl. Lenski: Von Heuss bis Carstens, S. 34 f.

64 Karl Carstens: Erinnerungen, S. 351.

65 Karl Carstens: Die Auflösung, S. 661.

66 Vgl. Karl Carstens: Erinnerungen, S. 557 f. und Schell: Die Kanzlermacher, S. 279 ff.

67 Vgl. ebd., S. 283 f.

Für Michael Jochum „handelte [Carstens] richtig, weil er darauf verzichtete, seine Einflussmöglichkeiten auszuschöpfen. Stattdessen tat er, was der deutschen Demokratie im konkreten Fall besser diente.“⁶⁸ Auch Richard von Weizsäcker meinte in seiner Trauerrede, Carstens habe bei der Bundestagsauflösung im Sinne des Grundgesetzes und strikt überparteilich gehandelt.⁶⁹

Trotzdem strengten unmittelbar nach der Auflösungsentscheidung vier Bundestagsabgeordnete (ein Abgeordneter der CDU, zwei FDP-Abgeordnete, ein Abgeordneter der SPD) eine Organklage gegen den Bundespräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht an. Das Gericht wies den Antrag am 16. Februar 1983 allerdings mit 6 von 8 Stimmen eindeutig zurück.⁷⁰ Das Bundesverfassungsgericht traf damit eine wichtige Entscheidung über den politischen Ermessensspielraum des Bundespräsidenten.⁷¹ Bei einer anderen Entscheidung des Gerichts, hätte Carstens seine Anordnung zur Auflösung des Bundestages wieder aufgehoben.

Für Carstens war direkt klar, dass er sich dem Urteil des Gerichts unterwerfen würde und dessen Prüfungsrecht nicht anzweifelte.⁷² Er wollte es auf keinen Streit mit anderen Verfassungsorganen ankommen lassen. Im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern war die Amtsauffassung von Carstens „ein Extremfall präsidialer Zurückhaltung“.⁷³ Seine Entscheidung zur Auflösung des Bundestages wurde letztlich von allen Parteien respektiert und sein überparteiliches Handeln in dieser Sache eindeutig hervorgehoben.⁷⁴

Neben der vorzeitigen Auflösung des Deutschen Bundestages und dessen Neuwahl sind aus der Amtszeit von Bundespräsident Carstens besonders die Wanderungen in Deutschland in Erinnerung geblieben. Wie bei seinem Amtsantritt angekündigt, wanderte Karl Carstens mit seiner Frau zwischen Oktober 1979 und Oktober 1981 durch die Bundesrepublik Deutschland von der Ostsee bis zu den Alpen – stets begleitet von einer großen Schar von Mitwanderern. Später folgten noch 16 Wanderungen in anderen Teilen des Landes.⁷⁵

Im Ruhestand

Nach dem Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident bewahrte die CDU dem nunmehr überaus populären Carstens ein ehrendes Andenken. Zu seinem 70.

68 Jochum: Worte als Taten, S. 27.

69 Vgl. Rede von Richard von Weizsäcker beim Trauerstaatsakt für Karl Carstens am 6. Juni 1992: abschied von karl carstens – staatsakt in der beethovenhalle in bonn (bundesregierung.de) (Abruf: 20. März 2024).

70 Vgl. Scholz/Süskind: Die Bundespräsidenten, S. 318.

71 Vgl. ebd., S. 320 und Szatkowski: Karl Carstens, S. 341 f.

72 Vgl. Schell: Die Kanzlermacher, S. 285.

73 Lenski: Von Heuss bis Carstens, S. 139.

74 Vgl. Szatkowski: Karl Carstens, S. 344.

75 Vgl. Karl Carstens: Wanderungen in Deutschland. Von der See zum Alpenrand. Herford 1985, S. 11 f.

Geburtstag im Dezember 1984 gab die Partei einen großen Empfang im Konrad-Adenauer-Haus, zu dem neben den Mitgliedern der Bundesregierung auch sein Amtsvorgänger Walter Scheel sowie der amtierende Bundespräsident von Weizsäcker kamen.⁷⁶ Gleiches wiederholte sich fünf Jahre später beim 75. Geburtstag von Carstens: Erneut gab Kohl für ihn einen Empfang im Adenauerhaus.⁷⁷

Im August 1986 nahm Carstens erstmals wieder seit 7 Jahren an einer Sitzung des CDU-Bundesvorstands teil, nachdem er im Juli 1986 zum Vorsitzenden des Ältestenrates der CDU gewählt worden war.⁷⁸ 1989 besuchte Carstens sogar den Bundesparteitag der CDU in Bremen und wurde mit kräftigem Applaus begrüßt.⁷⁹ Bei seinem Tod im Juni 1992 würdigte ihn Kohl als „Beamter und Politiker“ sowie als „führenden Repräsentanten“ der CDU. Er habe sich „zugleich als Mann der Wissenschaft, der Administration und der Politik ausgezeichnet“.⁸⁰ Hierbei ist vor allem die Reihenfolge der Aufzählung interessant.

Fazit

Die gesamte Karriere von Karl Carstens lässt eine einseitige Bindung an eine Partei nicht erkennen. Auch wenn er Mitglied der CDU war, war sein Handeln doch stets am Allgemeinwohl orientiert. Eine politische Karriere hat er nie angestrebt und auch nie ein „normales“ Parteiamt inne gehabt. Ähnlich wie Erhard, machte er nicht durch die „Ochsentour“ in der CDU Karriere, sondern durch seine fachliche Kompetenz.⁸¹ Loyalität gegenüber der Partei stand für ihn nicht an erster Stelle, wie seine Überlegungen zur Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl 1976 oder sein Festhalten an der Kandidatur als Bundespräsident 1979 zeigen. In seinen Ämtern bemühte er sich um strenge Überparteilichkeit.⁸² Insgesamt sah sich Carstens vor allem als ein dem Ganzen verpflichteter Staatsdiener⁸³ – ein Parteipolitiker war er nicht.

76 Vgl. General-Anzeiger Bonn vom 15. Dezember 1984.

77 Vgl. General-Anzeiger Bonn vom 15. Dezember 1989.

78 Vgl. Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU-Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 65). Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2014, S. 448.

79 Vgl. Protokoll des Bundesparteitages, https://www.kas.de/documents/252038/253252/1989-09-11-13_Protokoll_37.Bundesparteitag_Bremen.pdf/2c26cb42-0af9-f0e8-7927-f99330d442e7 (Abruf: 30. Juli 2024).

80 Deutschland Union Dienst vom 11. Juni 1992.

81 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 355.

82 Vgl. Stoltenberg: Karl Carstens, S. 121 und Szatkowski: Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten, S. 176.

83 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Von Heuss bis Köhler. Die Entwicklung des Amtes im Vergleich der Amtsinhaber, in: Van Ooyen/Möllers (Hg.): Der Bundespräsident, S. 294.

Ein „Weckruf“ an Regierende und Regierte: Roman Herzog und die „Ruck“-Rede*

Michael Borchard

Am 1. Dezember 1993 bereitete die Süddeutsche Zeitung ihre Leserinnen und Leser auf das kommende Staatsoberhaupt, den wuchtig-bodenständigen Niederbayern Roman Herzog in einer Weise vor, die man wohl kaum als schonend, eher als plakativ bezeichnen könnte. Zugleich war es eine Art Nachruf auf den scheidenden Präsidenten Richard von Weizsäcker: „Auf den eleganten, sportlich-asketischen Aristokraten mit der geschliffenen Rhetorik würde ein fast rustikal wirkender Sohn kleiner Leute folgen, der nach Figur und Sprache wie eine bayerisch-barocke Kraftnatur daherkommt. Wo Weizsäcker, jeder Zoll ein Staatsmann, Ehrenkompanien abschreitet, würde Herzog wohl schlicht entlanggehen.“ Den „institutionellen Typus“ löse nun ein „subversiver“ ab.¹ Das allein ist schon ein Hinweis auf das, was im Mittelpunkt dieses Beitrages steht, nämlich die wohl bekannteste Rede Roman Herzogs am 26. April 1997 im Berliner Adlon-Hotel, die als „Ruck-Rede“ in die Geschichte eingegangen ist. Eine Annäherung an diese Rede soll in drei Schritten erfolgen: Erstens einer Betrachtung des Amtsverständnisses von Roman Herzog, zweitens dem Blick auf die Rede und ihre Rezeption selbst und drittens der Perspektive auf deren (Nach-)Wirkungen. Einzubeziehen sind dabei die allgemeinen Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten, aber auch die Beziehung zwischen Roman Herzog und der Partei, aus der er stammt.²

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der geschlossenen Tagung „Die CDU und das Amt des Bundespräsidenten“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30./31. Mai 2024 in Berlin.

- 1 Roman Herzog: Option auf das höchste Amt im Staat? Die Gelassenheit eines Lernbereiten, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Dezember 1993.
- 2 Wichtige Publikationen Herzogs sind u. a. Grundrechtsbeschränkung nach dem Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention [Dissertation]. 1958; Die Wesensmerkmale der Staatsorganisation in rechtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Sicht [Habilitation]. 1964; Vision Europa. Antworten auf globale Herausforderungen. Hamburg 1996; Kann man aus der Geschichte lernen? Hamburg 1997; Mut zur Erneuerung. Roman Herzog in Zusammenarbeit mit Karl-Ludwig Günsche. München 2000; Wider den Kampf der Kulturen. Eine Friedensstrategie für das 21. Jahrhundert. Roman Herzog/Amitai Etzioni/Hans Küng. Frankfurt a. M. 2001; Wie der Ruck gelingt. 2. Aufl. München 2005; Jahre der Politik. Die Erinnerungen. München 2008; Mut zum Handeln. Wie Deutschland wieder reformfähig wird. Roman Herzog/Klaus von Dohnanyi/Hans-Olaf Henkel/Manfred Pohl/Wolfgang Clement/Jane Uhlig. Frankfurt a. M. 2008; Das Dilemma der Demokratien. Staat und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Stuttgart 2008; „Oder gilt das nur in Demokratien?“ – Freies Mandat, Rederecht und Fraktionen. Berlin 2012; Europa neu erfinden. Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie. München 2014.

I.

Tatsächlich hatte Richard von Weizsäcker dem Amt des Bundespräsidenten in den zehn Jahren als Hausherr der Villa Hammerschmidt ein ganz eigenes Antlitz gegeben – als vornehmer und gelegentlich distanzierter Mahner, als moralische Instanz, als erhabene Führungsfigur, die den spöttischen Spitznamen „König Richard der Erste“ nicht nur als Beleidigung empfunden haben mag.³ Dass der Stil, dass die Haltungen und Einlassungen des neuen Bundespräsidenten am bisherigen Amtsinhaber gemessen werden würden, war angesichts der medialen Präsenz seines Vorgängers zu erwarten, ebenso, dass die Unterschiede zwischen den beiden Herren, die sich nicht alleine im phänotypischen Erscheinungsbild erschöpft haben, stärker betont werden würden als die Gemeinsamkeiten. Die „Frankfurter Allgemeine“ hingegen setzte schon zu Beginn der Amtszeit einen anderen Akzent und fürchtete eher, dass Herzog die „Ära Weizsäcker fortzusetzen verspreche, mit etwas anderen Mitteln der Sprache und der Repräsentation“. Und noch negativer: Wer nach zehn Jahren Wandel gewünscht hätte, müsse nun einiges hören und lesen, was die Erwartungen dämpfe.

Die intellektuellen Antagonisten Peter Glotz und Friedrich Karl Fromme, beide zwar in unterschiedlichen Intensitätsgraden darin einig, nicht durchgehend begeistert von dem neuen Präsidenten zu sein, waren aber unterschiedlicher Auffassung, wo er denn nun politisch einzuordnen sei. Schrieb Peter Glotz ihm zu, er sei „grobkörniger als sein Vorgänger, ungeschlachter, ein paar Grade konservativer“ so hielt Fromme dagegen: „Ein Konservativer ist er nicht.“ Fromme, der sicher zu den Dauergegnern Herzogs zählte, deutet die Selbstironie Herzogs als Zynismus. Er sei „kühl bis ans Herz“ und seine „herabgezogenen Mundwinkel zeigen, dass er von der Welt um sich herum nicht allzuviel hält“.⁴

Ein augenscheinlicher Unterschied zwischen den beiden Politikern aber ist bei Herzog die „gelernte“ Eigenschaft des Bundesverfassungsrichters, die im englischen Begriff des *judicial self-restraint*, der richterlichen Selbstbeschränkung, gut zusammengefasst ist. Damit ist der Verzicht oberster Gerichte gemeint,

3 Zu von Weizsäcker siehe u. a. Martin Wein: *Die Weizsäcker, Geschichte einer deutschen Familie*. Stuttgart 1988; Roger Willemsen: „Da tritt der ganze Mensch heraus“. Über die Sprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker; in: konkret, 1990, Heft 3; Friedbert Pflüger: *Richard von Weizsäcker – Ein Portrait aus der Nähe*. München 1993; Werner Filmer/Heribert Schwan (Hg.): *Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes*. Düsseldorf/Wien 1984; Gunter Hofmann: *Richard von Weizsäcker. Ein deutsches Leben*. München 2010; Ludger Kühnhardt: *Richard von Weizsäcker (1920–2015). Momentaufnahmen und Denkwege eines europäischen Staatsmannes*. Bonn 2020; Michael C. Bienert/Matthias Oppermann/Kathrin Zehender (Hg.): „Die Freiheit geschieht nicht an uns, sie geschieht durch uns“. *Richard von Weizsäcker und die deutsche Politik (Zeitgeschichte im Fokus 7)*. Berlin 2023.

4 Zitat Glotz in: *Der unbequeme Präsident. Roman Herzog im Gespräch mit Manfred Bis-singer und Hans-Ulrich Jörges*. Mit einer Porträtskizze von Peter Glotz. Hamburg, 1994, S. 17 f.; das Zitat Fromme in FAZ vom 8. Januar 1994.

„Politik zu treiben“, das heißt, in den von der Verfassung geschaffenen und begrenzten Raum freier politischer Gestaltung einzugreifen.⁵ Roman Herzog hat diese Zurückhaltung nicht alleine als Bundesverfassungsrichter verinnerlicht, sondern auch als Bundespräsident geachtet – immer verbunden mit dem Impetus, alle Spielräume in diesem engen Rahmen auszufüllen, ohne dabei die Grenzen zu überschreiten.

So sehr Roman Herzog ebenso wie Richard von Weizsäcker den unbedingten Anspruch an sich und das Amt gestellt hat, ein „politischer Präsident“ zu sein, so hat sich das bei Ersterem doch klar anders geäußert und zwar eben vor allem in der Erkenntnis, dass es auch im Sinne der Verfassung nicht die Sache des Bundespräsidenten sein kann, dem Rad der politischen Gestaltung direkt in die Speichen zu greifen. Schon gar nicht als Anwalt des Volkes gegen die Parteien, denen von Weizsäcker vorgeworfen hatte, sie seien „machtversessen und machtvorgessen“.⁶

Roman Herzog, das macht seine Besonderheit aus, hat in seinem Grundgesetzkommentar Standards gesetzt, was die wissenschaftliche und verfassungsrechtliche Betrachtung der Rechte und Pflichten des Bundespräsidenten angeht. Kein neu gewählter Bundespräsident der letzten Jahrzehnte hätte nicht diese Lektüre aufmerksam zur Hand genommen.⁷ Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Wirkungen auf seine eigene Person. Ihm war glasklar: Ein Verfassungsrechtsexperte und ehemaliger Verfassungsrichter würde zu sich selbst im Widerspruch stehen, wenn er die Limitationen des Amtes nonchalant übergehen würde, die er selbst mit interpretiert hat.

Ganz widerspruchslos hat der Verfassungsrechtler Herzog freilich nicht auf diese Beschränkung geschaut und die Sinnfrage schon sehr früh gestellt, beileibe nicht nur im nationalen Rahmen. Er schrieb bereits 1971 als Rektor der Hochschule in Speyer: „Überblickt man die nicht gerade kleine Anzahl unselbständiger Staatspräsidenten, so stellt man jedenfalls fest, dass sie nur in extremen Ausnahmen das Recht zu großen politischen Weichenstellungen haben, und man kommt nicht ganz darum herum, sich beklommen zu fragen, welchen Sinn die einschlägigen Verfassungsordnungen darin sehen, dass sie einem Organ, dem sie in normalen Zeiten fast alle politischen Entscheidungen vorenthalten und dessen personelle Besetzung sich infolgedessen auch nicht gerade am Idealbild des ‚starken Politikers‘ orientieren dürfte, gerade in Krisensituationen die Funktion des *deus ex machina* zumuten.“⁸

5 BVerfGE 36, 1, 4.

6 Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt a. M. 1992.

7 Theodor Maunz/Günter Düring/Roman Herzog (Hg.): Grundgesetz – Grundwerk mit Fortsetzungsbezug. Kommentar. 7. Aufl. München 1998.

8 Roman Herzog: Allgemeine Staatslehre. Frankfurt a. M. 1971, S. 286, 288 f.

Gleichwohl kommt in der Formulierung weniger der Hader mit den beschränkten politischen Eingriffsmöglichkeiten des Bundespräsidenten zum Ausdruck als vielmehr der hohe, gelegentlich überhöhte Erwartungshorizont – auch und gerade an die rhetorischen Fähigkeiten des Amtsinhabers – aber auch die klare Sicht auf das Potential, das in dem Amt des Bundespräsidenten liegt. 1997 bringt er das als amtierender Bundespräsident bei einer Rede in Tübingen – wohlgemerkt wenige Wochen nach seiner berühmten Ruck-Rede – deutlicher auf den Punkt. Das Amt des Bundespräsidenten zeichne sich, so Herzog wörtlich, „nicht durch seine besondere Nähe zum Instrument der Rede aus, sondern allenfalls dadurch, dass der Mangel seiner Entscheidungsbefugnisse die Rede bei ihm überproportional in den Vordergrund treten lässt, vor allem aber dadurch, was mit diesem Instrument angestrebt und erreicht werden muss“.⁹ An einer späteren Stelle dieser Rede präzisiert er diese Ziele. Der Bundespräsident habe „solche Fragen zu ‚thematizieren‘, die im Moment nicht Gegenstand der allgemeinen Debatte sind (und die infolgedessen auch den Massenmedien als nebensächlich erscheinen), und er hat von Zeit zu Zeit ins Bewusstsein zu rufen, dass es zwischen den politischen Lagern auch breite Zonen der Übereinstimmung gibt – er hat also wie man so schön sagt, ‚das Gemeinsame zu betonen“.¹⁰ Karl Rudolf Korte kommentiert, wie massiv das Dilemma ist, das hier vom Amtsinhaber zu bewältigen ist: „Ausgerechnet das einzige nicht-kollektive Verfassungsorgan soll die Einheit des Ganzen symbolisieren. Held, Provokateur, Mutter Courage der Nation, Seelentröster zugleich?“¹¹ Herzogs Lösung für dieses Dilemma ist ein Dreisprung: Erstens der Aufbau von Vertrauen als wichtigstes Kapital, zweitens auf der Basis dieses Vertrauens die Provokation und drittens die präsidentiale Pflicht, alles nach der Provokation wieder zusammenzuführen.

Als besonderen Kontrast zu seinem Vorgänger hat Roman Herzog sich entschieden, den eher selbstkritischen Blick in den Spiegel der eigenen nationalen Identität mit einem vor allem positiven, optimistischen Deutschlandbild zu kontrastieren. Schon in seiner aus dem Stegreif gehaltenen Antrittsrede hatte er angekündigt, er nehme sich vor, Deutschland so zu repräsentieren, „wie es wirklich ist: friedliebend, freiheitsliebend, leistungsstark, um Gerechtigkeit zumindest bemüht, zur Solidarität bereit, tolerant, weltoffen und – was mir fast das Wichtigste erscheint – unverkrampft.“¹² Es ist wenig verwunderlich, dass dieser Begriff, der fortan in kaum einem Interview und in kaum einer Rede fehlte,

9 Rhetorik in der Demokratie – Vorlesung des Bundespräsidenten an der Universität Tübingen (8. Juli 1997), in: Bulletin 62–97 (23. Juli 1997), <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rhetorik-in-der-demokratie-vorlesung-des-bundespraesidenten-an-der-universitaet-tuebingen-804792> (Abruf: 21. August 2024).

10 Ebd.

11 Karl-Rudolf Korte: *Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten*. Ein Essay. Frankfurt a. M./New York 2019, S. 76.

12 Zit. nach: Ein unverkrampfter Präsident, in: Berliner Zeitung vom 22. Mai 1999.

gerade im Kontrast zu den Reden seines Vorgängers zu dem unbehaglichen Gefühl führte, Roman Herzog strebe einen Paradigmenwechsel im Umgang mit der deutschen Geschichte an. Wie gegenstandslos diese Furcht war, wird später nicht zuletzt an der Entscheidung Herzogs deutlich, den 27. Januar, den Tag der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz, zum nationalen Gedenktag auszurufen. Im Gegenteil: Lehren aus der Geschichte zu ziehen, wird eines der zentralen Themen der Amtszeit von Roman Herzog.

Das Adjektiv „unverkrampft“ ist für Roman Herzog eher der selbst erteilte Freibrief zum offenen Wort und der selbst gestellte Anspruch, „der Katze die Schelle umzuhängen“, wie er immer wieder betonen wird.¹³ Diese Wendung beruht ja bekanntlich auf einer Tierfabel, in der die Mäuse überlegen, wie sie sich vor der Katze schützen können und beschließen, ihr eine Glocke umzuhängen, um sie rechtzeitig zu hören. Es findet sich jedoch keine unter den Mäusen, die diese gefährliche Aufgabe übernehmen möchte. Umgangssprachlich bedeutet dieser Ausspruch, heikle unangenehme Fragen, unbequeme Wahrheiten offen auszusprechen und dabei für andere „in die Bresche zu springen“. Auch hier legte er sich allerdings die schon beschriebene Zurückhaltung auf. 2004 wird er rückblickend sagen: „Ich hätte gerne das eine oder andere Mal vom Leder gezogen, das entspricht meinem Temperament. Das können Sie aber als Verfassungsrichter nicht machen und als Bundespräsident nur in ganz beschränktem Umfang. Ich habe mich an die Grenzen gehalten.“¹⁴

II.

Hat er das – und das leitet in den zweiten Teil dieses Beitrags über, den Blick auf die Ruckrede selbst – auch in dieser Ansprache getan? Die Grundmelodie der vielen Reden Herzogs ist nicht von Beginn an der mahnende Hinweis auf den Reformstau und der „Ruck“ ist nicht etwa der rote Faden seiner Agenda. Sein leitendes Thema ist vielmehr vom Beginn seiner Amtszeit an der Aufbruch, das Selbstvertrauen, die Innovationsfähigkeit seines Landes.

Karl-Rudolf Korte spricht für die letzten Bundespräsidenten in diesem Zusammenhang von der Suche nach dem „Mantelthema“. Die Inaugurationsreden des jeweiligen Präsidenten, so macht Korte aus, spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie setzen den Anfang einer „Wäscheleine“, an der verschiedene Aktions- und Veranstaltungsformate jeweils aneinandergereiht zum Einsatz

13 Zit. nach: Jörg-Dieter Gauger: Roman Herzog als politische Persönlichkeit und Bundespräsident, in: Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hg.): Der Bundespräsident im politischen System. Wiesbaden 2012, S. 245–258, hier 251.

14 Zit. nach: Almut Lüder: „Viele meiner Mahnungen kamen zu früh“. Altbundespräsident Roman Herzog wird heute 70. Ein Gespräch über Ruck-Reden, Reformen und seine Zukunft, in: Tagesspiegel 5. April 2004, <https://www.tagesspiegel.de/politik/viele-meiner-mahnungen-kamen-zu-fruh-1107853.html> (Abruf: 21. August 2024).

kommen, nicht starr, sondern flexibel, aber mit sichtbarem Zusammenhang.¹⁵ Diese Bilder Kortes werfen die Frage auf, welche Rolle neben dem Amtsinhaber selbst sein professionelles Umfeld spielt.

Der Redenschreiber Michael Jochum, der die Ruck-Rede mitverfasst hat, aber auch mit der wissenschaftlichen Distanz des Politikwissenschaftlers auf die Sachverhalte blickt, verweist darauf, dass die „als-ob“-Macht, von der Korte im Zusammenhang mit den Bundespräsidenten spricht, sich nur in der sorgfältigen Inszenierung vervollkommnet. Das wiederum führe, oder führte wenigstens in den 1990er Jahren, in ein Dilemma, weil, so Jochum wörtlich, „die Würde des Staatsoberhauptes mit aktiver Pressearbeit nicht vereinbar zu sein scheint und die öffentliche Moral in puncto ‚Politikinszenierung‘ von einer realitätsfernen Scheinheiligkeit geprägt ist. In der Praxis kann sich ein Bundespräsident, der durchdringen will, solche Empfindlichkeiten nicht leisten. Viele seiner Botschaften würden unter den Bedingungen der heutigen Nachrichtenkonkurrenz (mit ihrer strukturbedingten Vorliebe für Unerhörtes und Skandalöses) augenblicklich verpuffen, wäre ihr publizistischer Widerhall nicht professionell vororganisiert.“ Dass die Berliner Ruck-Rede für monatelange Diskussionen über Art und Ursachen des ‚Reformstaus‘ gesorgt habe, sei auch das Ergebnis einer PR-Kampagne gewesen, die die Rede flankiert habe.¹⁶

Dass das so erfolgreich war, hängt mit einem strukturellen Schritt und mit einer klugen Personalentscheidung zusammen. Stärker als je zuvor erkennt Roman Herzog die Notwendigkeit, das Bundespräsidialamt zu einer strategischen Inszenierungseinrichtung auszubauen. Er entscheidet sich für einen Mitstreiter, den er als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU schätzen gelernt hat, den damaligen Geschäftsführer des Kreises und späteren Bundesgeschäftsführer der CDU, Wilhelm Staudacher, der über eine glänzende Vernetzung in der Partei, aber auch über breite gesellschaftliche Kontakte verfügt. Der „geniale Vermarkter“ Staudacher sieht seine Hauptaufgabe darin, „Herzog und seine Themen möglichst breit und pressewirksam zu präsentieren und Bellevue zu einer Ideenbörse“, ja, wie er es selbst formuliert hat, zu einem „Think-Tank“ zu machen.¹⁷ Roman Herzog hat Staudacher später in seinen Memoiren „den entscheidenden Anteil“ am Erfolg seiner Präsidentschaft zugemessen.¹⁸

Staudacher setzt von Anfang an den Impuls, Herzog als denjenigen darzustellen, der Umdenkprozesse unterstützt und anregt. Mit seinen Kenntnissen von strukturellen Prozessen rät Staudacher dazu, die „Ruck“-Rede als Auftakt einer Reihe zu inszenieren. Er erfindet die „Berliner-Rede“, die als Format immerhin

15 Korte: *Gesichter*, S. 116.

16 Vgl. Ulrich Müller: *Bildung als „Megathema“*. Roman Herzogs Anstöße zur Bildungspolitik in seiner Amtszeit als Bundespräsident (1994–1999). Grevenbroich 2002, S. 7.

17 Gauger: *Herzog*, S. 252.

18 Roman Herzog: *Jahre der Politik. Die Erinnerungen*. München 2008, S. 165.

bis 2013 von allen Nachfolgern genutzt wird und vermeidet damit von Beginn an den Eindruck eines Strohfuehrs.

Schon kurze Zeit vor der Rede nistet sich, sorgfältig durch Staudacher und sein Team orchestriert, nicht nur die Erwartung einer bevorstehenden großen Rede in den Köpfen ein, sondern auch schon der Begriff des „Rucks“, den das Land sich nun endlich geben müsse. Schon in der Woche vor der Berliner Rede testet Roman Herzog bei einer Veranstaltung in Nürnberg „Kernelemente“ der Adlon-Rede aus, etwa die Mahnung an die Politiker, die „die virtuelle Problem- und Verhandlungsszenerie verlassen und endlich wieder zur Realität der Menschen, zu ihren Problemen und deren Bewältigung zurückkehren“ sollen. Noch klarer als Beleg für einen lange im voraus geplanten „Coup“ kann der Satz, den Herzog bei seinem Auftritt vor dem deutschen Juristentag im Monat vor dem „Ruck“ sagt, dienen: „Gegen Ende meiner Amtszeit kann ich vielleicht noch mal richtig die Sau raus lassen.“¹⁹

Die Erwartungen an die Rede, die dann am 26. April 1997 im Adlon stattfindet, sind entsprechend hoch: Da die Grundlinien dieses „Rundumschlages“ gegen alle möglichen Reformdefizite bekannt sind, soll an dieser Stelle nur auf ein paar Akzente verwiesen werden, die gelegentlich übersehen werden.

Roman Herzog war erstens besonders wichtig, dass diese Rede eben keine Politikerschelte war, sondern die Verantwortung aller betraf: der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der Politik, der Interessengruppen, aller Bürgerinnen und Bürger. „Innovationsfähigkeit fängt im Kopf an, bei unserer Einstellung etwa zu neuen Techniken, zu neuen Arbeits- und Ausbildungsformen, bei unserer Haltung zur Veränderung schlechthin“, so sagt er im Adlon.²⁰

Zweitens ist der schon damals laut werdende Vorwurf, die Rede durchwehe ein markt- und wirtschaftsliberaler Wind, falsch. Das zeigt sein Blick auf den Freiheitsbegriff. So fragt Roman Herzog: „Was ist, wenn die Bürger ihre Freiheit als kalt empfinden und stattdessen auf die Geborgenheit staatlicher Für- und Vorsorge setzen?“ Freiheit, die Angst mache, schade der Innovation.

Einer der maßgeblichen Punkte der Rede verbindet sich drittens mit der kurzen Zeit Herzogs als Kultusminister von Baden-Württemberg: Das Bildungsthema, als „Megathema“ unserer Gesellschaft, wie er es selbst sagt.²¹ Es wird dann Gegenstand weiterer Reden, die den Begriff der „wetterfesten Persönlichkeit“ prägen, ein weiterer wichtiger Akzent seiner Amtszeit neben dem „Ruck“.

Die unmittelbare Resonanz auf die Rede im „Adlon“ ist überaus groß, im positiven wie im kritischen Sinne, auch dank der gezielt vorbereiteten Vermarktung. Das Wort „Reformstau“, ganz gewiss eine Folge der Rede, wird 1997

19 Zit. nach: Roman Herzog: Der Präsident, der sich einmischt / Für den Anfang ein paar Teufelchen, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. April 1997.

20 Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Rede des Bundespräsidenten in Berlin (26. April 1997), in: Bulletin 33 vom 30. April 1997, S. 353–358, hier 354.

21 Ebd., S. 356.

zum Wort des Jahres. Als „Anwalt innerer Reformen“, so urteilt immerhin die „Washington Post“ hebe sich Herzog deutlich von allen seinen Vorgängern ab.²²

Massive Kritik findet überraschenderweise bei den Eliten, dass Herzog die Vereinigten Staaten von Amerika so massiv als Vorbild in das Schaufenster gestellt habe. In gewisser Weise läuft aber vor allem die CDU-Führung in die Falle, indem sie exakt das tut, was Herzog in der Rede vorhergesagt hat: Sie verfällt in gegenseitige Schuldzuweisungen ebenso wie sie geschwind zur politischen Tagesordnung übergeht: „Es gibt keinen Stillstand in der Politik.“ Die Koalition habe ihr Arbeitsprogramm Schritt für Schritt erledigt.²³ Verbunden ist das damit, wenigstens subtil den Bundespräsidenten an seine Pflicht zur Zurückhaltung in aktuellen Fragen zu erinnern. „Bonner Echo auf Berliner Rede lässt zweifeln, ob die Botschaft richtig ankam“ unkt eine Zeitung im Rheinland.²⁴ Bei einem allerdings ist sie richtig angekommen: Helmut Kohl, dem eine „herzliche Verbundenheit“ mit Roman Herzog nachgesagt wird, nimmt die Kritik an und den Bundespräsidenten ausdrücklich in Schutz.²⁵ Die Kritik Herzogs kommt Helmut Kohl allerdings auch deshalb nicht ganz ungelegen, weil er mit der Blockadehaltung des Bundesrates zu kämpfen hat, in dem eine sozialdemokratische Mehrheit ihm das Leben schwer macht.

Gewichtiger, aber nicht viel differenzierter als in der Politik ist die Reaktion in der intellektuellen Elite: Ein offener Brief, den pikanterweise der seinerzeitige Gegenkandidat Jens Reich ebenso unterschrieben hat wie der Weizsäcker-Neffe Ernst-Ulrich von Weizsäcker, nimmt den Vorwurf Herzogs der „Bedenkenträgerei“ ins Visier und formuliert mit kaltem Zorn: „Wollen Sie uns Wissenschaftlern ernsthaft nahelegen, unsere Bedenken in Bezug auf Kernkraft, Gentechnik und Digitalisierung zu verschweigen?“²⁶

III.

Angesichts der herrschenden schnell aufbrausenden Aufregung über die Rede glaubt der Adenauer- und Kohl-Biograf Hans-Peter Schwarz, dass diese Welle auch schnell wieder abebben wird und gibt der Wirkung der Rede eine sehr geringe Halbwertszeit: „Diese schöne Rede wird in acht oder vierzehn Tagen verrauscht sein, weil die Machtposition des Bundespräsidenten vom Grund-

22 Zit. nach: Angela Merkel: Integrationsfigur mit Intellekt und Ironie. Zum 70. Geburtstag von Roman Herzog am 5. April, in: Die Politische Meinung Nr. 413 April 2004, S. 59–61, hier 59.

23 Vgl. Roman Herzog: Der Präsident, der sich einmischte / Für den Anfang ein paar Teufelchen, in: Süddeutsche Zeitung, 26. April 1997.

24 Rheinische Post vom 29. April 1997.

25 Vgl. Roman Herzog: Der Präsident, der sich einmischte / Für den Anfang ein paar Teufelchen, in: Süddeutsche Zeitung, 26. April 1997.

26 Rhetorik des Gaspelns. Wissenschaftler kritisieren die „Ruck-Rede“ von Roman Herzog, in: Die Zeit vom 4. Juli 1997.

gesetz her so kärglich ausgestattet ist, dass er nur als Fest- und Bußredner oder in besonderen Notsituationen wie bei Regierungskrisen tätig werden kann.“²⁷ Auch ein Zeithistoriker vom überragenden Format eines Hans-Peter Schwarz kann sich offensichtlich täuschen.

Die Wirkung der Rede, das wiederum stellt sie wenigstens in der Frage der Resonanz neben Weizsäckers Ansprache zum 8. Mai 1985,²⁸ reicht tatsächlich bis in die Gegenwart. Dementsprechend bliebe die Betrachtung des „Rucks“ – das ist der dritte Teil dieses Beitrages –, völlig unvollständig ohne den Blick auf die Nachgeschichte, die ebenfalls von historischer Bedeutung ist und die zugleich den Blick auf die Frage lenkt, welche Rolle ehemalige Bundespräsidenten nach ihrer Amtszeit spielen können.

Die sichtbarste und augenscheinlichste Brücke ist vom „Adlon“ in Berlin nach Leipzig 2003 zum Bundesparteitag der CDU zu schlagen. Auch wenn das Experiment des Leipziger Parteitages und seiner Reformvorschläge aus der parteiprogrammatischen Perspektive am Ende gescheitert ist, aus Gründen, die noch anzusprechen sein werden, so war nicht nur der Versuch Angela Merkels nachvollziehbar, den heftigsten Kritikern in den eigenen Reihen, die sich mit Reformfreude vor allem selbst profilieren und der neuen Vorsitzenden wenigstens teilweise das Amt streitig machen wollten, gleichsam den Wind aus den Segeln zu nehmen. Klug war auch der Schachzug, für die Kommission, die eine grundlegende Kurskorrektur im Gesundheits-, Renten- und Pflegesystem vorschlagen sollte, den noch immer sehr beliebten und geachteten Roman Herzog zu gewinnen und ihn wiederum davon zu überzeugen, ihre Kritiker von Merz bis Müller in die Kommission einzubinden. Die „Hannoversche Zeitung“ kommentiert das im Februar 2003 lakonisch mit der Überschrift, „beim Ruck durch Deutschland hilft Herzog jetzt mit“.²⁹ Das ist aus der parteipolitischen Sicht nicht nur eine Fußnote, denn auch die Bereitschaft, sich von der Partei explizit in die Verantwortung nehmen zu lassen, ja die Grundzüge der Arbeit in einem Namensartikel der CDU-Hauspostille „Union-Magazin“ vorzustellen, bildet einen weiteren Kontrast zu Richard von Weizsäcker und der ostentativen Distanz, die er gegenüber der CDU auch nach seiner Amtszeit eingenommen hat.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Herzog-Kommission beschließt die CDU damals einen bemerkenswerten Kurswechsel und setzt damit die „Ruck“-Forderungen programmatisch an vielen Stellen um: mit einer massiven Steuerreform, mit einer tiefgreifenden Reform der Krankenversicherung. Mit drei Hammerschlägen, so schreibt später die Rheinische Post, „katapultierte

27 „Große Gefahr für die Union“. Interview mit Hans-Peter Schwarz, in: Wirtschaftswoche vom 8. Mai 1997.

28 Ebd.

29 Beim „Ruck durch Deutschland“ hilft Herzog jetzt mit. Der frühere Bundespräsident leitet die CDU-Kommission zur Sozialreform. „Ein Beitrag gegen die Vertrauenskrise“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2003.

die CDU-Chefin ihre Partei in das damals herrschende Zeitalter des angelsächsischen Kapitalismus. Befeuert vom neoliberalen Zeitgeist rief die CDU-Chefin: „Die Alternativen sind: weiter herumdoktern und sich über die Zeit retten oder den Befreiungsschlag wagen. Ich wähle den zweiten Weg.“³⁰

Der Preis, den die Partei bei den Bundestagswahlen 2005 dafür bezahlt, ist hoch. Das Experiment floppt und der formulierte Reformwille zahlt sich nicht aus. Die zwischenzeitlich prognostizierte absolute Mehrheit der CDU stellt sich nicht ein. Am Ende reicht es ja bekanntlich „nur“ für die große Koalition. „Aus Leipzig“, so die Rheinische Post, „zog die oberste Christdemokratin die Lehre, dass eine Volkspartei niemals mit einem radikalen Programm die Wahl gewinnen kann.“³¹ „Ausgleich und Mäßigung bei schleichender Veränderung. Das ist die Rückkehr zum eingeübten Erfolgsprogramm der CDU“, schreibt Volker Resing.³²

Dieser erneute Kurswechsel der Partei hinterlässt freilich deutliche Ernüchterung beim Protagonisten der Reformvorschläge, bei Roman Herzog. Nach dem Scheitern des Leipziger Experiments paart sich der anhaltende Tatenrang des Altbundespräsidenten zunehmend mit einer bei ihm bislang so nicht dagewesenen Distanz zum politischen Betrieb, um nicht Verbitterung zu sagen. Mariam Lau nennt ihn aufgrund seiner relativen Larmoyanz im April 2008 gar den „ewigen Ruck-Redner“ und unkt, Roman Herzog sei inzwischen das, was der Philosoph Odo Marquard unter einem „Revoltierkreis“ versteht.³³ Der Konvent für Deutschland, dessen Rat Herzog vorstand und der von Hans-Olaf Henkel mit initiiert worden war, und ebenso das von den Arbeitgebern finanzierte Roman Herzog Institut wurden in der Tat nach der Abkehr der Partei von den Leipziger Beschlüssen in gewissen Teilen der CDU als Belastung empfunden. Auch der Altbundespräsident selbst wurde streckenweise so gesehen. Das wurde deutlich als er den rentenpolitischen Vorstoß von Jens Spahn unterstützte, mit der unglücklichen Formulierung von der „Rentnerdemokratie“, einem der damaligen Favoriten für das Unwort des Jahres. „Die Älteren werden immer mehr, und alle Parteien nehmen überproportional Rücksicht auf sie. Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“³⁴ Das rief nicht nur Heiner Geißler auf den Plan, der darin eine Aufhetzung der

30 „Was wir vorhaben, ist ein Befreiungsschlag zur Senkung der Arbeitskosten.“ Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, MdB, auf dem 17. Parteitag der CDU Deutschlands am 1. Dezember 2003 in Leipzig. Es gilt das gesprochene Wort, in: Die Zeit 23. Juli 2003, https://www.zeit.de/reden/deutsche_innenpolitik/200349_merkel-cduparteitag/komplettansicht (Abruf: 21. August 2024).

31 Die 180-Grad-Drehung der CDU, in: Rheinische Post vom 14. November 2011.

32 Volker Resing: Die Kanzler-Maschine. Wie die CDU funktioniert. Freiburg i. Br. 2013, S. 44.

33 Mariam Lau: Roman Herzog, der ewige Ruck-Redner, in: Die Welt vom 15. April 2008.

34 Herzog warnt vor „Rentner-Demokratie“, in: Der Spiegel vom 11. April 2008; Herzog warnt vor „Rentnerdemokratie“, in: Focus vom 11. April 2008.

Jungen gegen die Alten sah,³⁵ sondern führte zu dem nicht ganz alltäglichen Vorgang, dass sich ein Initiativkreis Zusammenhalt der Generationen im Adenauer-Haus zusammenfand. Das pikante daran: War Herzog zuvor mit seiner Herzog-Kommission die Antwort auf die Vorschläge des Rürup-Kreises gewesen,³⁶ war er nun plötzlich selbst Gegenstand einer „Gegenkommission“ geworden. Eine manifeste und dauerhafte Entfremdung zwischen der Partei und der Person Roman Herzog hat es aber anders als bei Richard von Weizsäcker, der spätestens mit der Spendenaffäre noch deutlicher von der CDU abrückt, nicht gegeben.

15 Jahre nach dem „Ruck“, fünf Jahre vor seinem Tod, geht Herzog mit sich selbst kritisch ins Gericht und macht damit noch einmal deutlich, dass er sich nicht so sehr als Lehrmeister der Politik, sondern als Volkspädagoge gesehen hat. Er habe damals nicht klar genug ausgesprochen, dass es eine Rede ans Volk ist, die er gehalten habe, „dass jeder einzelne an der Umsetzung der Reformen beteiligt sein muss“.³⁷

IV.

So unbequem Herzog vordergründig als Mahner im Ruhestand bleibt, so wenig setzt er sich bis zu seinem Tod in Fundamentalopposition. So sehr er Klarheit und Wahrheit einfordert, so sehr bleibt sein Urteil frei von billigem oder gar arrogantem Populismus. Ausgerechnet der Vater der Leipziger Beschlüsse bestätigt die Notwendigkeit zu Kompromissen und warnt in den letzten Jahren seines Lebens sehr eindrücklich davor, zu leichtfertig mit dem damals immer lauter werdenden Vorwurf der Sozialdemokratisierung der CDU umzugehen. Gleichwohl hält er bis zu seinem Tod 2017 den Topos des „Rucks“ lebendig und leidet in seinen letzten Interviews hörbar darunter, dass gerade die noch immer anhaltend gute Wirtschaftsentwicklung und die niedrigen Zinsen dazu verleiten, die Staatsverschuldung nicht zu reduzieren und sich eher bequem zurückzulehnen. Auffällig ist, dass er, in fast schon prophetischer Vorahnung dessen, was wir mit dem Erstarken des Extremismus gegenwärtig erleben, neben dem Ruck, der die Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik prägen soll, nun den Ruck the-

35 Vgl. dazu: Wolfgang Schröder: Die Sozialpolitik der CDU. Christdemokratische Sozialpolitik im Wandel der Zeit, in: Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020, S. 657–700, hier 687–692.

36 Bericht der Kommission „Soziale Sicherheit“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, Berlin, 29. September 2003, <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Sozialstaat/Dokumente/herzogkommission.pdf> (Abruf: 21. August 2024).

37 15 Jahre Ruck und Reformen. Bundespräsident a. D. Roman Herzog im Interview mit kas.de (geführt am 25.4.2012) über die Bedeutung der Ruckrede für seine Amtszeit und seine wichtigsten heutigen Reformanliegen, <http://www.kas.de/wf/de/71.11278/> (Abruf: 21. August 2024).

matisiert, der dem Erhalt der Demokratie dienen muss. „Das Gespür der Bürger für Demokratie und Rechtsstaat“ müsse eine Weiterentwicklung erfahren.³⁸

Vor diesem Hintergrund stellt sich abschließend die Frage, warum Roman Herzog einen solchen Grad an Beliebtheit und Anerkennung erfahren hat, mit Botschaften, deren politische Umsetzung dann vor allem an mangelnder Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger gescheitert ist? Michael Jochum erklärt das Phänomen Herzog rückblickend und verweist auf eine Lehre aus dieser Amtszeit, die für die Wirkmächtigkeit von Bundespräsidenten allgemein zu ziehen ist: „Von großer Bedeutung [...] ist, dass persönliche Ausstrahlung und politische Hauptbotschaft eines Bundespräsidenten so deckungsgleich wie irgend möglich sind. Widersprechen sie sich, bleibt die Botschaft im Bewusstsein der Bürger nicht haften oder sie wirkt unglaubwürdig [...] Die Redenschreiber mögen tapfer dagegen antexten, es wird ihnen nicht gelingen, die Breitenwirkung einer entgegenstehenden persönlichen Ausstrahlung zu konterkarieren.“ Man habe Herzog den überlegenen und doch bodenständigen Integrator ohne weiteres abgenommen. Hier sieht Jochum aber in hellsichtiger Weise auch die Grenzen der Überzeugungskraft, wenn es darum geht den zentralen Topos der Innovationsfähigkeit zu verkörpern, der Herzog so überaus am Herzen lag. Er habe Beweglichkeit gepredigt, aber eher Behäbigkeit verkörpert; er habe Aufbruch und Dynamik propagiert, aber eher Gelassenheit vermittelt. „Als Erneuerer“, so Jochum, war Herzog deshalb gegen die Rolle besetzt. So gut die Etiketten ‚Präsident der Bürger‘ oder ‚Präsident Tacheles‘ an ihm hafteten, so nachhaltig der berühmte Ruck mit ihm verknüpft wurde [...] so schlecht haftete das Etikett ‚Präsident Erneuerung‘.“³⁹ Am Ende bleibt die fast schon banale Erkenntnis, dass die Ausstrahlung, die Stimmigkeit von Inszenierung und persönlichen Eigenschaften mit darüber entscheidet, wo ein Bundespräsident glaubhaft wirken kann und wo nicht. Letzteres wiederum vereint den „Ruck“ Herzogs mit dem „8. Mai“ Richard von Weizsäckers. Roman Herzog jedenfalls ist es nicht nur in dieser bedeutenden Rede, sondern in seiner gesamten Amtszeit gelungen, „die Autorität des Amtes mit der Beliebtheit der Person zu einer vitalen Synthese“ zusammenzuführen.⁴⁰ Dem Amt des Bundespräsidenten und seiner Wahrnehmung hat er damit gewiss nicht geschadet.

38 Herzog: Politisches System erreicht die Menschen nicht mehr, in: fuldainfo vom 4. Juni 2016, <https://www.fuldainfo.de/herzog-politisches-system-erreicht-die-menschen-nicht-mehr/> (Abruf: 21. August 2024).

39 Michael Jochum: Worte als Taten. Der Bundespräsident im demokratischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland. Gütersloh 2000, S. 64.

40 Herzog: Jahre der Politik, Klappentext.

Abstracts*

Hanns Jürgen Küsters: The Publication of the Special Edition “German Unity” using files held in the Federal Chancellery from 1989/90 (pp. 5–33)

The 1998 publication of the volume “German Unity. Special Edition from the Files of the Federal Chancellery 1989/90” immediately raised suspicions that the book was intended to shape a particular historical narrative and to present Helmut Kohl as the “Chancellor of Unity“. This view was strengthened by the fact that elections were due to take place to the German Bundestag in the following autumn. In this article, the person responsible for editing and publishing the volume describes the publication process. The book was intended to supplement the four-volume “History of German Unity” that was being prepared in parallel. The aim was to provide researchers who were not involved in the project with key sources and thus counter further demands for a general release of the relevant files. With a few exceptions, neither the Chancellery nor any other government agency intervened in the editing process. Rather, it was the editors who were responsible for drawing up the selection criteria, preparing the documents, determining the extent of the commentary and writing the introduction. Even the publication date resulted from the editing process rather than being part of an electoral strategy.

Oliver Salten: “We are coming”: The 1970 State Election Campaign by the CDU in Hesse (pp. 35–99)

During the 1974 state elections, the CDU succeeded in replacing the SPD as the strongest party in Hesse, a region long considered a “model social-democratic state”. This development began with the election of Alfred Dregger as state party chair in December 1967. Another crucial factor was the 1970 state election campaign, which was conducted under the slogan “Wir kommen” (We are coming). The article uses a broad range of sources to examine how CDU Hessen organized the 1974 election campaign, the voter groups it aimed to influence, the extent and types of advertising it used, the internal party rivalries that existed, and how the party’s internal structures evolved over time. Thus, the article contributes not only to the history of Hesse’s state and political parties, but also to historical research into electoral campaigns, an area that remains underdeveloped below the level of federal elections.

* Compiled by Christopher Beckmann, translated by Simon Phillips.

Jan Schönfelder: The “Schnur Affair” – How the CDU in West Germany Dominated its “Alliance” Partner in 1990 (pp. 101–154)

Ten days before the first and only free elections to the People’s Chamber in the GDR, allegations surfaced against Wolfgang Schnur, the chair of “Democratic Beginning”, a party that had emerged from the citizens’ movement against the SED regime. Schnur, a lawyer, was accused of having worked for decades as an “unofficial collaborator” for the Ministry for State Security, thereby betraying his clients and influencing opposition to the SED regime in favour of his handlers. His party belonged to the electoral coalition “Alliance for Germany”, which had formed at the behest of Chancellor Helmut Kohl. Schnur resigned from his official positions a few days after the allegations surfaced. The “affair” not only marks the beginning of investigations into the Stasi in Germany, but also sheds light on relationships and interactions between political actors from both German states, the press and the West German intelligence agencies during the turbulent period between the fall of the Berlin Wall and the reunification of the two German states. The article provides a detailed account of the affair’s development, in which prominent representatives of the West German CDU, driven in part by political ambition, eventually took control of the situation and prompted Schnur’s withdrawal.

Andreas Grau: “[...] a new political culture” or Undermining Parliamentary Integrity? The Union and Art with the Example of Christo’s Wrapping of the Reichstag (pp. 155–166)

In summer 1995, the wrapping of the Reichstag in Berlin by the artist couple Christo and Jeanne-Claude attracted global attention. Approximately five million people visited the “Wrapped Reichstag”, and international press coverage was almost unanimously positive. However, before it took place, the event had sparked controversy and generated public debate, including significant discussion within the Bundestag, particularly among the Union parties. The article traces the discussions within the CDU/CSU parliamentary group, where supporters hoped that the project would draw public attention to the Reichstag and the city of Berlin. In contrast, opponents feared the event would undermine parliamentary integrity. Whereas Bundestag President Rita Süsmuth had supported the project from the outset, the then-chair of the CDU/CSU parliamentary group in the Bundestag, Wolfgang Schäuble, remained a vocal opponent. However, in retrospect, he admitted that the sight of the veiled Reichstag had been “aesthetically pleasing” and that he had been “mistaken” to reject the project at the time.

Eckhard Jesse: The controversy about the contentious democracy and the Office for the protection of the constitution (pp. 167–182)

Based on four recent publications on the subject, this article deals with important aspects of the current debate on the mission, working methods and public communication of the German Office for the Protection of the Constitution. Particularly controversial are, for example, the naming of suspected cases in the reports on the protection of the constitution whose hostility to the constitution has not been proven, as well as the offence of “delegitimization of the state relevant to the protection of the constitution”, which was introduced a few years ago. The author argues for reforms to the Office for the Protection of the Constitution that constructively address at least some of the criticism.

Philip Rosin: “Part of a Power Shift”: The Union Parties’ Defeat in the 1969 Federal Presidential Election (pp. 183–194)

The election of SPD candidate Gustav Heinemann as Federal President in 1969 is rightly regarded as a significant step toward the first federal government not to be led by the CDU/CSU. However, this outcome, and Heinemann’s election, was by no means inevitable. The article outlines the context before describing the decision-making processes within the SPD and CDU/CSU parliamentary groups. Instead of accommodating the SPD and FDP by nominating a consensus candidate, the CDU/CSU chose to select its long-standing Federal Minister Gerhard Schröder. Therefore, the party adhered to an “all or nothing” principle, which, although not entirely unrealistic at the time, ultimately led to failure.

Andreas Grau: Karl Carstens (1914–1992) – a Public servant, not a Party Politician (pp. 195–206)

Although Karl Carstens wavered for a long time between a career as a politician and that of a civil servant, he was anything but a stereotypical party politician. Carstens was first elected to the Bundestag in 1972, yet by 1973 he had succeeded Kurt Georg Kiesinger to become chair of the CDU/CSU parliamentary group. However, Carstens struggled in this role, which is why he seized the opportunity in 1976 to move to the office of President of the Bundestag, gladly passing on leadership of the parliamentary group to Helmut Kohl. Throughout his tenure as Federal President from 1979 to 1984, Carstens embodied the role of a “cross-party civil servant” and an “impartial arbitrator”. Nevertheless, his decision to dissolve the Bundestag after the change of government on 1 October 1982 was of key political significance, remained constitutionally controversial, and was a decision that Carstens did not take lightly.

Michael Borchard: A wake-up call to those in power and those being governed: Roman Herzog and the “Ruck Speech” (pp. 207–218)

Roman Herzog embodied a very different type of Federal President than his predecessor, Richard von Weizsäcker. Although Herzog, a constitutional judge, adhered strictly to the constitutional limitations of the office that he himself had defined, his speeches consistently emphasized the importance of confidence and trust in the country’s capacity for innovation. This issue served as a recurring “umbrella theme” (Karl-Rudolf Korte) throughout his presidency. In his famous “Ruck Speech” on 26 April 1997, Herzog called on society to take responsibility for the necessary changes and to overcome a “backlog of reforms”. At the request of Angela Merkel, Herzog sought to help address this backlog by chairing the commission named after him following his tenure as Federal President. The commission’s recommendations became the foundation for the resolutions passed at the CDU party congress in Leipzig in 2003.

Résumés*

Hanns Jürgen Küsters: Sur la genèse du volume *Deutsche Einheit*. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (p. 5–33)

Le volume de documentation paru en 1998 et intitulé *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* [Unité allemande. Édition spéciale à partir des dossiers de la Chancellerie fédérale 1989/1990] éveilla immédiatement le soupçon de vouloir véhiculer une certaine vision de l'histoire – notamment en vue des élections législatives prévues à l'automne – et « mettre sciemment en scène » Helmut Kohl dans l'histoire politique comme le « chancelier de l'Unité ». Dans cette contribution, le responsable de la conception et de l'élaboration de l'ouvrage raconte sa genèse. Une préoccupation centrale était de compléter la parution annoncée de l'histoire de l'unification allemande en quatre tomes (*Geschichte der Deutschen Einheit*) par la publication de sources cruciales, afin de permettre l'accès à des documents importants à un cercle de chercheurs plus vaste que celui impliqué dans le projet et de parer les revendications de déclassification intégrale des dossiers sur le sujet. À quelques rares exceptions près, la Chancellerie ou d'autres organes gouvernementaux ne sont pas intervenus dans le travail. Au contraire, la formulation des critères de sélection, la forme de traitement des documents, l'ampleur de l'appareil critique ou la rédaction de l'introduction ont été laissées aux éditeurs. De même, la date de parution s'est imposée au fil du processus de conception et d'élaboration et ne répondait pas à une stratégie électorale.

Oliver Salten: « Wir kommen »: La campagne électorale régionale de la CDU hessoise en 1970 (p. 35–99)

Lors des élections régionales (Landtag) de 1974, la CDU parvint à détrôner le SPD comme la plus grande partie en Hesse, pourtant réputée de longue date comme la « région modèle de la social-démocratie ». Cette évolution débuta avec l'élection d'Alfred Dregger à la présidence régionale en 1967. La campagne de 1970 pour le Landtag, placée sous la devise *Wir kommen* [« Nous arrivons »], joua, aux côtés d'autres facteurs, un rôle décisif dans ce processus. L'essai s'appuie sur un grand corpus de sources pour examiner comment la CDU de Hesse organisa la campagne électorale, quels groupes d'électeurs elle chercha à influencer, quels supports publicitaires elle utilisa et dans quelle ampleur, quelles étaient les rivalités internes et comment une modification concomitante des structures du parti s'opéra. Il veut ainsi proposer non seulement une étude de l'histoire politique et régionale de la Hesse, mais aussi une analyse de l'éche-

* Rédigés par Christopher Beckmann, traduits par Valentine Meunier.

lon inférieur à celui des élections fédérales, un champ encore très lacunaire de la recherche en histoire sur les campagnes électorales.

Jan Schönfelder: « L'affaire Schnur » – comment la CDU Ouest domina son partenaire de l'« Alliance » en 1990 (p. 101–154)

Dix jours avant les premières et dernières élections libres à la Volkskammer (Chambre du peuple) en RDA, Wolfgang Schnur, président du Demokratischer Aufbruch (Renouveau démocratique), issu du mouvement de la société civile qui s'était rebellé contre le SED, fit l'objet de critiques virulentes. L'avocat, dont le parti avait rallié l'alliance électorale Allianz für Deutschland (Alliance pour l'Allemagne) formée à l'instigation du chancelier Helmut Kohl, avait été un informateur officieux du ministère de la Sécurité d'État (Stasi) de RDA pendant des décennies, avait trahi des clients et influencé l'opposition au régime du SED dans le sens des autorités. Quelques jours plus tard, Schnur démissionna de toutes ses fonctions. L'affaire marque non seulement le début de l'investigation historique sur la Stasi en Allemagne, mais illustre de maintes manières les relations et les interactions entre les acteurs politiques des deux États allemands, la presse et les services secrets de la RFA à une époque mouvementée, située entre la chute du Mur et la réunification allemande. L'article retrace en détail les développements de cette « affaire », dans laquelle, en définitive, des personnalités éminentes de la CDU ouest-allemande – notamment par calcul politique – prirent les choses en main et poussèrent Wolfgang Schnur à se retirer.

Andreas Grau: « Une nouvelle culture politique » ou une mise à mal du parlementarisme ? L'Union et l'art à la lumière de l'emballage du Reichstag par Christo (p. 155–166)

À l'été 1995, le couple d'artistes Christo et Jeanne-Claude emballait le Reichstag à Berlin, un événement suivi dans le monde entier. Quelque cinq millions de personnes visitèrent le *Wrapped Reichstag*, et les échos dans la presse internationale furent presque unanimement positifs. En amont, toutefois, le projet avait fait l'objet d'une vive controverse au sein de l'opinion publique allemande, du Bundestag et, tout particulièrement, des partis de l'Union. La contribution retrace les débats au sein du groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag, où ses partisans espéraient que la performance attirerait plus fortement l'attention de l'opinion publique sur le Reichstag. Ses détracteurs craignaient une mise à mal du parlementarisme. Tandis que Rita Süßmuth, présidente du Bundestag, soutint le projet dès le début, le président du groupe CDU/CSU de l'époque, Wolfgang Schäuble, faisait partie de ses adversaires déclarés, mais reconnut *a posteriori* que la vue du Reichstag emballé était un « plaisir esthétique » et qualifia son rejet d'« erreur ».

Eckhard Jesse: La querelle autour de la démocratie contestataire et du Bureau de la protection de la Constitution (p. 167–182)

En se basant sur quatre publications récentes sur le sujet, cet article traite des aspects importants du débat actuel sur la mission, le mode de fonctionnement et la communication publique du Bureau de la protection de la Constitution allemande. Les points les plus controversés sont la mention dans les rapports du Bureau de la protection de la Constitution de cas suspects dont l'hostilité à la Constitution n'est pas prouvée, ainsi que le délit de « délégitimation de l'État relevant pour la protection de la Constitution », introduit depuis quelques années. L'auteur plaide pour des réformes du Bureau de la protection de la Constitution qui prennent en compte de manière constructive au moins une partie des critiques.

Philip Rosin: Un « changement dans l'occupation du pouvoir ». La défaite des partis de l'Union lors de l'élection du président fédéral en 1969 (p. 183–194)

L'élection du candidat du SPD, Gustav Heinemann, au poste de président fédéral en 1969 est aujourd'hui considérée à bon droit comme une étape importante vers le premier gouvernement fédéral non dirigé par la CDU/CSU. Or ce dernier, pas plus que l'élection d'Heinemann, n'était inéluctable. L'article esquisse la situation initiale avant de décrire les processus décisionnels au sein des groupes parlementaires du SPD et de la CDU/CSU. En nommant Gerhard Schröder, ministre fédéral de longue date, l'Union renonça à tendre la main au SPD et au FDP en proposant un candidat consensuel, ce qui aurait pourtant été parfaitement possible. Elle préféra miser sur le principe du tout ou rien, réaliste à l'époque, et cette stratégie se traduisit par un échec.

Andreas Grau: Karl Carstens (1914–1992) – un grand serviteur de l'État et non un politicien (p. 195–206)

Karl Carstens, qui hésita longuement entre une carrière politique et de fonctionnaire à la discrétion du gouvernement (dit également « fonctionnaire politique »), n'était pas le prototype du politicien. Entré au Bundestag en 1972, il fut élu dès 1973 à la tête du groupe parlementaire CDU/CSU et prit la succession de Kurt Georg Kiesinger. Mais il peina à trouver ses marques dans ce rôle, raison pour laquelle il saisit en 1976 l'opportunité d'un changement pour endosser la fonction de président fédéral, qui convenait mieux à sa personne, et laissa volontiers la direction du groupe à Helmut Kohl. Tout au long de son mandat de président fédéral entre 1979 et 1984, il exerça son rôle de « serviteur de l'État au-dessus des partis » et d'« arbitre impartial » dans une approche transpartisane et conciliatrice. Cependant, il prit une décision cruciale du point

de vue politique, et controversée sur le plan constitutionnel, en choisissant de dissoudre le Bundestag après le changement de gouvernement le 1^{er} octobre 1982, ce qu'il ne fit pas à la légère.

Michael Borchard: Un « signal d'alarme » pour le pouvoir et les gouvernés: Roman Herzog et le « discours du sursaut » (p. 207–218)

Roman Herzog incarna un type de président fédéral très différent de celui de son prédécesseur Richard von Weizsäcker. Tout en respectant les limites de la fonction que ce constitutionnaliste s'était lui-même imposées, un bloc constant (*Mantelthema*, Karl-Rudolf Korte) de ses discours était la confiance en soi et en la capacité d'innovation du pays. Dans son « discours du sursaut » prononcé le 26 avril 1997 et passé à la postérité, il appela à la responsabilité de tous les groupes sociaux pour mettre en œuvre les innovations nécessaires et surmonter le « blocage des réformes » qu'il diagnostiquait. À l'issue de son mandat, Herzog tenta de contribuer personnellement à cette résolution en acceptant de présider, sur proposition de Angela Merkel, la Commission qui porta son nom et dont les recommandations formèrent la base des résolutions du congrès de la CDU à Leipzig en 2003.

Zusammenfassungen*

Hanns Jürgen Küsters: Zur Entstehung der Sonderedition „Deutsche Einheit“ aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90 (S. 5–33)

Der 1998 erschienene Dokumentenband „Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ erweckte sofort den Verdacht, hier solle – auch mit Blick auf die im Herbst anstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag – ein bestimmtes Geschichtsbild transportiert und Helmut Kohl geschichtspolitisch bewusst als Kanzler der Einheit „inszeniert“ werden. In diesem Beitrag schildert der für die Erstellung und Bearbeitung der Edition Verantwortliche deren Entstehung. Ein zentrales Motiv war, die parallel in Erarbeitung befindliche, vierbändige „Geschichte der Deutschen Einheit“ durch die Veröffentlichung zentraler Quellen zu ergänzen, um auch anderen als den am Projekt beteiligten Wissenschaftlern den Zugang zu wichtigen Dokumenten zu ermöglichen und weitergehende Forderungen nach einer generellen Freigabe der einschlägigen Akten abwehren zu können. Bis auf wenige Ausnahmen habe es im Rahmen der Bearbeitung keine Eingriffe seitens des Kanzleramtes oder anderer Regierungsstellen gegeben. Vielmehr oblagen die Formulierung der Auswahlkriterien, die Form der Aufbereitung der Dokumente, der Umfang der Kommentierung sowie die Abfassung der Einleitung allein den Bearbeitern. Auch der Erscheinungstermin ergab sich aus dem Verlauf des Entstehungs- und Bearbeitungsprozesses und nicht aus wahltaktischen Überlegungen.

Oliver Salten: „Wir kommen“: Der Landtagswahlkampf der CDU Hessen 1970 (S. 35–99)

Bei den Landtagswahlen 1974 gelang es der CDU, im lange als „sozialdemokratisches Musterland“ geltenden Hessen die SPD als stärkste Partei abzulösen. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die im Dezember 1967 erfolgte Wahl Alfred Dreggers zum Landesvorsitzenden. Eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielte, neben anderen Faktoren, der Landtagswahlkampf 1970, der mit dem Slogan „Wir kommen“ geführt wurde. Der Aufsatz untersucht auf breiter Quellengrundlage wie die CDU Hessen den Wahlkampf organisierte, welche Wählergruppen man zu beeinflussen suchte, welche Werbemittel in welchem Maße genutzt wurden, welche parteiinternen Rivalitäten es gab und wie sich zeitgleich die innerparteilichen Strukturen veränderten. Er ist daher nicht nur ein Beitrag zur hessischen Landes- und Parteiengeschichte, sondern auch zur unterhalb der Ebene der Bundestagswahlen noch sehr defizitären historischen Wahlkampfforschung.

* Erstellt von Christopher Beckmann.

Jan Schönfelder: Der „Fall Schnur“ – Wie die West-CDU 1990 ihren „Allianz“-Partner dominierte (S. 101–154)

Zehn Tage vor den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen in der DDR wurden Vorwürfe gegen Wolfgang Schnur, den Vorsitzenden des aus der Bürgerbewegung gegen das SED-Regime hervorgegangenen „Demokratischen Aufbruchs“ laut. Der Anwalt, dessen Partei dem auf Drängen von Bundeskanzler Helmut Kohl gebildeten Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ angehörte, sei jahrzehntelang als Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit tätig gewesen, habe Mandanten verraten und die Opposition gegen das SED-Regime im Sinne seiner Auftraggeber beeinflusst. Wenige Tage später trat Schnur von allen Ämtern zurück. Der Fall steht nicht nur am Anfang der Stasi-Aufarbeitung in Deutschland, sondern beleuchtet auf vielfältige Weise das Verhältnis und die Interaktionen zwischen den politischen Akteuren beider deutscher Staaten, der Presse und den bundesdeutschen Geheimdiensten in der turbulenten Zeit zwischen dem Fall der Mauer und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Beitrag zeichnet die Entwicklung der „Affäre“ detailliert nach, in der schließlich prominente Vertreter der westdeutschen CDU – nicht zuletzt aus Machtkalkül – das Heft in die Hand nahmen und Schnur zum Rückzug veranlassten.

Andreas Grau: „... eine neue politische Kultur“ oder Beschädigung des Parlamentarismus? Die Union und die Kunst am Beispiel der Reichstagsverhüllung von Christo (S. 155–166)

Im Sommer 1995 sorgte die Verhüllung des Berliner Reichstags durch das bulgarisch/amerikanische Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude für weltweite Aufmerksamkeit. Rund fünf Millionen Menschen besuchten den „Wrapped Reichstag“, auch die internationale Presseberichterstattung war fast ausnahmslos positiv. Im Vorfeld allerdings war das Projekt umstritten gewesen und hatte zu Kontroversen in der deutschen Öffentlichkeit, im Bundestag und besonders innerhalb der Unionsparteien geführt. Der Beitrag zeichnet die Diskussionen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach, wo die Befürworter hofften, das Projekt werde den Reichstag und Berlin verstärkt in die Interesse der Öffentlichkeit rücken. Dessen Gegner befürchteten eine Beschädigung des Parlamentarismus. Während Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth das Projekt von Anfang unterstützte, gehörte der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, zu den erklärten Gegnern, räumte aber rückblickend ein, der Anblick des verhüllten Reichstags sei „ein ästhetisches Vergnügen“ und seine damalige Ablehnung ein „Irrtum“ gewesen.

Eckhard Jesse: Der Streit um die streitbare Demokratie und den Verfassungsschutz (S. 167–182)

Ausgehend von vier neueren Veröffentlichungen zum Thema behandelt der Beitrag wichtige Aspekte der aktuellen Debatte um Auftrag, Arbeitsweise und öffentliche Kommunikation des deutschen Verfassungsschutzes. Besonders umstritten sind dabei etwa Nennung von Verdachtsfällen in den Verfassungsschutzberichten, deren Verfassungsfeindlichkeit nicht belegt ist, sowie der seit wenigen Jahren eingeführte Tatbestand der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Der Autor plädiert für Reformen des Verfassungsschutzes, die zumindest einen Teil der Kritik konstruktiv aufgreifen.

Philip Rosin: Ein „Stück Machtwechsel“: Die Niederlage der Unionsparteien bei der Bundespräsidentenwahl 1969 (S. 183–194)

Die Wahl des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann in das Amt des Bundespräsidenten im Jahre 1969 gilt heute zurecht als wichtiger Schritt auf dem Weg zur ersten nicht von der CDU/CSU geführten Bundesregierung. Dies wie auch die Wahl Heinemanns war indes keineswegs unvermeidlich. Der Beitrag skizziert die Ausgangslage und schildert dann die Entscheidungsprozesse innerhalb der Fraktionen von SPD und CDU/CSU. Letztere verzichtete mit der Nominierung des langjährigen Bundesministers Gerhard Schröder darauf, der SPD beziehungsweise der FDP durch die durchaus mögliche Nominierung eines konsensfähigen Kandidaten entgegenzukommen. Stattdessen setzte man auf das zeitgenössisch nicht gänzlich unrealistische Prinzip des Alles oder Nichts, scheiterte damit aber letztendlich.

Andreas Grau: Karl Carstens (1914–1992) – ein Staatsdiener, kein Parteipolitiker (S. 195–206)

Karl Carstens, der lange zwischen einer Laufbahn als Politiker oder als politischer Beamter schwankte, war nicht der Prototyp eines Parteipolitikers. Obwohl erst 1972 erstmals in den Deutschen Bundestag eingezogen, wurde er dort bereits 1973 als Nachfolger Kurt Georg Kiesingers Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. In dieser Rolle tat er sich nicht leicht, weshalb er 1976 die Gelegenheit nutzte, in das seiner Person eher gemäße Amt des Bundestagspräsidenten zu wechseln und Helmut Kohl die Fraktionsführung gern überließ. Die Rolle des „überparteilichen Staatsdieners“ und „unparteiischen Schiedsrichters“ füllte er auch während seiner gesamten Amtszeit als Bundespräsident von 1979 bis 1984 parteiübergreifend und ausgleichend aus. Von zentraler politischer Bedeutung war indes seine Entscheidung zur Auflösung des Bundestages nach dem Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982, die verfassungsrechtlich nicht unumstritten war und die sich Carstens auch selbst nicht leicht machte.

Michael Borchard: Ein „Weckruf“ an Regierende und Regierte: Roman Herzog und die „Ruck-Rede“ (S. 207–218)

Roman Herzog verkörperte einen ganz anderen Typus des Bundespräsidenten als sein Vorgänger Richard von Weizsäcker. Bei aller Beachtung der von ihm als Verfassungsrechtler selbst definierten Beschränkungen des Amtes propagierte er in seinen Reden als „Mantelthema“ (Karl-Rudolf Korte) immer wieder das Selbstvertrauen und das Zutrauen in die Innovationsfähigkeit des Landes. Auch in seiner berühmt gewordenen „Ruck-Rede“ vom 26. April 1997 appellierte er an die Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen für die notwendigen Innovationen und die Überwindung des von ihm diagnostizierten „Reformstaus“. Einen eigenen Beitrag zu dessen Überwindung versuchte Herzog zu leisten, indem er nach seiner Amtszeit als Bundespräsident auf Bitten von Angela Merkel den Vorsitz der nach ihm benannten Kommission übernahm, deren Empfehlungen die Grundlage für die Beschlüsse des Leipziger CDU-Parteitags 2003 wurden.

Mitarbeiter dieses Bandes

Michael Borchard, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin/Sankt Augustin

Andreas Grau, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

Eckhard Jesse, Dr. phil., Professor em. für Politische Systeme und Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz

Hanns Jürgen Küsters, Dr. rer. pol.; bis 30.6.2018 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

Philip Rosin, Dr. phil., Referent, Abteilung Zeitgeschichte, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin

Oliver Salten, Dr. phil., Referent Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

Jan Schönfelder, Dr. phil., Historiker und Journalist, Erfurt